C21734 E



Arbeiterkampf

Jahrg.4 Nr.48 20. Aug.74 **Arbeiterzeitung des Kommunistischen Bundes** 50 Pf.

Athener Faschisten abgetreten

Die faschistische Militärjunta in Griechenland, die seit dem 21. April 1967 ein diktatorisches Regime aufrecht erhalten hatte, trat am 23. Juli sang- und klanglos ab, um einer „Zivilregierung" von Politikern der alten Rechten Platz zu machen.

Neuer Regierungschef wurde Konstantin Karamanlis von der ultrarechten ERE-Partei. Er war schon einmal, 1956 bis 1963, griechischer Regierungschef gewesen und hatte sich in dieser Zeit auf Wahlfälschungen, Polizei-Regime, KZ's für politische Gegner, Verbot der Kommunistischen Partei, Pressezensur, Unterdrückung der freien Gewerkschaften und politischen Mord gestützt.

Pläne zur Ablösung der Junta hatte es angesichts der wirtschaftlichen Schwierigkeiten (hohe Arbeitslosigkeit, Infaltionsrate von 30%) und des breiten antifaschistischen Widerstands (der sich vor allem in den Novemberkämpfen 1973 zeigte) in rechtsbürgerlichen und monarchistischen griechischen Kreisen und auch innerhalb der NATO und EG schon länger gegeben.

Die Entscheidung brachte der von der Athener Junta gelenkte Putsch der „Nationalgarde" auf Zypern am 15. Juli. Als die türkische Armee auf Zypern intervenierte und sich die Widersprüche zwischen griechischer und türkischer Bourgeoisie drastisch zuspitzten (es geht dabei, außer um Zypern, vor allem um die Erdölfelder in der östlichen Ägeis, die zwischen beiden Ländern umstritten sind), zeigte sich die Unfähigkeit der Junta, in dieser Situation auch nur eine geordnete Generalmobilmachung durchzuführen. Da die Junta in dieser Situation nicht mehr handlungsfähig war, wurde von der Bourgeoisie Karamanlis zurückgerufen, um eine „Regierung der nationalen Einheit" zu bilden – auch und gerade mit Blick auf den griechisch-türkischen Konflikt.

Griechenland ist in diesem Jahr nach Portugal das zweite europäische Land, das von einer faschistischen Militärdiktatur zu einer mehr oder weniger bürgerlich-demokratischen „Zivilregierung" übergeht – ohne allerdings den faschistischen Staatsapparat zu liquidieren. In Spanien zeichnet sich eine gleichartige Entwicklung ebenfalls ab (vgl. Artikel dazu in diesem AK).

In jedem Fall handelt es sich um den Versuch der herrschenden Klassen s e l b s t , durch eine kontrollierte Ablösung des Faschismus innere und äußere Schwierigkeiten möglichst reibungslos zu überwinden. In Portugal stützt sich dieses Manöver stark auf die Sozialistische und die „Kommunistische" Partei, also auf die reformistische Linke, die die Funktion hat, nach innen die Klassenkämpfe zu zähmen (so diffamierte vor allem die revisionistische „KP" Portugals die spontanen Streiks der Werktätigen als „faschistische Provokationen"!) und nach außen (vor allem gegenüber den Befreiungsbewegungen in den portugiesischen Kolonien) eine Politik der „Entspannung" und „Annäherung" glaubwürdig zu machen.

In Griechenland stützt sich die kontrollierte Ablösung des Faschismus vor allem auf die alten Rechte, die ERE und den rechten Flügel der Zentrumsunion. Die „Kommunistische" Partei Griechenlands (in zwei Fraktionen gespalten) ist bisher noch nicht einmal als legale Partei zugelassen. In Griechenland ist auch, mehr noch als in Portugal, der faschistische Terror- und Unterdrückungsapparat intakt geblieben.

Die Karamanlis-Regierung hat zunächst einmal a l l e politischen Gefangenen freigelassen. Die Zensur wurde weitgehend aufgehoben, wenn auch nicht völlig (so wurden z.B. am 29.7. zwei Zeitungen beschlagnahmt, die über einen angeblichen Rücktritt von Präsident Ghizikis, der schon Präsident der faschistischen Junta war, geschrieben hatten). Anstelle der von der Junta verkündigten „Verfassung" wurde die auch nicht eben konsequent demokratische Verfassung von 1952 wieder in Kraft gesetzt.

Die Karamanlis-Regierung hat aber die griechischen Werktätigen zugleich in drohendem Ton „gewarnt", sie dürften jetzt nicht „mit der Demokratie spielen", die Regierung werde „Ordnung" und „Disziplin" aufrechterhalten. Schließlich ist – begründet mit der Zypern-Krise – der Kriegszustand in Griechenland immer noch in Kraft. Die Frage von freien Wahlen oder auch der Bestrafung faschistischer Mörder und Folterknechte wird – ebenfalls unter Hinweis auf die Zypern-Krise und die Konfrontation an der griechisch-türkischen Grenze – weit hinausgeschoben.

Forts. Seite 2

Teitelboim, „KP" Chile:

Zur Diskussion über den bewaffneten Kampf ist es «noch zu früh»!



Chilenische Bauern enteignen Großgrundbesitzer (1972)

Chilenische Bauern enteignen Großgrundbesitzer (1972)

Wir haben bereits mehrfach in unserer Presse dargelegt, wie der internationale Revisionismus auch nach der jüngsten chilenischen Erfahrung weiterhin an seinem illusorischen und kostenreichen Konzept eines „friedlichen Übergangs" zum Sozialismus festhält (und dabei sogar noch w e i t e r e Schritte nach rechts macht, wie die italienische „KP"). Von Seiten der c h i l e n i s c h e n „KP" selbst liegen bislang aber nur sehr wenige offizielle Erklärungen bzw. Erklärungen ihrer führenden Leute vor. Die erste Erklärung der „KP" Chiles nach dem Putsch haben wir seinerzeit auszugsweise im ARBEITERKAMPF Nr. 35 (6. Nov. 73) nachgedruckt und kurz kommentiert (sie ist auch in unseren beiden vorrätigen Chile-Broschüren enthalten: „CHILE – vom ‚friedlichen Übergang' zur faschistischen Militärdiktatur" und „CHILE: Reform oder Revolution? "). Nunmehr ist vor kurzem ein Aufsatz von Volodia Teitelboim in der Nr. 3/74 der in Prag erscheinenden „Probleme des Friedens und des Sozialismus" („Zeitschrift der kommunistischen und Arbeiterparteien für Theorie und Information") erschienen, auf den wir mit unserem folgenden Artikel eingehen wollen.

Forts. Seite 3

«Portugiesische Wende» auch in Spanien?

«Portugiesische Wende» auch in Spanien?

Massenkämpfe beschleunigen Ablösung des faschistischen Regimes

Während in Spanien auf der einen Seite die Kämpfe der Arbeiterklasse und des Volkes an Schärfe und Breite zunehmen, führt auf der anderen Seite im Lager der Faschisten und der Bourgeoisie die Frage der zukünftigen Taktik der Regierungspolitik (der Tod Francos steht unmittelbar bevor) zu immer offeneren Auseinandersetzungen zwischen den „ultrarechten" Teilen des Staatsapparates und der Armee und „gemäßigten" Teilen der Bourgeoisie. Spanien ist seit langem auch an einer wirtschaftlichen Integration in die EG interessiert, da die „Hilfe" des US-Imperialismus den Erwartungen der spanischen Bourgeoisie weder im wirtschaftlichen noch im militärischen Bereich entspricht.

Seit geraumer Zeit diskutieren daher eine Reihe von (illegalen) bürgerlichen- und Arbeiterparteien die Möglichkeit einer Ablösung des Faschismus durch ein bürgerlich-parlamentarisches System, um durch eine „Revolution von oben", einem eventuellen revolutionären Hinwegfegen des Faschismus durch die Arbeiterklasse zuvorzukommen.

Am 30. Juli fand in Madrid eine geheime Pressekonferenz der spanischen „demokratischen und sozialistischen Opposition" statt, auf der die Gründung einer „Demokratischen Junta für Spanien" bekanntgegeben wurde. *„Die Fortdauer des spanischen Staates verlangt aus Gründen der Würde und der nationalen Verantwortung das Ende des Regimes"*, hieß es in einem Aufruf. Die „Demokratische Junta" fordert u.a. die Bildung einer provisorischen spanischen Regierung; innerhalb von zwölf bis 18 Monaten nach dem „vorhersehbaren Ende" des Franco-Regimes sollen freie und geheime Wahlen zu einem verfassungsgebenden Parlament vorbereiten, alle politischen Gefangenen sollen freigelassen werden, alle Freiheiten wie Versammlungs-, Streikfreiheit usw. sollen zugelassen werden, sowie alle politischen Parteien. Außerdem wird in einem Programmpunkt der Anschluß Spaniens an die „Europäische Gemeinschaft" (EG) gefordert.

Die „Demokratische Junta" ist eine Dachorganisation der verschiedensten Strömungen der spanischen Opposition. Sie reicht von der revisionistischen spanischen „KP" (PCE) bis zur „Demokratischen Union", die eine scharf antikommunistisch ausgerichtete Sammlungsbewegung darstellt, der sich auch zahlreiche Kapitalisten, Bankdirektoren und sogar Großgrundbesitzer angeschlossen haben („Frankf.Allg.Ztg.", 31.7.74).

Die Sozialistische Arbeiterpartei Spaniens (PSOE), die „links"katholische Gruppierung um Ruiz Gimenez und die bürgerliche Opposition um den früheren Minister der spanischen Republik Gil Robles haben sich bisher noch nicht dem Bündnis angeschlossen – es wird jedoch mit ihrem baldigen Eintritt gerechnet.

Die „Demokratische Junta" grenzt sich scharf und entschieden gegenüber den spanischen revolutionären Gruppen und Organisationen ab und verurteilt alle „gewaltsamen Mittel", um die politische Situation in Spanien zu verändern. Santiago Carrillo (sprich: Cariljo), der Generalsekretär (im Exil) der PCE äußerte auf einer Pressekonferenz in Paris (die parallel zu der in Madrid stattfand): Die spanische Gesellschaft wünsche, daß die notwendige Transformation ohne Härte und soziale Erschütterungen vor sich gehe. Der Staat müsse in normaler Weise (?) weiter (!) funktionieren. Zwischen dem *„repressiven Extremismus des gegenwärtigen Regimes und der anarchistischen Gewalt gibt es kein anderes vernünftiges Ziel als die Wiederherstellung des demokratischen Staates"*. (Zitiert nach „FAZ", 31.7.74).

Mitglieder der „Demokratischen Junta" machten auch kein Hehl daraus, daß sie Kontakt zu hohen Mitgliedern der faschistischen Regierung haben. Es soll sogar Überlegungen geben, den spanischen Regierungschef Arias Navarro ausdrücklich zu unterstützen, um zu verhindern, – wie es heißt – daß sich nach Francos Tod die ultrarechten Falangisten durchsetzen. Der Faschist Arias Navarro hat sich seit der Hinrichtung seines Vorgängers Carrero Blanco durch Genossen der baskischen ETA besonders in der gnadenlosen Verfolgung der Opposition, vor allem der revolutionären Linken, aber auch der Mitglieder der KP „hervorgetan". Während seiner halbjährigen Amtszeit hat er nach offiziellen Angaben etwa 500 Kämpfer der spanischen Opposition hinter Gitter gebracht und ist für die Todesstrafen an zwei Menschen (einer war der Genosse Puig Antich) mitverantwortlich!

Es geht der „Demokratischen Junta" und mit ihr der PCE, als ihre Hauptstütze hinsichtlich ihres Masseneinflusses in der spanischen Arbeiterklasse erklärtermaßen um eine für die spanische Bourgeoisie möglichst schmerzlose Ablösung des morschen faschistischen Franco-Regimes durch eine bürgerlich-parlamentarische Herrschaftsausübung und in gar keiner Weise um eine grundlegende demokratische Umwälzung, bei der die spanischen Volksmassen und vor allem die Arbeiterklasse die entscheidende Triebkraft sein würden.

Anders ausgedrückt: Es geht der „Demokratischen Junta" um einen Taktikwechsel in der Herrschaft der Bourgeoisie über die Arbeiterklasse, noch bevor diese die Kraft für einen revolutionären Sturz des Faschismus entwickelt hat.

Forts. Seite 4

Italien

Faschisten morden weiter

Am Sonntag, 4. August, explodierte im Zug Rom-Brenner („Italicus") kurz vor Bologna eine Bombe. Ein Waggon des Zuges stand innerhalb von Sekunden in Flammen und wurde für 12 Menschen zur Todesfalle. Mindestens 50 Menschen wurden z.T. schwer verletzt.

Als Autoren dieses mörderischen Anschlags – kaum zwei Monate nach Brescia (wo eine faschistische Bombe acht Menschen tötete) – standen sofort die Faschisten fest, die in der Vergangenheit schon zahlreiche, meist „mißglückte", Bombenanschläge auf Züge verübt haben (vgl. Kasten).

Wenig später meldete sich die faschistische Terrorbande „Ordino Nero" („Schwarze Ordnung") und übernahm die „Verantwortung" für den neuen Massenmord: „ ... *Wir wollten zeigen, daß wir Bomben legen können, wo wir wollen, zu jeder Zeit, an jedem Ort, wo und wann es uns gefällt", „Die Nazi-Fahne ist nicht im fernen 1945 in Berlin gestorben: sie lebt weiter für ein großes, faschistisches und nazistisches Italien".*

Drei Tage nach dem Massaker wurden in Bologna die Faschisten Italo Bono, Emanuele Bartoli und Gaetano Casali – Mitglieder von „Ordine Nero" – verhaftet. Bei ihnen fand sich (in der Handschrift von Bono) der Entwurf zur Erklärung von „Ordine Nero", mit der ON sich zum Anschlag auf den „Italicus" bekannte. Nur die Zahl der Todesopfer war im Entwurf noch freigelassen worden ...

Übrigens hinderte dies den Staatsapparat nicht, Gaetano Casali wieder laufen zu lassen.

Das Volk klagt den Staat an

„Wissen sie, was ich sage? Wenn es so weitergeht, muß man wirklich das Kapitel des Widerstandskampfes nochmal beginnen. In den Bergen sind wir vor 30 Jahren gewesen, aber wenn es notwendig ist, bin ich bereit, wieder dahin zu gehen." – „Wir haben die

Forts. Seite 11

[redacted]

Den beiden Fraktionen der revisionistischen „KP"G ist es bisher nicht vergönnt, dieselbe Rolle als Regierungspartei zu spielen wie die Revisionisten Portugals. Bisher reichte es nur zu einem Empfang von Ilias Iliu, Führer der EDA, durch Karamanlis (die EDA war vor dem Putsch 1967, als die „KP" bereits verboten war, deren „legale" Organisation; Iliu scheint ein Vertreter jener Fraktion zu sein, die sich selbst als „KPG-Inland" bezeichnet).

Drakopulos, Sekretär der „KPG-Inland", bezeichnete die Regierung Karamanlis als *„ernsthaften Schritt auf dem Weg zur Demokratisierung"* und erklärte sich mit den Prinzipien der Regierungserklärung von Karamanlis im Wesentlichen einverstanden; er kritisierte nur, daß im Kabinett Karamanlis immer noch der *„Geist der Diskriminierung und Ungleichheit"* herrsche; Griechenland brauche eine *„Regierung der nationalen Einheit unter Teilnahme aller Parteien und Bewegungen, die gegen die Diktatur sind"*. –

Hiervon scheint sich die Stellungnahme der anderen Fraktion (die sich an der KPdSU orientiert, während die „KPG-Inland" stark ihre ‚Unabhängigkeit' betont und zur italienischen „KP" tendiert) deutlich zu unterscheiden.

Diese „KPG" hat schon im Februar eine Erklärung veröffentlicht, die mehrere „selbstkritische" Aussagen hinsichtlich der Politik der „KPG" vor dem faschistischen Putsch enthielt: die „KPG" habe eine *„Nachtrabpolitik gegenüber der Zentrumsunion"* (des alten Papandreu) betrieben, weil sie irrtümlich die *„nichtmonopolistische bürgerliche Klasse – als ‚nationale Bourgeoisie' charakterisiert"*, zu den revolutionären Triebkräften" gezählt habe. Die 1958 beschlossene Selbstauflösung der Parteiorganisation (zugunsten der EDA) wird als *„fundamentaler Fehler"* gekennzeichnet. Und schließlich: **„Als fehlerhaft erwies sich auch die Feststellung im Programm, daß die Revolution hauptsächlich auf friedlichem Wege vor sich gehen wird."** (Zitate nach der DDR-Zeitschrift „horizont", Nr. 20/74).

In einer Erklärung dieser „KPG" zur Ablösung der Junta heißt es u.a.:

„Im politischen Leben gehen in Griechenland Veränderungen vor sich. Sie sind das Produkt einer Übereinkunft zwischen der Junta, den amerikanischen Imperialisten, den anderen Hauptpartnern der Nato und den konservativen bürgerlichen Politikern ... Die Veränderung dieser Art stellt einen Versuch der Wiederanpassung der Politik der amerikanischen Imperialisten und der anderen Hauptkräfte der Nato an die neuen nationalen und internationalen Verhältnisse dar. Sie zielt auf die Entschärfung des angehäuften Volkszorns, die Verhinderung eines radikalen demokratischen Umschwungs sowie auf die Beibehaltung der strategischen Positionen der USA und der Nato in unserem Lande sowie deren Ausdehnung auf Zypern und im allgemeinen im Mittelmeer ab ..."
(Zitiert nach „UZ", 10.8.74).

Die „KPG" stellt im Übrigen eine Reihe von Forderungen auf: Säuberung des Staatsapparats, Bestrafung der schuldigen Faschisten, Aufhebung reaktionärer Gesetze, speziell des KP-Verbots, Demokratisierung der Gewerkschaften, Presse- und Versammlungsfreiheit, Einführung von „Sofortmaßnahmen" gegen die Inflation und gegen die Arbeitslosigkeit, freie Wahlen, Verabschiedung einer „demokratischen Verfassung" „selbständige Außenpolitik ohne imperialistische Einmischungen"...

Die Erklärung der „KPG" enthält allerdings, außer allgemeinen Beschwörungen der *„Einheit der demokratischen Kräfte"*, *„Einheit des Volkes und der patriotischen Kräfte in der Armee"* keine konkreten Hinweise, wie die genannten Forderungen zu verwirklichen sein sollen.

Eine wichtige Stellung scheint in Zukunft Andreas Papandreu, Führer der „Panhellenischen Befreiungsbewegung" (PAK) einzunehmen. Er ist der Sohn des inzwischen verstorbenen früheren Führers der Zentrumspartei, der 1964/65 (nach Karamanlis) griechischer Regierungschef war und eine große Popularität in der griechischen Arbeiterklasse genoß. Seinen erzwungenen Rücktritt im Juli 1965 folgten mehrere Wochen lange Massendemonstrationen.

Sein Sohn Andreas hat in den letzten Jahren immer wieder sehr entschieden vor einer schein-demokratischen Ablösung der Junta durch alte Rechte (um Karamanlis) und Monarchisten gewarnt. Entsprechend bezeichnete er die jetzt gebildete Karamanlis-Regierung als *„neue Garde der Nato"*. Die Ablösung der Junta diene dazu, *„in Griechenland ein bevormundetes parlamentarisches System zu errichten, das die Illusion schafft, daß Griechenland auf dem Weg zur Demokratie sei, während in Wahrheit die Machtstruktur intakt bleiben soll, um die Kolonisierung unseres Landes durch das amerikanische und europäische Kapital zu erlauben, damit den strategischen Interessen der Nato und des Pentagon im Mittelmeer gedient werde . . . ."* (zitiert nach „il manifesto", 28.7.74).

Bei seiner Rückkehr nach Athen am 17. August wurde Papandreu von 50.000 Menschen begeistert empfangen. Im Anschluß daran entwickelten sich Demonstrationen gegen den US-Imperialismus, in denen die Entfernung aller US-Truppen und Stützpunkte aus Griechenland gefordert wurde.

Solche Stimmungen scheinen ge-

Solche Stimmungen scheinen gegenwärtig bis in die Regierung hinein Anklang zu finden.

Die Karamanlis-Regierung hat demonstrativ ihren Austritt aus der militärischen Integration der Nato erklärt (gehört also den p o l i t i s c h e n Gremien noch an) und starke Enttäuschung über die Rolle der USA im Zypern-Konflikt geäußert.

Das ist aber schwerlich so zu interpretieren, als ob sich die griechische Bourgeoisie ernstlich von den USA und der Nato lösen wollte, und als ob sie sich gar der Sowjetunion „annähern" wolle – wie in verwegenen Kommentaren zu lesen ist.

Vielmehr will die Karamanlis-Regierung zum einen den anti-imperialistischen Stimmungen im Volk Rechnung tragen und zum anderen Druck auf die US-Regierung ausüben, sie im Streit mit der Türkei zu begünstigen.

Die US-Imperialisten haben auf Zypern das von ihnen angestrebte Ziel einer Teilung der Insel (um so die Unabhängigkeit Zyperns zu zerstören und es zu einem festen Stützpunkt des US-Imperialismus im östlichen Mittelmeer zu machen) weitgehend erreicht, indem sie erst den faschistischen Putsch der „Nationalgarde" und dann die türkische Intervention ermutigten. Die US-Imperialisten haben auch bei der Ablösung der griechischen faschistischen Junta ihre Interessen durchsetzen können, so daß Kissinger anschließend verkünden konnte: **„Die neue Regierung wird von unseren Freunden gebildet".**

Zugleich steht der US-Imperialismus aber in diesem Raum vor wachsenden Schwierigkeiten. Sein Versuch, Griechenland und die Türkei gegeneinander auszuspielen, um die Liquidierung der Unabhängigkeit Zyperns zu erreichen, hat in b e i d e n Ländern – und auf Zypern selbst – den Zorn der Volksmassen auf den US-Imperialismus verstärkt, und hat auch die Beziehungen des US-Imperialismus zu den Bourgeoisien dieser Länder kompliziert.

Die Ablösung der faschistischen Junta Athens hat zwar – bisher reibungslos – ein morsches und bankrottes Regime durch eine effektivere Regierung ersetzt, was natürlich im Interesse der griechischen Bourgeoisie und der ausländischen Imperialisten ist. Zugleich hat die Ablösung des Faschismus aber die Ausgangsbedingungen der griechischen Werktätigen im Kampf um Volksherrschaft und Sozialismus erheblich verbessert. ●

– Gedicht eines Genossen –

Athen, 25.7.1974, die Junta tritt zurück.

Athens Obristen sind zurückgetreten.
Die Presse schwärmt. „Ins Land gebeten
wurde Karamanlis. Eine neue Zeit beginnt!
KZs, Gefängnisse und alle Grenzen offen.
Die Menschen können wieder hoffen.

Ekstase! Hupkonzerte in Athen!
Demonstrationen und Parolen gehn:
„Demokratie!" „Tod dem Faschismus!"
„Friedhofsruhe weicht dem Freudentaumel ...!"
Jedoch! – Nicht eine Ratte baumelt!

Sofort hat Papadoupoulos sich abgesetzt
zu Auslandsfreunden, wo der Hund noch hetzt.
Und Pattakos wird zwar verprügelt,
doch kann er leider heil entweichen!
Und das nach wieviel tausend Leichen?
Und das nach wieviel tausend Leichen?

Und Ioannidis, Folter-Spezialist,
der Überzeugungsschlächter ist,
wird samt Gehilfen-Mob zum Schutze
vom Militär in Haft genommen.
So könn'n auch diese Kreatur'n entkommen!

Die Junta ließ sich vorher unterschreiben:
Säuberungen nach dem Abtritt unterbleiben.
Nicht ein Faschist wird satt gemacht.
Die größten Schweine werden kurz in Haft genommen.
So kann die ganze Bande heil entkommen!

Das Urteil war schon lang gefällt
von vielen Arbeitern der Welt,
von vielen Demokraten: Sieben Jahre Mord
und Folter! Barberei! Und Menschenschlächterei!
Den Strick dafür! Und kein Geschrei!

Im Inland auch zum Widerstand
Not, Haß, Empörung, Hoffnung fand.
Trotz Terror war er nicht zu brechen!
Zig Tote fordern unversöhnlich Rache!
Doch fehlt die Klarheit: was zu machen.

Exil-Rückkehrer wie die Mercourie
verwirrn das Volk mit Klassenharmonie.
Ekstatisch preist sie Karamanlis
und „Ruhe wahren!" fordert sie beschwörend,
„die delikaten Verhandlungen nicht stören!"

Mangakis als Sozialdemokrat
hat für das Volk den Spruch parat:
Man könnte mich als Feigenblatt mißbrauchen.
Doch muß ich dieses Kabinett mit aufbaun.
Es braucht ja schließlich Volksvertraun!

Noch wenig ist fürs Volk behoben.
Erst die Kulisse ist verschoben.
Die alte Szene war zu plump und krachte.
Was bisher Blei und Folter taten,
versuchen nun mal „wahre Demokraten".

Schon tönen Phrasen, ewig alt:
Die Wahl? Noch nicht! Doch nach dem Krieg. Dann bald!
Im Namen griechisch nationaler Ehre
wolln sie auch jetzt das Volk betören
die Einheit aller Griechenheit beschwören.

Den Hintergrund macht nach wie vor
leise Nixons Nato-Chor.
Groß-Europas Stimmen dringen vor!
Sie geben sich als Freiheits-Gratulanten.
Doch sie meinen: EG-Süd-Ost-Flanken.

Was jetzt an Liberalisierung
verspricht und durchführt die Regierung,
z.B. Pressefreiheit und dergleichen,
kann für das Volk erst dann was bringen,
wenn Kräfte aufstehn, die sie zwingen!

Der Widerstand kann nicht auf Karamanlis gaffen.
Die Freiheit muß er selber schaffen!
Freiheit heißt: Arbeiterfreiheit!
Die demokratische Regierung
entsteht erst unter Arbeiterführung!

Tod der Junta! Tod dem Faschismus!
Heißt: Nieder mit dem Kapitalismus!
Wenn sich das Volk die Freiheit selbst schafft,
dann wird bei jedem Maß genommen:
Und wehe dem, der diesmal durchgekommen!

– Ein Leser des ARBEITERKAMPF –

Ein Beispiel für die nationalistische Verhetzung der türkischen Kollegen

– Ein Leserbrief –



Das ist nicht etwa eine Werbeanzeige der türkischen Armee, sondern eine Zigaretten-Werbung mit dem sinngemäßen Text: „Jeder Türke raucht EFES-Zigaretten, da der Erlös an unsere Armee gespendet wird."

BÜYÜK BAGISLAR

Die große türkische Tageszeitung „Terkûman" veröffentlicht täglich auf der ersten Seite lange „Spendenlisten" zur Unterstützung der türkischen Invasion auf Zypern. Die meisten Spenden kommen von türkischen Arbeitern aus der BRD, was verdeutlicht, daß die in diesem Leserbrief geschilderte Situation keine Ausnahme ist.

Ich arbeite in einer großen Maschinenfabrik in der viele Türken beschäftigt sind und möchte folgendes berichten:

Nach dem faschistischen Putsch auf Zypern wurden die türkischen Kollegen durch die Presse ihres Landes extrem nationalistisch aufgehetzt. Das Hauptargument war dabei die Bedrohung der türkischen Minderheit auf Zypern. Auf diesem Hintergrund wurde von sehr vielen türkischen Kollegen die Invasion der türkischen Armee begrüßt.

Am Samstag nach dieser Invasion trafen sich einige türkische Kollegen privat auf Initiative der faschistischen Organisation „Nationale Bewegung" – erkennbar an ihrem Emblem (ein Wolf auf Bergspitzen mit türkischem Halbmond), die bereits von der Ermordung des türkischen Kollegen Danis Neset unrühmlich bekannt sind. Auf diesem Treff wurde eine Sammlung für die türkische Armee beschlossen.

Am Montag bat dann eine Delegation von ihnen die Geschäftsleitung, die Firma möge ein Konto einrichten, damit das Geld direkt überwiesen werden kann. Die Personalabteilung lehnte mit der Begründung ab, daß Politik im Betrieb nichts zu suchen hätte.

Daraufhin sammelten dann diese Kollegen selbst, d.h. sie gingen zu jedem einzelnen Türken. So wurden insgesamt von knapp 200 türkischen Kollegen 16.750.– Mark „gespendet". Die Kollegen, die sich weigerten, wurden übel beschimpft und von den anderen isoliert. Unentschlossene wurden eingeschüchtert; sogar Kollegen, die „nur" DM 50.– geben wollten, wurden oftmals als „schlechte Türken" etc. bezeichnet.

Bis zum 5.8. d.J. sind bereits von türkischen Kollegen über fünf Mrd. Lira in der BRD gesammelt worden; das entspricht nicht ganz einer Mrd. DM.

Nach der Geldsammlung wurde in einigen Abteilungen mit Namensnennung die Spendenliste ausgelegt, sodaß jeder sehen konnte, wer gar nichts und wieviel der andere gespendet hatte ... Die Verantwortlichen der Spendensammlung sind gelehrige Leser der faschistischen türkischen Presse. ●

– Ein Genosse –

[redacted]

Teitelboim, Mitglied der Politischen Kommission des ZK der „KP" Chiles, der zur Zeit des Putsches gerade im Ausland war und dort heute im Exil lebt, antwortet mit seinem Aufsatz auf Leserfragen, die an die Redaktion dieser Zeitschrift gegangen sind. Aus dem Text geht hervor, daß die Leserbriefe wohl hauptsächlich Kritik an der revisionistischen Strategie des „friedlichen Übergangs" formuliert haben, daß es offensichtlich nach dem Putsch innerhalb der revisionistischen Parteien oppositionelle Stimmungen gegen deren Kurs gegeben hat (und noch gibt?), die zumindest so bedeutend waren, daß sich die Revisionistenführer zu einer Auseinandersetzung damit gezwungen sahen, die sie in „normalen" Zeiten ja einfach arrogant zu übergehen pflegen. Im redaktionellen Vorwort zu Teitelboims Aufsatz wird dieser „Zwang" ziemlich deutlich sichtbar, wenn es



heißt: *„Die Ereignisse in diesem Land (Chile) werfen viele Fragen der Strategie und Taktik der revolutionären Bewegung auf, die einer tiefen Durchdringung bedürfen, unter anderem im Zusammenhang damit, daß bereits nicht wenige (!) Versuche unternommen worden sind, die Politik der Unidad Popular zu diffamieren (!!), die chilenischen Erfahrungen abzuwerten (!!)."*

Und Teitelboim selbst führt sich zu Beginn seines Aufsatzes gegenüber der laut gewordenen Kritik als ein aufgeschlossener und mit wahrhaftem Großmut beseelter Diskussionspartner ein: *„Nach dem 11. September stellten sich viele die Frage: Kann das Volk auf unbewaffnetem Wege zur Macht gelangen? Jeder hat das Recht, diese Frage auf seine Weise zu beantworten."*

Diese ungewohnte Konzilianz und Diskussionsbereitschaft der Revisionisten gegenüber den Gegner und Kritikern ihrer „friedlichen Strategie eines illusorischen Übergangs zum Sozialismus" ist aber eben nichts weiter als eine Umgarnung, hinter der sie ihre alte Bruchpolitik neu aufmisten.

Teitelboim schreibt, *„daß innerhalb des Blocks und der Regierung der Unidad Popular zwei entgegengesetzte Tendenzen existierten"* – nämlich eine richtige und eine falsche. Die erste wurde von der „KP" Chiles repräsentiert; und für die zweite spricht Teitelboim nur unspezifisch von den *„Vertretern der anderen Tendenz"*, die *„bedauerlicherweise auf sektiererischen Positionen"* standen, *„ständig unsere Tätigkeit störten"*, *„die Volkseinheit von außen und von innen untergruben"*, *„endlose und nutzlose Diskussionen"* führten, wodurch *„die Initiative* (der „KP", natürlich!) *im Kampf für die Gewinnung der Massen verloren ging"*, usw.

Bezeichnend ist, daß diese „andere Tendenz" einerseits als „sektiererisch" charakterisiert wird (was die altbekannte Melodie der Revisionisten von den „Ultralinken" vernehmen läßt) – andererseits aber, und darauf legt Teitelboim dann das Hauptgewicht, als „reformistisch". Er schreibt dazu:

„Wie Unkraut wucherten die reformistischen Konzeptionen. Unterschätzt wurden einige Besonderheiten des Landes, tief verwurzelt war das Vorurteil von der Unveränderlichkeit der früheren politischen Institutionen (und zwar meint Teitelboim nicht das sonst immer den Revolutionären vorgeworfene „Vorurteil", daß diese Institutionen des bürgerlichen Staates immer bürgerliche bleiben und man sie daher zerschlagen muß; sondern das „Vorurteil", diese Institutionen könnten nicht vom Imperialismus vollends ihres „demokratischen" Aussehens entkleidet und in reaktionärer Weise vernichtet werden, z.B. das Parlament; – d. Red.) *Übermäßige Hoffnungen wurden auf den Professionalismus der Streitkräfte, auf deren Verfassungstreue gesetzt. Man nahm an, daß wenigstens ein Teil der Streitkräfte auf seiten der legitimen Regierung bleiben würde."*

In der Tat: dieser Reformismus wucherte in Chile wie Unkraut – und er ist die „Haupttendenz" innerhalb der UP gewesen. Aber was Teitelboim hier den Lesern der „Probleme des Friedens und des Sozialismus" vorsetzt, ist dennoch ein reiner Betrug – denn er schreibt dies absolut nicht als Selbstkritik der chilenischen „KP", sondern als die „Tendenz", gegen die die „KP" angekämpft hätte. Wir haben bereits in unserer im November 1972 (also ein Jahr vor dem Putsch) herausgegebenen Broschüre „CHILE – ‚Friedlicher Übergang' zum Sozialismus? " sowie in mehreren späteren Artikeln des ARBEITERKAMPF ausführlich belegt, daß es gerade und vornehmlich die chilenische „KP" war, die innerhalb der Unidad Popular die reformistische Konzeption am nachdrücklichsten verkörperte, und wir wollen das hier nicht alles wiederholen. (Siehe dazu aber auch die revisionistischen Dokumente, die wir jetzt in unserer weiteren Broschüre „Chile – Reform oder Revolution? " nachgedruckt haben.) Nur ein Zitat des „KP"-Generalsekretärs Corvalan sei hier noch einmal exemplarisch in Erinnerung gerufen, um deutlich zu machen, daß die chilenische „KP"-Führung selbst es war, die *„übermäßige Hoffnungen ... auf den Professionalismus der Streitkräfte, auf deren Verfassungstreue gesetzt"* hat, wie Teitelboim sich als Kritik an andere Organisationen der UP gerichtet auszudrücken beliebt: *„Die Armee mischt sich gemäß der Verfassung nicht in politische Streitfragen ein.... trotz aller Unterschiede sind die Militärs durch eine Reihe moralischer Werte (!) geeint: Achtung vor der Verfassung und dem Gesetz, Gehorsam gegenüber der vom Volk gewählten Regierung."* L. Corvalan, zit. n. Probleme des Friedens und des Sozialismus Nr. 9/72 – es gehört übrigens schon eine gehörige Portion Frechheit und Geringschätzung des Erinnerungsvermögens der Leser dazu, wenn Teitelboim jetzt seinen oben zitierten Betrug in genau der gleichen Zeitschrift publiziert, in der die ganze Zeit während der UP-Regierung diese „übermäßigen Hoffnungen" im Namen der chilenischen „KP" gepredigt wurden!)

Wenn Teitelboim schreibt: *„Man nahm an, daß wenigstens ein teil der Streitkräfte auf Seiten der legitimen Regierung bleiben würde"* – dann müßte der unbefangene Leser ja eigentlich daraus schließen, daß Teitelboim diese „Annahme" (nunmehr!) für falsch hält, daß er also tatsächlich durch die wirklichen Ereignisse in Chile belehrt worden sei. Aber weit gefehlt! Es handelt sich hier eben nicht nur darum, daß Teitelboim die Position der chilenischen „KP" vor vor dem Putsch nachträglich positiv umzufälschen versucht, sondern es ist insgesamt ein Betrug. Gültig sind für Teitelboim nach wie vor die „übermäßigen Hoffnungen auf den Professionalismus der Streitkräfte, auf deren Verfassungstreue". Im selben Aufsatz, wo Teitelboim inbrünstig die „Reformisten" anklagt, schreibt er wenig später über die aufzubauende antifaschistische Front gegen die Militärdiktatur:

„Einen würdigen Platz werden in der antifaschistischen Front an der Seite des Volkes die patriotisch gesinnten Militärs einnehmen. Die Putschisten haben die Streitkräfte und das Karabinieri-Korps in den Dienst ihrer antinationalen Politik gestellt. Aber wir sind nach wie vor (genau so ist es!; d. Red.) *nicht der Ansicht, daß der Kampf in unserer Gesellschaft auf den Zusammenstoß zwischen den Zivilisten und den Militärs hinausläuft. Unter denen, die eine Unifrom tragen, gibt es Menschen, die an ihre Pflichten gegenüber dem Heimatland denken. Ungeachtet ihrer demokratischen Stimmungen wurden sie zu hemmungslosem Terror eingesetzt."*

Sehen wir einmal ab von den demagogischen und bornierten Klitterungen, die Teitelboim hier vornimmt (die mechanistische Gegenüberstellung von „Zivilisten" und "Militärs", was die Revisionisten immer den sog. „Ultralinken" vorwerfen; die unmarxistische Auffassung von der „Pflicht gegenüber dem Heimatland", mit der ja selbst die Faschisten argumentieren, um die Soldaten ideologisch auf die Ausrottung des „artfremden" und „von außerhalb des Landes exportierten" Marxismus zu trimmen).

Natürlich ist es so, daß es die Aufgabe der Kommunisten ist, möglichst große Teile der bürgerlichen Armee auf die Seite des Volkes zu ziehen – wohlgemerkt: zu ziehen, denn sie stehen dort nicht einfach von sich aus, weil sie „aus dem Volk kommen", wie die Revisionisten gerne sagen. Es wäre völlig absurd und zynisch zugleich, wenn man zur Grundlage seiner Einschätzung, ob Teile der Armee „auf der Seite des Volkes stehen", macht, daß viele Soldaten eine „demokratische Stimmung" haben, daß sicher sehr viele von ihnen „inneren Abscheu" gegenüber dem faschistischen Terror empfinden, zu dem sie eingesetzt werden. So können eigentlich nur bürgerlich Pazifisten argumentieren, zu denen die Revisionisten größtenteils freilich auch schon geworden sind.

Chile hat eben erneut bewiesen, und das können selbst die Revisionisten nicht abstreiten, daß die „demokratischen Stimmungen" vieler Soldaten nicht ausreichten, dem militärischen Befehl des Faschismus zu widerstehen, daß es der Militärjunta gelungen ist, die Soldaten (wie Teitelboim selbst schreibt) ungeachtet dieser „Stimmungen" zu hemmungslosem Terror einzusetzen – nämlich durch den Terror selbst. Wir wissen, daß sich durchaus mehrere Soldaten dem Befehl zum Massenmord widersetzt haben; und wir haben die tiefste Hochachtung vor ihrem Heldenmut, daß sie dies getan haben, obwohl die Kraft nicht zu einem Massenwiderstand in der Armee reichte, obwohl ihr Widerstand aussichtslos war und in fast allen Fällen mit barbarischer Folter und der eigenen Ermordung endete.

Teitelboims Überlegungen zur Einreihung der „patriotisch gesinnten Militärs" in die antifaschistische Front unterscheiden sich grundsätzlich von den Aufgaben der revolutionären Arbeit innerhalb der bürgerlichen Armee, wie die Kommunisten sie verstehen. Für die Kommunisten ist das Ziel dieser Arbeit nicht, daß die Soldaten die Waffen aus der Hand legen, sondern daß sie sie Seite an Seite mit eigenen bewaffneten Einheiten der Arbeiterklasse gegen die Imperialisten und Faschisten richten; und zwar nicht nur erst als Antwort auf einen bereits erfolgten Putsch und als Antwort auf einen bereits erfolgten Massenmord am Volk, sondern möglichst schon vorher, um solche tragischen Ereignisse von vornherein durch die Zerschlagung des bürgerlichen Herrschaftsapparats zu verhindern. Die Aufgabe der Einreihung der Soldaten in die antifaschistische Front besteht also hinsichtlich ihrer Einreihung in den bewaffneten Kampf gegen Imperialismus und Faschismus.

Teitelboim hat aber nicht diesen tatsächlich *„würdigen Platz"* an der Seite des Volkes für die *„patriotisch gesinnten Militärs"* vorgesehen, sondern bei ihm geht es *„nach wie vor"* um seine *„übertriebenen Hoffnungen"*. Ihm geht es darum, *„die von den Putschisten geschaffene blutige Kluft zwischen den Militärs und dem Volk zu beseitigen."* Ihm geht es darum, *„das Ansehen der Streitkräfte Chiles in den Augen des Volkes und der ganzen Welt"*, das von den Putschisten *„untergraben"* wurde, wieder herzustellen. Ins Reine gesprochen heißt das: das Volk hat das lange gepredigte Vertrauen in die bürgerliche Armee unter Blut und Tränen verloren – und Teitelboim will den *„guten Ruf"* dieser Armee wiederherstellen. Daß die Revisionisten dabei heute wie gestern im wesentlichen wieder die militärischen Führungsorgane im Auge haben, deren *„demokratischen"* Lippenbekenntnissen sie in ihren bevorzugten *„Spitzengesprächen"* trotz besseren Wissens auf den Leim gekrochen sind, ist unübersehbar: Teitelboim *„droht"* den *„Generälen und Offizieren, die dem Druck der äußeren und inneren Reaktion erlagen (!!!)"*, daß sie das *„Ansehen"* der Streitkräfte *„endgültig zunichte machen, falls sie ihre Politik nicht ändern"*. Es fehlt nicht viel, und Revisionistenführer wie Teitelboim werden irgendeine betrügerische *„Normalisierung"* der Militärjunta als einen *„positiven Aspekt"* hochjubeln, um dessentwillen man vielleicht sogar bereit wäre, einen neuen *„Dialog"* mit den Mördern des chilenischen Volkes zu eröffnen. Was unterscheidet solche Leute eigentlich noch von den Führern der Sozialdemokratie?

Schlagender aber noch als die eben zitierten Passagen zeigt die grundsätzliche Aussage Teitelboims über die Frage des Bürgerkriegs, daß die „KP"-Führung ihren alten Kurs unbelehrt weiterverfolgt (gegenüber der Armee und insgesamt). Er schreibt: **„Wir müssen vermeiden, heißt es in der Erklärung unserer Partei, der Volksbewegung dogmatisch Formen des Kampfes gegen die Putschisten aufzuzwingen. Unter den Linken sprechen bereits (? !) einige Genossen von der Unvermeidlichkeit eines Bürgerkrieges. Aber jetzt ist es noch zu früh (!!!), über dieses Thema zu diskutieren."**

Hat Teitelboim weiter vorne noch großmütig gesagt, daß jeder das „Recht" habe, die Frage bewaffneter oder unbewaffneter Weg „auf seine Weise zu beantworten" – so läßt er jetzt die Katze aus dem Sack: er erklärt nicht „nur", daß es „zu früh" sei, den bewaffneten Kampf in Chile zu organisieren; sondern überhaupt darüber zu diskutieren ist schon „zu früh"!

Die erste Erklärung der „KP" Chiles nach dem Putsch enthielt einige Töne, die scheinbar nach einer positiven Überdenkung ihrer Politik in einigen Punkten aussahen (das Volk „wird nicht verpflichtet sein, ... die institutionelle Situation wiederherzustellen, die bis gestern bestand"; „Schaffung bewaffneter Streitkräfte und einer Polizei neuen Typs"; es habe „auch reformistische Tendenzen" gegeben, „die in diesem oder jenem Moment sogar in der Aktion der Volksregierung auftraten"; usw.). Bestätigt hat sich indes die Skepsis, die damals im Kommentar des ARBEITERKAMPF zu dieser Erklärung geäußert wurde:

„Man muß sogar zweifeln, ob nicht die chilenischen Revisionisten nach einer Phase der ‚Normalisierung' ganz und gar zu ihrem früheren Reformismus zurückkehren werden."

Das ist, wie Teitelboims Aufsatz zeigt, schneller und nachhaltiger geschehen, als selbst in diesem Kommentar zum Ausdruck gebracht wurde. Man kann vielleicht einwenden, daß Teitelboim kein guter Beweis dafür sei, weil er heute im Ausland lebt, und daß die in Chile verbliebenen „KP"-Führer vielleicht eine andere Stellung dazu einnehmen. Dieser Einwand ist wahrscheinlich sogar bis zu einem gewissen Grad richtig – nämlich bis dahin, wo die konkreten Umstände den Revisionistenführern ein anderes taktisches Vorgehen bei Aufrechterhaltung ihrer grundsätzlichen Strategie abverlangen. ●

Chile-Solidarität
Vorbereitung von Aktionen zum 1. Jahrestag des faschistischen Putsches

Am 27.7. fand in Frankfurt ein Treffen einer Reihe von Organisationen statt. Eingeladen hatten einige westdeutsche Chile-Komitees. Bei diesem Treffen ging es um eine Aktionseinheit zur Solidarität mit dem chilenischen Volk anläßlich des Jahrestages des faschistischen Putsches in Chile vom 11. September 1973.

Im letzten ARBEITERKAMPF hatten wir uns bereits mit dem Aufruf der Chile-Komitees auseinandergesetzt. Wir hatten einmal das Vorgehen nach dem Motto „Wer zuerst kommt, mahlt zuerst" kritisiert, weiterhin, daß darauf verzichtet wurde, die wesentlichen Lehren aus dem Putsch in Chile zu ziehen und die Parallelen der Entwicklung in unserem Lande aufzuzeigen, was gerade Aufgabe richtig verstandener internationaler Solidarität sein müßte. Stattdessen werden in dem Aufruf illusionäre moralische Appelle erlassen, die natürlich verpuffen müssen.

Auf dem Treffen bestätigte sich leider das, was wir an dem Aufruf kritisiert hatten; darüber hinaus zeigte sich, welche Organisationen hinter dieser Politik stehen.

Der Vertreter des Koordinationsausschusses der Chile-Komitees erklärte, daß auf ihrem Voraustreffen in Göttingen folgendes festgelegt worden sei: lokale Mobilisierung am 11.9. und zentrale Mobilisierung zum 14.9. mit einer Demonstration in Frankfurt. Da die Vorbereitungen schon relativ weit fortgeschritten seien (Route und Redner lägen fest), sei das unumstößlich.

Von den Vertretern des KB wurde dies entsprechend den Aussagen des letzten AK-Artikels kritisiert und abgelehnt.

Die „Liga gegen den Imperialismus" und die „KPD" kritisierten den Aufruf der Chile-Komitees, weil darin die Lehren aus dem Putsch in Chile fehlten. Allerdings legten sie dann selbst eine Plattform vor, die diese Lehren keineswegs enthielt, sondern nach dem gleichen „breiten" Strickmuster gemacht ist. In der Frage der „zentralen" Demonstration verwiesen sie auf unsere Kritik, legten sich aber noch nicht fest.

Die Chile-Komitees wurden unterstützt von der GIM, Spartacus, dem SB und dem KBW.

Der KBW-Vertreter fügte noch folgendes hinzu: Man habe in Göttingen der Plattform „schweren Herzens" zugestimmt und forderte unter Hinweis auf die „Schwierigkeiten der Chile-Komitees" die Organisationen auf, die Bemühungen der Komitees zu unterstützen. Sämtliche gesellschaftliche Gruppen (Gewerkschaftsführung, bürgerliche Parteien etc.) seien „gezwungen", Stellung zu nehmen. Dem KB (der den Aufruf „an alle Parteien" kritisiert hatte) hielt er vor, was er denn mache, wenn z. B. die CDU-Arbeiter ihre Führung zwängen, Farbe zu bekennen (!?). Der KB befinde sich seiner Meinung nach „außerhalb von wichtigen Teilen der Solidaritätsbewegung".

Zum einen verschanzt sich der KBW hinter den Chilekomitees, wobei eine ganze Reihe dieser Komitees praktisch KBW-Komitees sind, blockt dann die ganze politische Auseinandersetzung darüber ab, was Inhalt einer Solidarität mit dem chilenischen Volk sein müßte, da ja bei den Chile-Komitees nun nichts mehr zu machen sei.

Interessanterweise liest man in der „KVZ" (Nr. 16) als neue Lesart dann, daß sich die Chile-Komitees sehr wohl darin einig seien, *„daß einer der Gründe für die Tatsache, daß der konterrevolutionäre Putsch in Chile erfolgreich war, auch in der Politik der Unidad Popular gesucht werden muß."* Warum darf also nicht einmal das in dem Aufruf stehen? Auch dazu gibt die „KVZ" eine Antwort. Es geht darum, daß man einen Aufruf verfaßt, worauf sich auch die Chile-Komitees der „DKP" mit einigen könnten. Zugunsten einer bloß „eingebildeten, illusionären Aktionseinheit" mit der „DKP" betreibt also der KBW in den Chile-Komitees bewußt eine Politik, die ohne Not auf die Erfahrungen des chilenischen Volkes mit dem „friedlichen Weg" zum Sozialismus verzichtet.

Auf dem Aktionseinheitstreffen wurde vom KBW-Vertreter (ebenso GIM und SB) außerdem an der Plattform der „Liga" kritisiert, daß darin der US-Imperialismus zu sehr betont würde, da (man höre und staune) der Putsch eine fast ausschließlich „nationale Sache" gewesen sei. In der „KVZ" wird auch nur von „fremder Einmischung" durch eine imperialistische Supermacht wie die USA gesprochen. ●

Genossen des KB / Gruppe Frankfurt

Chile: Neue Terrorwelle

Die faschistische Junta in Chile läßt neue Massenverhaftungen durchführen. Allein Mitte Juli wurden innerhalb einer einzigen Woche 10.838 (!!) Menschen verhaftet.

Über das Vorgehen der Faschisten berichten die Westberliner „Chile-Nachrichten" vom 16.7.74: *„Seit einigen Monaten fahren durch Santiago hell graublaue kleinbusähnliche Fahrzeuge mit vergitterten Fenstern – Juanitas genannt – und Tiefkühllastwagen der ECA (Staatliche Nahrungsmitteleinkaufsorganisation), die jetzt nicht mehr für Nahrungsmitteltransporte gebraucht werden und keine Nummernschilder haben. Wenn der Besatzung dieser Fahrzeuge irgendjemand auf der Straße verdächtig vorkommt (z.B. jemand an einer Ecke wartet, was ja bedeuten kann, daß er ein subversives Treffen vorbereitet), dann halten sie an und nehmen die Person fest und prügeln sie im fahrenden Auto. Ergeben sich bei diesem ‚Verhör' keine Verdachtsmomente, kommt der Betreffende nach etwa drei Stunden wieder frei. Glaubt man, Verdachtsmomente gefunden zu haben, so kommt er in das neben der Kirche San Francisco gelegene Auffanglager, von dem aus es weiter geht in die Folterlager außerhalb der Stadt, unter denen Tejas Verdes das bekannteste ist. Dort wird die systematische Folter angewendet, danach verhört. Ergeben sich keine Anhaltspunkte, so kommt der Betreffende nach 14 Tagen bis vier Wochen zurück, je nachdem, welche Zeit man zur physischen Wiederherstellung braucht."*

Ende Juli wurden in Santiago die Urteile in einem ‚Prozeß' gegen über 70 ‚Anhänger der Unidad Popular', vor allem Militärs, gesprochen. Drei frühere Angehörige der Luftwaffe und der frühere Vizepräsident der chilenischen Staatsbank, Carlos Lazo Frias, wurden zum Tode verurteilt; die Soldaten wegen „Hochverrat und Meuterei" (ihnen wurde u.a. vorgeworfen, sie hätten „militärische Geheimnisse" – wozu wohl die Putschvorbereitungen der Faschisten zählen dürften! – an die Sozialistische Partei und die revolutionäre Organisation MIR weitergegeben), und Frias wegen angeblicher „Unterwanderung der Armee".

67 weitere Angeklagte wurden zu z.T. sehr hohen Strafen verurteilt (genauere Angaben sind z.Z. nach der bürgerlichen Presse nicht möglich).

Dieser Prozeß schließt sich an eine Reihe weiterer an, die in den letzten Monaten durchgeführt wurden. So wurden im April fünf Genossen der Sozialistischen Partei (zwei Studenten, zwei Bauernführer und ein früherer Regierungsbeamter) zum Tode verurteilt, und weitere 16 Antifaschisten zu langen Haftstrafen verurteilt.

Im März waren in Temuco 14 Genossen, die angeblich dem MIR angehörten oder ihn unterstützt hatten, zu langen Haftstrafen verurteilt worden.

Ende Mai begann ein Prozeß gegen 29 Mitglieder der ‚Unidad Popular', die in El Teniente (größte Kupfermine Chiles) gearbeitet hatten. Ob dieser Prozeß inzwischen abgeschlossen ist, wissen wir nicht.

Die chilenische Junta selbst gibt nur wenig Informationen über solche Prozesse, aber selbst davon gelangt wiederum nur wenig in die bürgerliche Presse.

Die faschistische Junta steht offenbar vor zunehmenden Schwierigkeiten. Wie die „Chile-Nachrichten" vom 16.7.74 berichten, sind die Reallöhne der Werktätigen heute nur noch ein Drittel so hoch wie 1968/69. Dafür konnten die 5% der Chilenen mit den höchsten Einkommen ihren Anteil am Volkseinkommen von 1967 bis 1974 verdoppeln von 22,7% auf etwa 50%! Die Inflation galoppiert, die Arbeitslosigkeit und der Hunger nimmt zu. Auch Regierungsbeamte und Polizisten, Stützen des Regimes, stehen einer raschen Verschlechterung ihrer Lebenslage gegenüber.

Die gewaltsame Senkung der Reallöhne der Werktätigen trifft auch die kleinen und mittleren Industriellen, die für den inneren Markt produzieren, und andere Kleinunternehmer, die auf den inneren Markt ausgerichtet sind. Während sich auch für diese Schichten, die zunächst zu den Stützen der faschistischen Junta gehörten, wachsende wirtschaftliche Schwierigkeiten ergeben, mästet sich das Großkapital, das Güter für den Export und für den Konsum der chilenischen Bourgeoisie produziert.

Auch in Chile, so wie in Portugal, Griechenland und nunmehr Spanien, geht die Tendenz unter diesen Umständen zu einer kontrollierten Ablösung des brutalsten Faschismus zugunsten eines mehr scheindemokratischen Regimes, das sich stärker auf die traditionellen bürgerlichen rechten Parteien, vor allem die Christdemokraten, stützen kann.

Die Junta versucht zunächst, ihrer Ablösung zu entgehen, indem sich Mörder Pinochet Ende Juni zum Staatsoberhaupt machte und im Juli eine neue Regierung bildete, der im wirtschaftlichen Bereich Vertreter der rechten Christdemokratie und der mit dem internationalen Kapital verbundenen chilenischen Großbourgeoisie angehören.

Es scheint aber, daß auch diese Lösung sich nicht stabilisieren wird, und daß es in nicht allzu ferner Zeit zu einem Regime unter Führung des extrem rechten Christdemokraten Frei kommen könnte, um der wirtschaftlichen und politischen Schwierigkeiten der chilenischen Bourgeoisie Herr zu werden.

Manöver der Revisionisten

Mitte Juni wurde in Europa ein Text verbreitet, der angeblich eine Erklärung der ‚Unidad-Popular'-Parteien zum 1. Mai wiedergibt. Dieser Text wurde anscheinend zuerst in der „Unità", Tageszeitung der italienischen Revisionisten (PCI) veröffentlicht, und ist auf deutsch in der Nr. 30/1974 der DDR-Zeitschrift „horizont" abgedruckt.

Zu dieser angeblichen „Unidad Popular"-Erklärung gab der MAPU, der selbst der „Unidad Popular"-Regierung angehört hatte, eine Erklärung ab, in der es u.a. heißt: *„Seit April wurde im Lande diskutiert, um ein Dokument vorzubereiten, das dem chilenischen Volk und allen Völkern der Welt bekannt gemacht werden sollte. Zu diesem Vorbereitungsdokument wurden seitens einiger Parteien eine Reihe von Einwendungen vorgetragen, die im veröffentlichten Dokument nicht in Betracht gezogen wurden; darüberhinaus wurden die Parteien, die zentrale Passagen des Dokuments kritisiert hatten, von seiner Veröffentlichung überrascht, weil die zum Dokument gemachten Betrachtungen nicht zur Diskussion gestellt worden sind. Daher müssen wir erklären, daß* ***das besagte Dokument von unserer Partei nicht unterschrieben worden ist.****"* (nach „Lotta Continua", 20.6.74).

„Lotta Continua" schrieb darüber hinaus am 23. Juni, daß wahrscheinlich auch die ‚Radikale Partei' und die ‚Izquierda Cristiana' (Christliche Linke), die der „Unidad Popular"-Regierung angehörten, den Text nicht unterschrieben haben. In der größten UP-Partei, der Sozialistischen Partei, wo es schon vor dem faschistischen Putsch eine starke linke Strömung gab, haben sich die politischen Meinungsverschiedenheiten seither noch weiter vertieft und kann von einer einheitlichen Stellung zu den im Text angesprochenen Fragen nicht die Rede sein.

Daraus ergibt sich, daß die angebliche „Erklärung der Parteien der Unidad Popular" in erster Linie den Standpunkt der revisionistischen Führung der „KP" wiedergibt, gestützt auf rechte Kräfte in der Sozialistischen Partei.

In diesem Text heißt es u.a. (zitiert nach „horizont"): *„Der größte Mangel der Unidad Popular war ihre Unfähigkeit, die Isolierung (!) der Arbeiterklasse zu verhindern und die Mehrheit der Bevölkerung zu veranlassen, sie zu unterstützen. Dabei hatten die Auffassungen der ultralinken Kräfte, die einen Druck auf die Unidad Popular und die Regierung ausübten (!!), ein entscheidendes Gewicht..." „Auf politischem Gebiet dienten die sektiererischen und engen Auffassungen des linken Opportunismus dem Spiel des von Frei angeführten Flügels und drängten (!!!) die Christdemokraten in eine Politik der unnachgiebigen Opposition zur Volksregierung." – „In der Volksbewegung fehlte es an Verständnis für die innere Lage und die spezifischen Merkmale (? ?) der chilenischen bewaffneten Organe. Das erschwerte die Zusammenarbeit zwischen der Volksbewegung und den patriotischen und verfassungstreuen Kräften der Streitkräfte. Die allgemeine Isolierung der Arbeiterklasse widerspiegelte sich in der Isolierung der verfassungstreuen Elemente innerhalb der Streitkräfte und im Vormarsch der Putschisten."*

Diese vorgebliche ‚Selbstkritik' ist in Wahrheit nur ein bedenkenloser Angriff auf die revolutionäre Linke, der der makabre Vorwurf gemacht wird, sie habe nicht nur „Druck" auf die UP-Regierung ausgeübt (wie denn? !), sondern auch noch die Christdemokraten, die Hauptpartei der chilenischen Bourgeoisie, zur Opposition gegen die UP-Regierung „gedrängt". Der Text ist zugleich ein Aufruf, noch unrealistischer, noch opportunistischer, sozusagen noch unmarxistischer an die bürgerliche Armee und überhaupt an den bürgerlichen Staat heranzugehen, und verstärkt das ‚Bündnis' mit der Hauptpartei der Bourgeoisie, den Christdemokraten, zu suchen.

In einer Situation, wo sich innerhalb der chilenischen Bourgeoisie s e l b s t die Möglichkeit einer kontrollierten Ablösung der Junta durch ein Regime des Christdemokraten Frei entwickelt, heißt es im Text: *„Wir wünschen, daß die Gesamtheit (!!) der Christdemokraten sich völlig in den Widerstand und in die Antifaschistische Front eingliedern möge".* Der Text verkündet zwar großsprecherisch: *„Die Urheber der faschistischen Barberei werden sich verantworten müssen."* (Leute wie Frei, mit dem sich die Revisionisten ja „verbünden" wollen, gehören demnach anscheinend nicht zu den Verantwortlichen für den faschistischen Putsch?) *„Das Volk wird dafür sorgen, daß jedes Verbrechen, jede mit Füßen getretene Würde, jede verletzte Freiheit, jeder erlittene Angriff und jeder Übergriff gerecht geahndet werden."*

Die Bourgeoisie, repräsentiert gerade auch durch die Christdemokraten, ist allerdings daran interessiert, eine eventuelle Ablösung der Junta so kontrolliert wie möglich durchzuführen, den faschisierten Staatsapparat möglichst intakt zu halten und die faschistischen Mörder ihrer Bestrafung zu entziehen. Wir sahen das in Portugal und erleben es jetzt noch deutlicher in Griechenland.

Um eine solche Entwicklung zu verhindern, muß man auf den revolutionären, bewaffneten Sturz des Faschismus durch die mobilisierten Massen orientieren, statt auf eine kontrollierte Ablösung des Faschismus durch die Bourgeoisie selbst.

Die chilenischen Revisionisten aber steuern mit ihrer Anbiederei gegenüber der „Gesamtheit der Christdemokraten" genau auf eine solche Lösung zu. Im Text werden entsprechend die Fragen offen gelassen, *„welchen endgültigen Charakter der Kampf um den Sturz der Diktatur annehmen wird"* und welche Kampfformen anzuwenden sind (Dazu heißt es nur, daß *„alle Formen des Kampfes angewendet werden können"*).

Es wird also die Frage offen gelassen, daß nur der revolutionäre bewaffnete Sturz des Faschismus zu wirklichen demokratischen Veränderungen führen kann, während der Weg des „Bündnisses" mit den Christdemokraten und der kontrollierten Ablösung der Junta bestenfalls den Zustand vor dem Antritt der UP-Regierung herstellen könnte – eine Verhöhnung der tausendfachen Opfer des chilenischen Volkes durch den faschistischen Putsch und Terror! Es ist offensichtlich, daß die chilenischen Revisionisten den zweiten Weg gehen wollen. ●

[redacted]

„Demokratische Plattformen" in vielen Regionen

Die „Demokratische Junta" ist ein Zusammenschluß der in mehreren Regionen bereits existierenden „Demokratischen Plattformen" (Mesa Democrática).

In Andalusien, der größten spanischen Provinz, hat sich Anfang Juni eine solche „Demokratische Plattform" gegründet, die aus einer bereits seit Jahren arbeitenden „Demokratischen Versammlung" hervorgegangen ist. Auf einer geheimen Pressekonferenz zur Gründung der „Demokratischen Plattform in Andalusien" stellten sich folgende Gruppen und Organisationen vor:

- Sozialistische Allianz Andalusiens (ASA). Diese Organisation wurde erst vor kurzem gebildet. Sie wird von bürgerlichen Liberalen geführt und soll für Anhänger in „bürgerlichen Kreisen" werben, zu denen die traditionellen linken Parteien keinen Zugang haben.

- Spanische Sozialistische Arbeiterpartei (PSOE). Sie war während der spanischen Republik die größte politische Partei überhaupt. Auch heute würde sie nach Meinungsumfragen, die allerdings skeptisch zu beurteilen sind, bei Wahlen die höchste Stimmenzahl erreichen. Diese einst scharf antiklerikale und antimilitaristische Partei (ihr fortschrittlichster Führer war Largo Caballero) hat den Weg aller sozialdemokratischen Parteien durchgemacht und arbeitet heute auf einem kleinbürgerlich-reformistischen Niveau. Sie hat „aus parteiinternen Gründen" auch in Andalusien nicht einmal die Gründungserklärung der „Demokratischen Plattform" unterschrieben.

- Sozialistische Gewerkschaft U.G.T. Diese illegale Gewerkschaft stammt noch aus der Zeit der spanischen Republik und hat es unter den Schlägen des Franco-Regimes nicht mehr geschafft, ihre früheren Mitglieder wiederzugewinnen. Sie hat weniger Einfluß als die

- Gewerkschaft „Arbeiterkommissionen", die heute bei der Organisierung von Streiks und Arbeiterdemonstrationen, Fabrikbesetzungen usw. die entscheidende Rolle spielen. (Die Vertreter der Sozialistischen Gewerkschaft U.S.P. – Syndikale Arbeiterunion – kamen nicht zu der Pressekonferenz).

- Carlistische Partei; diese früher klar faschistisch ausgerichtete Partei hat einen Führungswechsel hinter sich. Sie würden jetzt für „Mitbestimmung in allen Bereichen" kämpfen, sagten ihre Vertreter, sowie für einen „Sozialismus", der Gewissensfreiheit und alle anderen bürgerlichen Freiheiten garantiere.

- Kommunistische Partei Spaniens (PCE).

- Internationale Kommunistische Partei, (PCI), eine linke Abspaltung der PCE, ebenso wie die Gruppe „Bandera Roja" (Rote Fahne), denen die spanische KP zu „bürokratisch" und zu wenig aktiv ist. („Bandera Roja" arbeitet auf internationaler Ebene eng zusammen mit der französischen „Révolution", der italienischen „Avanguardia operaia", den britischen „International Socialists" und dem schwedischen „Förbundet Kommunist"). Zumindest bei der „Bandera Roja" ist uns bekannt, daß hier kein konseqenter Bruch mit dem Revisionismus vorliegt. Z.B. vertritt „Bandera Roja" genauso wie die revisionistische PCE die seltsame These, daß der Tod des ehemaligen Regierungschefs Blanco eine „Provokation" gewesen sein muß – aus dem einfachen Grund, um nicht über revolutionäre Gewalt reden zu müssen und deren Rolle herunterzuspielen.

Ganz auf dieser Linie liegt auch die „Kritik" dieser beiden Gruppen auf der Pressekonferenz an den „Maoisten" in Portugal, denen sie vorwarfen, gegen die portugiesische Junta zu kämpfen. Zwar sei die portugiesische Regierung nicht die „ideale Lösung", aber *„ein wichtiges Instrument zur Erreichung der sozialistischen Gesellschaft"* (nach „FAZ", 4.6.74).

In Katalonien, wo die Organisation „Bandera Roja" entstand, soll es übrigens eine starke Rückkehrbewegung von BR-Mitgliedern in die PCE geben...

Im Gegensatz zu den Erklärungen der „Demokratischen Junta" klingen in den Worten der andalusischen Plattform einige etwas „linkere" Töne an. So lehnen sie den ‚Dialog mit dem Regime" (des Franco-Faschismus), auch mit seinen „liberalen" Vertretern strikt ab. Die von der Regierung Arias angekündigten „Liberalisierungsmaßnahmen" seien reine Täuschungsmanöver; im Laufe der schon 35 Jahre dauernden Diktatur Francos habe es immer schon einige Minister gegeben, die liberaler gewesen seien als die große Mehrheit ihrer Kumpane. Das sei das alte Spiel der Diktatur. Die Regierung Arias unterscheide sich in nichts Wesentlichem von den früheren Regierungen, doch sie sei wegen des bevorstehenden Todes von Franco die letzte der Franco-Epoche. Der Frankismus sei ohne Franco nicht möglich; die Monarchie unter Juan Carlos solle zur Fortsetzung der Diktatur werden, auch dagegen kämpfe die andalusische Opposition (nach „FAZ", 4.6.74).

Auch die Stellungnahme der andalusischen Opposition zum Heer, einer der Hauptstützen des faschistischen Regimes, ist einige Töne realistischer als die Stellungnahme der „Demokratischen Junta" bzw. der PCE-Führung selbst: was sicher mit der größeren Basisnähe dieses regionalen Komitees zu erklären ist. So wurde auf der Pressekonferenz geäußert, in Spanien könne man nicht damit rechnen, daß wie in Portugal das Heer den Umsturz durchführe; in Spanien müsse das Volk den „demokratischen Umbruch" erreichen. Das spanische Volk sei darauf politisch besser informiert und vorbereitet als das portugisiesche. Die Bemühungen der Opposition könnten lediglich darauf gerichtet sein, das Heer zu „politischer Neutralität" zu bewegen. Man erwarte nicht, daß die spanischen Militärs für die Demokratie kämpfen würden – hoffe aber, daß sie in Zukunft nicht weiter die bedingungslosen Verteidiger der Diktatur sein wollten. Das portugiesische Beispiel sei in diesem Punkte zumindest „verheißungsvoll" (nach „FAZ" 4.6.74).

Der Traum von der roten Nelke im Gewehrlauf

Die Tatsache, daß sich die putschenden portugiesischen Soldaten zum Teil rote Nelken in die Gewehrläufe steckten als ein Zeichen des Sieges über die faschistische Diktatur, hat offenbar den Phantasien der revisionistischen Führer über die Rolle des bürgerlichen Heeres neuen Auftrieb gegeben. Dabei werden die besonderen Bedingungen für diese Entwicklung im portugiesischen Heer (die Erfahrungen in einem mörderischen Kolonialkrieg und eine einflußreiche demokratische, zum Teil sozialistische Bewegung im Heer) höchstens am Rande und möglichst gar nicht erwähnt.

Ende Juni führte die Exil-KP Spaniens in Genf eine Großveranstaltung durch, zu der 15.000 bis 20.000 Spanier aus allen europäischen Ländern kamen, vor allem Arbeiter (Emigranten). Diese Großkundgebung war als Machtdemonstration der PCE und gleichzeitg als eine Ausrichtung der eigenen Anhänger auf das Programm der Partei nach dem Tode Francos gedacht.

Als Hauptredner auf dieser Veranstaltung traten die aus dem spanischen Bürgerkrieg als „Pasionaria" (Passionsblume) bekannte und heute in Moskau lebende Vorsitzende der PCE, Dolores Ibarruri, und der Generalsekretär Carrillo auf. Beide äußerten dort immer wieder ihre Hoffnung, daß es nach dem Beispiel Portugals auch in Spanien bald zu einer „unblutigen Ablösung" des Franco-Regimes durch eine „Regierung der Versöhnung" komme. Zwar führe Spanien keinen Kolonialkrieg, der bei den Soldaten, wie bei ihren portugiesischen Kameraden, zum auslösenden Moment für eine Aufstandsbewegung werden könne, aber es gebe auch in der spanischen Armee Zeichen (und Wunder? ?) einer Bewußtseinsveränderung und Grund zu der Hoffnung, daß es eines Tages zu einer kameradschaftlichen und „patriotischen" Annäherung zwischen Volk und Armee komme, und daß die Kinder wie in Portugal rote Nelken auf die Gewehre der Soldaten stecken könnten (nach „FAZ", 25.6.74).

Tatsache jedoch ist, daß gerade in der spanischen Armee die Bürgerkriegsideologie und die Todfeindschaft gegenüber allen Demokraten, Sozialisten und Kommunisten nach wie vor dominierend ist und durch die falangistischen Generäle wach gehalten wird. Das untere und mittlere Offizierskorps hat kaum irgendeine besondere Stellung gegenüber den über hundert faschistischen Generälen der spanischen Armee. Die Treue der Armee zum Führer der faschistischen „Bewegung", zum „Generalissimo Franco", ist absolut. Unter diesen Bedingungen von einer „Verbrüderung" zwischen Volk und Armee zu schwärmen, ist schon gemeingefährlich. Falls es tatsächlich zu einem „Stillhalten" der Armee bei einer Ablösung des spanischen Faschismus durch eine bürgerlich-zivile Regierung kommen sollte, so wird das auf Anweisung von höchster Regierungsstelle und im Auftrag der spanischen Bourgeoisie geschehen, ähnlich wie auch die griechische Armee und ihre Foltergeneräle beim griechischen Machtwechsel „stillgehalten" haben – das heißt, sich im Hintergrund zur weiteren Verfügung halten!

Santiago Carrillo lobte in seiner Rede auch den von Franco Mitte Juni abgesetzten Generalstabschef Diez Alegria, dem er seinen „ehrlichen Respekt" ausdrückte ***„für dessen Persönlichkeit als moderner Militär, der nicht mit den Sporen rasselt und der den guten Geschmack hat, den Spaniern nicht mit der Vogelscheuche des Bürgerkriegs zu drohen"*** (zitiert nach „FR", 24.6.74).

Diez Alegria bekam nach seiner Absetzung zahlreiche Monokel ins Haus geschickt, als ein Zeichen, daß bestimmte oppositionelle Kreise in ihm den künftigen Spinola Spaniens sehen (der portugiesische Staatspräsident Spinola ist Monokelträger).

Diez Alegria galt in der Tat als „Gemäßigter" innerhalb der spanischen Generalität. Diez Alegria stolperte über eine Gesetzesvorlage, mit der sowohl Franco als auch die gesamte Regierungsmannschaft einverstanden gewesen war, gegen die sich jedoch offenbar die faschisti-

➡

[redacted]

schen Generäle massiv zur Wehr setzten, was Franco dann zum „Einlenken" veranlaßte. In dem Gesetzentwurf geht es um die Neuorganisierung der „nationalen Verteidigung" (Koordination der Teilstreitkräfte), die Diez Alegria offenbar mehr der zivilen politischen Gewalt unterordnen wollte. Er wollte dem zivilen Ministerpräsidenten (ein Amt, das Franco erst vor einem Jahr aus seiner Macht- und Ämterfülle abgab) ein hochspezialisiertes „Berater"gremium zur Seite stellen, die „Junta der Stabschefs" der Teilstreitkräfte (Armee, Marine und Luftwaffe). Dieser „Junta" wollte er selbst als Generalstabschef und direkter Kontaktmann zum Ministerpräsidenten vorstehen. Die reaktionären Generäle witterten in diesem Gesetz eine Beschneidung ihrer eigenen und der Rechte des Oberbefehlshabers Franco, seiner Generalkapitäne (Befehlshaber der Militärregionen) und der Truppenkommandeure zugunsten der „Intellektuellen" des Generalstabs als Helfer eines zivilen Ministerpräsidenten.

An der schließlich erfolgten Absetzung des Generalstabschefs werden zum einen die Widersprüche innerhalb der faschistischen Führungscliquen deutlich, d.h. die Auseinandersetzung zwischen den „Ultrarechten" und den „gemäßigten" Faschisten, jedoch auch die noch vorhandene Stärke der ersteren.

Die Absicht von Diez Alegria lief also darauf hinaus, die starke Machtstellung der faschistischen Generalität insofern zu beschneiden, als sie der zivilen politischen Regierung direkt unterstellt werden sollte. Damit wäre die Armee taktischen Veränderungen im Konzept der Bourgeoisie direkter verfügbar gemacht worden. Daß dieser Plan am Widerstand der reaktionären Generalität gescheitert ist, deutet daraufhin, daß die spanische Bourgeoisie auch bei einem eventuellen Taktikwechsel (sog. „demokratische Öffnung") mit dem Widerstand dieser Generäle zu rechnen hat.

MACHTKÄMPFE UNTER DEN POLITISCHEN ERBEN FRANCOS

MACHTKÄMPFE UNTER DEN POLITISCHEN ERBEN FRANCOS



Machtkämpfe unter den politischen Erben Francos

Ratten haben ein zähes Leben. Doch auch das Leben der teuersten Ratte Spaniens, Francisco Franco, ist trotz der täglichen Bemühungen von 15 Ärzten nicht zu retten. Der Tod Francos dürfte höchstens noch eine Frage weniger Monate sein. Der designierte Nachfolger Francos ist der Bourbonenprinz Juan Carlos, ein Enkel des letzten spanischen Königs Alfons XIII., der zur Zeit der spanischen Republik das Land verlassen mußte. Der Vater von Juan Carlos, Don Juan, hält sich selbst allerdings für den rechtmäßigen Thronfolger. So geht auch eine Spaltung quer durch die Monarchisten Spaniens: Der Vater, Don Juan, der im portugiesischen Exil lebt, tritt für eine liberale „demokratische Monarchie" nach britischem Vorbild ein, während der Sohn Juan Carlos von Kind an im Geiste der faschistischen „Bewegung" (Movimiento) erzogen wurde und nach dem Tod Francos dessen Politik weiterführen soll.

Nun hat sicherlich die monarchistische Staatsform – formal war Spanien übrigens während der ganzen Periode der Franco-Diktatur Monarchie (das oberste Beratungsgremium ist der „Rat des Königreiches") – keine viel größere Funktion als die einer „heiligen Reliquie", d. h. sie soll höchstens zur Festigung der „Autorität des Staates" dienen (politische Integration der Monarchisten), ohne daß die Adels- und Prinzen-Sippschaft entscheidenden Einfluß auf die Staatsgeschäfte bekommen hätte. Dazu kommt, daß der spanische Prinz offenbar an der Erbkrankheit der spanischen Königshäuser seit dem Mittelalter leidet, nämlich an mittlerem Schwachsinn, was ihm auch den Spottnamen „pelele" (Hampelmann) eingetragen hat.

Nach längerem Zögern und offenbar auf Drängen des Ministerpräsidenten Arias Navarro entschloß sich Franco (der wohl doch schon die Engel singen hörte), von seinem Krankenbett aus, dem „pelele" den Posten des Staatschefs zu übertragen. Damit hat sich Franco allerdings selbst noch lange nicht entmachtet. Er hat nach wie vor bei allen auftretenden Streitfragen mit dem Prinzen das letzte Wort. Noch ist überhaupt unklar, ob die Übertragung der Staatsgeschäfte nur vorübergehend für die Dauer seiner Krankheit gelten soll oder ob sie endgültig sein wird. In jedem Fall ist Franco bis zu seinem letzten Atemzug unumschränkter Herrscher Spaniens, da ein großer Teil der Machtbefugnisse an seine Person gebunden ist.

So kann er z. B. auch heute noch, ohne einen Menschen zu fragen, Gesetze jeder Art erlassen. Es heißt, das die „Nachfolgegesetze" (und die Bestimmung über die Vertretung Francos bei Krankheit) entgegen allen offiziellen Beteuerungen eher unklar und widersprüchlich seien („FAZ", 29.7.74). Das deutet auf seine große Angst hin, seine unumschränkte Macht an irgendeine andere Person weiterzugeben und zeigt, wie wenig stabil das Franco-System trotz jahrzehntelanger Herrschaft in seiner Spitze ist.

Ungeachtet dessen sind die Diadochenkämpfe innerhalb der herrschenden Cliquen im vollen Gange. So passierten Kuriositäten folgender Art:

Francos rechtsradikaler Schwiegersohn, der Marquis von Villaverde, wollte dem Regierungschef Arias Navarro den Zutritt zu Francos Krankenbett verweigern. Dieser mußte erst mit seiner polizeilichen Befehlsgewalt drohen, um an seinen Herrn ranzukommen („FAZ", 9.7.74). Die Ultrarechten, zu deren führenden Vertretern ein Teil von Francos Familie, der Altfalangist Girón (ehemaliger Arbeitsminister und einflußreicher Industrieller) und der kürzlich in den Ruhestand versetzte Oberbefehlshaber der berüchtigten Guardia Civil, Iniesta Cano, gehören, werfen Arias Navarro u. a. vor, Juan Carlos zu früh zum Staatschef „gemacht" zu haben, weil das ein Autoritätsverlust für die Franco-Mumie (81 Jahre) bedeute. Doch die Kritik an Arias aus dieser Ecke betrifft im weiteren seine ganze Politik der sogenannten „Öffnung" (apertura), d. h. eine vorsichtige „Liberalisierung", die jedoch ohnehin aus mehr Gerede als aus tatsächlichen politischen Schritten besteht. Aber selbst das ist diesen Leuten schon zuviel.

Blas Pinar, ein von Franco persönlich zum Mitglied des Nationalrates (oberstes Gremium des Movimiento) und Mitglied der Cortes (spanisches Ständeparlament) ernannter Erzfaschist (er ist zugleich Anführer rechtsradikaler Schlägerbanden), wetterte stellvertretend für die Ultras Spaniens Mitte Mai in Madrid vor 500 ausgesuchten Zuhörern: *„Die Stunde der Caudillos* („Führer") *und der Krieger ist gekommen. Zu diesem Kampf rufe ich euch auf, zu diesem Krieg, sonst wird euch die Subversion, die schon mitten unter uns ist, besiegen. Wir müssen unflexibel und unduldsam sein."* („FAZ", 22.5.74). Er griff die Regierung Arias scharf an und warnte vor dem *„Geist des 12. Februars"*. An diesem Tag hatte Arias im Ständeparlament unter anderem Bürgermeisterwahlen und politische Vereinigungsmöglichkeit versprochen. Er pöbelte gegen die *„schurkische Freiheit"* und forderte z. B. die Wiedereinführung der Vorzensur der Zeitungen (die durch das Pressegesetz von 1966 abgeschafft wurde).

Besonders die spanische Presse, die seit einiger Zeit größere Freiheit in der Berichterstattung erhalten hat, ist das Ziel auch terroristischer Aktionen ultrarechter Gruppen. So wurde Anfang Juli das Lager eines Buchvertriebes durch eine Zeitzünderbombe in die Luft gejagt. Dieser Buchvertrieb lieferte auch oppositionelle Druckschriften aus. Im August 1973 hatte es eine ganze Welle von Anschlägen gegen bestimmte Buchhandlungen gegeben. In Barcelona wurden anonyme Drohbriefe an angeblich 6.000 Läden verschickt, in denen gefordert wurde, die *„roten Bücher von Marx, Neruda und Casals aus den Schaufenstern zu nehmen"*, sonst würde das Geschäft angezündet. In mehreren Fällen machten Terrorgruppen (eine „Nationalsozialistische Partei Spaniens", bzw. ein „Kommando Adolf Hitler") diese Drohung auch wahr („SZ", 9.8.73).

Es ist offensichtlich, daß es ein verschärftes Tauziehen zwischen den Ultrarechten und dem „reformerischen" Flügel der Stützen des faschistischen Franco-Regimes gibt, das sich in dem Maße verschärft, wie die zunehmende physische Fäulnis Francos fortschreitet. Dabei sind die Erfolge der einen und der anderen Seite unterschiedlich. Ein Erfolg der Ultrarechten war zweifellos die erwähnte Absetzung des als „liberal" geltenden Generalstabschefs Diez Alegria und seine Ersetzung durch den Scharfmacher Vallespin (kämpfte bereits in der „Blauen Division" mit den Hitlertruppen an der Leningrader Front) sowie das kürzlich ausgesprochene Verbot der in Málaga erscheinenden Tageszeitung „Sol de España". Diese Zeitung hatte Gerüchte dementiert (!), nach denen der Erzfaschist Girón unter Hausarrest stehe. Allein die Erwähnung dieses Gerüchtes trug der Zeitung 14 Tage Publikationsverbot ein. **Man muß jedoch davon ausgehen, daß solche spektakulären Auseinandersetzungen zwischen den beiden Flügeln seltener sind als die „stillen Kompromisse", die eingegangen werden.**

Ein wichtiger Tatbestand ist jedenfalls, daß die soziale Basis der Faschisten, insbesondere der Ultras, immer mehr abgenommen hat, was in einem unmittelbaren Zusammenhang mit den immer breiter werdenden Kämpfen des spanischen Volkes, insbesondere der Arbeiterklasse, gegen Ausbeutung und Unterdrückung steht. Springers „Welt" charakterisierte diese ideologische Schwächeposition des Faschismus in Spanien in folgender Weise:

„In seiner jüngsten Ansprache sagte Arias Navarro eine treffende Wahrheit: 'In der Politik kenne ich kein größeres Risiko als das der Leere.' Aber genau das ist es, was Spanien zur Stunde kennzeichnet: die Leere. Die Falange ist tot – der Apparat des Movimiento strahlt wenig aus" („Welt", 20.6.74).

Den regierenden Faschisten Spaniens ist seit langem klar, daß sie sich allein mit den Mitteln des Terrors und der Knebelung der politischen Freiheiten nicht langfristig halten können – doch sie haben Angst, das „Ventil" zu öffnen, weil sie hinweggefegt werden könnten.

Die Politik der „Öffnung" – oder die Angst, sich vom Fleck zu rühren

Es hat im Laufe der letzten zehn Jahre in Spanien mehrmals Ansätze gegeben, eine Scheinliberalisierung durchzuführen, die aber allesamt bisher in den Ansätzen und bei den schönen Worten stecken geblieben sind.

1966 erließ Franco ein „Staatsgrundgesetz", demzufolge Spanien zur „organischen Demokratie" erklärt wurde. Angeblich sollte dieses Grundgesetz eine Angleichung an die „westlichen Demokratien" bringen, wobei der „Firlefanz" wie Zulassung politischer Parteien, Versammlungsfreiheit, usw. ausgespart wurde, denn dafür sei das „spanische Volk noch nicht reif". Diese „organische Demokratie" ist eine Ausgeburt der Ideologie des „Movimiento". Sie baut auf den „organischen Gruppen" – Familie, Syndikat und Gemeinde auf, statt auf „unorganischen" politischen Parteien. Auf lokaler Ebene dürfen die Spanier ein Drittel der Gemeinderäte „wählen" (die sog. „Familienvertreter"). Die beiden anderen Drittel werden je von den Berufskammern (z. B. Anwalts-, Architektenkammern usw.) und den syndikalen Zwangsorganisationen in die Rathäuser delegiert. Zugelassen zur Wahl des Familiendrittels sind nur verheiratete Männer und Ehefrauen. Die Kandidaten müssen unvorbestraft, politisch „unbelastet" sein und – ihre Wahl selbst finanzieren! Da die spanische Bevölkerung den Humbug dieser Wahlen weitgehend durchschaut, ist die Wahlbeteiligung meist sehr gering. So sank z. B. in Madrid die Beteiligung an den „Gemeinderatswahlen" von 34 % im Jahre 1968 auf 30 % im 1970 und auf 27 % 1973. Im Ständeparlament wird nur etwa ein Fünftel der Abgeordneten von den direkt „gewählten Familienvertretern" gebildet. Die durchschnittlich geringe Wahlbeteiligung deutet auf den Fehlschlag dieses „Demokratisierungs"programms hin.

Seit 1968 kursiert in den Cortes ein „Diskussionspapier" über die Zulassung politischer Vereinigungen. Politische Vereinigungen allerdings nur im Rahmen der „Verfassung", d. h. im Rahmen des faschistischen Movimiento. So unglaublich es klingt, aber es ist bisher nicht einmal den regimetreuen Parteigängern erlaubt, sich politisch als Gruppe oder Vereinigung zu konstituieren. Franco selber löste kurz nach dem spanischen Bürgerkrieg die Falange-Partei auf und ersetzte sie durch die diffuse „Nationale Bewegung", in der es inzwischen neben den Erzreaktionären auch „reformerische" Strömungen gibt. Schon eine freie politische Betätigung solcher Gruppierungen wird als Gefahr fürs Regime betrachtet.

Mit dem Regierungsantritt von Arias Navarro, dem Nachfolger des von einem ETA-Kommando hingerich-
Strömungen gibt. Schon eine freie politische Betätigung solcher Gruppierungen wird als Gefahr fürs Regime betrachtet.

Mit dem Regierungsantritt von Arias Navarro, dem Nachfolger des von einem ETA-Kommando hingerichteten Franco-Statthalters Carrero Blanco, wurde der jahrelang tonangebende Opus-Dei-Flügel („reformerische" Faschisten) aus der Regierung hinausgesäubert. Carrero Blanco war der Führer des Opus-Dei gewesen, obwohl er stets von sich behauptete, daß er „allen und keinem" gehöre. Die Entmachtung des reformerischen Flügels der Faschisten ist auf eine seit Jahren bestehende Kritik seitens der Ultrarechten zurückzuführen (das Regime habe an Autorität verloren usw.) und wurde durch den Tod des zweiten Mannes im Staat durch die Hand „subversiver Kräfte" enorm bestärkt (weswegen einige „linke" Opportunisten im Zusammenhang mit der Hinrichtung Carrero Blancos auch von einer „Provokation" sprechen, also eine Position in dieser Frage beziehen, die nicht die Zuspitzung der Widersprüche im Staatsapparat – eben auch durch diese Hinrichtung vorangetrieben – begreifen kann). Die Zusammensetzung des Arias-Kabinetts bedeutet einen klaren Rechtsruck innerhalb der Regierungscliquen. Doch auch die Arias-Faschisten, die sog. „Neuen Technokraten" (im Vergleich zu den alten „Technokraten" des Opus-Dei), kamen nicht umhin, das Spiel mit den Scheinreformen weiterzutreiben. Arias war übrigens lange Zeit Polizeichef Spaniens und später Innenminister.

Arias kündigte in seiner Rede vor den spanischen Cortes am 12. Februar verschiedene „Reformen" an. Künftig sollten die Bürgermeister und die Vorsitzenden der Provinzräte nicht mehr vom Innenminister ernannt, sondern direkt gewählt werden. Er versprach den nationalen Syndikaten, daß sie sich demnächst ihre Statuten auf demokratischem Wege selber schaffen dürften und sich damit dem Charakter „freier Gewerkschaften" „annähern" dürften. Außerdem sollen gewisse Staatsämter unvereinbar mit einem Sitz in den Cortes werden (die Machtverfilzung in diesem Bereich schreit zum Himmel). Außerdem wärmte er die Ankündigung politischer Vereinigungsfreiheit für (regimetreue) politische Gruppen auf.

Das, was unseres Erachtens einzig Beachtung bei den gegenwärtigen „Liberalisierungsbestrebungen" der spanischen Bourgeoisie verdient, ist der Kampf auf dem Pressesektor.

➡

[redacted]

Der „Kampf zweier Linien" in der spanischen Presse

Wie bereits erwähnt, wurde 1966 die offizielle Vorzensur der Zeitungen abgeschafft. Es können jedoch weiterhin Publikationsverbote und hohe Bestrafungen ausgesprochen werden, wenn unliebsame Artikel und Informationen veröffentlicht werden. Gerade unter der Regierung Arias ist es z. B. wieder zu einem generellen Verbot aller ausländischen Zeitungen gekommen.

Jedoch gerade in den letzten Monaten passieren erstaunliche Dinge innerhalb des spanischen Pressewesens. So hat besonders der Sturz der faschistischen Caetano-Regierung in Portugal ganz neue Töne in bestimmten Zeitungen entfacht. In riesigen Lettern stand auf den Titelseiten: *„Freiheit in Portugal"* („Triunfo") oder *„Portugal ist befreit"* („Cambio" 16) (nach „FAZ", 11.5.74). Es wurde in solchen Blättern ausführlich über die Vorgänge in Portugal informiert. Die regierungstreuen Zeitungen bemühten sich hingegen, alle Details auszugraben, in denen sich das spanische vom früheren portugiesischen Regime unterschieden hätte, um nicht die „verhängnisvolle" Parallele zu einem ähnlichen „Schicksal" der spanischen Regierung aufkommen zu lassen.

Die Kommentare in den Zeitungen der Ultras bestanden vor allem in der Warnung an die spanische Regierung, keine liberalen Tendenzen aufkommen zu lassen. Die Zeitschrift „Fuerza Nueva" („Neue Kraft") machte die „Liberalisierungstendenzen" von Caetano für den Umsturz verantwortlich und meinte, die Zeitungen, die den Machtwechsel in Portugal so begeistert feiern würden, schrieben zwar über das Nachbarland, meinten aber das eigene.

Außer der in bestimmten Zeitungen breiten Berichterstattung über Portugal („die Portugalitis", wie sie ironisch genannt wird), ist eine zunehmende Berichterstattung über Streiks, Tarifauseinandersetzungen, die Forderungen nach Streikfreiheit der Arbeiter usw. sowie auch eine recht genaue Berichterstattung über die Tagungen der „Demokratischen Opposition" (z. B. auch in „Cuadernos para el Diálogo") auffallend.

Spanische Genossen berichten, daß seit einiger Zeit sogar das „Undenkbare" geschieht, daß Schriften marxistischer Klassiker offen in spanischen Buchläden zu haben sind, so die „Monographien" von Mao-Tse-Tung, Lenin „Imperialismus als höchstes Stadium des Imperialismus" sowie auch verschiedene Marx-Schriften. Verantwortlich für derlei „subversive Freiheiten" ist der Informationsminister Cabanillas, der als der liberalste des Arias-Kabinetts gilt. Doch ist das Gewähren solcher bisher unbekannten Freiheiten für die spanische Presse (bei allen Rückschlägen und Teilkompromissen mit den Ultrarechten wie das Verbot der Zeitung „Sol de España" zeigte) ohne Frage im Rahmen einer allgemeinen Konzeption der spanischen Bourgeoisie zu sehen. Es ist ganz eindeutig, daß die allgemeine politische Diskussion über die Zukunft Spaniens auf diese Weise angekurbelt werden soll.

Interessant ist auch ein Zeitungsprojekt, (das allerdings bisher noch nicht zur Ausführung kam), das von der bürgerlich-demokratischen Opposition Spaniens organisiert worden ist.

Seit zwei Jahren soll die Zeitung „El País" („Das Land") als Tageszeitung in Madrid erscheinen. „El País" soll ein „seriöses Informationsblatt" nach dem Vorbild großer europäischer Zeitungen werden. Das Grundkapital der Zeitung von etwa 7 Mill. Mark ist an etwa 400 Aktionäre breit verstreut. Kein Aktionär besitzt mehr als 5 % des Kapitals, die meisten haben nur eine einzige Aktie. Den vorläufig größten Anteil hat der Besitzer einer Kaufhauskette. Präsident der Gründungsgesellschaft und zweitgrößter Anteilsinhaber ist der bürgerlich-liberale Verleger José Ortega Spottorno, ein Sohn des Philosophen Ortega y Gasset.

Unter den Aktionären sind vor allem Politiker aus den „gemäßigten" Gruppen des Regimes, frühere Minister wie Fraga Iribarne und Castiella. Ebenfalls auffallend ist die Zahl „liberaler" Schriftsteller und Intellektueller, die mit von der Partie sind. Auch die Schwester des von der Guardia Civil ermordeten oppositionellen Dichters Garcia Lorca ist Aktionärin.

Das Projekt wartet nur noch auf die Unterschrift des Informationsministers, und die Regierung weiß, daß Pressionen auf eine so breit gestreute Eigentümergruppe schwierig sind. (nach „FAZ", 17.5.74).

Ob die Arias-Regierung den Startschuß für dies Zeitungs-Projekt gibt, wird von den weiteren Auseinandersetzungen mit den Ultrarechten abhängen.

nos para el Diálogo") auffallend. ... setzungen mit den Ultrarechten ab-
Spanische Genossen berichten, daß hängen.

Spanien und die EG

Die blutige Zerschlagung der Volksfront-Regierung in einem dreijährigen Bürgerkrieg (1936 - 39) durch die faschistischen Franco-Truppen hatte starke Empörung in der internationalen Arbeiterbewegung hervorgerufen. Ein Zeichen der Solidarität und Anteilnahme am Kampf der spanischen Arbeiterklasse waren die „Internationalen Brigaden", Kampftruppen (Sozialisten und Kommunisten) verschiedener europäischer Arbeiterklassen, die auf der Seite der Volksfront gegen die Franco-Faschisten kämpften.

Nach dem 2. Weltkrieg war Spanien durch Liquidierung seiner wichtigsten außenpolitischen Freunde und Stützen – die deutschen und italienischen faschistischen Regimes – international weitgehend isoliert. Verschiedene europäische kommunistische Parteien forderten sogar eine Invasion Spaniens und die Absetzung Francos. Die UNO beschloß einen „diplomatischen Boykott" der spanischen Regierung. Die USA (und der Vatikan) waren die ersten, die mit Spanien wieder internationale Verträge abschlossen. 1953 wurde zwischen Madrid und Washington ein Stützpunktabkommen geschlossen, durch das Spanien in das westliche „Verteidigungs"bündnis integriert wurde. Es waren auch die USA, die in den ersten Jahren des Bündnisses durch umfangreiche Kredite den spanischen Kapitalisten hilfreich unter die Arme griffen.

Das Abkommen lief 1968 aus, die Verhandlungen über die Bedingungen eines neuen Abkommens zogen sich wegen unterschiedlicher Erwartungen beider Seiten zwei Jahre hin. Das schließlich zustande gekommene Abkommen von 1970 erfüllte in keiner Weise die Erwartungen der spanischen Bourgeoisie.

Die USA waren nur zu Krediten von 20 Millionen Dollar jährlich (teils in bar, teils in Schiffen, Flugzeugen oder Panzern) bereit. Die spanische Regierung hatte 1968 noch das Zehnfache verlangt. Außerdem gewährten die USA einen 125 Millionen-Dollar-Kredit für eine „Reform" des Schulwesens in Spanien. Auch war Washington nicht bereit, einen förmlichen „Verteidigungspakt" oder eine eindeutige „Schutzverpflichtung" gegenüber Spanien einzugehen. Die einzige Konzession bestand in der Übergabe der amerikanischen Stützpunkte in spanischen Besitz und Verwaltung. Die geschwundene „Geberlaune" der USA ist in engem Zusammenhang

Die geschwundene „Geberlaune" der USA ist in engem Zusammenhang

mit ihrer zunehmend schwieriger und teurer werdenden Rolle als „Weltpolizist Nr. 1" zu sehen, wobei wohl vor allem der Krieg in Vietnam eine Rolle spielte.

Spätestens dieses Abkommen machte der spanischen Bourgeoisie die Nachteile ihrer einseitigen Orientierung auf die USA deutlich. Im letzten Nahostkrieg verweigerte die spanische Regierung den USA sogar das Auftanken ihrer Flugzeuge in Spanien, weil es an einem „unbelasteten Verhältnis" zu den arabischen Mittelmeerstaaten heute größeres Interesse hat.

Vor allem auf dem Wege von „Handel und Wandel" versuchte die spanische Regierung eine Annäherung an andere Staaten, insbesondere die EG. So meldete das „Handelsblatt" (17.2.71): *„Der allgemeine Trend der spanischen Ausfuhr richtete sich im letzten Jahr eindeutig nach Westeuropa. Es war Zielgebiet für 55 % der spanischen Ausfuhr . . . Nach Nord- und Südamerika gingen nur insgesamt 28,5 % der spanischen Exporte (davon nach USA 14,4 %)."*

Auch mit den Ländern des RGW (revisionistische Länder) bemüht sich Spanien seit Ende der sechziger Jahre um engere Kooperation. Seit April 70 gibt es eine sowjetische Schiffahrtsmission in Madrid. Die Zeitung „Informaciones", die sich zum Sprachrohr bestimmter Kapitalgruppen machte, verlangte Anfang '73 einen *„ostpolitischen Endspurt"* und die rasche Normalisierung der *„wirtschaftlichen, konsularischen und diplomatischen Beziehungen"* zu den RGW-Staaten, die als Kunden für spanische Orangen, Schuhe, Schiffe und Lastwagen interessant seien.

„Es wäre naiv, diese Märkte zu verschmähen, solange wir mit dem Gemeinsamen Markt (der EG - Red) noch kein zufriedenstellendes Ergebnis erreicht haben". (Nach FR, 10.3.73).

Aber Mitglied der EG kann Spanien nur schwer werden, solange dort der offene Faschismus herrscht. Die europäischen Kapitalisten können es sich nicht leisten, ein offen terroristisch regiertes Land offiziell in ihren Kreis aufzunehmen, weil sie sonst zu sehr an Glaubwürdigkeit vor den europäischen Arbeitern verlieren würden, der sie die EG gern als ein demokratisches und soziales Bündnis „zum Nutzen aller" verkaufen möchten.

Während der sechziger Jahre, als in Spanien die „Technokraten" des Opus Dei eine dominierende Stellung in der Regierung hatten, kam es zu recht lebhaften Kontakten auf hoher Ebene zwischen dem damaligen Außenminister Lopez Rodo und z. B. Außenminister Scheel. Spanien wurde in dieser Zeit auch an die EWG assoziiert. Doch durch die Hinaus„säuberung" des Opus Dei aus der Regierung ist es auch hier wieder zu einem Rückschlag bzw. zum Einfrieren bestehender Beziehungen gekommen.

Die „Frankfurter Rundschau" schrieb kürzlich: *„Spaniens Wunsch nach einer Vollmitgliedschaft in der EG der Neun und vielleicht auch von der einseitigen Bündnispolitik mit den USA hinweg zur NATO, rückt erst mit einem vollzogenen Machtwechsel näher."* („FR", 23.7.74)

In diesem Zitat drückt sich recht gut die Sicht der westeuropäischen Bourgeoisien aus, unter Rücksichtnahme auf die Haltung „ihrer" Völker, insbesondere der sozialistischen und kommunistischen Teile der Arbeiterbewegungen.

Weiter legt die „FR" dann dar, welche wirtschaftlichen Nachteile Spanien wegen seiner Nicht-Mitgliedschaft in der EG hat:

- die Einfuhrsperre der Neuner-Gemeinschaft für Pfirsiche und andere landwirtschaftliche Produkte Spaniens
- Aufnahmestopp für spanische „Gastarbeiter", der von der BRD von Belgien, Niederlande, Großbritannien und Frankreich verfügt wurde (Spanien ist auf die Lösung seines Arbeitslosenproblems durch „Export der Arbeitskräfte" auch aus politischen Gründen und wegen der Deviseneinnahmen stark angewiesen).

Die „FR" zitiert einen spanischen Kolumisten: *„Die Pfirsiche beweisen, daß die Handelsverträge kein Ersatz für politische Verträge mit dem Gemeinsamen Markt sind"!*

Die wirtschaftliche Lage in Spanien verschlechtert sich gerade zur Zeit in wachsendem Maße. Die Deviseneinnahmen sinken (allein in den letzten 6 Monaten um 1,5 Mrd. Mark) wegen der von der EG „gesperrten" Emigranten. Die Einnahmen durch das Tourismusgeschäft sind ebenfalls rapide gesunken. Das wirtschaftliche Wachstum beträgt nur noch 6% statt der geplanten 10%.

Die spanische Bourgeoisie wälzt die Kosten der derzeitigen Krise auf die Arbeiterklasse ab. Doch die spanische Arbeiterklasse setzt sich dagegen sehr entschieden zur Wehr.

Erfolge der spanischen Arbeiterklasse im Kampf gegen wirtschaftliche Not und politische Unterdrückung

Anfang Juli mußte die spanische Regierung unter dem Druck einer breiten Streikbewegung ihren Ende November verhängten Lohnstopp zurücknehmen. Die Löhne sollten danach nur im Rahmen der gestiegenen Preise erhöht werden. Diese Rate wurde auf 15% fixiert. Durch massive Streiks vor allem in der Metallindustrie (bei British Leyland in Pamplona allein 5 Wochen, bei SEAT, und bei Authi) mußten Lohnerhöhungen von 20% zugestanden werden. Die spanischen Arbeiter hatten ursprünglich fast das Doppelte verlangt. 20% ist allein die Inflationsrate in diesem Jahr. Sogar

Arbeiter hatten ursprünglich fast das Doppelte verlangt. 20% ist allein die Inflationsrate in diesem Jahr. Sogar

die staatlichen Zwangssyndikate unterstützten an verschiedenen Orten die Forderungen der Arbeiter. Diese erstaunliche Tatsache hängt mit der „Unterwanderung" der staatlichen Syndikate durch Obleute vor allem der „Arbeiterkommissionen" und der sozialistischen Gewerkschaft U.G.T. zusammen.

Am 7. Juli versuchten mehrere hundert Arbeiter in Madrid, das Syndikatsgebäude zu stürmen, um ihrer Forderung nach einer vorzeitigen Revision des Tarifvertrages Nachdruck zu verleihen. Sie wurden allerdings von starken Polizeieinheiten daran gehindert.

Neben Lohnforderungen spielten in letzter Zeit auch politische Forderungen nach Streikfreiheit eine große Rolle. Auch Solidaritätsstreiks mit gemaßregelten Kollegen haben an Bedeutung zugenommen. Vor allem der Fall der Glasfabrik „Elsa" hat eine bedeutende Solidarisierungswelle ausgelöst. Die 517 Arbeiter dieser Glasfabrik kämpften seit März für einen neuen Tarifvertrag. Sie arbeiten dort unter extremer Hitze und verdienten so wenig, daß sie alle einer Nebenbeschäftigung nachgehen mußten. Die Arbeiter verlangten daher eine lineare Lohnerhöhung von 5000 Peseten (etwa 225 Mark). Als sie streikten, wurden sie entlassen.

Aus Solidarität mit den gefeuerten Kollegen der „Elsa"-Fabrik gab es Anfang April im Industriegürtel von Barcelona Sympathiestreiks in 47 Betrieben, die von einer enorm starken Kampfbereitschaft der spanischen Arbeiter künden, wenn man das Risiko für die Arbeiter unter dem Faschismus bedenkt, der z. B. für gewöhnlich bekanntgewordene Streikführer für zig Jahre in Gefängnisse sperrt, ihre Existenzgrundlage zerstört usw. Die „Elsa"-Arbeiter mußten wiedereingestellt

stenzgrundlage zerstört usw. Die „Elsa"-Arbeiter mußten wiedereingestellt

werden, lediglich drei „Streikführer" sollten nicht wiedereingestellt werden. Am 10. Juli, also vier Monate nach Beginn der Auseinandersetzungen, berichtete die bürgerliche Presse hier, daß fast 20.000 Arbeiter im Industriegürtel von Barcelona für die Wiedereinstellung der drei Streikführer streikten – natürlich bedroht von einem starken Polizeiaufgebot, daß es aber offenbar nicht wagte, einzugreifen.

Insgesamt ist die Stimmung in der spanischen Bevölkerung sehr kampfbereit. Die für Oktober beschlossene Erhöhung des Schulgeldes an Privatschulen (die meisten spanischen Familien müssen ihre Kinder an teure Privatschulen mangels staatlicher Schulen schicken), die vor kurzem erfolgte Erhöhung der Milch- und Brotpreise sowie der Untergrundbahntarife usw. dürften nicht gerade zur „Beruhigung" beitragen. Es ist mit einem „heißen Herbst" zu rechnen. Und da kommen ökonomische wie politische Faktoren in brisanter Weise zusammen ...

Spanien/Portugal-Kommission, KB / Gruppe Hamburg

Ein Beispiel faschistischer „Wohltätigkeit"

Zum 32. Jahrestag des faschistischen Sieges über die spanische Republik (1. Oktober 1971) – der als Nationalfeiertag begangen wird – kündigte Franco in einer salbungsvollen Rede eine Generalamnestie für alle politischen und kriminellen Häftlinge an. Die bundesdeutsche bürgerliche Presse war voll des Lobes über so viel Großmütigkeit. *„700.000 Spanier jubeln dem Staatschef zu"*, so Springers „Welt" (2.10.71).

Zehn Tage später druckte die „Frankfurter Rundschau" in der Leserbriefspalte eine interessante Stellungnahme der *„Spanien-Kommission der Amnesty International"* ab. Amnesty schreibt dort: *„Alle Häftlinge, die während ihrer Haftzeit Disziplinarstrafen erhielten, werden vom Gnadenakt Francos ...nicht automatisch betroffen. Über diese entscheiden die lokalen Gefängnisbehörden.*

(Wie die entscheiden, kann man sich an fünf Fingern abzählen, d. Red.). *Nach unseren Recherchen hat die große Mehrheit der politischen Häftlinge Spaniens derartige Disziplinarstrafen erhalten. Darunter fallen die Insassen verschiedener Gefängnisse, die wegen Haftbedingungen (Zensurmaßnahmen) in Hungerstreik getreten sind, wie auch die inhaftierten Priester . . ."*

Die Wehrdienstverweigerer, die in Spanien mit Gefängnis bestraft werden, waren vom „Gnadenerlaß" ohnehin nicht betroffen. Außerdem gibt Amnesty an, daß die offiziell angegebene Zahl von damals 426 politischen Häftlingen als viel zu niedrig angesehen werden muß.

Zum Schluß schreibt Amnesty noch den lakonischen Nachsatz: *„Acht Tage nach der Verkündung des Gnadenaktes fehlen Anzeichen dafür, daß – wie angekündigt – ein Drittel aller politischen Gefangenen sofort die Freiheit erlangen sollte."*

Also ein Windei von vorn bis hinten. Dies ist nur ein Beispiel, wie das faschistische Regime in Spanien scheinbare Liberalität vortäuscht, um die Massen an sich zu binden und der bürgerlichen Presse Westeuropas die Gelegenheit gibt, Lobenswertes über das Franco-Regime zu berichten. Ähnlich wie mit dieser „großen Geste" ist es mit allen Ankündigungen und Versprechungen über eine angebliche Liberalisierung, Zulassung von politischen Verbänden, usw. in der Praxis abgelaufen.



KONTAKTADRESSEN

Bremerhaven:
F. Köpsell
285 Bremerhaven 1
Postlagerkarte 00 31 60
Eutin:
H. Lankau
242 Eutin-Großmeinsdorf
Flensburg:
Peter Petersen
239 Flensburg
Postlagerkarte A 02 25 83
Frankfurt:
K. Scholz
623 Frankfurt/M 80
Postfach 80 07 47
Hamburg:
Postadresse:
J. Reents
2 Hamburg 13
Rutschbahn 35
Kiel:
W. D. Scheel
23 Kiel 1
Postlagerkarte 098 831 A
Oldenburg:
Th. Piepgras
29 Oldenburg
Postfach

Kontaktadressen weiterer Vertriebsgruppen des ARBEITERKAMPF:

Bremen
Arnold Neugebohrn
28 Bremen 1
Postfach 604
Jeden Samstag am H-Bahnhof Büchertisch
Göttingen:
KAG im Buchladen „Rote Straße"
34 Göttingen
Rote Straße 10
Di. 17 - 19 Uhr
Hannover:
Alexander Rudnick
3 Hannover-Linden 1
Postlagernd
Lübeck:
c/o Arbeiterbuch
24 Lübeck 1
Hüxstr. 68
Westberlin:
Florian Geyer
über Sozialistisches Zentrum
1 Berlin 21
Stephanstr. 60
Weitere Vertriebsgruppen:

PORTUGAL:

Revolutionäre Linke soll isoliert und zerschlagen werden

Besonders zwei Ereignisse der letzten Wochen in Portugal machen deutlich, daß das neugebildete Kabinett unter stärkerer Führung der Militärs der „Offiziersbewegung" drastisch „durchgreifen" will, um eine Stabilisierung der Situation in Portugal zugunsten der Bourgeoisie zu erreichen. In erster Linie richten sich die Angriffe gegen die revolutionären Organisationen und dabei besonders gegen die MRPP, eine Organisation, die die in den letzten Monaten sehr gut besuchte Demonstrationen und Kundgebungen durchführte und deren Zeitung „Luta Popular" immerhin in einer Auflage von 100.000 Stück (wöchentlich!) verkauft wird.

Die neue Regierung verhängte Anfang August ein Publikationsverbot gegen verschiedene Zeitungen, die über eine Demonstration der MRPP berichtet hatten. Nach dem „neuen" Informationsgesetz (das die alte faschistische Zensur fast vollständig wiederherstellt – siehe AK Nr. 47) kann die Regierung jederzeit hohe Geldstrafen oder Publikationsverbot gegen Zeitungen verhängen, die „regierungsfeindliche" Meldungen bringen oder die Streitkräfte „verunglimpfen". Betroffen von dem Verbot waren die Zeitung der sozialdemokratischen Soares-Partei „Republica", sowie die bürgerlichen Zeitungen „Diario de Lisboa" und „A Capital" und die Zeitung der MRPP „Luta Popular". Das Verbot erzeugte erhebliche Unruhe und Proteste bei den Arbeitern und Journalisten bei den übrigen Zeitungen, sowie bei Rundfunk- und Fernsehredaktionen, Solidaritätserklärungen für die Redaktionen der verbotenen Zeitungen wurden abgegeben und sogar Proteststreiks angekündigt.

Es fand dann eine ‚Unterredung' von Mitgliedern der Provisorischen Regierung mit verschiedenen Chefredakteuren und Verlegern statt. Es heißt, daß die Regierung sich von dieser Unterredung „sehr befriedigt" zeigte. Das Publikationsverbot wurde schon nach einem Tag wieder aufgehoben – allerdings nur bei den bürgerlichen Zeitungen. Das Verbot der MRPP-Zeitung „Luta Popular" blieb bestehen!



Faschistische Polizisten der „PSP" sperren den „Rossio" (Platz der Innenstadt von Lissabon) mit dem Gewehr im Anschlag ab, um die geplante Solidaritätskundgebung für Angola zu verhindern.

Der Schachzug scheint geglückt: erst „quer Beet" und massiv in die nach dem Putsch recht fortschrittliche portugiesische Berichterstattung reinknallen, um einen Effekt der Einschüchterung zu erzielen. Dann sich verhandlungsbereit zeigen und dabei eine Entsolidarisierung der Betroffenen herbeiführen, um den „Hauptfeind", die revolutionäre Agitation und Propaganda, mundtot zu machen.

Das Publikationsverbot trifft die MRPP jedoch nicht unvorbereitet. Diese Organisation hat sich nie Illusionen über den „portugiesischen Frühling" gemacht. Außerdem hat die MRPP eine vierjährige Erfahrung im illegalen Herstellen und Vertrieb der Zeitung. Während andere linke Organisationen nach dem Putsch ihre Zeitungen durch Kioske, usw. offen verkaufen ließen, gab die MRPP den Verkauf nie aus der Hand. Die Tatsache, daß die MRPP auch nach dem Putsch „Vorsicht walten" ließ und konspirative Formen der Arbeit aufrechterhielt, nahmen die Revisionisten der Cunhal-Partei PCP zum Anlaß, der MRPP vorzuwerfen, die Organisation scheue das Licht der Öffentlichkeit und sei gegen die Demokratie, weil die letztlich dieselben Ziele wie die Faschisten verfolgen würde (!).

Der zweite Vorfall – die bisher schärfste Demonstration staatlicher Gewalt – betraf wiederum die portugiesische revolutionäre Linke: Bei einer am 15. August trotz Verbot durchgeführten Demonstration für die sofortige Unabhängigkeit der portugiesischen Kolonie Angola schossen Elitetruppen der portugiesischen Polizei, die PSP, blind in die Demonstranten. Dabei wurde ein Demonstrant getötet und fünf weitere zum Teil schwer verletzt!

Dieses Vorgehen bedeutet eine ungeheure Provokation, zumal wenn man sich auch den Anlaß der Demonstration, Unabhängigkeit der Kolonien, klarmacht – ein Ziel, für das Spinola gerade vor kurzem noch eine „zündende Rede" gehalten hat.

Man fragt sich, ob dieser Schuß nicht im wahrsten Sinne nach hinten losgehen wird. Die „Kommunistische" Partei, die Sozialdemokratische und die Demokratische Volkspartei haben das Vorgehen der Polizei inzwischen scharf verurteilt und die Regierung tischte das Märchen auf, „bewaffnete Provokateure" hätten das Feuer auf die Polizei eröffnet, und diese habe lediglich das Feuer erwidert („FR", 17.8.74).

Die großbürgerliche 'Frankfurter Allgemeine' schreibt zu dem Vorfall: *„Märtyrer kann Spinola jetzt am wenigsten brauchen... Ein Zwischenfall wie dieser zieht mit Sicherheit Protestkundgebungen nach sich und gibt der Polizei mit ebensolcher Sicherheit Gelegenheit zu weiteren Beweisen der Härte. Solche Härte wirkt wie eine staatliche Hilfe bei der Formierung einer linken Opposition...".* („FAZ", 16.8.1974)

Schon am 7.8. war eine Demonstration der MRPP gegen das faschistische Pressegesetz und für die sofortige Freilassung des bereits kurz nach dem Putsch inhaftierten Chefredakteurs von „Luta Popular", Saldanha Sanchez, verboten worden und das Verbot mit bewaffneter Polizei, Militärpolizei und Armeeinheiten durchgesetzt worden. Bis tief in die Nacht wurde der Kundgebungsplatz und die ganze Innenstadt im Belagerungszustand gehalten (siehe Foto).

Diese Vorfälle zeigen, daß die portugiesische Bourgeoisie auf ein schnelleres Tempo bei der „Normalisierung der Lage" dringt. Dabei steht sie vor der Schwierigkeit, daß sie bisher nur in geringem Maße über die Institutionen und Kontrollapparate verfügt, die eine mehr „friedliche Zähmung" der Arbeiterklasse und des Volkes durchsetzen könnten, wie reformistische Gewerkschaften oder eine massenhaft verankerte sozialdemokratische Partei.

Die Gewerkschaften bestehen erst in der Form der Büros und der eingesetzten Führungen, während die Streiks bisher noch von der Arbeiterklasse selbst, z.T. mit der Unterstützung der MRPP geführt werden. Die sozialdemokratische Soares-Partei verfügt noch kaum über eine organisierte Mitgliederbasis. Sie war bis zum Putsch eine unbedeutende Emigrantengruppe und wurde erst 1973 durch die westdeutsche SPD auf ihre Aufgabe als „bürgerliche Partei der Arbeiterklasse" vorbereitet.

Die Bourgeoisie ist derzeit in elementarer Weise auf die tatkräftige Hilfe der revisionistischen PCP angewiesen, die als einzige Partei sich im antifaschistischen Widerstand einigermaßen profiliert hat und über einigen Einfluß in der Arbeiterklasse verfügt. Die PCP erweist sich, wie wir mehrfach berichteten, dieses Vertrauens „würdig".

Doch die Bourgeoisie hat nicht vor, langfristig auf die PCP zu setzen. Das geht z.B. daraus hervor, daß die Soares-Partei systematisch zunächst als „linke" Alternative zur PCP aufgebaut wird, (die einzige Form, heute „Lorbeeren" in Portugal zu gewinnen) während die PCP durch ihr demagogisches Auftreten gegenüber der Arbeiterklasse, ihren Streiks und der revolutionären Linken abwirtschaften soll. Die Führung der sozialdemokratischen Partei kritisierte z.B. die Pressezensur und das Verbot von „Luta Popular", während die Revisionisten das Pressegesetz selbst mit verabschiedeten und ständig aus allen Rohren gegen die revolutionäre Linke schießen.

Der „Avante", das Organ der PCP, wurde noch nicht als einziges Mal verboten, während „Republica", das Organ der Sozialdemokraten schon mehrmals „geknüppelt" wurde – (auch eine Form der Propaganda...)

Weil jedoch der ganze Mechanismus einer bürgerlichen Kontrolle über die Arbeiterklasse noch keineswegs eingespielt ist und die spontane Kampfbereitschaft unter der portugiesischen Bevölkerung nach wie vor besteht, muß die Bourgeoisie verstärkt zum Mittel der repressiven Gewalt greifen. Dies dürfte jedoch schädliche Illusionen über den Charakter und die Absichten der derzeitigen portugiesischen Regierung zunehmend zum Verschwinden bringen.

Ein Beispiel für die Entschlossenheit großer Teile des portugiesischen Volkes, die alten Zustände nicht wiederkehren zu lassen, war die „Revolte" der inhaftierten Geheimpolizisten im Gefängnis von Lissabon. Diese ehemaligen Folterer und Spitzel hatten die Frechheit, sich zu beschweren, daß sie im Knast sitzen müssen (unter allerdings fürstlichen Bedingungen), während Artgenossen frei herumlaufen dürfen oder geflohen sind. Sofort nach Bekanntwerden dieses „Aufstandes" versammelte sich eine große Menschenmenge vor dem Gefängnis und rief in Sprechchören: „Laßt sie ruhig rauskommen", „Mit euch rechnen wir gleich ab!" ●

Spanien/Portugal-Kommission KB-Gruppe Hamburg

Argentinien:

Erfolgreiche Aktion der ERP

Von der argentinischen Guerillaorganisation ERP (Revolutionäre Volksarmee) werden neben den seit Jahren immer wieder erfolgreich durchgeführten Entführungsaktionen zunehmend auch andere bewaffnete Aktionen bekannt. (Allein in Buenos Aires wurden von 1968 bis Ende 1973 59 Entführungen durchgeführt, die für die ERP ca. 35 Mio. Mark einbrachten. Die jüngste Aktion dieser Art war die Entführung des Produktionschefs der argentinischen Daimler-Benz Niederlassung im Juli dieses Jahres, deren Ausgang noch nicht bekannt ist.)

Ein Höhepunkt der Kämpfe nach dem Tode Perons war die erfolgreiche Besetzung einer Munitionsfabrik durch 70 Kämpfer der ERP in Cordoba, Mitte August dieses Jahres. Die ERP konnte 150 Maschinengewehre erbeuten und 2 Geiseln nehmen. Trotz einer sofort eingeleiteten Großfahndung (ein Riesenaufgebot von Polizei und Armee wurde eingesetzt, die Grenzen nach Bolivien wurden gesperrt) fehlt von den „Tätern" jede Spur („Welt", 14.8.74). Der Erfolg dieser Aktion dürfte nicht zuletzt darin begründet sein, daß in Cordoba die linke und sozialistische Bewegung sehr stark und die ERP hier in besonderem Maße verankert ist.

Etwa gleichzeitig mit der Aktion in Cordoba versuchte die ERP einen Angriff auf ein Regimentshauptquartier der Fallschirmjäger in Catamarca, der jedoch scheiterte. Es kam zu zwei Tage langen Kämpfen zwischen ERP einerseits und Polizei und Armee andererseits in den Bergen der Provinz Catamarca.

Präsidentin Peron hat bereits umfangreichere „Antiguerillaaktionen" angekündigt. Die ERP ist aber allen Erfahrungen nach darauf vorbereitet – selbst durch die faschistische Unterdrückung durch die Militärdiktaturen vor dem Amtsantritt der Peronisten konnte sie nicht zerschlagen werden. ●



Protestdemonstration am 1. Sept. 73 der Mieter in Tower Hill **„Socialist Worker" 8.9.73**

England

DM 42.000,– Geldstrafe für Mieterstreik

Anfang August verhängte der High Court („Hoher Gerichtshof") eine Geldstrafe von DM 42.000,– (6.985 Pfund) gegen elf Führer des Mieterstreiks in der Bergarbeiterstadt Clay Cross. David Skinner – einer der elf – zum Urteil: „Wenn der Finanzprüfer des Distrikts seine Gerichtsvollzieher zu uns nach Hause schickt, riskiert er tätliche Auseinandersetzungen. Eines Engländers Haus ist seine Burg. Wenn er unsere Löhne pfändet, wird sich die Schlange der Arbeitslosen in Clay Cross verlängern, denn wir werden nicht arbeiten, um eine Tory-Strafe zu bezahlen."

Dieses Urteil ist der vorläufige Höhepunkt einer bereits zwei Jahre andauernden Auseinandersetzung zwischen Behörden und streikenden Mietern.

Im Oktober 72 trat unter der Regierung Heath der sogenannte „Housing Finance Act" in Kraft, ein Gesetz über die Mieten im staatlichen Wohnungsbau (in England wohnen rund 7 Millionen Menschen in staatlichen Gebäuden). Dieses Gesetz, das eine erhebliche Steigerung der Mieten in zwei Schüben vorsah, fiel zeitlich zusammen mit dem im sogenannten „Antiinflationsgesetz" angeordneten Lohn- und Preisstop. Bekanntlich waren es damals allerdings nur die Löhne, die tatsächlich gestoppt wurden, während die Preise immer schneller stiegen (damals um ca. 10 %). Das Mietgesetz war somit Teil eines großangelegten Angriffs der englischen Kapitalistenklasse auf die Lebenslage der Arbeiterklasse.

Gegen das neue Mietgesetz entstand im Herbst 72 eine breite spontane Mieterbewegung: Nach dem „Socialist Worker" (Wochenzeitung der Gruppe „International Socialists") traten damals mehrere Tausend Mieter in Mietstreik – d. h. sie zahlten die angeforderten Erhöhungen nicht. Aktionskomitees wurden gegründet, Veranstaltungen und Protestdemonstrationen durchgeführt.

Eine wichtige Rolle bei der Organisierung der Empörung – allerdings auch bei der Desorientierung des Kampfes später dann – scheinen die sogenannten „Councils" (übersetzt etwa Stadträte) gespielt zu haben. Diese Councils werden direkt von der Bevölkerung gewählt, haben aber andererseits – als Gremien des kapitalistischen Staatsapparates – arbeiterfeindliche Maßnahmen zu treffen. So mußten sie eigentlich im Falle des Housing Finance Act für die Durchsetzung der Mieterhöhungen in den Distrikten sorgen. In Arbeiterwohnvierteln sind die Councils häufig von „linken" Labour-Leuten besetzt, auch die CP (revisionistische Communist Party) stellt einige der Councillors.

Im Oktober 72 lehnten es immerhin 50 linke Councils ab, der Durchführung der Mieterhöhungen zuzustimmen. Sie forderten stattdessen die Mieter auf, die Mieterhöhungen nicht zu zahlen und führten Protest-Veranstaltungen durch.

Der Kampf der Mieter von Tower Hill/Kirkby

Alle Mieter von Tower Hill traten im Oktober 72 in den Mietstreik. Der Council von Kirkby (im übrigen der Wahlbezirk Wilsons!) hatte diesen Streik anfangs sogar unterstützt, schwenkte allerdings im Laufe des Jahres 73 um und setzte später alles daran, den Streik zu hintertreiben und sich offen für die Interessen des kapitalistischen Staates einzusetzen:

- Er schickte Drohbriefe an die Mieter,
- er lud einzelne Mieter zu „Gesprächen" ein, um mit ihnen die „rückständigen Zahlungen zu verhandeln ..."
- er drohte mit dem Gerichtsvollzieher und Zahlungsbefehlen usw.

Im August 73 beschloss der Council mit fünf gegen drei Stimmen (von 20 Councillors waren nur acht zur Abstimmung erschienen!), beim Liverpooler Landgericht zu beantragen, die rückständigen Mieten per Lohnpfändung einzutreiben.

Am 1. September führte die von den Mietern selbst organisierte „Tower Hill Unfair Rents Action Group" eine Protestdemonstration durch, an der sich 600 Menschen beteiligten.

Die Kämpfe von Clay Cross

Eine Ausnahme hinsichtlich der Standfestigkeit der Councillors und der Hartnäckigkeit der Kämpfe bildet die Mieterbewegung in Clay Cross.

Clay Cross ist eine kleine Bergarbeiterstadt bei Liverpool, in der die Arbeitslosenzahl durch Grubenschließungen außerordentlich hoch ist.

Die elf Councillors – fast alle Bergarbeiter – hatten sich seit Oktober 1972 geweigert, für die 1.400 Mieter ihres Bezirkes höhere Mieten einzutreiben; sie gaben auch nicht nach, als im August 1973 eine Strafe von ca. 7.000 Pfund (ca. 42.000 DM) gegen sie verhängt wurde.

Durch dieses Urteil galten sie offiziell als abgesetzt. Trotzdem amtierten sie weiter als Councillors, von der Bevölkerung von Clay Cross wurden sie weiterhin anerkannt.

Daraufhin schickte die Tory-Regierung Ende 73 Patrick Skillington als offiziellen Regierungsvertreter nach Clay Cross, um die Mietrückstände einzutreiben.

Skillington bekam kein Bein an den Boden. Er wurde von allen Councillors und deren Büros boykottiert. Auf seiner ersten Pressekonferenz trieben ihn die Councillors durch Fragen in die Enge. Schließlich



Protestierende Councillors von Clay Cross "socialist worker", 16.3.74

Protestierende Councillors von Clay Cross "socialist worker", 16.3.74

riß er aus und mußte sein Büro im fünf Meilen entfernten Chesterfield aufmachen.

Der nächste Schachzug der Tory-Regierung bestand darin, im Januar 74 Neuwahlen für den Council anzuordnen. Dies schlug insofern fehl, als die neugewählten Councillors (sechs Bergarbeiter, ein Kraftfahrer, zwei Hausfrauen und ein Lehrer) sofort erklärten, die Politik des alten Councils fortsetzen zu wollen.

Laut „Socialist Worker" vom 8.9.74 waren zu diesem Zeitpunkt nur noch rund 500 Mieter am Streik beteiligt. An diesen Zahlen läßt sich leicht ablesen, daß die Einschüchterung durch den sozialdemokratisch beherrschten Council Früchte getragen hatte.

Im November 73 wurden 36 Mieter von Tower Hill vors Gericht geladen. Sie sollten Aussagen über ihren Verdienst und ihre finanzielle Situation machen und ihre Zustimmung zur Lohnpfändung geben. Im Falle einer Weigerung, vor Gericht zu erscheinen, drohte man mit Gefängnis. In mehreren Fällen hatten beide Ehepartner Ladungen erhalten, sodaß bei einer Weigerung die Gefahr bestand, daß die Kinder in staatliche Fürsorgeheime eingewiesen werden würden, nachdem beide Elternteile ins Gefängnis gewandert wären.

Mitte Dezember 1973 – kurz vor Weihnachten – wurde dann gegen den Bauarbeiter Brian Owen, 27 Jahre, Vater von zwei Kindern, Haftbefehl erlassen. Polizisten holten ihn frühmorgens aus dem Haus und schleppten ihn ins Gefängnis. Noch ein zweiter Mieter wurde ins Gefängnis gebracht, aber wieder entlassen, als er seinen Widerstand gegen das Gericht aufgab.

In anderen Bezirken Englands hatten die Gerichte hohe Geldstrafen gegen rebellierende Councils verhängt:

- 500 Pfund (ca. 3.000 DM) im schottischen Cowdenbeath.
- 5.000 Pfund (ca. 30.000 DM) in Clydebank in Schottland wegen der Weigerung des Councils, die erste Mieterhöhung durchzuführen.
- Noch einmal 20.000 Pfund (ca. 120.000 DM!) im Januar 74 gegen den Clydebank Council wegen seiner Weigerung, den zweiten Schub Mieterhöhung einzutreiben.

In der Regel führten diese Strafen dazu, daß die Councils aufgaben und wohl inzwischen der Housing Finance Act in ganz England als mehr oder weniger durchgesetzt gelten muß. (Leider existiert unseres Wissens keine gründliche Analyse der tatsächlichen Ergebnisse dieser Kämpfe in der linken und kommunistischen Bewegung Englands.)

Labour-Regierung setzt Tory-Politik fort

Die Hoffnungen vieler Labour-Wähler, es würde sich etwas für die Mieter ändern, sobald eine Labour-Regierung das Sagen hat, sind bitter enttäuscht worden:

Als eine ihrer ersten Amtshandlungen erklärte die Labour-Regierung im März dieses Jahres, daß die rückständigen Mieten gezahlt werden müßten und auch Skillington, der Regierungsbeauftragte in Clay Cross, im Amt bleiben werde.

Auch das jüngste Urteil gegen die elf Ex-Councillors von Clay Cross vom 2. August, daß die Geldstrafe von 42.000 DM unter der Tory-Regierung zurecht verhängt worden sei, ist ein Schlag ins Gesicht aller derjenigen Mieter, die ihren Kampf in erster Linie als einen „Kampf gegen eine Tory-Maßnahme" begriffen haben.

Die Verlogenheit der sozialdemokratischen Labour-Führung wird wieder einmal sehr deutlich, wenn man sich eine Resolution ansieht, die vor fast einem Jahr auf dem Parteitag der Labour-Party im Oktober 73 auf den Druck der Mieter hin verabschiedet wurde:

„Die Konferenz ist sich im übrigen darüber einig, daß im Falle der Wahl einer Labour-Regierung alle Strafen, finanzielle aber auch andere, den Councillors rückwirkend erlassen werden, die es mutig abgelehnt haben, den Housing Finance Act durchzuführen."!!!

Wie gehabt: Worte und Taten sind bei den Sozialdemokraten aller Länder zwei Paar Schuhe. ●

Genossen der Betriebszelle Reichhold, KB/Gruppe Hamburg

Kriegsverbrecher Nixon stolpert über „Watergate"-Einbruch

Nach fast andertalb Jahren Tauziehen um die „Watergate-Affäre" mußte US-Präsident Nixon, nun auch von der eigenen Partei fallengelassen, zurücktreten. Sein „Sündenregister", aufgestellt vom „Rechtsausschuß" des US-Kongreß, ist lang: Versuchter Mißbrauch des CIA, Unterdrückung von Beweismaterial, illegale Einmischung in Ermittlungen des FBI und der Staatsanwaltschaft, Bestechung, Zahlung von Schweigegeldern u.a.m. Zuletzt drohte ihm sogar sein Ausschluß aus der Rechtsanwaltskammer (Nixon war früher Rechtsanwalt) und eine strafrechtliche Verfolgung.

Einige bürgerliche Journalisten bringen in dieser Situation den traurigen Mut auf, den ganzen Vorgang auch noch als Beweis dafür hinzustellen, wie „lebensfähig" doch im Grunde die „Demokratie" in den USA sei.

Tatsächlich hat sich gezeigt:

- **1. daß US-Regierung, FBI und CIA, bis zum Hals in den kriminellen Machenschaften stecken – Einbrüche, Bespitzelung, Diebstahl, Bestechung, um nur einige Punkte zu nennen.**
- **2. daß auch nach Bekanntwerden der Vorgänge um „Watergate" noch über ein Jahr verging, bevor der stinkende Leichnam aus dem „Weißen Haus" entfernt wurde.**
- **3. daß die schwerwiegendsten Verbrechen der Nixon-Regierung – die Verminung des vietnamesischen Hafens Haiphong, die Bombardierung von Hanoi, die Bombardierung Kambodschas, die Drahtzieherrolle beim faschistischen Putsch in Chile – gar nicht zur Debatte standen.**

Das sind gewöhnliche Verbrechen für einen US-Präsidenten. So hatte Kennedy seine „Schweinebucht-Affäre" (er ließ von Exilkubanern und CIA einen Überfall auf Kuba durchführen). So hatte Johnson seinen „Tonking-Zwischenfall" (er ließ das Märchen von einem Überfall nordvietnamesischer Kriegsschiffe auf US-Schiffe erfinden, als Vorwand für die Bombardierung Nordvietnams und die Ausweitung der US-Aggression gegen Südvietnam).

Auch die „kleineren" Verbrechen, die jetzt Nixon und seiner Bande zur Last gelegt werden, dürften zum festen Bestandteil des politischen Lebens der USA gehören:

- Nixons Finanzminister Connally ließ sich 2 Mio. Dollar (etwa 5 Mio. Mark) von der Milchindustrie als Dank dafür bezahlen, daß er eine Er-

Mio. Mark) von der Milchindustrie als Dank dafür bezahlen, daß er eine Er-
höhung der Milchpreis - Subvention durchsetzte
- Nixons „innenpolitischer Mitarbeiter" John Ehrlichmann arrangierte für Nixon den Einbruch in die Praxis des Psychiaters von Daniel Ellsberg – Ellsberg hatte die „Pentagon-Papiere" über die US-Kriegsführung in Indochina bekannt gemacht; bei seinem Psychiater hoffte man, Stoff für eine Schmutz-Kampagne gegen Ellsberg zu finden. Ehrlichmann bekam deshalb Ende Juli 74 eine Gefängnisstrafe von 20 Monaten aufgebrummt.
- Als Nixon im Mai 1972 die verbrecherische Verminung des nordvietnamesischen Hafens Haiphong anordnete, organisierten seine „Mitarbeiter" (richtiger: Komplizen) eine Kampagne mit gefälschten Leserbriefen und Zeitungsanzeigen, in denen angeblich „Bürger" ihre Zustimmung zur Verminung Haiphongs äußerten.
- Der Konzern ITT, der zu den Drahtziehern des faschistischen Putsches in Chile gehörte, ließ es sich eine große Bestechungssumme kosten, damit die Nixon-Regierung ein „Anti-Trust"-Verfahren gegen den Konzern unterdrückte.
- Nixon ließ dem CIA-Agenten Howard Hunt, der beim „Watergate"-Einbruch erwischt wurde, ein Schweigegeld von mindestens 75.000 Dollar zukommen. Hunt, langjähriger CIA-Agent mit umfassender internationaler „Erfahrung", wird u.a. auch mit dem Anschlag auf den rechtsradikalen Gouverneur von Alabama, Wallace in Verbindung gebracht; Wallace hatte bis zu dem Anschlag (er ist seither gelähmt) als wichtiger Konkurrent Nixons beim Kampf um die Präsidentschaft gegolten.

Ein besonderes Licht auf die Situation wirft die Meldung von US-Zeitungen, daß Außenminister Kissinger und der frühere „Verteidigungsminister" Laird einander gegenseitig die Telefone abhören und ihre Mitarbeiter bespitzeln ließen.

Es sei daran erinnert, daß die Vorgänge um die Ermordung von Präsident Kennedy (1963) nie geklärt wurden, in die offenbar Kräfte des Finanzkapitals, des CIA u.a. verwikkelt waren. Ebenso wenig wurden zahlreiche weitere politische Morde (z. B. an Martin Luther King) jemals aufgeklärt.

Deshalb sollte man auch der aufregenden Story von den cleveren Reportern Woodward und Bernstein („Washington Post") mißtrauen, die angeblich sozusagen im Alleingang durch fleißige und raffinierte „Recherchen" die ganze Affäre ins Rollen gebracht haben. So taucht denn auch in der Story von den tapferen und listigen kleinen Reportern an entscheidender Stelle ein „Mr. X", ein „geheimnisvoller hoher Regierungsbeamter", als wichtiger Informant auf. Einige Vermutungen besagen, daß es sich bei diesem Informanten um FBI-Chef Gray selbst gehandelt habe. Jedenfalls ist offensichtlich, daß der Sturz Nixons im Sumpf der Geheimdienste, der bürgerlichen Parteien, des Polizeiapparates und der tausendfachen Verbindungen zum Finanzkapital entschieden wurde.

Im Hintergrund: wirtschaftliche und politische Schwierigkeiten

Eine Reihe von politischen Hintergründen des Regierungswechsels wurde schon in den letzten Monaten sichtbar. Es geht dabei u.a. um folgende Fragen:

- Maßnahmen zur Meisterung der aktuellen wirtschaftlichen Krise;
- Abrücken von der „Entspannungspolitik", vor allem gegenüber der Sowjetunion;
- Einschränkung der Vollmachten des Präsidenten.

Die USA verzeichnen gegenwärtig die höchste Inflationsrate seit 25 Jahren (etwa 12 %) und den stärksten Produktionsrückgang seit 16 Jahren (–7 % im 1. Vierteljahr '74, –1,2 % im 2. Vierteljahr). Gleichzeitig ist die höchste Zahl von Streiks seit dem Korea-Krieg zu verzeichnen.

Vor allem die Autoindustrie und die Bauindustrie sind schwer betroffen. Der größte Auto-Konzern der Welt, General Motors, meldete im 2. Quartal '74 einen Gewinnrückgang um 62%. Insgesamt haben zwar die „Großen" des US-Imperialismus 1973 noch ein sehr gutes Geschäft gemacht: die



Nixon in seiner Glanzzeit: Als die Kapitalisten ihn noch stützten...

500 größten Unternehmen, die 76 % der Arbeiter und Angestellten der USA beschäftigen, konnten eine Gewinnsteigerung um 39 % (Mineralölkonzerne: 53,3 %) melden. Aber heute macht sich allgemein wachsende Sorge vor einer wirtschaftlichen Krise bemerkbar.

Welche Maßnahmen die Bourgeoisie dagegen einschlagen will, ist unklar. Die Diskussion geht um „Ankurbelung der Konjunktur", oder „strikte Stabilitätspolitik", Einsparungen an den Staatsausgaben (5-10 Mrd. Dollar bei einem Gesamthaushalt von 300 Mrd. Dollar ...), Steuersenkungen für „Arbeitnehmereinkommen" (um zugleich die Lohnforderungen der Werktätigen zu „mäßigen"), teilweise Wiedereinführung eines „Lohn- und Preis-Stop" ... Nixons Nachfolger Ford hat die Fortsetzung der „Stabilitätspolitik" angekündigt, die Mehrheit der Demokratischen Partei scheint demgegenüber für das „Ankurbeln der Konjunktur" einzutreten.

Es ist bezeichnend, daß dem Sturz Nixons die Ablösung fast seiner gesamten wirtschaftspolitischen „Mannschaft" voranging: Finanzminister Connally, wegen „Watergate" schwer belastet, trat schon vor Monaten ab. Sein Nachfolger George Shultz wurde im Mai dieses Jahres durch William Simon abgelöst. – Herbert Stein, Leiter des „Wirtschaftssachverständigenrates" der Nixon-Regierung, wurde etwa zur selben Zeit durch Alan Greenspan abgelöst. Greenspan tritt für eine „strikte Stabilitätspolitik" ein und plädiert für eine „2-3jährige Wachstumspause". – Innerhalb der Nixon-Regierung wurden außerdem nach dem Rücktritt von Shultz die Kompetenzen des Außenministeriums (Kissinger) für Fragen der Außenwirtschaftspolitik erweitert.

Übrigens bewerteten im Juli '74 rund 83 % der befragten US-Amerikaner die Wirtschaftspolitik der Nixon-Regierung „negativ" (laut „FAZ" vom 25.7.) – also eine sicher mindestens ebenso starke Ablehnung wie gegenüber der „Watergate-Affäre"!

In den „Entspannungsverhandlungen" zwischen USA und Sowjetunion ist in den letzten Monaten eine spürbare Abkühlung eingetreten. Kritik an der „Entspannungspolitik" üben z.B. US-„Verteidigungsminister" Schlesinger, Senator Jackson (Demokratische Partei) und George Meany (Chef der „Gewerkschaft" AFL/CIO). Sie kritisieren die „Entspannungspolitik" als „zu weitgehend", als „Zugeständnis an den Osten" etc. – Zum Sprecher dieser Richtung scheint sich Senator Jackson machen zu wollen, der eine Präsidentschaftskandidatur bei den Wahlen 1976 (falls es nicht vorher Neuwahlen gibt) ansteuert. Er trat mit der Behauptung auf, daß Kissinger der Sowjetregierung bei den Verhandlungen über die „Einschränkung" der Raketen-Rüstung „geheime Zugeständnisse" gemacht habe. Zur Absicherung seiner Politik unternahm Jackson vor kurzem eine Reise in die VR China.

Als wichtiger Beschluß ist zu werten, daß der US-„Kongreß" (das Parlament) die Gewährung der sogenannten „Meistbegünstigungsklausel" und die Gewährung von Krediten an die Sowjetunion abgelehnt hat. Die „Eximbank" der USA hat daraufhin die Kreditgewährung an die Sowjetunion vorerst eingestellt, wovon vor allem Erdgas-Projekte in Sibirien betroffen sind. Auf Druck des „Kongreß" hat das US-Handelsministerium im Juli den Export von Polizeiausrüstungen in die Sowjetunion unter den „Export Administration Act" gestellt, was praktisch einem Export-Verbot gleichkommt. – Auch die Getreidelieferungen der USA an die Sowjetunion (vor allem 1972) sind starker Kritik ausgesetzt.

Ebenfalls im Juli hat der „Senat" der USA einen Gesetzentwurf gebilligt, der ihm das Veto-Recht bei Abkommen mit dem Ausland sichert, mit atomarer Technologie zu tun haben – dies Gesetz richtet sich offenbar dagegen, daß Nixon bei seinem Ägypten-Besuch im Juni zusagte, die USA würden Ägypten beim Bau eines Kernkraftwerkes helfen (ein Abkommen, das vor allem von den Zionisten scharf kritisiert wurde).

Im Zusammenhang mit der Einschränkung der Vollmachten des Präsidenten schließlich ist ein schon im November '73 gegen den Einspruch Nixons von „Senat" und „Kongreß" beschlossenes Gesetz zu erwähnen, daß den Einsatz von US-Truppen im Ausland, sofern er länger als 30 Tage dauert, von der Zustimmung des „Senats" abhängig macht. Mit diesem Gesetz wird, weit entfernt von „friedlichen Absichten", lediglich eine stärkere Kontrolle der Bourgeoisie über die Staatsgeschäfte, vor allem über die „Fragen von Krieg und Frieden", angestrebt.

Der Rücktritt Nixons wirft nicht nur ein Schlaglicht auf einen kleinen Teil der schmutzigen Machenschaften des US-Imperialismus, sondern ist auch ein Zeichen der verschärften Widersprüche, denen die Imperialisten nach innen und außen gegenüberstehen. Die eigentliche Auseinandersetzung um den weiteren politischen und ökonomischen Kurs des US-Imperialismus dürfte jetzt erst entbrennen. ●

Gefängnisrevolten in Frankreich

Das Verbrechen ist „der Kampf des isolierten einzelnen gegen die herrschenden Verhältnisse“ (Marx/Engels)

Seit Mitte Juli erlebt Frankreich heftige Gefängnis-Revolten. Französische Zeitungen schreiben vom „Mai 1968“ der Häftlinge. In den ca. 40. – größtenteils blutigen – Auseinandersetzungen mit der Polizei versuchten die Gefangenen, die Öffentlichkeit auf ihre miserable Lage während und nach der Haftzeit aufmerksam zu machen. Die Regierung unter Giscard d'Estaing, die „keine Reformen unter dem Druck von Revolten und Streiks . . .“ zugestehen wollte, legte Anfang August ein „Reformprogramm“ vor. Mit angeblich geplanten Gesetzen und Zusagen über eine in Zukunft „humanere“ Behandlung der Gefangenen wird sich jedoch wiederum davor gedrückt, Geld für die Behebung der Mißstände in den Gefängnissen zu investieren.

Die Zustände in den Gefängnissen ...

Von den 172 Haftanstalten in Frankreich sind ca. 90 % älter als 100 Jahre; in Riom befindet sich sogar ein belegtes Gefängnis aus dem 13. Jahrhundert! Für Neubauten ist – wie immer bei nicht profitbringenden Objekten – „kein Geld“ vorhanden.

Die Gefangenen müssen also mit Nässe, schlechter Hygiene und überbelegten Zellen vorlieb nehmen. Krasser Ausdruck ist z.B., daß im Pariser Gefängnis Sainte, das für 939 Gefangene zugelassen ist, 3.000 (!) Gefangene „untergebracht“ sind. Schlechtes Essen, mangelhafte medizinische Versorgung, kaum Kontakt zur Außenwelt und die oft brutale Behandlung durch faschistische Wärter und Aufseher verschlimmern diesen Zustand weiter.

Für einen Monatslohn von DM 80,– müssen die Gefangenen 8 Stunden täglich arbeiten. Selbst diese spärliche Summe kann aber nicht gespart werden. In französischen Gefängnissen müssen die Gefangenen sogenannte „Deckkosten“ für ihren Zwangsaufenthalt entrichten. Der viel gepriesene „neue Start ins Leben“ nach der Haftzeit muß oft genug ohne einen Pfennig angetreten werden. Als ehemaliger Häftling Arbeit, eine Wohnung und auch Anschluß an Menschen zu finden, ist eine weitere Hürde für den Gefangenen.

Bei Häftlingen, die ihre gesamte Strafe absitzen müssen, beträgt die Rückfallquote dementsprechend auch 50 %!

Als die Zustände verschlimmernd kommt hinzu, daß die Zahl der „Verbrechen“ ständig steigt. In den Jahren 1963 bis 1972 allein um 156 %. Der kapitalistische Staat in Frankreich, wie überall, ist schnell im Festnehmen und Einkerkern, aber nicht gewillt, den Gefangenen eine menschenwürdige Behandlung und rasche Urteils-Sprechung zukommen zu lassen. In französischen Gefängnissen sitzen 40 % Untersuchungshäftlinge, die seit Monaten, wenn nicht seit Jahren, auf ihre Prozesse warten!!

Ein Teil der Gefangenen sieht einen „Ausweg“ dann auch nur noch im Selbstmord. Der französische Gefängnisarzt Huert hat bei einer Untersuchung festgestellt, daß sich alle 10 Tage ein Gefangener das Leben nimmt. Zumeist sind es Jugendliche, die zum erstenmal mit den Zuständen in den Gefängnissen konfrontiert sind.



Minister Jean Lecanuet: „. . . weder der Erpressung noch der Gewalt weichen . . .“

... und der Kampf dagegen

So sehr man auch bemüht war, durch Zensur von Rundfunk und Zeitungen die Meldungen über die Aufstände zu unterdrücken und von einem *„offensichtlichen Mangel an greifbaren Motiven“* zu labern („Frankfurter Rundschau“, 31.7.), sprachen sich die Revolten doch blitzschnell in den Gefängnissen herum und riefen neue „Unruhen“ hervor.

Das Vorgehen der Gefangenen war fast überall einheitlich, sei es in Nîmes, in Clermont-Ferrand, in Lille, in Paris, in Lyon, Marseille oder sonstwo. Die Gefangenen verweigerten die Arbeit, weigerten sich, nach Rundgängen in ihre Zellen zurückzukehren, kletterten auf die Dächer und zündeten ihre Zellen an.

Andere Möglichkeiten, auf ihre schlechte Lage und Behandlung aufmerksam zu machen, gibt es für die Gefangenen nicht. Eine Demonstration hinter sechs bis zehn Meter hohen Mauern . . . ? Beschwerdebriefe an das Justizministerium . . . ? Beides ausweglose Unterfangen . . . !

Positiv – wenn auch vom Gefängnispersonal aus Eigeninteresse initiiert –, kommt hinzu, daß die Wärter und Aufseher in den Streik getreten sind. Sie fordern bessere Bezahlung, bessere Ausbildung und formelle Gleichstellung mit der Polizei. Ihr Monatslohn schwankt derzeit zwischen 750,- und 1.500,- DM. Die Ausbildungszeit beträgt lediglich 9 Wochen, unterbrochen von einem „Praktikum“. Diese Ausbildung findet auf einer besonderen Schule, der „Strafvollzugsschule“ in Plessis-le-Comte, statt. Hier ist man bemüht, eine *„Rechts- und Ordnungsphilosophie ehemaliger Legionäre und Frontkämpfer“* aufrechtzuerhalten. („FR“, 31.7.)

So miserabel „ausgebildet“, faschistisch aufgehetzt und bei „spärlicher Kost“ gehalten, soll das zukünftige Gefängnispersonal die Gefangenen dann zur Räson bringen!

Die Reaktion des Staates

Gegenüber den Gefängnis-Revolten erklärte die Regierung ihre Absicht, *„weder der Erpressung noch der Gewalt (zu) weichen“* (Jean Lecanuet, Justizminister). So scheute man sich auch nicht, die Polizei mit Knüppeln, Tränengasbomben und vom Innenminister Poniatowski extra ausgehändigten Schießbefehl bei „Fluchtgefahr“ loszuschicken. Bilanz dieses Einsatzes: mindestens 7 Tote und ca. 40 Verletzte. Selbst die bürgerliche „FR“ weiß zu berichten, daß *„. . . die Todesursachen bei einigen als mysteriös bezeichnet wurden.“*

Drei dieser „mysteriösen“ Fälle sind bekannter geworden: Mitgefangene machten die Polizei auf den schlechten gesundheitlichen Zustand eines Häftlings aufmerksam. Es wurde dieser Mitteilung jedoch keine Beachtung geschenkt. Vom Gefängnisarzt konnte später dann nur noch der Tod festgestellt werden. Weiter wurde bekannt, daß nicht – wie zu Anfang gemeldet – in Clairvaux ein Jugoslawe und ein Afrikaner durch Mitgefangene erschlagen wurden, sondern offensichtlich durch Polizeikugeln starben.



Weitsichtbare Flammenzeichen: Gefängnisaufstand in Lille

Der Staat war jedoch im weiteren nicht in der Lage, ohne ein noch größeres Blutbad anzurichten, die Revolten in den Griff zu bekommen. Schrieb z.B. die „Welt“ am 5.8. noch hocherfreut, daß in allen Haftanstalten Ruhe herrsche, so konnte man am 6.8. bereits von einem neuen Aufstand lesen. Ende Juli hat Giscard d'Estaing vor Journalisten beteuert, sich für mehr „Menschlichkeit“ und mehr Rechte für die Gefangenen einzusetzen. Das erste „Reformprogramm“ seit 1945 wurde dann am 9. August vorgelegt.

Das Reformprogramm ist jedoch bestenfalls ein Tropfen auf den heißen Stein. Fast alle Reformen, die Geld kosten, sind außen vor gelassen worden. Darunter fallen u.a. Neubauten und Modernisierung der Haftanstalten. Das Problem der überfüllten und verrotteten Zellen soll in Zukunft so „gelöst“ werden, daß man Straftaten wie Scheckbetrug, Steuerhinterziehung u.ä. (also vor allem Verbrechen von Kapitalisten!) nicht mehr mit Gefängnis ahndet, sondern mit Geldstrafen. Das wird natürlich wiederum die Staatskasse auffüllen.

An Reformen versprochen wurde:
– liberalere Regelung bei Rundfunk- und Fernsehempfängen,
– gelockerte Korrespondenzmöglichkeiten,
– mehr Familienbesuche,
– ein Gesetz soll vorbereitet (!) werden, welches die Zahlung einer Altersversicherung regelt,
– es soll mehr Augenmerk auf die Berufsausbildung innerhalb der Gefängnisse gelegt werden,
– besseres Essen und bessere medizinische Versorgung,
– die minimalen Löhne sollen angehoben werden,
– es sollen in Zukunft Arbeitsbescheinigungen ausgestellt werden, auf denen die Zeit der Inhaftierung nicht vermerkt ist.

Insgesamt dürfte es Giscard d'Estaing geschafft haben, die Kosten für den französischen Strafvollzug in etwa – wie bisher – auf 0,74 % (!) des Jahreshaushalts zu belassen. Des weiteren sind viele bisherigen „Kritiker“ bereits beruhigt, die Aufstände allerdings auch erloschen. Die französischen Gefangenen werden merken, was Versprechen und Wirklichkeit in Zukunft sein werden.

Leitung der Betriebszellen Beiersdorf, KB/Gruppe Hamburg

Antiimperialistisches Festival der Irischen Republikanischen Bewegung

OUR FIGHT IS YOUR FIGHT; YOUR FIGHT IS OUR FIGHT - TO VICTORY

Vom 22. Juli bis 3. August hatte die Sinn Fein (Officials) zu einem antiimperialistischen Festival eingeladen, dessen erste Woche in Dublin (Republik Irland) und dessen zweite Woche in Belfast (Nordirland) stattfand. Zahlreiche Organisationen hatten Delegationen entsandt; u.a. aus Puerto Rico, Zimbabwe, Zypern, Frankreich, Katalonien (französischer Teil), Bretagne, England, Wales, Schweden, Holland, Schweiz, Italien, USA und Westdeutschland. Unsere Organisation war sowohl mit einer offiziellen Delegation als auch darüberhinaus mit mehreren interessierten Genossen, die privat nach Irland gekommen waren, auf diesem internationalen Treffen vertreten.
Ziel dieses Festivals war es, wie es im „United Irishman“, dem Organ der Sinn Fein (O) hieß: „...den weiten Umfang der imperialistischen Aktivitäten, die Auswirkungen des Imperialismus in ganz Irland aufzuhellen; vor allem für die Menschen im Ausland, aber auch für unser eigenes Volk“.

Das Festival sah sich bereits lange Zeit vor seinem Stattfinden einer wüsten Verleumdungskampagne gegenüber. Vor allem die englische Presse hatte mit Schlagzeilen wie „Terror-Festival“ und dergleichen ein heftiges publizistisches Feuer entfaltet. Aber auch westdeutsche Zeitungen, denen man ansonsten keine sonderlich große Aufmerksamkeit gegenüber dem internationalen anti-imperialistischen Kampf nachsagen kann (im Gegensatz beispielsweise zur bürgerlichen Presse in Frankreich und Italien), schrieben über das geplante Treffen – und käuten dabei die „heißen Informationen“ der englischen Geheimpolizei wieder. Die „Frankfurter Rundschau“ schrieb u.a.: *„Eine der wichtigsten Aufgaben des Kongresses soll die Schaffung eines internationalen Zentralbüros für den Austausch von Propagandamaterial sein. Britische Sicherheitsbeamte in Nordirland befürchten jedoch, daß es dabei nicht bleiben werde, sondern daß auch die Aktivierung der militärischen Zusammenarbeit der beteiligten Gruppen erörtert werden solle.“*

Indes war weder das eine noch das andere der Fall. Offensichtlich ging es der bürgerlichen Presse neben der generellen Hetze gegen „linke Terroristen“, zu der sie sich alles und jedes zunutze macht, im besonderen darum, den internationalen Teilnehmerkreis des Festivals durch Einschüchterung möglichst klein zu halten. In dieser Richtung lagen dann auch die Bestrebungen der englischen „Sicherheitsbehörden“ die Teilnehmer ausfindig zu machen und schon an der Durchreise durch England zu hindern. Soweit bekannt wurde, ist dies bei insgesamt 13 westdeutschen und französischen Genossen gelungen, die in Dover und anderen Orten von englischen Grenzbehörden zur Rückreise gezwungen wurden – aber an der Tatsache, daß rund 140 ausländische Genossen am Festival teilnahmen, sieht man, daß dieses Vorhaben zu über 90% fehlgeschlagen ist.

Die zwei Wochen des Festivals haben reichlich Gelegenheit geboten, ein genaueres Bild über die Situation im Süden und im Norden Irlands zu erhalten, sowie auch die Politik der Republikanischen Bewegung besser verstehen und einschätzen zu können. Dies begreifen wir auch als das Hauptergebnis unserer Teilnahme: das, was wir während dieser zwei Wochen in Dublin und Belfast gesehen und gehört haben, in unserem Land zu verbreiten, um darüber die Solidarität mit dem antiimperialistischen Kampf des irischen Volkes zu stärken und selbst aus diesem Kampf zu lernen.

Besonders unser Aufenthalt in Belfast hat uns die direkte Unterjochung eines Teils des irischen Volkes (im Norden) durch den britischen Imperialismus sehr konkret erfahren lassen. In Belfast herrscht permanenter Kriegszustand. Rund 15.000 britische Soldaten halten allein diese eine Stadt besetzt, haben Dutzende von Straßensperren errichtet, patrouillieren Tag und Nacht mit schußbereiten Schnellfeuergewehren und Panzerwagen durch die Wohnviertel, durchstöbern die Häuser und demolieren die Wohnungseinrichtungen, verhaften und ermorden. Seit 1969 sind nach Angaben der Sinn Fein (O) über 1.000 Menschen in Nordirland erschossen worden – bei einer Gesamtbevölkerung in diesem Gebiet von nur 1,5 Millionen.

Der militärischen Unterjochung entspricht das soziale Elend in Nordirland. Vor allem die katholischen Viertel, wie Lower Falls, Turf Lodge und die Market-Area in Belfast, sind davon betroffen. Die Arbeitslosigkeit reicht in einigen dieser Viertel bis über 30 % der arbeitsfähigen Bevölkerung: Ergebnis der kolonialen Ausbeutung. Große Wohngebiete inmitten von Belfast sind regelrecht verslumt; viele der ehemaligen Bewohner sind hier aufgrund des Terrors der britischen Armee und der unwürdigen Lebensbedingungen schon fortgezogen, in der Hoffnung, irgendwo anders in Nordirland, in der Republik Irland oder gar im Ausland Arbeit und Wohnung zu finden. Die britische Regierung hat dies auch nicht dem Zufall überlassen und der tagtägliche Terror der britischen Armee zielt auch bewußt auf eine Vertreibung der Wohnbevölkerung. Das ist eine der Auswirkungen, die sich mit der Integration Irlands (Nord und Süd) in die „Europäische Gemeinschaft“ ergeben hat, und die bereits lange vorher geplant und betrieben wurde: „Stadtsanierung“ im EG-Stil, weil die Kapitalisten just an dieser Stelle ein Transport- und Handelsnetz „brauchen“.

Aus der Ansprache des KB auf der Abschlußveranstaltung des Festivals

Im Verlauf des Festivals sind außer den zahlreichen wertvollen Informationen auch Fragen aufgetreten, die wir nicht auf die gleiche Weise beantworten würden wie die Republikanische Bewegung. Das wollen wir nicht verschweigen. Aber wir glauben nicht, daß solche politischen Meinungsverschiedenheiten in einer sektiererischen und dogmatischen Weise gegen die Solidarität ausgespielt werden dürfen. Politische Differenzen gibt es und wird es geben, aber eine politische Auseinandersetzung steht der Solidarität nicht entgegen. Sie ist im Gegenteil unerläßlich, wenn wir voneinander lernen wollen.

Wir wollen jetzt nicht eine Bilanz des Festivals ziehen. Wir werden alles das auswerten, was wir hier gehört und gesehen haben, und wir werden es veröffentlichen und öffentlich diskutieren. Was wir jetzt schon sagen können ist, daß nach unserer Meinung solche internationalen Treffen noch intensiver genutzt werden müssen. Wir sind deshalb den irischen Genossen dankbar, daß sie einen wichtigen und richtigen Schritt in diese Richtung unternommen haben. Es gibt so viele Dinge, die wir international miteinander zu diskutieren haben.

Indes hat der britische Imperialismus sich durch all seinen Terror immer verhaßter gemacht – aber seiner erfolgreichen Niederringung steht immer noch das große Problem der Spaltung der Arbeiterklasse entlang ihrer religiösen Einstellung gegenüber, der Spaltung zwischen Protestanten und Katholiken, die vom Geldsack und allerlei reaktionären Elementen kräftig geschürt wird, weil sie gegenwärtig wie in der ganzen Vergangenheit der beste Garant für das Fortbestehen der imperialistischen Herrschaft ist. Es gibt vorerst nur sehr scheue Ansätze, diese Spaltung zu überwinden, obwohl die protestantischen Arbeiter gegenüber ihren katholischen Klassenbrüdern wahrlich nicht als „priviligiert“ gelten können, wie es in der bürgerlichen Presse unseres Landes zuweilen zu lesen ist, um die Lüge eines „Religionskrieges“ zu untermauern. Auch in den protestantischen Wohnvierteln herrscht unter den Arbeiterfamilien Arbeitslosigkeit und Wohnungsnot, wenn auch in etwas geringerem Maß als in den katholischen Vierteln.

Eine andere Lüge der bürgerlichen Presse ist die, daß es in Nordirland um eine Front geht, bei der mordlustige Terroristen (linke, natürlich) auf der einen Seite und die Bevölkerung und die britischen „Sicherheitskräfte“ auf der anderen Seite stehen. Die Wirklichkeit zeigt aber ein anderes Bild; zeigt, daß die tatsächlichen Terroristen die britische Armee und einige faschistische (zumeist protestantische) Horden sind und daß die als „Terroristen“ abgeteufelten Revolutionäre in großen Teilen der Arbeiterschaft (vorerst vor allem der katholischen) über große Sympathie verfügen. Auch das haben wir selbst erfahren, als wir in Belfast ebenso wie in Dublin mit viel Gastfreundschaft aufgenommen wurden.

Genosse der Delegation des KB

Äthiopien:

„Revolution von oben"

Nachdem es in Äthiopien von Februar bis April dieses Jahres zu Massenkämpfen gegen die Feudal-Diktatur gekommen war, hat im Juli das Militär unmittelbar die Kontrolle über das Land übernommen, zahlreiche reaktionäre Politiker zum Rücktritt gezwungen und verhaftet und „Reformen" angekündigt.

Die Massenkämpfe in Äthiopien hatten im Februar mit Demonstrationen und Streiks von Taxifahrern und Lehrern gegen die Teuerung, für mehr Lohn und bessere Arbeitsbedingungen begonnen. Im März weitete sich diese Bewegung zu einem Generalstreik aus, der von den Gewerkschaftsführern schließlich mit einem Abkommen abgeschlossen wurde, das vor allem die politischen Forderungen unerfüllt ließ, bzw. auf der Ebene allgemeiner Versprechungen blieb. Einzelne Kategorien der Arbeiterklasse kämpften deshalb weiter. Gleichzeitig kam es in den ländlichen Gebieten zu Bauernaufständen, die die Feudal-Diktatur weiter erschütterten.

Schon Ende Februar hatte es auch Militär-Revolten gegeben. Dabei zeichneten sich zwei Tendenzen ab: revolutionär-demokratischen Bestrebungen von breiten Massen der Soldaten stehen Bestrebungen der militärischen Führung gegenüber, die rückständige Feudalherrschaft unter militärischer Kontrolle durch „Reformen" zu überwinden, die einer kapitalistischen Entwicklung den Weg öffnen sollen; die also die ärgsten Rückständigkeiten und Anachronismen beschneiden soll, um so die Ausbeuterherrschaft in Äthiopien lebensfähig zu halten.

Nachdem die Massenkämpfe abgeflaut waren, übernahm Ende Juni die Armee-Führung in einem offenbar weitgehend unblutigen Putsch die direkte Kontrolle über die politische Macht. Zahlreiche feudale Politiker würden abgesetzt und verhaftet – so Außenminister Menassie Haile, der Vorsitzende des ‚Kaiserlichen Rates' Asrate Kassa, der ‚Berater' des Kaisers Mesfin Sileshi, der Senatspräsident Zewge Gebre-Hiwot, ‚Verteidigungsminister' Abiye Abebe und schließlich auch Ministerpräsident Makkonen. Neuer Ministerpräsident wurde Imru, der selbst zum Feudal-Adel gehört.

Abgesetzt wurden auch zahlreiche Militär- und Polizeiführer.

Die Militärführung erklärte es als ihr Ziel, Äthiopien in eine „konstitutionelle Monarchie mit demokratischen Grundsätzen" umzuwandeln. Die Korruption soll beendet werden, es soll eine ‚Landreform' durchgeführt werden und es soll ein „Abbau der Klassenunterschiede" betrieben werden. Es soll eine Amnestie für politische Gefangene und Exilierte „nach Überprüfung"(!) geben.
Eine neue Verfassung soll ausgearbeitet werden.

Unterstützt wird die Militärführung dabei offenbar von den Gewerkschaftsführern und vom Kleinbürgertum. Anscheinend unterstützen aber auch bürgerliche und selbst feudalistische Kräfte die kontrollierte Ablösung des alten rückständigen Systems durch einen ‚moderneren' und effektiveren Staat. Laut „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 9.7. sprach sich auch die Regierungszeitung „Ethiopian Herald" für eine Regierungsbeteiligung der Militärführung und für eine „wohlwollende Diktatur im allgemeinen Interesse unserer Gesellschaft" aus.

Diese Diktatur richtet sich, neben der Niederhaltung reaktionärer Elemente (die noch über starke ‚Privatarmeen' in den ländlichen Gebieten verfügen), auf die Unterdrückung jeder konsequent demokratischen Bewegung, vor allem in Teilen der – relativ kleinen – äthiopischen Arbeiterklasse und unter Studenten und Lehrern. ●

Rhodesien:

Weiße Minderheit terrorisiert schwarze Mehrheit

Am 30. Juli fanden in Rhodesien Parlamentswahlen statt. Wahlberechtigt waren ca. 82.000 Weiße, von den ca. 5,7 Mill. Schwarzen durften gerade 7.000 wählen!
Das Ergebnis stand also fest:

- **absolute Mehrheit der Parlamentssitze für die Weißen (50 Sitze)**
- **16 Sitze für die schwarze Bevölkerungsmehrheit. Von diesen 16 Sitzen wurden acht durch die, von der weißen Bourgeoisie abhängigen, „Häuptlinge" schwarzer Stämme ernannt.**

Im Namen der sogenannten „freien Presse" läßt allerdings die „Frankfurter Allgemeine" („FAZ") feststellen:
„Rhodesien ist durchaus eine demokratische Republik, ... in dem Sinne, daß ein frei gewähltes Parlament die Regierung bestimmt und stürzen kann." **(„FAZ" 30.7.74)**

Rhodesien ist neben Südafrika und

Rhodesien ist neben Südafrika und dessen Kolonie Namibia (Südwestafrika) sowie den portugiesischen Kolonien die letzte direkte Bastion der weißen Rassisten in Afrika.

Seit der einseitigen „Unabhängigkeits"-Erklärung durch die weiße Bourgeoisie des Landes vom englischen „Mutterland" herrscht die Regierung Smith mit faschistischem Terror über die schwarze Mehrheit (in Rhodesien leben ca. 250.000 weiße Europäer und 5,7 Millionen Afrikaner).

Der Grund:

- Ähnlich wie Südafrika ist Rhodesien reich an wertvollen Bodenschätzen (Chrom, riesige Felder hochwertiger Eisenerze, Steinkohle etc.).

Die weiße Bourgeoisie beutet diese Bodenschätze rigoros aus. Das schwarze Proletariat – meistens Minen- und Landarbeiter – ist dabei unmenschlichen Arbeits- und Lebensbedingungen unterworfen! Jede Auflehnung dagegen wird von der Polizei brutal unterdrückt:

- Bei einer Kundgebung schwarzer Arbeiter für gewerkschaftliche Forderungen in der Stadt Gwelo wurde ein Afrikaner erschossen, ein weiterer verletzt (nach „Frankfurter Rundschau" vom 5.6.74).
- – Gegen den Befreiungskampf der Afrikaner wurden 60.000 Schwarze in KZ's (sog. „Wehrdörfer") inhaftiert!

„Häuptling Chiweshe, der sich dieser Umsiedlungsaktion widersetzte, wurde in einem Geheimprozeß zu 15 Jahren Haft verurteilt." („FR" 26.7.74).



Vertreibung der Schwarzen in Konzentrations-Lager

Der „Boykott" der Imperialisten

Seit der „Unabhängigkeitserklärung" wird Rhodesien von den imperialistischen Staaten „boykottiert".

„So hat der amerikanische Kongress den Import von rhodesischem Chrom und anderen Mineralien untersagt. In Tokio wurden japanische Industrielle davor gewarnt, gegen die Rhodesien-Sanktionen der Vereinten Nationen zu verstoßen." („FAZ" 2.8.74).

Es gibt ein Wirtschaftsembargo, *„das die Vereinten Nationen 1966 mit großer Mehrheit gegen die Rebellenrepublik verhängt hatten, um das weiße Minderheitsregime von Premier Ian Smith in die Knie zu zwingen."* (Spiegel Nr. 23; 3.6.74).

Hiermit versuchen die Regierungen der imperialistischen Länder den Afrikanern und der eigenen Bevölkerung vorzugaukeln, das terroristische Regime in Rhodesien isolieren zu wollen.

Daß ein solcher „Boykott" aber weitgehend nur auf dem Papier steht und die Imperialisten heute schon versuchen, mit der weißen Minderheit „zusammenzuarbeiten", beweisen folgende Tatsachen:

- *„Zwei deutsche Schiffe haben ... im ersten Quartal dieses Jahres an verbotenen Transporten von rhodesischen Erzen in die USA teilgenommen.*

Der Sanktionsausschuß (.. der UN ..) *veröffentlichte eine Liste von insgesamt zehn Schiffen, denen für die ersten drei Monate 1974 solche Verstöße vorgeworfen werden."* („FR" 27.5.74).

- Ende 1973 wurden Papiere bekannt, nach denen westdeutsche und österreichische Kapitalisten groß in die rhodesische Stahlproduktion einsteigen wollen.

Unter *„der direkten Beteiligung von Klöckner, des Neunkircher Eisenwerks und einem Deutsche Bank-Teilhaber"*, sowie der *„Staatlichen Vereinigten Österreichischen Eisen- und Stahlwerke (Voest)"* (Spiegel vom 3.6.74) soll die Stahlerzeugung verdoppelt werden.

„Die Deutschen sollten dafür die hinzugewonnenen Produktionskapazitäten abschöpfen dürfen." (Spiegel)

So stellen die „Boykottmaßnahmen" gegen Rhodesien einen weiteren Beweis imperialistischer Vertragspolitik dar:

- Verträge werden eingehalten oder gebrochen, je nachdem, ob es den Imperialisten nutzt oder nicht! ●

HSW-Betriebszelle
KB/Gruppe Hamburg

Philippinen:

Bomben gegen die Rebellen

Die von den USA ausgerüstete und „beratene" Luftwaffe der Philippinen hat im Juli vier Tage hintereinander die Hauptstadt der Insel Mindanao, Cotabato, bombardiert, nachdem Rebellentruppen die Stadt besetzt hatten. Hunderte von Menschen wurden bei dem Bombardement getötet und verletzt, Tausende flüchteten aus der Stadt.

Das reaktionäre Regime der Philippinen führt seit mehreren Jahren einen Ausrottungskrieg gegen die Befreiungsbewegung auf den südlichen Inseln der Philippinen. Im Februar dieses Jahres wurde bekannt, daß die Stadt Jolo – Hauptstadt der gleichnamigen Insel – durch die Luftwaffe dem Erdboden gleichgemacht worden war, wobei mindestens 10.000 Menschen getötet worden sein sollen, (vergl. AK 42, S. 12).

Wie wenig Mord und Terror die Volksbefreiungsbewegung brechen

Wie wenig Mord und Terror die Volksbefreiungsbewegung brechen können, zeigt eine kleine Meldung der „Frankfurter Allgemeinen", wonach Ende Juli Rebellentruppen die Stadt Upi auf Mindanao, 15 km von Cotabato entfernt, besetzen konnten.

Der Volksbefreiungskampf und der Terror des reaktionären Regimes auf den Philippinen wird in der bürgerlichen Presse bewußt totgeschwiegen. Über die Besetzung von Upi z. B. brachte die „Frankfurter Allgemeine" eine Meldung von knapp acht Zeilen, andere Zeitungen brachten gar keine Meldungen.

Welches direkte Interesse der BRD-Imperialismus am Verschweigen der Vorgänge hat, beleuchtet die folgende kleine Meldung aus der „Bild" vom 5.8.74:

> **Filipinos in deutscher Uniform**
> **ap. Manila, 5. August** Soldaten von den Philippinen werden künftig bei der Bundeswehr ausgebildet. Sie erhalten kostenlos Verpflegung, Uniform und Unterkunft.

Terrorurteile in Südkorea

Seit Juni dieses Jahres läuft in Südkorea eine Welle von Prozessen gegen Angehörige der demokratischen Opposition dieses vom US-Imperialismus besetzten faschistischen Landes.
55 Urteile wurden im Juli gesprochen, darunter 14 Todesurteile! Im August gingen die Prozesse weiter, und etwa 200 Aburteilungen mindestens werden noch erwartet. Unter den Angeklagten und Verurteilten finden sich ein früherer Staatspräsident Südkoreas, ein oppositioneller Präsidentschaftskandidat (von den „Wahlen" 1971), ein Bischof, Professoren, Pfarrer, Studenten. Sie alle sind angeklagt, das faschistische Regime bekämpft zu haben.

Diese Terrorprozesse sind die Reaktion des Park Chung Hee-Regimes auf die Studentendemonstrationen seit Oktober '73 und eine sich daran entwickelnde demokratische Protestbewegung. Die Studentendemonstrationen hatten zunächst dazu geführt, daß Park Chung Hee sein Regime umgebildet hatte und einige scheinbare „demokratische Zugeständnisse" machte. So wurde u.a. der verhaßte Geheimdienst-Chef Lee Hu Rak abgesetzt.

In der so entstandenen Atmosphäre trat die demokratische Opposition kühner und offener auf. Prominente Oppositionspolitiker und Intellektuelle traten öffentlich mit Kritik am Regime auf. Es wurde von diesen Kräften eine Unterschriftensammlung in Gang gesetzt, in der die Aufhebung der diktatorischen Verfassung des Landes gefordert wurde. Innerhalb kurzer Zeit konnten eine halbe Milli- Unterschriften gesammelt werden.

Diese Vorgänge veranlaßten einige ausländische Kommentatoren, voreilig schon das faschistische Regime überhaupt auf dem Rückzug zu sehen.

Indessen erließ das Park Chung Hee-Regime am 8. Januar '74 eine Anordnung, die jede Kritik an der Verfassung verbietet. Die Höchststrafe ist 15 Jahre.

Im April wurde nach neuen Studentendemonstrationen der „Nationaldemokratische Studentenverband" des Landes verboten. Jede „Förderung" des verbotenen Verbandes (z. B. „Sympathiekundgebungen", Teilnahme an Studentendemonstrationen u.a.) ist mit der Todesstrafe bedroht.

Am 11./12. April meldete die „Süddeutsche Zeitung", daß bis dahin *„34 Politiker, Geistliche, Schriftsteller, Journalisten, Studenten und Studentinnen"* entsprechend der Diktatur-Verordnung vom 8. Januar verurteilt worden waren, viele zur Höchst-

dentinnen" entsprechend der Diktatur-Verordnung vom 8. Januar verurteilt worden waren, viele zur Höchst-

strafe von 15. Jahren.

Im Juni begann ein Kriegsgericht-Prozeß gegen 55 Mitglieder der demokratischen Opposition. 14 von ihnen wurden zum Tode verurteilt, unter ihnen der bekannte Dichter Kim Tschi Ha. 15 Urteile lauteten auf lebenslänglich, 26 mal wurden Strafen von 20-25 Jahren ausgesprochen. Unter den letzten sind zwei japanische Staatsbürger – ein Student und ein Journalist.

In neuen Prozessen im August wurden bisher Bischof Daniel Tji, Geschichtsprofessor Kim Dong Gil und ein Pfarrer zu je 15 Jahren verurteilt. Ein anderer Professor wurde zu zehn Jahren verurteilt. Der frühere Staatspräsident Südkoreas, der 76-jährige Yun Po Sun, wurde „mit Rücksicht auf sein Alter" zu „nur" drei Jahren verurteilt. Er, der selbst zu den reaktionären Wegbereitern der Militärdiktatur Park Chung Hee's gehörte, hatte in letzter Zeit Kritik am Regime geübt.

In einem weiteren Prozeß wurden 13 Menschen zu Gefängnisstrafen von zehn bis 20 Jahren verurteilt. In einem kommenden Prozeß soll der im August '73 durch den südkoreanischen Geheimdienst aus Japan verschleppte Oppositionspolitiker Kim Dae Jung vor Gericht gestellt werden. Er war bei der Farce der „Präsidentschaftswahlen" 1967 und 1971 Gegenkandidat zu Park Chung Hee. Ihm wird der Vorwurf gemacht, daß er die damaligen Wahlen als „nicht demokratisch" bezeichnet hatte!

Mit der Verschärfung des faschistischen Terrors, zu dem die Verurteilung selbst von „gemäßigten" bürgerlichen Oppositionellen gehört, will das Park Chung Hee-Regime vermeiden, daß es dasselbe Ende nimmt wie die Syngman Rhee-Clique, die 1960 nach Studentendemonstrationen gestürzt wurde:

Die Studenten hatten sich damals mit Massendemonstrationen an die Spitze einer Bewegung gegen Korruption, „Wahl"fälschungen und „Mißwirtschaft" gesetzt. Höhepunkt war der Marsch von 30.000 Studenten in der Hauptstadt Seoul zur Villa des Diktators Syngman Rhee. Die Polizei richtete ein Blutbad an, indem sie in die Demonstration hineinschoß. Nach offiziellen Angaben wurden dabei 112 (!!) Menschen getötet und 750 verletzt. Wenig später mußte Syngman Rhee seinen Rücktritt bekannt geben.

Sein Nachfolger wurde der oben erwähnte, kürzlich zu drei Jahren Haft verurteilte, Yun Po Sun. Er bereitete durch reaktionäre Maßnahmen den Boden für den Militärputsch vor, mit dem im Mai 1961 – genau ein Jahr nach dem Rücktritt von Syngman Rhee – die Diktatur Park Chung Hee's errichtet wurde.

Südkorea ist in wirtschaftlicher Hinsicht eine Kolonie des japanischen Imperialismus. Militärisch wird es vom US-Imperialismus besetzt gehalten, als wichtiger strategischer Brükkenkopf zum Aufmarsch gegen China und gegen die Sowjetunion.

Die demokratische Opposition strebt demgegenüber Demokratie und nationale Unabhängigkeit an. Die Politik des sozialistischen Nordkorea, das konkrete Vorschläge zur Wieder-

nationale Unabhängigkeit an. Die Politik des sozialistischen Nordkorea, das konkrete Vorschläge zur Wieder-

vereinigung Koreas gemacht hat, findet im Süden selbst unter bürgerlichen Kräften Widerhall. Dazu kommt, daß Nordkorea durch seine eindrucksvolle rasche Industrialisierung und den Lebensstandard seiner Werktätigen (der wesentlich höher ist als im Süden!) auch in wirtschaftlicher Hinsicht eine starke Anziehungskraft ausübt.

Das faschistische Regime Südkoreas versucht, diese Bewegung zu zerstören, indem sie jeden Kontakt zu den Landsleuten im Norden – z.B. Besuche bei Verwandten in Nordkorea – mit harten Strafen bedroht und als „Spionage" anklagt. ●

Namibia:

Neues Massaker der südafrikanischen Faschisten aufgedeckt

Nach einem Aufenthalt bei der Befreiungsbewegung von Namibia (Südwestafrika), SWAPO, legten zwei schwedische Filmjournalisten einen Dokumentarfilm vor.

In ihm wird der mörderische Charakter des südafrikanischen Faschismus deutlich:

- In einem Dorf von Namibia wurde von der südafrikanischen Armee die gesamte Bevölkerung erschossen. Durch diese Terroraktion sollte der Kampf der SWAPO in diesem Gebiet unterbunden werden.

Der einzige Überlebende berichtet in dem Film: *„Einen Tag im vergangenen September kamen die südafrikanischen Soldaten hierher. Wir mußten uns alle in einer Reihe aufstellen. Auch alle Frauen und Kinder .... Nach der Erschießung wurden die Leichen gestapelt und verbrannt."* („FR", 26.7.74)

Der Überlebende – ein 74 Jahre alter Mann – lebt und kämpft heute mit der SWAPO in Sambia! Das zeigt deutlich, daß selbst derartige Massenmorde der Faschisten es nicht vermögen, den Widerstand der Schwarzen zu brechen!!

Das Ziel des Terrors ist die Erhaltung der Herrschaft über Namibia, denn **„das Land ist reich an Mineralien wie Diamanten, Uran, Zink, Kupfer, Mangan und Blei, an deren Ausbeutung sich zahlreiche westliche Unternehmen beteiligen."** („FR", 26.7.74)

Gerade in diesem Zusammenhang wird ein besonderer Aspekt westdeutscher „Entwicklungshilfe" deutlich:

- Zur Zeit hält sich die SPD-Bundestagsabgeordnete von Bothmer in Südafrika auf. Sie wurde eingeladen von der Progressiven Partei Südafrikas (einer „Schwesterpartei" der SPD).

„Hinter der Progressiven Partei steht die mächtige Oppenheimer Gruppe, die ihrerseits die Goldminen und Diamantenkonzerne „Anglo American Corporation" und „de Beer Corporation" kontrolliert. Zu de Beer gehören auch die ausgedehnten Diamantenfelder in Südwestafrika." („FAZ", 24.7.74)

Derartige Politik a la SPD beweist einmal mehr, daß es ihr nicht um die Völker der unterdrückten Nationen geht, sondern um deren Unterdrükker. ●

HSW-Betriebszelle/
KB-Gruppe Hamburg

[redacted]

Telegramme der Minister satt, wir glauben den Versicherungen nicht mehr. Sie sagen uns, daß sie die Demokratie retten wollen, aber was tut die Regierung?" – „Ich kriege eine Gänsehaut, wenn ich daran denke, was da passiert ist. Es ist klar, daß wir vor einem exakten subversiven Plan stehen, der von Personen vorbereitet und finanziert worden ist, die ganz oben im Staatsapparat sitzen. Man soll nicht kommen und uns erzählen, daß man diese Leute nicht kennt. Man will sie nicht schlagen, weil es der Mehrheitspartei so in den Kram paßt."

Dies sind einige Kommentare, die ein Journalist der großbürgerlichen (!) Zeitung „La Stampa" (gehört zum großen Teil dem Fiat-Konzern!) in einem Freizeit-Heim der Eisenbahner in Turin zu hören bekam („La Stampa", 6.8.74).



Während der Protestkundgebung in Bologna. Die Texte lauten: „Die Auftraggeber des Terrorismus schlagen" und „Die Post- und Fernmelde-Arbeiter sagen ‚Schluß' zu den faschistischen Verschwörungen – raus mit den Namen der Auftraggeber"



Die Faschisten sind Mörder. Links der ausgebrannte Waggon, rechts die 12 zugedeckten Leichen

Das italienische Volk gibt sich nicht damit zufrieden, allgemein „gegen die Gewalt" Stellung zu nehmen. Es nennt klar „Roß und Reiter": Die Faschisten sind die Mörder, und ihre Auftraggeber und Komplizen im Staatsapparat und im Großkapital zu finden.

Staatsapparat und im Großkapital zu finden.

Selbst die beiden wichtigsten Zeitungen der Bourgeoisie, „Corriere della Sera" und „La Stampà" (beide weitgehend im Besitz der beiden größten italienischen Konzerne Montedison und Fiat) tragen dieser Tatsache Rechnung und klagen die Komplizenschaft zwischen den Faschisten und Teilen des Staatsapparats an, die eine wirksame Bekämpfung der Faschisten bis heute verhindert hat und so vielen „unschuldigen Menschen" das Leben gekostet hat.

Geradezu symbolisch in diesem Sinn ist der Leitartikel des „Corriere" vom 14. August, in dem unter der Überschrift **„Keine entgegengesetzten Extremismen mehr"** förmlich die Lüge zu Grabe getragen wird, daß am Terror der „Extremisten von rechts und links" schuld seien, die „sich gegenseitig hochschaukeln" etc. (eine Lüge, die der westdeutschen Presse, auch der „liberalen", immer noch lieb und wert ist!). U.a. heißt es in diesem Artikel: *„Es stimmt nicht, daß in Italien der Terrorismus ein 'Phantom ohne Gesicht' ist. Die 97 Extremisten, die seit dem 1. Januar dieses Jahres verhaftet wurden, sind alle von der extremen Rechten...Die wahre Gefahr, die dem Staat droht, trägt die Marke der extremen Rechten.."*

Hierzu ist anzumerken, um nicht die Spuren zu verwischen, daß der 'Corriere della Sera' in der Vergangenheit der V o r r e i t e r der Demagogie von den angeblichen „entgegengesetzten Extremismen" war, als deren Totengräber er sich jetzt zu betätigen scheint.

In der Reaktion der bürgerlichen Presse kommen zum einen Besorgnisse der Bourgeoisie zum Ausdruck, sich nicht von einigen der Kontrolle entglittenen faschistischen Abenteurern das Tempo und die Art der Faschisierung diktieren zu lassen. Zum andern zeigt sich in dieser Reaktion eine Anpassung an die Stimmung der Massen (auch des Kleinbürgertums), die sich nicht auf die Dauer mit Lügen und immer denselben Versicherungen abspeisen lassen wollen, sondern die endlich reale Maßnahmen zur Unterdrückung des faschistischen Mordterrors verlangen.

Schon nach dem Massaker von Brescia kam diese Stimmung darin zum Ausdruck. daß auf den örtlichen Protestkundgebungen, und vor allem auf der Trauerfeier in Brescia selbst die Vertreter der Hauptpartei der Bourgeoisie, der Christdemokratie (DC) mit wütenden Pfeifkonzerten und Sprechchören empfangen wurden.

Dieses für die DC natürlich sehr „besorgniserregende Phänomen" wiederholte sich nach dem neuen Massaker im 'Italicus'.

So wurde am 5. August, am Tag der Protestdemonstrationen in ganz Italien, in Bologna (etwa 30.000 Demonstranten) der örtliche DC-Chef Marubini so kräftig ausgepfiffen, daß er seine vorbereitete heuchlerische 'Trauerrede' nicht halten konnte. Er rauschte daraufhin noch während der Kundgebung beleidigt ab und erklärte gegenüber der Presse, Bologna sei „keine tolerante Stadt" – und im Übrigen sei die PCI (die revisionistische „KP") schuld, die ihre Anhänger nicht mehr unter Kontrolle habe.

Letzterer Vorwurf mag (hoffentlich!) berechtigt sein. Jedenfalls gaben sich die PCI-Führer alle Mühe, den Mit-

sich die PCI-Führer alle Mühe, den Mit-

gliedern klarzumachen, daß sie sich im Interesse des „historischen Kompromiß" (die angestrebte 'große Koalition' von DC und PCI) 'zurückhalten' müßten.

Zwischen DC und PCI wurde daraufhin diskutiert, wie man wenigstens auf der Trauerfeier in Bologna solche „Zwischenfälle" verhindern könnte. Es tauchte sogar – von der DC – die Idee auf, überhaupt keine öffentliche Trauerkundgebung zu machen, sondern die Opfer des faschistischen Terrors still und heimlich – lediglich in Anwesenheit einiger Regierungs- und Parteipolitiker zu Grabe zu tragen.

Es gab dann aber in Bologna doch eine p o l i t i s c h e, klar antifaschistische und demokratische Feier, an der trotz der Ferienzeit über 200.000 Menschen teilnahmen; viele Arbeiterfamilien hatten extra ihren Urlaub unterbrochen, um den Opfern des faschistischen Terrors die letzte Ehre zu erweisen.

Die DC hatte, um nicht (wegen (Feigheit') völlig das Gesicht zu verlieren, den Regierungschef Rumor, den Staatspräsidenten Leone und den Parteichef Fanfani (ein besonders übler Rechter, Vorreiter der Faschisierung) nach Bologna geschickt, die sich dort das ihnen gebührende Pfeifkonzert abholten.

Im 'Phänomen der Pfiffe' (mit dem sich die bürgerliche Presse Italiens ausführlich beschäftigte, kommt die schlichte Tatsache zum Ausdruck, daß die antifaschistischen Massen Italiens die 'Beileidsbekundungen' der CD als Heuchelei und Zumutung empfinden. Zu sehr ist klargeworden, daß die DC nicht zu den „antifaschistischen Kräften" gehört, sondern selbst der engsten Komplizenschaft mit dem faschistischen Terror schuldig ist.

Faschisten und Staat sind Komplizen

Über die Komplizenschaft von Staat und Faschisten in Italien sind viele Tatsachen bekannt geworden. Über einige wird in AK 45 berichtet.

Von neueren Vorgängen seien hier nur einige besonders kennzeichnend erwähnt: Italiens, „Verteidigungsminister" Andreotti gab während der letzten Regierungskrise (vgl. AK 46) in einem Interview mit der Zeitung „Il mondo" die Tatsache bekannt, daß immer noch die 157.000 (nach anderen Angaben 200.000) Aktenseiten existieren, die vom italienischen Geheimdienst u.a. gegen bürgerliche Politiker, gegen Kirchenfürsten, und natürlich gegen Gewerkschaftsführer, gegen linke Politiker angelegt worden waren (die Akten enthalten privateste und „intimste" Einzelheiten und „Beobachtungen" über diese Personen). Die Existenz dieser Akten wurde in Zusammenhang mit einem gescheiterten Putschplan 1964 (an dessen Spitze der damalige Geheimdienstchef De Lorenzo, Mitglied der neofaschistischen MSI, stand) öffentlich bekannt. Das italienische Parlament beschloß daraufhin die Vernichtung dieses Materials. Dies war, wie Andreotti nun (unklar, warum) bekannt gab, bisher nicht geschehen – wurde aber nun angeblich nachgeholt: die Akten wurden im Verbrennungsofen des römischen Flugplatzes Fiumicino verbrannt. Es ist allerdings unvorstellbar, daß nicht noch irgendwo Dublikate und Kopien der Akten aufbewahrt werden.

Der Geheimdienst (SID) kannte schon seit 1969/70 die faschistischen Putschpläne, die angeblich erst 1973 „aufgedeckt" wurden! Im Juni 1969 wurde im Haus von Eugenio Rizzato (der zu der im Oktober 73 „aufgedeckten" Verschwörergruppe „Rosa dei venti" – „Windrose" – gehörte; vgl. dazu AK 39, S. 5 ff) in Padua ein „Dossier" mit 400 Namen (von linken Politikern, die am „Tag X" ermordet werden sollten) und ein faschistisches „Programm" gefunden. Von dem Material – das dem 1973 „entdeckten" der „Windrose" ziemlich genau entspricht – wurden nur Kopien angefertigt, die in irgendwelchen Aktenordnern vergilbten.

Im April 1970 erfuhr der SID von einem „Aktionsplan" des sogenannten MAR („Revolutionäre Aktionsbewegung"). Es handelt sich dabei um einen umfangreichen und detaillierten Putschplan. Chef des MAR war Fumagalli, eine zentrale Figur bei der Koordinierung des faschistischen Terrors. Erst im März 74 entschloß sich der Staat, Fumagalli zu verhaften!

An diesen Beispielen zeigt sich erneut, wie der Staatsapparat, vor allem der SID, die Faschisten und deren Verschwörungen genau kennt, sie schützt (solange es ihm paßt) und sie ausnutzt.

In Frankreich lebt (nach letzten Meldungen soll er verhaftet worden sein) der Faschist Giannettini, gegen den in Italien Haftbefehl besteht. Er war mit Ventura und Freda eng befreundet, die als Verdächtige wegen des Bombenanschlags vom 12. Dezember 1969 auf die Mailänder Landwirtschaftsbank (16 Tote!) im Gefängnis sind. Giannettini selbst steckt bis zum Hals in dieser und anderen faschistischen „Affären". Zugleich aber war er Agent des SID, von dem er nach eigenen Angaben noch bis März dieses Jahres sein stattliches Gehalt (ca. 4.000 Mark) bezog. Giannettini behauptet, er habe an NATO-Konferenzen in Brüssel und Bagnoli (Italien) teilgenommen. Er habe in der BRD u.a. die Schule für Panzertruppen, das Kommando des „Bundesgrenzschutz" und die Schule für „Psychologische Kriegführung" in Koblenz besichtigt.

Die Regierung gibt zu, daß Giannettini für den SID gearbeitet hat, versucht aber, seine Bedeutung zu mindern – er sei nur ein kleiner „Informant" gewesen ...

Am 19. Juli dieses Jahres wurde der faschistische Rechtsanwalt Degli Occhi verhaftet. Sein Name tauchte bereits in Zusammenhang mit der Verschwörung des MAR (1970!) auf. Degli Occhi wurde vor seiner Verhaftung mehrmals zum faschistischen Bombenanschlag von Brescia verhört. Er stand außerdem in Zusammenhang mit einem paramilitärischen Lager der Faschisten in den Abbruzzen, das kurz nach dem Massaker von Brescia der Polizei „aufgedeckt" wurde, wobei der berüchtigte Terroristenführer Giancarlo Esposti (den der Staat bis dahin trotz zahlreicher nachgewiesener Verbrechen immer wieder laufen gelassen hatte!) von den Carabinieri erschossen wurde.

Die im Lager geschnappten Faschisten belasten Degli Occhi, er habe das Lager finanziert. Es wurde bewiesen, daß Degli Occhi zumindest einen Scheck über 600.000 Lire (etwa 2.400 Mark) an Esposti ausgestellt hatte.

Mit Degli Occhi kommt man in der „Hierarchie" des italienischen Faschismus sehr weit nach oben. Er war der Führer der sogenannten „maggioranza silenziosa" („Schweigende Mehrheit"), die 1971 in Mailand zwei große reaktionäre Massenkundgebungen organisieren konnte, dann aber rasch an Einfluß verlor, weil sich viele „Konservative" und verhetzte Kleinbürger, die anfangs den Rattenfängern der „Schweigenden Mehrheit" gefolgt waren, vom zunehmenden faschistischen Mordterror abgestoßen fühlten.

Mit der „Schweigenden Mehrheit" hatten auch zahlreiche rechtsbürgerliche Politiker, vor allem der DC (und natürlich des MSI) sympathisiert und zusammengearbeitet.

Auch gegen den Stellvertreter von Degli Occhi in der „Schweigenden Mehrheit", Luciano Bonocuore, wurde Haftbefehl erlassen (er ist flüchtig).

Ende Juni wurde Zicari, einer der bekanntesten Journalisten des „Corriere della Sera", vorläufig „beurlaubt". Er hatte zugegeben, „zeitweise" als „Informant" des Geheimdienstes SID tätig gewesen zu sein.

➡

Was ist „Ordine Nero"?

Die faschistische Terrororganisation „ordine nero" ('Schwarze Ordnung') hat in einer Erklärung die 'Verantwortung' für den bestialischen Anschlag auf den D-Zug Rom-Brenner übernommen, bei dem 12 Menschen verbrannten.

„Ordine nero" ist die Nachfolge-Organisation der verbotenen „Ordine nuovo" ('Neue Ordnung'). „Ordino nuovo" wurde 1956 von MSI-Mitgliedern gegründet, denen die neofaschistische Partei zu „gemäßigt" war. Führer der „ordine nuovo" wurde Pino Rauti. Ende 1969 – kurz vor der 'strage di stato' (Anschlag auf die Mailänder Landwirtschaftsbank) – löste sich „ordine nuovo" offiziell auf und trat in den MSI ein, wo Rauti einen Posten im Parteivorstand eingeräumt bekam. Rauti wurde im März 1972 verhaftet unter dem Verdacht, an der 'strage di stato' beteiligt gewesen zu sein, aber rasch wieder freigelassen.

Unterdessen hatte sich, schon Anfang 1970, „ordine nuovo" erneut gegründet, so daß sich ein Spiel mit verteilten Rollen vermuten ließ (ein Teil von ON war in den MSI gegangen, ein anderer Teil setzte die alte Politik rechts vom MSI fort).

Ende 1973 wurde „ordine nuovo" nach dem Gesetz über den 'Wiederaufbau' der aufgelösten faschistischen Partei verboten. Die meisten Führer von „ordine nuovo" hatten allerdings vorher noch Gelegenheit, sich der Verfolgung zu entziehen.

So tauchte bald eine 'neue' Organisation unter dem Namen „ordine nero" auf, mit dem alten Zeichen (die Buchstaben ON und das 'Rutenbündel' der Faschisten) Statt der Monatszeitung „ordine nuovo" erschien jetzt – mit demselben Direktor, Salvatore Francia! – die Zeitung „anno zero" („Jahr null"). Sie hatte dasselbe Motto wie die alte Zeitung: „Unsere Ehre heißt Treue" (eine SS-Parole). In ihrem 'Programm' heißt es u.a.: *„Das Ideal, das Endziel ist die Errichtung einer hierarchisch organisierten Welt, mit einer veränderten Rolle der Streitkräfte und mit einer raschen und endgültigen Lösung der Überbevölkerung und Revolte der farbigen Völker".* – Die ersten Nummern dieses Hetzblattes konnten sogar 'legal' erscheinen!

„Ordine nero" ist wahrscheinlich mehr als nur die Nachfolgeorganisation von „ordine nuovo". Es scheint gelungen zu sein, auch andere faschistische Gruppen (SAM, MAR etc) unter diesem Namen neu zu formieren und enger zusammenzuschließen.

Zicari war einer der eifrigsten Verfechter der These von den „entgegengesetzten Extremismen". Nur eine Woche vor seiner „Beurlaubung" hatte Zicari eine neue Lügengeschichte in die Welt gesetzt: es habe einen Kontakt zwischen dem (1972 unter immer noch ungeklärten Umständen ums Leben gekommenen) linken Verleger Feltrinelli und dem Faschisten Fumagalli (Chef des MAR – s.o.) gegeben; Feltrinelli sei mit Fumagalli befreundet gewesen und habe ihm Geld gegeben. Tatsächlich kannte Feltrinelli – wie seine Witwe Inge Schönthal mitteilte – einen Fumagalli; aber nicht den Faschisten, sondern einem linken Galerie-Besitzer (Mitglied der PCI), dem Feltrinelli einige Bilder abkaufte!

In Brescia mußten die beiden Stellvertretenden Polizeichefs Purificato und Diamante aus den Ermittlungen über das Massaker vom 28. Mai zurückgezogen werden, weil sie „persönlich in die Angelegenheit verwickelt" seien. Insbesondere wird gefragt, warum von der Polizei die Durchsuchung der Papierkörbe auf dem Kundgebungsplatz in Brescia nicht ordnungsgemäß durchgeführt worden war (die Bombe steckte in einem der Papierkörbe).

Der Untersuchungsrichter Arcai, in dessen nicht eben „unparteiischen" Händen die Ermittlungen über das Massaker von Brescia immer noch liegen, ist für seine rechtsradikalen Neigungen berüchtigt. Sein Sohn gehört zu einer Gruppe faschistischer Jugendlicher, die wahrscheinlich in engem Zusammenhang mit dem Bombenanschlag steht (ein Mitglied dieser Gruppe, Silvio Ferrari, flog eine Woche vor dem Massaker mit seinem Moped in die Luft, als er eine größere Menge Sprengstoff transportierte).

Die italienische Illustrierte „L'Espresso" enthüllte, daß der Großkapitalist Cefis (Präsident des Konzerns Montedison; der DC-Rechten um Fanfani nahestehend) einen „heißen Draht" zum SID hat: Er bekommt „Geheimakten" des SID gegen Politiker u.a. regelmäßig vorgelegt.

Gegen Cefis läuft außerdem eine Untersuchung wegen illegaler Parteien-Finanzierung.

Weitere Faschisierung – als „Kampf gegen den Faschismus" getarnt

Einige Kommentare bürgerlicher Politiker und in der bürgerlichen Presse lassen vermuten, daß starke Kräfte innerhalb der Bourgeoisie und des Staates bemüht sind, den faschistischen Terror stärker unter Kontrolle zu bringen, um ihre eigenen langfristigen Faschisierungspläne nicht von ein paar faschistischen Abenteurern gefährden zu lassen.

Tatsächlich sollte man aber diese Seite, die vor allem in der Verhaftung zahlreicher faschistischer Terroristen (weit über 100 seit Jahresanfang) zum Ausdruck kommt, nicht überschätzen.

In erster Linie benutzen Bourgeoisie und Staat nämlich den von ihnen frisch entdeckten „Kampf gegen den Faschismus" dazu, den Staatsapparat weiter zu zentralisieren und vor allem den Unterdrükkungsapparat weiter auszubauen – was sich letzten Endes nicht gegen die Faschisten, sondern gegen die Arbeiterbewegung richten soll.

So wurde nach dem Massaker von Brescia eine „Anti-Terror-Abteilung" gegründet. An der Spitze dieser Abteilung steht Emilio Santillo, ein berüchtigter Rechter.

Nach dem Anschlag auf den „Italicus" holte die DC alte Pläne zur Erweiterung der gesetzlichen Möglichkeiten gegen politischen „Terror" hervor. Und zwar soll die Gesetzgebung, die bisher schon gegen die Mafia gilt, auf den politischen Bereich erweitert werden. Danch können u.a. „Spezialüberwachung", Aufenthaltsbeschränkungen und „Vorbeugehaft" gegen „subversive Elemente" angeordnet werden. Die reformistische Linke (PCI und PSI) lehnen dieses Gesetz bisher ab und verlangen eine klare antifaschistische Definition, die es nicht erlauben soll, dieses Gesetz gegen die Linke anzuwenden. Genau das ist aber der von der DC beabsichtigte Zweck.

Als weitere Maßnahme beabsichtigt die DC eine stärkere Zentralisierung der verschiedenen Geheimdienste und Polizei-Apparate beim Innenministerium (z.Z. Taviani, DC).



Italienische und deutsche Genossen besetzten im Juni das italienische Konsulat in Frankfurt. Im 1. Stock ist die Parole „MSI FUORILEGGE" (Verbot des MSI) zu sehen. Unten ist ein Transparent mit der Parole „Antifaschisten die Faust geballt – Gegen Faschismus hilft nur Gewalt" zu sehen.

Berichtigung

Im Artikel „Linker Zusammenschluß" (AK 47, S. 2) findet sich im zweiten Absatz ein Fehler. Statt „Abspaltung von **proletarischen** Parteien" muß es dort heißen: „Abspaltung von **parlamentarischen** Parteien".

Blitzmerker

Die rechtsradikalen Putschvorbereitungen in Italien haben sich bis zur „sozialdemokratischen" Hamburger „Morgenpost" rumgesprochen. In ganz großer Aufmachung (vgl. nebenstehenden Abdruck) brachte die „Mopo" am 31. Juli 74 (!!) die brandheiße Meldung, daß in Italien eine rechtsradikale Gruppe namens „Windrose" „jetzt" (!) aufflog.

Im ARBEITERKAMPF konnte man allerdings diese heiße Meldung schon im November vorigen Jahres (AK 36) lesen. Wahrscheinlich handelt es sich bei der „Mopo" nach SPD-Manier um Berichterstattung „mit Augenmaß"?

Kampagne zum Verbot des MSI

Nach dem Massaker von Brescia hat sich eine breite Kampagne unter der Parole „MSI fuorilegge" (Verbot des MSI) entwickelt.

Zahlreiche Fabrikräte, auf betrieblicher und regionaler Ebene, haben diese Forderung unterstützt. Ebenso haben einige Kommunalräte sich hinter diese Forderung gestellt. Auf zahlreichen Studenten-Versammlungen sind entsprechende Resolutionen verabschiedet worden.

Aber auch verschiedene örtliche und regionale Gewerkschafts-Gremien (vor allem der CGIL, die den Revisionisten nahe steht) haben die Forderung nach Verbot des MSI unterstützt. Ferner wird diese Forderung unterstützt von örtlichen Gruppen der ACLI („Linkskatholiken"), von der PSI-Linken, vom PCI-Senator Terracini (der diese Forderung auch auf einer Sitzung des ZK seiner Partei vertrat), einzelnen Sektionen der PCI.

Das ist bemerkenswert, weil die PCI-Führung sich gegenwärtig mit aller Macht und Demagogie gegen die

Das ist bemerkenswert, weil die PCI-Führung sich gegenwärtig mit aller Macht und Demagogie gegen die

Forderung nach dem Verbot des MSI stemmt – eine Forderung, die sie übrigens in den 60er Jahren selbst erhoben hat.

Die PCI-Führer sagen, daß man den MSI nicht verbieten dürfte, weil man „den Faschismus politisch bekämpfen" müsse. Das erinnert sehr an die Argumentation westdeutscher Rechtsopportunisten, die sich mit ähnlich dummen „Argumenten" um den konsequenten antifaschistischen Kampf herumdrücken möchten.

Tatsächlich ist es gar kein Widerspruch, den Faschismus einerseits politisch zu bekämpfen, und ihn andererseits auch mit Verboten etc. zu unterdrücken – eine Maßnahme, zu der der bürgerliche Staat natürlich nicht freiwillig, sondern nur unter dem Druck einer Massenbewegung, bereit sein wird.

Bei den „Argumenten" der PCI-Führer muß man dagegen fragen, ob es dann nicht auch ein Fehler war, 1945 die Faschistische Partei Mussolinis zu verbieten und aufzulösen, statt sich rein „politisch" mit ihr auseinanderzusetzen?

Die „Argumentation" der PCI-Führer lenkt von einer klaren Tatsache ab, die in den letzten Jahren dutzendfach bewiesen wurde: der MSI ist nicht nur eine politische Organisation zur Verbreitung faschistischer Ideologie, sondern er ist vor allem eine M ö r d e r - Z e n t r a l e in den „schwarzen Verschwörungen."

Nach dem Bombenanschlag auf den „Italicus" scheint die Position der PCI-Führer noch unhaltbarer zu sein, denn die Forderung nach dem Verbot des MSI wird jetzt von den Werktätigen mit noch mehr Zorn und Kraft erhoben. Auch einzelne Sektionen der PCI und mehr noch der von den Revisionisten gelenkten Gewerkschaft CGIL haben diese Forderung unterstützt. ●

Eine Kette faschistischer Anschläge

aus AK 45, S. 8/9 (11.6.74)

Zu den faschistischen Terrorakten mit tödlichem Ausgang kommen noch zahlreiche Anschläge, bei denen es nur durch Zufälligkeiten nicht zu weiteren Blutbädern kam. So haben die Faschisten z.B. oft Bombenanschläge auf Züge unternommen, die im Falle des „Gelingens" mit Sicherheit viele Todesopfer gefordert hätten.

So unternahmen die Faschisten in der Nacht vom 8. auf den 9. August 1969, sozusagen als Generalprobe auf das Massaker in der Mailänder Landwirtschaftsbank, Bombenanschläge gegen neun Züge. Bei den Explosionen gab es zwölf Verletzte.

der Landwirtschaftsbank, Bombenanschläge gegen neun Züge. Bei den Explosionen gab es zwölf Verletzte.

Am 22. Oktober 1972 verübten die Faschisten mehrere Bombenanschläge gegen Züge, die Arbeiter aus ganz Italien zu einer zentralen antifaschistischen Manifestation nach Reggio di Calabria brachten. Nur zufällig richtete keiner der Sprengsätze Schaden an.

Im April 1973 explodierte ein Zündsatz in den Händen von Nico Azzi, der sich auf das WC des Zuges Turin-Rom zurückgezogen hatte, um dort eine Bombe zusammenzubasteln. Die Masse des Sprengstoffs explodierte glücklicherweise nicht. Azzi hatte offenbar beabsichtigt, die Bombe mit einem Zeitzünder gerade in einem Tunnel zur Explosion zu bringen, was verheerende Folgen gehabt hätte. Azzi war zur Zeit des Anschlags Mitglied der MSI. Persönliche Kontakte verbanden ihn mit den Terroristen der „SAM" („Aktionstrupp Mussolini"), einer faschistischen Bombenleger-Bande. Der Bombenanschlag sollte offenbar eine Art „Auftakt" für die wenige Tage später (am 12. April 1973) stattfindende faschistische Provokation in Mailand sein, wobei ein Polizist durch eine Handgranate getötet wurde (s.o).

Am 26. November 1972 wurde auf Grund eines Telefonanrufs eine Bombe im Zug Venedig-Rom entdeckt und konnte unschädlich gemacht werden.

Am 29. Januar 1974 verübten Faschisten einen Bombenanschlag auf die Bahnlinie Mailand-Bari in der Nähe von Pescara. Der Maschinist eines Güterzuges hatte „ein zylindrisches Objekt" auf den Schienen gesehen. Wenige Minuten zuvor hatte der Eilzug „Freccia del Sud" die Strecke passiert. Er hätte die Bombe auslösen sollen; zum Glück war nur der Zünder explodiert, nicht aber der Sprengsatz von 7-8 kg. Einen Tag vor dem Anschlag war in Pescara ein faschistischer Aufmarsch

war nur der Zünder explodiert, nicht aber der Sprengsatz von 7-8 kg. Einen Tag vor dem Anschlag war in Pescara ein faschistischer Aufmarsch

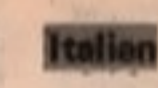
mit MSI-Chef Almirante an der geschlossenen Kampffront der Werktätigen gescheitert.

Am 22. April 1974 scheiterte ein Massaker nur an einem doppelten Zufall. Die Faschisten hatten in der Nähe von Prato (Toskana) eine Bomba an der Bahnstrecke Bologna-Florenz angebracht. Es scheint, daß das Zündwerk durch einen Güterzug beschädigt wurde, der auf einem Nebengleis fuhr, und daß die Faschisten sich daraufhin entschlossen, die Bombe direkt zu zünden. 20 Meter Schienen flogen in die Luft. Der Schnellzug Paris-Rom konnte wenige hundert Meter vor der Explosionsstelle gestoppt werden. Die faschistische Terror-Bande „Ordine nuovo" erklärte, die Bombe gelegt zu haben.

Nach einer weit verbreiteten Ansicht kommt außerdem die Entgleisung des „Freccia del Sud" bei Gioia Tauro 1970 auf das Konto eines faschistischen Anschlags. Damals gab es sechs Todesopfer.



Anzeige Buch



„Kampftag" in Italien

Am 24. Juli wurde von den Gewerkschaften ein „Kampftag" durchgeführt. In der Regel gab es vierstündige Streiks, sowie Demonstrationen und Kundgebungen. Die Bauarbeiter, die von den Maßnahmen der Regierung Rumor besonders hart betroffen sind (drohende Massenarbeitslosigkeit) streikten den ganzen Tag. Auch in verschiedenen Städten wurde der Streik auf 24 Stunden ausgedehnt. Der Kampf gegen die Ausplünderungsmaßnahmen der Regierung Rumor, die durch Steuererhöhungen etc. 3000 Mrd. Lire (12 Mrd. Mark) aus den italienischen Werktätigen herauspressen will, geht weiter.

Wie in AK 47 berichtet, war die Streikbeteiligung während der regionalen Streiks vom 5.-15. Juli relativ niedrig, vor allem in den großen und kampfstarken Betrieben. Darin zeigte sich eine verbreitete Unzufriedenheit mit der Politik der Gewerkschaftsführungen, die keinen konsequenten Kampf gegen die Ausplünderungsmaßnahmen der Rumor-Regierung wollen. Zugleich schienen sich darin aber auch Tendenzen zur Resignation anzudeuten.

Der „Kampftag" vom 24. Juli hatte demgegenüber offenbar eine wieder gewachsene Streikbeteiligung zu verzeichnen, trotz der beginnenden Ferienzeit. *„Der Streik erreichte eine starke ‚Rückeroberung' – auch in Situationen wie bei Mirafiori* (Fiat-Werk – Anm. AK), *wo die Kritik an den gewerkschaftlichen Entscheidungen am 9. Juli* (Tag des regionalen Streiks in Turin – Anm. AK) *die Form einer gefährlichen Ablehnung des Streiks durch die Massen annahm"* („Lotta Continua", 25.7.74).

Teilweise hielt die in den regionalen Streiks sichtbare Tendenz allerdings noch an. So war z.B. die Streikbeteiligung in dem als kampfstark bekannten Metallbetrieb „Italsider" in Taranto (Süditalien) relativ niedrig; aus Florenz wurde eine *„geringe Teilnahme der größten und traditionell am besten gewerkschaftlich organisierten Betriebe"* an der Demonstration berichtet („Lotta Continua", 25. Juli).

Zu massiven Protesten gegen die Redner der Gewerkschaftsführungen auf den Kundgebungen – wie während der Regionalstreiks – kam es diesmal nicht. In einigen Städten, vor allem in Neapel, wo der CGIL-Sekretär Lama sprach (die CGIL ist die mit der revisionistischen PCI verbundene Gewerkschaft), hatten die Revisionisten starke „Ordner"-Trupps organisiert, die Schlägereien gegen „nicht genehmigte" Parolen und Protestrufe inszenierten.

Bourgeoisie und Gewerkschaftsführungen ist es vorerst gelungen, den Forderungen der Werktätigen nach Generalstreik und anderen konsequenten Kampfmaßnahmen gegen die Ausplünderung zu entgehen und sich in die Ferienzeit hineinzuretten, wo viele Betriebe geschlossen sind. Es scheint ihnen aber bisher nicht gelungen zu sein, Resignation zu verbreiten und den Kampfwillen gegen die Ausplünderungs-Maßnahmen abzuwürgen. Die „Stunde der Wahrheit" kommt im Herbst, wenn die Arbeiter aus den Ferien in die Betriebe zurückkehren und die Ausplünderungsmaßnahmen wirksam zu werden beginnen. ●



Italien

Terrorurteil gegen Genossen von „Lotta Continua"

Carlo Panella, ein führender Genosse der italienischen kommunistischen Organisation „Lotta Continua", soll für vier Jahre und einen Monat ins Gefängnis, weil er eine Demonstration angemeldet hatte, die dann von der Polizei auseinandergeknüppelt wurde! So urteilte Anfang Juli ein Gericht in Genua.

Am 4. März 1972 sollte in Genua eine Solidaritätsdemonstration für den Anarchisten Valpreda stattfinden, der seit Dezember 1969 unschuldig wegen eines von Faschisten begangenen Bombenanschlags auf eine Mailänder Bank (16 Tote!) in „Untersuchungshaft" saß.

Die Polizei verbot diese Demonstration jedoch und knüppelte sie brutal auseinander, wobei es natürlich auch zu Selbstverteidigungsaktionen der Demonstranten kam.

Carlo Panella hatte diese Demonstration polizeilich angemeldet. An der Demonstration selbst hatte er nicht teilgenommen, weil er – wie auch Zeugen bestätigen – krank im Haus war.

Als Anmelder der Demonstration wurde Genosse Panella zunächst wegen „moralischer Beihilfe" zu „Landfriedensbruch, Widerstand gegen die Staatsgewalt und Körperverletzung" verurteilt. Die dann Anfang August vorgelegte schriftliche ‚Urteilsbegründung' sah allerdings noch anders aus: aus „moralischer Beihilfe" war unversehens „materielle Beihilfe" geworden. Das Gericht behauptete, Genosse Panella habe doch an der Demonstration teilgenommen. Zwar gab es keinen ‚Zeugen', der Panella gesehen haben wollte. Stattdessen schloß das Gericht messerscharf: es sei „undenkbar", daß ein führender Genosse von „Lotta Continua" einer Demonstration seiner Organisation fernbleibt. Also war Panella dabei. Wenn er aber dabei war, so hat er sicher auch „Widerstand gegen die Staatsgewalt" etc. geleistet.

Dieses Urteil erinnert in der Machart an das Urteil gegen Horst Mahler, mit dem ein Gericht „bewies", daß Mahler als „führender Kopf der Baader-Meinhof-Gruppe" natürlich auch an Banküberfällen teilgenommen haben müsse – auch wenn es dafür weder Zeugen noch Beweise gibt.

Im Prozeß wegen der Demonstration vom 4. März in Genua wurden außer Panella weitere Genossen verurteilt: ein Genosse der ‚Studentenbewegung' zu 7 Monaten und 150.000 Lire (600 Mark) Geldstrafe; drei Genossen – darunter zwei führende Genossen von „Lotta Continua" – zu je 6 Monaten.

Diese Urteile, vor allem die Verurteilung des Genossen Panella, haben breite Empörung weit über die revolutionäre Linke hinaus hervorgerufen, so daß auch die reformistischen Parteien und Gewerkschaften zu Protesten veranlaßt waren.

An einem in Genua gebildeten „Komitee für die Befreiung von Carlo Panella" nehmen außer verschiedenen Organisationen der revolutionären Linken auch die revisionistische Partei PCI, die ‚Sozialistische Partei PSI', die Einheitsgewerkschaft der Metaller FLM, der Gewerkschaftsbund CGIL-CISL-UIL, ‚Magistratura Democratica' (Demokratischer Richterverband), die ‚Radikale Partei' PRI, die Jugendorganisationen von PCI und PSI und die CGIL-Schulgewerkschaft teil.

In einer Erklärung verurteilte die FLM *„den klar voreingenommenen Charakter, den das Urteil sowohl gegenüber Panella wie gegenüber dem demokratischen und antifaschistischen Charakter der Demonstration vom 4. März 1972 ausdrückt"*.

Die PSI erklärte, daß die Verurteilung Panellas eine *„Wiedereinführung des Konzepts der Gesinnungsjustiz"* bedeute.

Solche Stellungnahmen zeigen, bei aller reformistischen Beschränktheit, daß es in Italien eine breite demokratische Front gibt, die sensibel und solidarisch auf die antidemokratischen Anschläge der Bourgeoisie reagiert. ●

Texaco

Der große Coup der Gewerkschaftsführung: Linker BR-Vorsitzender abgewählt

Bei Texaco hat die Gewerkschaftsführung ihren lange geplanten Coup gelandet: Auf der Betriebsratssitzung am 9. August 1974 wurde der Betriebsratsvorsitzende Kynast, Vertreter einer kämpferischen Politik für die Kollegen, unter bemerkenswerten Umständen abgewählt, von seiner Freistellung abgelöst und aus dem Personalwirtschaftsausschuß (Ausschuß zur Durchleuchtung der mittel- und langfristigen Personalpolitik der Kapitalisten) ausgebootet. Dieser Akt hat eine lange Vorgeschichte: Er muß im Zusammenhang gesehen werden mit den jahrelangen Kämpfen im Betriebsrat um eine den Kollegen nützende Politik, mit den Auseinandersetzungen um die Arbeit in den Vertrauensleutekörpern Hauptverwaltung, Wilhelmsburg und Grasbrook und mit der damit einhergehenden Verleumdungskampagne, die von der Gewerkschaftsführung gegen die Linken überhaupt geführt wird, und die bei Texaco ganz besonders krasse Formen angenommen hat.

Wie kam es dazu?

Das auslösende Moment war ganz sicherlich die empfindliche Prestige-Schlappe in der diesjährigen Aufsichtsratswahl, die Kynast und Trampert, ebenfalls freigestellter Betriebsrat, der IG-Chemie-Führung und den von ihr protegierten Grasbrook-Betriebsratshäuptlingen Kuch und Kosiedowski beigebracht hatten: Nach einer von Kynast und Trampert sorgfältig vorbereiteten und konsequent durchgeführten Kampagne gegen den Mitbestimmungsschwindel gingen nahezu 60 % der Kolleginnen und Kollegen in der Texaco-Hauptverwaltung und Wilhemsburg nicht zur Wahl. (Vergl. AK 46).

Diese Prestige-Schlappe veranlaßte die Gewerkschaftsführung, gegen Kynast und Trampert ein Ausschlußverfahren in Gang zu setzen. (Vergl. AK 47). Die Auseinandersetzungen zwischen den Texaco-Linken und der IG-Chemie-Führung plus betrieblichem Anhang haben eine längere Vorgeschichte. Den ersten scharfen Konflikt brachten bereits die Auseinandersetzungen in den Vertrauensleutekörpern Hauptverwaltung und Wilhemsburg in der Tarifrunde 1973 (siehe AK Nr. 34). Damals weigerte sich die Gewerkschaftsführung, ein von den Vertrauensleuten der Hauptverwaltung ausgearbeitetes Papier über wirtschaftliche Daten zu veröffentlichen und eine Mobilisierung an der Basis zu betreiben.

Im November 1973 führte die Verwaltungsstelle der IG-Chemie ihren Schlag gegen die Linken bei der Reichhold Albert Chemie-AG; sie stellte Antrag auf Ausschluß von 13 Kolleginnen und Kollegen. Ihm folgte am 2. Januar 1974 der Ausschluß von drei linken Kollegen aus dem Vertrauensleutekörper Grasbrook der Texaco. Verantwortlich für diesen Coup: der IG-Chemie-Mc Carthy von Kodolitsch und seine Vasallen Volkmann (Reichhold) sowie Kuch und Kosiedowski (Texaco-Grasbrook). Mit den gemaßregelten Kolleginnen und Kollegen solidarisierte sich der Vertrauensleutekörper der Texaco-Hauptverwaltung in seiner Resolution vom 8. Januar 74, nachdem von Kodolitsch vergeblich versucht hatte, das Zustandekommen der Resolution durch das Sprengen der Sitzung zu verhindern (siehe AK Nr. 38.)

Die Resolution des Vertrauensleutekörpers der Texaco-Hauptverwaltung vom 8. Januar 1974 (abgedruckt ebenfalls in AK Nr. 38) nahm der Vertrauensleutekörper des Texaco-Mineralölwerks Grasbrook zum Anlaß, auf seiner Sitzung vom 18. Januar 1974 unter der Leitung des Herrn von Kodolitsch und der Grasbrook-Betriebsratsfürsten Kuch und Kosiedowski auf Vorschlag des ehemaligen Betriebsratshäuptlings Obes ein Flugblatt zu verabschieden, worin dem damaligen Betriebsratsvorsitzenden der Hauptverwaltung, Kynast, Zusammenarbeit mit „Chaoten", Verfolgungswahn und „Geisteskrankheit" vorgeworfen wird. Dieses Flugblatt wurde am 23. Januar 1974 vor allen Texaco-Betrieben in Hamburg verteilt. Gleichzeitig tauchten in der Hauptverwaltung, in Grasbrook und in Wilhemsburg zwei anonyme Flugschriften auf, die aber auch auf den Maschinen der Verwaltungsstelle der IG-Chemie gedruckt worden waren (siehe AK Nr. 42). In einem dieser Pamphlete, dessen Urheberschaft von Kodolitsch zugab, wurde der Betriebsratsvorsitzende der Hauptverwaltung, Kynast, beschuldigt, er habe den Grasbrooker Kollegen auf der Vertrauensleutesitzung am 2. Januar 1974 Nazimethoden unterstellt.

Als die Verwaltungsstelle der IG-Chemie glaubte, Herr von Kodolitsch und seine Freunde hätten vorerst genug auf die Linken eingedroschen und noch bevor sich die Linken mit geeigneten Schritten wehren konnten, verboten die Gewerkschaftsführer kategorisch jede weitere öffentliche Auseinandersetzung zwischen „IG-Chemie-Mitgliedern", also den Linken einerseits und der Verwaltungsstellen-Leitung und ihrem rechten Anhang im Betrieb auf der anderen Seite. Gleichzeitig leiteten die Gewerkschaftsführer eine Reihe sogenannter „Schlichtungs-Verfahren" ein, mit dem beabsichtigten Ziel, die Linken hinter verschlossenen Türen endültig fertigzumachen und auszubooten (vergl. AK Nr. 44). Da die „Schlichtungsverhandlungen" zu keinerlei Rücknahme der Obes- und Kodolitsch-Provokationen führte, erwirkte Kynast sowohl gegen Obes als auch gegen von Kodolitsch einstweilige Verfügungen, die es den beiden untersagten, ihre Behauptungen gegen ihn weiterhin zu verbreiten (siehe AK Nr. 44).

In der Betriebsratsarbeit reichen die Auseinandersetzungen der Linken mit den rechten Sozialdemokraten, denen später die Gewerkschaftsführung zu Hilfe kam, bis in die Wahlkampfzeit des Frühjahrs 1972 zurück. Seinerzeit kursierten im Betrieb anonyme Schmähschriften gegen Kynast, den späteren Betriebsratsvorsitzenden. Die Spuren ihrer Urhebers chaft ließen sich bis in das Büro des vorherigen Betriebsratsvorsitzenden der Texaco-Hauptverwaltung, Sandberg, zurückverfolgen. Sandberg, rechter Sozialdemokrat und Mitglied der „Gewerkschaft Handel, Banken und Versicherung" (HBV), haßt als DDR-Flüchtling jeden Linken und arbeitete bestens mit den Kapitalisten zusammen, indem er als BR-Vorsitzender Betriebsversammlungen ausfallen ließ und alles unterschrieb, was die Geschäftsleitung für richtig hielt.

Nachdem die überwiegend Linken der IG-Chemie-Liste 1972 die BR-Wahl gewannen und Sandberg abhalfterten, verfolgte er mit seinem Kumpan Preishofen, einem „leitenden Angestellten" und früheren CDU-Stadtrat in Pinneberg, der auf einer sogenannten „unabhängigen" Liste kandidiert hatte, skrupellose Obstruktionspolitik gegen die IG-Chemie-Betriebsräte mit Kynast an der Spitze. Seinen ersten Versuch, Kynast zu Fall zu bringen, startete Sandberg am 23. Januar 1973 mit einem Mißtrauensantrag gegen Kynast, den er in der Personalabteilung hatte tippen lassen: Kynast sei seiner Aufgabe als Betriebsratsvorsitzender nicht gewachsen; schon in diesem Zusammenhang taucht das Wort „Krankheit" auf. Außerdem habe er keine Ahnung von Aktenablage, dafür aber eine „kompromißlose" Einstellung „gegenüber dem Arbeitgeber" (oje, wie schlimm!), durch die er die *„vertrauensvolle Zusammenarbeit mit dem Arbeitgeber"* restlos zerstört habe.

Damals stimmten die IG-Chemie-Kollegen zwar noch geschlossen für für Kynast, sodaß der Antrag abgeschmettert werden konnte, doch die IG-Chemie-Führer „rieten" Kynast schon damals, zurückzutreten und das bei den Betriebsratswahlen 1972 *„gewonnene Kapital nicht restlos zu verspielen"* (Schreiben der Verwaltungsstelle vom 30. Januar 1973 an alle „der IG Chemie angehörenden Mitglieder des Betriebsrats der Texaco-Hauptverwaltung").

Im Juli 1973 hoben die linken Betriebsräte der IG-Chemie mit den Stimmen der DAG-Betriebsräte die Freistellung des BR Tenge auf, der als rechter Sozialdemokrat offen zum Obstruktionskurs von Sandberg und Preishofen überging, und statt der Erfüllung seiner Betriebsratsarbeit seine Freistellung dazu benutzte, um gegen die Linken im Betrieb zu hetzen und dadurch zeigte, daß ihm die Vertretung der Kollegen-Interessen scheißegal war. Die IG-Chemie-Führer und zwei Wilhemsburger SPD-Betriebsräte solidarisierten sich mit ihrem Parteifreund Tenge, darunter Lindhorst, dem die IG-Chemie-Führer zuvor ein Stipendium an der „Hochschule für Wirtschaft und Politik" mit anschliessender Karriere im DGB-Apparat in Aussicht stellten. Um die Texaco-Angestellten gegen ihre linken Betriebsräte aufzuhetzen, argumentierten von Kodolitsch und sein rechter Anhang, hinter Tenges Abwahl steckten „Chaoten". Sie ließen – offenbar nach Absprache mit der Personaldirektion – ohne Zustimmung des Betriebsrates oder der IG-Chemie-Vertrauensleute nachts auf den Schreibtischen Hunderte von Exemplaren der antikommunistischen Hetzbroschüre „Wer und was steckt dahinter" (Nachdruck mit Kommentar siehe UNSER WEG Nr. 23) verteilen. Als die Linken sich dagegen wehrten und in einer Erklärung des Vertrauensleutekörpers Rechenschaft von der Verwaltungsstelle forderten, erschien Verwaltungsstellenleiter Holst auf einer Betriebsratssitzung und forderte, der BR möge dem „unverantwortlichen Tun" der Linken Einhalt gebieten. Doch mehrere Mißtrauensanträge gegen die Linken mit Kynast an der Spitze scheiterten, da die Rechten, angefangen vom Ex-CDU-Stadtrat Preishofen über Sandberg und Tenge bis hin zum zukünftigen DGB-Karrieristen Lindhorst mit Anhang über maximal 7 Stimmen verfügten, denen 5 linke IG-Chemieler und 2 DAG'ler gegenüberstanden. Die Chance zur Abwahl verdarb ihnen die Betriebsratssekretärin Burfeind, ein inzwischen nachgerücktes ordentliches BR-Mitglied. Ständig zwischen den rechten und linken Welten wandernd, stimmte sie damals mit den Linken. Bei der Abwahl von Kynast am 9. August 74 hat sie sich dagegen wieder einmal – diesmal nolens volens endgültig, auf die Seite der Rechten geschlagen und diesen die benötigte achte Stimme geliefert. Der Preis: Diese Leute mußten sie anschließend zur BR-Vorsitzenden wählen!

Allmächtige „Satzungsgewalt" der IG-Chemie-Führer

Zerlegt man die „Ausschlußbegründung" der IG-Chemie-Führer gegen Kynast und Trampert in ihre Bestandteile, so ergeben sich 28 Einzelbehauptungen, die leicht zu widerlegen sind (siehe auch AK Nr. 47). Die Einzelbehauptungen lassen sich in fünf Kategorien einteilen: Kynast und Trampert hätten sich in ihren Flugblättern „direkt und grundsätzlich" gegen die Mitbestimmung überhaupt gewandt, sie hätten entgegen ihrer Pflicht, die Wahl „positiv zu fördern", zum Wahlboykott aufgerufen, sie hätten damit gegen den Gedanken von „Demokratie in Staat und Gesell-

➡

[redacted] schaft" agitiert, Kollegen diffamiert, sie in ihrem Ansehen herabgesetzt und ihre Interessen wie auch die der Gewerkschaft selbst „gröblich" geschädigt und schließlich: sie hätten sich „als Betriebsräte und Vertrauensleute legitimiert", also als Betriebsräte und Vertrauensleute gesprochen.

Da die IG-Chemie-Führer inzwischen Teile ihres mit unwahren und verleumderischen Behauptungen gespickten Ausschluß-Antrages als Flugschrift allen DGB-Mitgliedern der Hamburger Texaco per Post geschickt haben, veröffentlichten auch Kynast und Trampert eine die Methoden der IG-Chemie-Führer entlarvende Gegenerklärung. (Es ist hier nicht der Raum, darauf genauer einzugehen. Wir verweisen auf die von uns demnächst erscheinende Texaco-Broschüre, in der wir die „Ausschlußbegründung" und Gegenerklärung unter anderem dokumentieren werden.)

Daneben reichten Kynast und Trampert beim Gericht ausführliche Eingaben ein, in denen nachgewiesen ist, daß sämtliche 28 Einzelbehauptungen juristisch unhaltbar sind, um im Wege von „einstweiligen Verfügungen" gegen Holst als Leiter der IG-Chemie-Verwaltungsstelle und den gesamten Verwaltungsstellenvorstand die weitere Verbreitung dieser Behauptungen zu unterbinden. Das Gericht wies die Anträge aus formalen „Gründen" ab, ohne die einzelnen Punkte zu prüfen. „Begründung": Das Vorgehen der IG-Chemie-Führer sei satzungsgemäß und läge im Rahmen der „Satzungsgewalt" und „Vereinsautonomie". Außerdem sei der Verwaltungsstellenvorstand nach § 1 der IG-Chemie-Satzung nicht „passiv legitimiert" (juristisch greifbar), da für die IG-Chemie nur ihr Hauptvorstand mit Sitz Hannover sprechen könne.

Die Absurdität dieser Antragsabweisung: Holst und die Verwaltungsstelle haben in ihrer „Ausschlußbegründung" unwahre Behauptungen aufgestellt und weiter verbreitet. Doch Kynast und Trampert können sie nicht greifen, denn Holst und die Verwaltungsstelle sind juristisch nicht vorhanden. Kynast und Trampert müßten sich nach Meinung des Gerichts nach Hannover wenden, wo die IG-Chemie, vertreten durch den Hauptvorstand, sitzt. Letzterer hat die Behauptungen jedoch noch nicht aufgestellt, also würde der Antrag dort auch abgewiesen! Und weiter: Ganz unabhängig davon stehe Kynast und Trampert „jedenfalls zu diesem Zeitpunkt" kein Anspruch auf „Unterlassung der von ihnen beanstandeten Behauptungen zu". Denn Holst und die Verwaltungsstelle haben nur den satzungsmäßigen Weg beschritten. Dieser müsse erst zuende gegangen werden. Griffe das Gericht ein, so wäre die „Satzungsgewalt" in Gefahr. Mit anderen Worten: Holst und Co. können gegen ein Mitglied, das sie auf die Abschußrampe geschoben haben, behaupten, was sie wollen, das Mitglied ist schutzlos den unverschämtesten Diffamierungen ausgesetzt. – Das ist Klassenjustiz per Excellance.

Psychologischer Terror: Schläge unter die Gürtellinie nehmen zu

Psychologischer Terror: Schläge unter die Gürtellinie nehmen zu

Inzwischen hat auch der Kodolitsch-Kumpan Obes, ehemaliger Betriebsratshäuptling des Texaco-Werkes Grasbrook, der für das säuische Flugblatt der IG-Chemie-Führer verantwortlich zeichnete, in dem schon Ende Januar Kynast Zusammenarbeit mit „Chaoten", „Verfolgungswahn" und „Geisteskrankheit" vorgeworfen wurde, Widerspruch gegen die „einstweilige Verfügung" erhoben, mit der ihm die weitere Verbreitung dieser Behauptungen verboten war. Als Obes Anwalt fungiert Dr. Weiland, Fraktionsgeschäftsführer der SPD der Hamburger Bürgerschaft, der als DGB-Anwalt an den zunehmenden Ausschlußprozessen gegen Linke nicht schlecht verdient.

(Interessant ist in diesem Zusammenhang, daß die Streitwerte der Justizverfahren mit den Gewerkschaftsführern immer höher werden und damit Gerichts- und Anwaltskosten ungeheuer anwachsen. Die Linken sollen so auch finanziell ruiniert werden, während Dr. Weiland in jedem Fall gut verdient: Verlieren die Linken einen Prozeß, müssen sie hoch blechen. Gewinnen sie, hält er sich an den Mitgliedsbeiträgen schadlos.)

In der „Begründung" des Widerspruchs – vom Juso Klooß im Büro Weilands mit Akribie aufgesetzt – weichen die Rechten zunächst etwas von ihren früheren Behauptungen ab. So wollen sie z.B. die Passage ihres Flugblattes, die Kynast als geisteskrank denunzieren soll (*„Sie sollen sich zurückziehen, Herr Kynast! Sie sind nämlich ... Aber lassen wir diese Feststellung lieber. Eines aber müssen wir doch fragen: Sind Sie krank, Herr Kynast?"*) „nur" als *„Frage nach dem gesunden politischen Verstand"* von Kynast verstanden wissen. Dies Manöver soll dazu dienen, anschliessend die etwas abgeschwächten Behauptungen durch „Eidesstattliche Erklärungen" vor allem von Tenge und Sandberg in folgender Art zu „untermauern": Um den angeblichen Verfolgungswahn zu belegen, behauptet Tenge z.B., Kynast sei 1974 auf dem Weg zu einer Sitzung des Gesamtbetriebsrates nach Duisburg „in Gelsenkirchen aus dem Zug gestiegen", da er sich im Zug „beobachtet" wähnte, und sei anschließend „mit verschiedenen Straßenbahnlinien bis Duisburg gefahren" und dort so erst „nach Mitternacht" angekommen. Dort habe er im Hotelzimmer geglaubt, jemand habe sich „im Schrank versteckt", da es „knackte". „Er habe dann den Schrank zertrümmert" und „nach defekten Mikrofonen gesucht".

Was war gewesen? Kynast kam deswegen in Duisburg später an, weil er wegen Hamburger BR-Arbeit erst nach 20.00 Uhr abreiste. Im Duisburger Hotelzimmer knackte der Kleiderschrank, weswegen er nicht schlafen konnte, so daß er einmal gegen die Schranktür schlug, damit sich das Holz entspannte. Dabei wurde die brüchige Tür beschädigt, so daß sich später die Hotel-Leitung an die Fa. Texaco wandte, die die Zimmer gebucht hatte. Dies war Tenge als BR bekannt, so daß er darauf die „Verfolgungsgeschichte" mit seinen politischen Freunden aufbauen konnte.

Diese Art der „Auseinandersetzung", ohne politische Argumente den Gegner persönlich zu diffamieren, ihn als „anormal" und „geisteskrank" darzustellen, demnächst vielleicht auch noch als „pervers" und „schwul", das ist Stil der Faschisten seit eh und jeh gewesen, ob sie im Gewande der rechten Sozialdemokraten oder Gewerkschaftsführer auftreten oder z.B. als „Bild"-Redakteur a' la Peter Boenisch. Die Schwäche ihrer politischen Waffen muß durch Dreckschleudern ersetzt werden.

Kynast hatte in der Auseinandersetzung mit von Kodolitsch ihm mehrfach genau diese faschistoiden Argumentationsweisen nachgewiesen, u.a. in dem von Kodolitsch verfaßten anonymen Flugblatt, in dem er den Vertrauensleutekörper im Betrieb Wilhelmsburg als „Karnevalsverein" bezeichnet. Dagegen hat jetzt von Kodolitsch (Anwalt: Dr. Weiland) eine „einstweilige Verfügung" angekündigt, mit der er Kynast zwingen will, diese Entlarvung zu unterlassen.

Da haben wir es also! Wer die sozialdemokratische Partnerschaft zwischen Arbeit und Kapital bloßstellt, wer sie durch seine tägliche Praxis als das bezeichnet, was sie ist, eine Kumpanei zwischen den Bürokraten in der Gewerkschaftsführung und den Kapitalisten, wer Bürokraten Bürokraten nennt und Handlanger Handlanger, die von ihnen inszenierten bzw. durchgeführten Rausschmisse engagierter Kollegen aus Vertrauensleutekörpern, Gewerkschaftsorganisationen und Betrieben als Verfolgung bezeichnet (was sie im wörtlichen Sinne auch sind), der ist „politisch krank", verfügt nicht über den „gesunden politischen Verstand"!

chen Sinne auch sind), der ist „politisch krank", verfügt nicht über den „gesunden politischen Verstand"!

Der Vertrauensleutekörper solidarisiert sich mit großer Mehrheit

Nach den Ausschlußanträgen zeigte sich, daß der Vertrauensleutekörper der Texaco-Hauptverwaltung weiterhin mit großer Mehrheit hinter Kynast und Trampert steht. Auf der Tagesordnung zur Sitzung am 8. August 1974 standen die Tarifrunde 1974, die Ausschlußanträge gegen Kynast und Trampert und die zu erwartende Aktivität der Rechten im Betriebsrat. Erschienen waren 13 stimmberechtigte Mitglieder, darunter nach einem Boykott der Arbeit von gut einem Jahr wieder Herr Tenge, fünf „Gäste", unter ihnen die vom Ausschluß bedrohten Kynast und Trampert und – Freiherr von Kodolitsch („Der Lügenbaron"). Herr von Kodolitsch setzte sich gar nicht erst hin, sondern forderte den Vertrauensleutevorsitzenden Henze auf, Kynast und Trampert des Saales zu verweisen, weil diese nicht mehr Mitglieder der Gewerkschaft seien! Von Kodolitsch verwies auf ein Schreiben, worin die IG-Chemie-Verwaltungsstelle diese „Tatsache" den Vorsitzenden der Vertrauensleutekörper Wilhemsburg und Hauptverwaltung mitgeteilt habe. Kollege Henze erklärte, soweit er sich erinnern könne, sei in dem Schreiben nur von einem „Ruhen" der Rechte die Rede gewesen, was doch nur bedeuten könne, daß die beiden vom Ausschluß bedrohten Kollegen noch Mitglieder der IG-Chemie seien. Der Vertrauensleutekörper der Hauptverwaltung habe es nun aber immer so gehalten, daß er Mitglieder, die zwar nicht stimmberechtigt seien, als Gäste eingeladen habe, sobald sie sich an der Arbeit des Vertrauensleutekörpers interessiert gezeigt hätten. Davon wolle der Vertrauensleutekörper der Texaco-Hauptverwaltung auch heute nicht abweichen.

Von Kodolitsch erklärte, er werde jetzt den Raum verlassen. Er sagte: *„Wer diesen Zirkus hier nicht mehr mitmachen will, der verlasse mit mir den Raum!"* Ganze vier Kolleginnen und Kollegen wollten „diesen Zirkus nicht mehr mitmachen", standen auf und begaben sich in das Schlepptau des Herrn von Kodolitsch; darunter Heike Burfeind, designierte Betriebsratsvorsitzende, Tenge und Jensen, Gast im Vertrauensleutekörper und Mitglied der DKP, der „einzigen Partei der Arbeiterklasse" (von eigenen Gnaden).

Der „Zirkus" begann mit einer eineinhalbstündigen Diskussion über die bevorstehende Tarifrunde. Die Forderungen der Kolleginnen und Kollegen in den einzelnen Abteilungen der Hauptverwaltung wurden zusammengestellt. Beschlossen wurden DM 200,– linear zuzüglich 8 % und verschiedene Nebenforderungen zum Manteltarifvertrag..

Der Vertrauensleutekörper solidarisierte sich anschließend in einer Resolution mit den Kollegen Kynast und Trampert. Trotz unterschiedlicher politischer Ansichten hat der größere Teil des Vertrauensleutekörper begriffen, daß nur das solidarische Zusammenstehen verhindern kann, daß die Salamitaktik (einer nach dem andern) der Gewerkschaftsführer im Abschießen der Linken Erfolg hat.

Der Coup im Betriebsrat

Vergleicht man das Ergebnis der Aufsichtsrats (AR)-Wahl, also den breiten Wahlboykott in der Texaco-Hauptverwaltung und im Betrieb Wilhelmsburg, zu dem die Linken aufriefen, mit dem Wahlsieg der IG-Chemie-Liste 1972, so zeigt sich, daß es den Linken gelungen ist, die Unterstüczung eines großen Teils der Belegschaft für ihre Arbeit als Vertrauensleute und insbesondere Betriebsräte zu erhalten – trotz der inzwischen durch die Gewerkschaftsführer inszenierten Spaltung der IG-Chemie-Liste, der diversen Hetzblätter und -reden gegen die Linken durch die IG-Chemie-Führer und ihren rechten Anhang im Betrieb. insbesondere kurz vor und während der AR-Wahl.

Insofern hat sich innerhalb der Belegschaft beider Betriebsteile das Kräfteverhältnis zugunsten der Linken verändert, was natürlich den Rechten nicht verborgen blieb. Im Betriebsrat selbst mußte diese Entwicklung zu einer Verschärfung vorhandener Widersprüche führen, zumal die Rechten heute schon die im Frühjahr nächsten Jahres allgemein anstehenden Neuwahlen des Betriebsrates im Blick haben und ihre Felle davonschwimmen sahen. Daher versuchten sie im Betriebsrat, die zur Abwahl der Linken benötigte Stimme eines Überläufers zu gewinnen. Inzwischen auch durch die Ausschlußanträge gegen Kynast und Trampert und die bedingungslose Unterstützung der Sekretäre gestärkt, fanden sie diese Überläuferin in der schon immer schwankenden Betriebsrätin Burfeind, der sie eine Krücke anzubieten wußten, auf daß sie des weiteren nicht mehr vom „rechten" Weg abkomme: Den Betriebsratsvorsitz.

Auch die DAG-Betriebsräte zogen aus der AR-Wahl Konsequenzen. Vor der Wahl hatten sie darauf spekuliert, daß die Weigerung der Linken, sich selbst als AR-Kandidaten aufzustellen, ihnen selbst als „fortschrittlichen AR-Kandidaten" gegenüber den allgemein als unternehmerfreundlich bekannten offiziellen IG-Chemie-Kandidaten, den Grasbrooker Betriebsratshäuptlingen Kuch und Kosiedowski, sämtliche linken Stimmen einbringen würden und sie damit beim Rennen um die AR-Posten und -Gelder gut abschneiden würden. Das Wahlergebnis zerstörte diese Hoffnungen. Hatten doch Kynast und Trampert in mehreren Flugblättern überzeugend dargelegt, daß auch ein Linker im Aufsichtsrat den Kollegen nichts nutzt, so daß gegenüber der vorherigen AR-Wahl auch die Stimmen für die DAG-Kandidaten im Bereich der Hauptverwaltung zurückgingen. Die DAG-Betriebsräte kündigten daraufhin die Zusammenarbeit mit den Linken im Betriebsrat auf.

Am 9. August, einen Tag nach der für Kodolitsch beschämenden Vertrauensleutesitzung in der Hauptverwaltung, stellte Tenge im Betriebsrat den Initiativantrag auf Abwahl von Kynast vom BR-Vorsitz. Nach 3-stündigem Hickhack, ob der Initiativantrag auf die Tagesordnung gesetzt werden könne, zwischen den fünf linken Betriebsräten und zwei DAG'lern einerseits und dem Block der acht Rechten andererseits, lehnten die Linken und DAG'ler die Teilnahme am Betriebsrat zu Tenges Initiativantrag ab. Die Linken aus Protest gegenüber dem Coup der Rechten, die DAG-Betriebsräte, weil ihrer Meinung nach Initiativanträge nur bei Einstimmigkeit des Betriebsrates zu behandeln sind.

Doch die Rechten hatten es eilig und wollten mit Kynasts Abwahl nicht noch eine Woche warten, bis zur nächsten BR-Sitzung, auf der sie den Tagesordnungspunkt ordnungsgemäß hätten unterbringen können. Schleunigst konstituierten sie sich als 8-köpfiger „Rumpfbetriebsrat" und wählten einstimmig Kynast ab. Tenge begründete seinen Antrag wie folgt:

Im Betriebsrat laufe die Arbeit nicht mehr. Der „Vorsitzer", Kollege Kynast, sei mehr außer Haus als im Büro. Verschiedentlich sei beobachtet worden, daß sich der Kollege Kynast zur Erfüllung außerdienstlicher Zwekke vom Arbeitsplatz entfernt habe. Was er bei seinen verschiedenen Anlaufstellen gewollt habe, sei klar, denn schließlich habe er innergewerkschaftliche Querelen verursacht, deren Meisterung er jetzt seine gesamte Arbeitskraft opfere. Im Interesse einer geordneten Betriebsratsarbeit, auf die die Kollegen Anspruch hätten, müsse jetzt unverzüglich gehandelt werden.

Diese Begründung ist gleichermassen verlogen und zynisch. Gerade von Kynast ist bekannt, daß er sich als Betriebsrat unter großem persönlichen Einsatz weit über die regulären Dienststunden hinaus für die Interessen seiner Kollegen eingesetzt hat. Natürlich wußte Tenge als Betriebsrat dies allemal. Gerade deswegen wollte er ja Kynast abschießen. Ein besonderes Meisterstück an Demagogie ist es denn auch, wenn Tenge, der selbst als Betriebsrat, während er noch freigestellt war, nur die Arbeit sabotierte und stattdessen unnütze Repräsentationsbesuche in anderen Mineralölfirmen usw. während der Arbeitszeit vornahm, Kynast vorwirft, er vertrete nicht die Interessen der Kollegen, wenn er außer Haus gehe. Als wenn nicht ein Betriebsrat, der die Interessen der Kollegen nicht „verwaltet" und unter Aktendeckeln verschwinden läßt, sondern stattdessen sich für diese Interessen selbst einsetzt, ständig auf Anwaltsbesuche, Besuche in Bibliotheken etc. angewiesen ist! Und zynisch ist der Vorwurf, „innergewerkschaftliche Querelen verursacht" zu haben, die die Arbeit als Betriebsrat behinderten. Man muß sich das einmal vorstellen: Da wird ein linker Betriebsrat von der rechten Sozialdemokratie unter Beschuß genommen, weil er die Interessen der Kollegen konsequent vertritt, und diversen Behinderungen ausgesetzt, und wenn er sich dann im Interesse dieser Arbeit wehren muß, dann werfen ihm diese Leute vor, er nähme die Interessenvertretung der Kollegen nicht mehr genügend wahr!

Nach der Wahl der Burfeind zum Betriebsratsvorsitz zeigte die neue BR-Mehrheit denn auch gleich, wie sie in Zukunft die Interessenvertretung der Kollegen wahrnehmen möchte: Keine eigene Entscheidung wurde gefällt, stattdessen jeder Fall erstmal „verwaltet" und der DGB-Rechtsstelle zur Entscheidung vorgelegt. Damit kündigt sich der alte Sandberg-Stil von vor 1972 wieder an: Politik hinter verschlossenen Türen.

Sehr schnell jedoch wurde jemand anders informiert: Personaldirektor Vogt, stellvertretendes Vorstandsmitglied. Er empfing die Crew um Sandberg, Tenge und Burfeind noch am selben Nachmittag. Schließlich hatte sie endlich ihre Arbeit in seinem Sinne verrichtet.

Was tun?

Aus eigener Kraft und Qualifikation werden die „neuen Leute" nichts erreichen. Ohne politische Grundsätze und Moral, untereinander ohne Solidarität, vielfach bedacht nur auf den eigenen Vorteil, zusammengehalten durch den Haß auf Linke und Kommunisten, durch viele Handlungen in der Belegschaft diskreditiert, sind sie ganz auf die „Hilfe" der Texaco-Kapitalisten und ihrer Büttel in der Gewerkschaftsführung angewiesen. In den für die Kollegen entscheidenden Fragen, wie der geplanten, erheblich schärferen Betriebsordnung, den umfangreichen Rationalisierungsplänen

werkschaftsführung angewiesen. In den für die Kollegen entscheidenden Fragen, wie der geplanten, erheblich schärferen Betriebsordnung, den umfangreichen Rationalisierungsplänen

unter den Angestellten (z.B. Pip und Teip), der anwachsenden Arbeitshetze, die über Mitarbeiterbeurteilungen und ein „Personalinformationssystem" eingeleitet werden soll, werden diese Leute sich voll auf die Seite der Geschäftsleitung stellen.

Infolgedessen ist es die Politik der Linken, jetzt auf Neuwahlen des Betriebsrates zu orientieren, und, falls diese momentan noch nicht erzwungen werden können, bis zu den im Frühjahr sowieso anstehenden Wahlen zu verhindern, daß bis jetzt erfolgreich abgewehrte Vorhaben der Geschäftsleitung, wie z.B. die neue Arbeitsordnung, durch den neuen BR durchgesetzt werden.

Dem harten Kern der Linken ist klar, daß die Kandidatur der Linken zum Betriebsrat auf einer Oppositionsliste erfolgen wird, da die Gewerkschaftsführung spaltet und die Kandidatur aller Linken auf der IG-Chemie-Liste verhindern will. Diese Diskussion wird derzeit vertieft und muß auch in die Breite getragen werden. Ein erster Ansatz dazu war ein Flugblatt „Mitteilungen aus dem Betriebsrat", das die unter der früheren linken BR-Mehrheit herausgegebenen „BR-Mitteilungen" ersetzt und neben den Unterschriften der linken Betriebsräte von weiteren 10 linken Vertrauensleuten und Gewerkschaftern unterzeichnet ist. In den „Mitteilungen" werden die Kollegen über die Hintergründe der Abwahl von Kynast informiert. Gleichzeitig erklären die 15 Unterzeichner, daß sie bereit sind, die von den linken Betriebsräten angefangene Arbeit weiter fortzusetzen und fordern Neuwahlen. ●

Betriebszelle Texaco,
KB-Gruppe Hamburg

Wahlergebnisse Konzern insgesamt
Zur AR-Wahl (5),Kynast/Trampert
Dokumentation der gesamten Auseinandersetzung – mit allen Flugblättern!
zu bestellen bei: Verlag „ARBEITERKAMPF" J.Reents 2 Hamburg 13 Rentzelstraße 36
erhältlich im: Arbeiterbuch 2 Hamburg 13 Grindelhof

Severin-Schmidt, Flensburg:

Jugendvertreter gefeuert!

Am 7.6.74 teilte die Geschäftsleitung dem Kollegen N., bisheriger Jugendvertreter und DruPa-Jugendgruppenleiter sowie dem Kollegen F., neuer Jugendvertreter, mit, daß sie beide trotz bestehenden Kündigungsschutzes wegen angeblichen „Beschäftigungsmangel" nicht in ein Arbeitsverhältnis übernommen würden (die Kollegen standen noch im Lehrverhältnis). Der Kollege N. erhielt nach seiner Gehilfenprüfung am 11.6. Hausverbot. Der Kollege F. durfte nach Ablegung seiner Prüfung am 24.6. die Arbeit gar nicht erst aufnehmen. Das Ziel der Kapitalisten ist eindeutig die Zerstörung der fortschrittlichen Jugendvertreter-Arbeit. Die Kollegen sind jetzt gezwungen, sich möglichst schnell eine neue Arbeitsstelle zu suchen, weil keiner von DM 200,– Arbeitslosenunterstützung monatlich leben kann.

Ziel der Geschäftsleitung: Konsequente Gewerkschaftsarbeit zerschlagen!

Die wirklichen Gründe für die Kündigungen liegen in der Jugendvertreter- und Gewerkschaftsarbeit der Kollegen. Dazu schrieb der Kollege N. in seiner persönlichen Stellungnahme an alle Kollegen:

„Die tatsächlichen Gründe für meinen Rausschmiß sind meiner Meinung nach:

Das gemeinsame Auftreten der Lehrlinge gegen Ausbildungsmißstände, z.B. ausbildungsfremde Arbeiten, für ihre Forderungen nach Einstellung von Kollegen für den Postdienst, die Einhaltung der Ausbildungspläne.

Regelmäßige Jugendversammlungen aller Lehrlinge als Forum zur Diskussion der betrieblichen Konflikte und Wege der Durchsetzung ihrer Forderungen.

Die Geschlossenheit der Lehrlinge beim Aufstellen der Forderung nach theoretischem Unterricht.

Die Vorbereitung dieser Fragen in der gewerkschaftlichen Jugendgruppe und das Eingreifen der Jugendgruppe bei der Organisierung der Vertrauensleutewahlen und die Tarifrunden auf betrieblicher und gewerkschaftlicher Ebene.

Der Keim eines geschlossenen Auftretens in der Belegschaft wurde von der Geschäftsleitung zerschlagen durch das Verbot von Lehrlingsversammlungen, systematische Kündigung der Auszubildenden und Angriffe gegen die Jugendvertretung. Mit diesen Angriffen wird die Zerschlagung der Gewerkschaftsarbeit bei Severin Schmidt betrieben, andere fortschrittliche Kollegen, Vertrauensleute und Betriebsräte eingeschüchtert."

Erstmals während der Amtszeit des bisherigen Jugendvertreters N. stellten die Auszubildenden <u>gemeinsam</u> Forderungen auf, z.B. gegen die Ausbildungsmißstände wurden Lehrlingsversammlungen zur Diskussion der Probleme mit allen Lehrlingen genutzt. Ein weiteres wichtiges Mittel war die DruPa-Jugendgruppe, in der der Kollege N. aktiv mitarbeitete. Dort bereiteten die Jugendlichen ihr Vorgehen zur Durchsetzung ihrer Forderungen vor. Dort wurden auch Fragen, die die gesamte Belegschaft betreffen, z.B. die Rationalisierungsmaßnahmen, behandelt.

Die Durchführung der Vertrauensleutewahlen und die Einberufung von Mitgliederversammlungen zu Tarifrunden gehen auf die Aktivitäten der Jugendgruppe zurück.

Als im Herbst 1973 die Auszubildenden mit großer Einheitlichkeit die Einführung des theoretischen Unterrichts forderten, die Geschäftsleitung die Lehrlingsversammlungen zerschlug und den theoretischen Unterricht insgesamt absetzte, schrieb der DRUCKARBEITER (Okt. 73): *„Die Geschäftsleitung zeigt sich so ‚hart', weil es ihr gar nicht mehr nur um den theoretischen Unterricht geht... Es geht hier um mehr: Auf der Jugendversammlung ist zum erstenmal eine Forderung aufgestellt worden, die mit relativ großer Einheitlichkeit (Unterschriftensammlung) verteidigt wurde. Es kommt der Geschäftsleitung mit ihren Maßnahmen darauf an, zu verhindern, daß ‚so etwas' Schule macht, nicht nur unter den jungen Kollegen!"*

Nach dem Verbot von Lehrlingsversammlungen, der systematischen Entlassung der Auszubildenden nach ihrer Abschlußprüfung, dem Hausverbot gegen einen Betriebsrats-Kandidaten, stellt der Rausschmiß zweier Jugendfunktionäre einen weiteren Schritt zur Zerschlagung einer an den Belegschaftsinteressen orientierten Gewerkschaftsarbeit dar.

Entlassung zweier Jugendfunktionäre auf einen Schlag – das ist alles, was übriggeblieben ist vom § 78a des Betriebsverfassungsgesetzes. Der § 78a wurde im Januar in das BetrVG (Betriebsverfassungsgesetz) eingefügt und gibt Jugendvertretern und Betriebsräten nach Beendigung ihrer Ausbildung erweiterten Kündigungsschutz. SPD-Regierung und Gewerkschaftsführung jubelten ihn als „bedeutsame Reform der sozial-liberalen Regierung" hoch.

Die „Unterstützung" des Betriebsrates ...

Keinerlei Unterstützung erhielten die beiden Kollegen von seiten der Betriebsratsmehrheit. Der Kollege N. schrieb dazu in seiner persönlichen Stellungnahme:

„Dienstag nachmittag beriet der Betriebsrat u.a. über meine und die Kündigung des Jugendvertreters F. Obwohl ich ausdrücklich um die Möglichkeit zu einer Stellungnahme gebeten hatte, lehnte die Mehrheit des Betriebsrates dieses ab. Aufgrund meiner Kritik gegenüber Kollegen an der fehlenden Unterstützung der Forderungen der Auszubildenden, z.B. theoretischer Unterricht, Postdienst, durch den BR (Betriebsrat), *der Angriffe von BR-Mitgliedern gegen Kollegen, die gegen die Kündigung der Auszubildenden auftraten, der mehrheitlichen Zustimmung zu Kündigungen, scheinen diese Kollegen kein Interesse zu haben, mich auch nur zu hören."*

Die Entlassungen sind vom Betriebsrat nicht als Angriff auf die Vertreterorgane der Belegschaft zurückgewiesen worden. Ganz im Gegenteil werden die Lügen fortgesetzt, die schon vor der Jugendvertreterwahl aufgestellt worden sind: Die Jugendgruppe hätte „Wahlmanipulation" und „Schiebung" bei der Wahl betrieben. Die Jugendvertretung paßte diesen Herren „Arbeitervertretern" nämlich auch nicht!

Unmittelbar nach dem Hausverbot des ehemaligen Jugendvertreters und IG Druck-Jugendgruppenleiters N. verabschiedete die Jugendgruppe eine Erklärung, in der sie sich mit den entlassenen Kollegen solidarisierte. Sie kritisierte, daß den Kollegen (zum damaligen Zeitpunkt) noch kein Rechtsschutz durch die Gewerkschaft gewährt wurde und forderte die *„offiziellen Vertreter unserer Gewerkschaft"* dazu auf, *„den Kollegen sofort jede gewerkschaftliche Unterstützung zukommen zu lassen"*. Die Betriebsräte Stock und Mantwitz (beide Mitglieder des Ortsvorstandes der DruPa) rissen die Erklärungen von den Wänden in Werk I und II ab. Einige Betriebsräte meinen bestimmen zu können, was aufgehängt wird und was nicht, und üben damit eine politische Zensur aus, im Sinne der Erhaltung des sog. „Betriebsfriedens", der allein den Kapitalisten dient.

Tatkräftige Unterstützung für die Kapitalisten leistete der Betriebsrat zusammen mit Günther Metzinger (2. Landesbezirksvorsitzender der DruPa), indem er dem Kollegen N. den Zutritt zur Betriebsversammlung verweigerte, weil dieser ja Hausverbot habe! Auf Betriebsversammlungen hat der Betriebsrat Hausrecht, und es hätte genügend Möglichkeiten gegeben, den Kollegen N. trotz Hausverbot an der Betriebsversammlung teilnehmen zu lassen und ihm damit die Möglichkeit zu einer Stellungnahme vor der Belegschaft zu geben!

... und die „Solidarität" der Gewerkschaftsführung

Die gekündigten Kollegen müssen jetzt einen Arbeitsgerichtsprozeß anstrengen. Ein solcher Prozeß bedeutet eine starke Belastung für die Kollegen, erstens finanziell, und zum zweiten sind sie es plötzlich, die sich rechtfertigen müssen, die faktisch in die Verteidigung gedrängt werden. Nach anfänglicher Prozeß-Verschleppung durch die Gewerkschaftsführung haben die beiden Entlassenen nun Rechtsschutz von der IG DruPa erhalten. Das bedeutet aber, daß die Kollegen den Vertretern der DGB-Rechtsstelle eine Vollmacht für den Arbeitsgerichtsprozeß übermitteln müssen, so daß sie selbst keinen entscheidenden Einfluß auf den Prozeßverlauf haben. Wahrscheinlich werden die Prozesse auch noch getrennt geführt. Weiterhin müssen wir den Ausgang eines solchen Arbeitsgerichtsprozesses klar im Auge haben: Auch wenn die Kollegen „Recht" erhalten, ist ihre Wiedereinstellung im Betrieb keinesfalls erreicht. Denn die Geschäftsleitung kann anführen, daß durch den Prozeß das Vertrauensverhältnis „vollständig zerrüttet" worden und daher eine „weitere Zusammenarbeit unmöglich" sei. Diese zynische „Argumentation" wird in der Regel von den Gerichten akzeptiert. Dann kommt es zum Vergleich – die Kollegen erhalten eine Abfindung, die für ehemalige Lehrlinge besonders niedrig ausfallen dürfte. Die Geschäftsleitung hat ihr Ziel damit erreicht: die Gewerkschaftsarbeit bei Severin Schmidt ist durch die Entlassung konsequenter Gewerkschafter zurückgeworfen!

Gewerkschaftliche Aufgabe demgegenüber ist es, die entlassenen Kollegen auf jede erdenkliche Weise zu unterstützen: hiervon ist die Gewährung des Rechtsschutzes nur ein Teil, zumal der Ausgang des Prozesses klar auf der Hand liegt. Pflicht von Gewerkschaftern ist es zuerst einmal, diese Entlassungen zurückzuweisen als <u>Angriff auf die gewerkschaftliche Arbeit und die Vertretungsorgane der Belegschaft</u>.

Aber nichts dergleichen: Auf die Stellungnahme einer Betriebsrätin auf der Betriebsversammlung hin, die die Entlassungen als offenen Gesetzesbruch der Geschäftsleitung kennzeichnete und Günther Metzinger als Vertreter unserer Gewerkschaft zu einer Erklärung aufforderte, waren sich Betriebsrat Marquardsen und Metzinger darin einig, daß von offenem Gesetzesbruch nicht die Rede sein könnte. Das Ganze sei vielmehr eine *„Frage der Auslegung"* und man müsse *„jetzt auf den Arbeitsgerichtsprozeß warten"*. In diesem Fall – wo die Kapitalisten sich über eine eindeutige Bestimmung des BetrVG hinwegsetzen – von „Auslegungssache" zu sprechen, ist Zynismus und heißt, gegen die Kollegen arbeiten.

Vor allem aber: jetzt zu empfehlen, einfach auf den Arbeitsgerichtsprozeß zu warten, der wahrscheinlich in der einen oder anderen Weise negativ für die Kollegen ausgehen wird, heißt den Zielen der Geschäftsleitung entgegenzukommen:

Die Kollegen sind raus aus dem Betrieb, und die Gewerkschaftsarbeit ist zumindest vorerst lahmgelegt!

Die „Solidarität" der Gewerkschaftsführung ging so weit, daß der Ortsverein Flensburg inzwischen die IG Druck-Jugendgruppe zerschlagen hat, indem er alle Jugendfunktionäre ihrer Ämter enthob! Mit diesem Schlag gegen die konsequentesten Vertreter einer an den Interessen der Belegschaft orientierten Politik leisteten die Gewerkschaftsführer dem Ziel der Kapitalisten handfeste Schützenhilfe: denn es geht darum, die fortschrittlichsten Kollegen einzuschüchtern.

Die Auswirkungen dieser Maßnahmen zeigen sich bei dem Großteil der fortschrittlichen Kollegen daran, daß sie davor zurückweichen, sich offen mit den Entlassenen zu solidarisieren und für die anstehenden Forderungen einzutreten. Diesen Tendenzen entgegenzutreten und die Fortsetzung der bisherigen Arbeit im Interesse der Belegschaft zu erreichen, wird die nächste dringliche Aufgabe vor allem der angegriffenen Kollegen sein.

Im nächsten ARBEITERKAMPF werden wir ausführlicher über die Zerschlagung der DruPa-Jugendgruppe und die daraus folgenden Konsequenzen berichten. ●

Druckzelle, KB / Gruppe Flensburg

Reichhold, Hamburg: Neues Terror-Urteil verhindern!

Die Hamburger IG-Chemie-Führer wollen die ausgeschlossenen elf Reichhold-Kollegen um weitere 1.000 DM erleichtern, sowie die Einschüchterungs-Schraube gegen linke Kritiker weiter anziehen. Zu diesem Zweck haben sie vorm Hamburger Landgericht einen sogenannten „Bestrafungs-Antrag" gestellt, der seinerseits wiederum auf einer vor Gericht erwirkten „Einstweiligen Verfügung" fußt, die den Ausgeschlossenen bis auf weiteres eine Reihe von kritischen Argumenten gegen die Hamburger IG-Chemie-Führung untersagt (vgl. ARBEITERKAMPF Nr. 44, S. 8). Gegen diese „Einstweilige Verfügung" hat der Rechtsanwalt der Reichhold-Linken inzwischen Widerspruch vor Gericht eingelegt.

Formaljuristisch haben sich die Reichhold-Linken an diesen gerichtlichen Beschluß bisher gehalten, d.h. sie haben keine der ihnen „verbotenen" Äußerungen über die Gewerkschaftsführung wiederholt. Inzwischen wurde allerdings der „Verband ehemaliger Gewerkschafter" (vgl. AK 47, S. 19) gegründet, der namens seines Vorstandes – übrigens kein Reichhold-Kollege – eine Dokumentation herausbrachte („Rat der Götter...", leider schon vergriffen), in der u.a. die Einstweilige Verfügung der IG-Chemie dokumentiert und kommentiert wird. Selbstverständlich wird darin aus der Sicht der Reichhold-Linken argumentiert. Die IG-Chemie-Führung nimmt nun (zu recht) an, daß unter den Mitgliedern des „Verbandes" „augenscheinlich" auch von ihr ausgeschlossene Arbeiter von Reichhold sind und insofern auch etwas mit der Broschüre zu tun haben. Deswegen hätten die Reichhold-Linken (oder einige von ihnen?) zumindest *„als Anstifter, Mittäter und Gehilfen"* bei der Broschüre gewirkt.

Und jetzt kommt der Knüller, der gemeinsame Coup von IG-Chemie-Führung und Gericht: Die seinerzeit den Reichhold-Linken zugestellte „Einstweilige Verfügung" sei gar nicht vollständig gewesen. Es sei demnach den Reichhold-Linken nicht nur verboten worden, bestimmte Äußerungen über die IG-Chemie-Führung zu „unterlassen" und „nicht zu wiederholen", sondern ebenfalls verboten, diese Äußerungen *„gegenüber Dritten aufzustellen, aufstellen zu lassen, zu verbreiten und/oder verbreiten zu lassen"*. Diese Formulierung wäre – leider – in der „Einstweiligen Verfügung" vergessen worden. Diesen „Nachtrag" erhielten die Reichhold-Linken zusammen mit dem Bestrafungs-Antrag.

Der Begriff „aufstellen oder verbreiten zu l a s s e n" ist natürlich bewußt schwammig gehalten und läßt u.U. sehr weitreichende Interpretationen zu. Würde die IG-Chemie-Führung mit ihrem „Bestrafungs-Antrag" vor Gericht durchkommen, würde hier ein sehr grundsätzliches Urteil zustandekommen, das unmittelbar auch die Freiheit der kommunistischen Propaganda ganz allgemein tangiert. Denn die IG-Chemie könnte gleichermaßen argumentieren, daß „augenscheinlich" z.B. einige der Reichhold-Linken im KB wären und/oder mit ihm zusammenarbeiten, womit eine Möglichkeit gefunden wäre, für unliebsame Aussagen z.B. im ARBEITERKAMPF einzelne Kollegen bestrafen zu lassen, was selbstverständlich gewisse Rückwirkungen auf die kommunistische Presse hätte.

Es muß versucht werden, durch solidarische Unterstützung der Reichhold-Linken ein solches Terror-Urteil zu verhindern.

Über unsere Presse werden wir rechtzeitig den Prozeß-Termin bekanntgeben und fordern schon jetzt dazu auf, im Gerichtssaal die notwendige Öffentlichkeit herzustellen!

Weiterhin bitten wir namens der Reichhold-Linken um weitere finanzielle Unterstützung, um die Versuche der IG-Chemie-Führer, die Kollegen durch immer neue Prozesse finanziell kaputtzumachen, zu durchkreuzen. ●

Betriebszelle Reichhold, KB/Gruppe Hamburg

Spenden bitte an:
Hamburger Sparkasse
„Unterstützungskonto Reichhold" – 1290/120 060 c/o M. Jenschke und H.J. Bock



IMPRESSUM

Arbeiterkampf

Herausgeber – Druck – Verlag J. Reents, Verlag ARBEITERKAMPF, 2 Hamburg 13, Rutschbahn 35, verantw. Redakteur: Kai Ehlers, Auflage: 13.500 Erscheinungsweise: dreiwöchentlich, Verkaufspreis: 50 Pfg., Verlagskonten: Dresdner Bank, Kto. Nr. 451 8378 J. Reents, und: Postscheckkonto Hamburg Nr. 240 595, J. Reents

Hamburger Stahlwerke:

Werksverbot für fortschrittlichen Vertrauensmann

BETRIEBSRAT UND VK-LEITUNG ALS SPITZEL DER KAPITALISTEN

Mit Schreiben vom 16.6. erteilte die Geschäftsleitung der Hamburger Stahlwerke (HSW) dem gewerkschaftlichen Vertrauensmann N. D. *„vorläufiges Werksverbot"*, und zwar mit *„sofortiger Wirkung"*. N. D. habe angeblich – so der Brief – durch (nicht näher dargelegte) *„Handlungsweisen und Äußerungen den Betriebsfrieden gefährdet"*.

Die Geschäftsleitung sieht weitere *„arbeitsrechtliche Konsequenzen"* vor, sobald die *„Ermittlungen des Betriebsrates und der VK-Leitung soweit abgeschlossen sind, daß wir uns ein Urteil darüber bilden können..."*.

Zweifellos werden die HSW-Bosse den gewerkschaftlichen Vertrauensmann versuchen aus dem Betrieb zu feuern, da er – im Gegensatz zur derzeitigen Mehrheit im Vertrauenskörper (VK) und Betriebsrat – bisher bemüht war, die Rechte und Interessen seiner Kollegen zu vertreten. Diese Kündigung (vorerst „Suspendierung" und „Werksverbot") steht in einer langen Kette politischer Kündigungen bei HSW, vornehmlich Betriebsräten und Vertrauensleuten, die alle nicht bereit waren, sich als Instrument der Kapitals-Interessen von der Geschäftsleitung mißbrauchen zu lassen.

Dem Uneingeweihten wird es zunächst merkwürdig vorkommen, daß die Bosse sich bei ihren Kündigungen auf die „Ermittlungen" der sogenannten „Arbeitnehmer-Vertretungen" (die eigentlich die Aufgabe hätten, solche Kündigungen zu v e r h i n d e r n, statt den Kapitalisten noch das „Material" dafür zu liefern. Bei HSW ist das üblich und inzwischen sogar schon gerichts-notorisch (vorm Arbeitsgericht tauchen die Bosse gewöhnlich mit Betriebsräten und Vertrauensleuten als „Kronzeugen" gegen fortschrittliche Kollegen auf).

Durch eine ganze Reihe rechtswidriger, krimineller Aktionen, die von den HSW-Bossen, gemeinsam mit der IG-Metall-Führung eingefädelt und durchgeführt wurden, haben diese Herrschaften es geschafft, im Laufe von knapp zwei Jahren die ehemals linken Mehrheiten in Betriebsrat und gewerkschaftlichem Vertrauenskörper zu zerschlagen, die Kollegen zu feuern (auch wenn deswegen regelmäßig z.T. hohe Geldstrafen als Abfindung nach gerichtlichem Urteilsspruch gezahlt werden mußten).

Auch die Vorgeschichte dieser neuesten politischen Kündigung ist typisch für die Verhältnisse bei HSW: Kurz nach Erscheinen einer Betriebsausgabe des METALLARBEITERS (Branchenzeitung des KB) bei HSW, tauchte VK-Vorsitzender Schuhknecht (CDU) bei dem Kollegen N. D. auf und legte ihm ein „Revers" mit etwa folgendem Wortlaut zur Unterschrift vor:

‚Hiermit versichere ich, daß ich keine Informationen von der VK-Sitzung am 23. Juli 1974 an den KB, die KPD, die KPD/ML, den KBW und die DKP weitergegeben habe. Ich werde das auch in Zukunft nicht tun.'

N. D. verweigerte die Unterschrift und verwies auf eine Diskussion darüber auf der nächsten VK-Sitzung. Danach befragt, bestätigten die anderen Mitglieder, daß sie von diesem „Revers" nichts wüßten, kein Beschluß darüber vorläge etc. Schuhknecht handelte direkt im Auftrag der Geschäftsleitung und dies in seiner Eigenschaft als VK-Leiter. Perverser geht's nicht. Die politische Unterdrückung und die gewerkschaftliche Situation drängen die Parallele zur Nazi-Zeit auf, haben mehr mit der „Deutschen Arbeitsfront" (faschistische Pseudo-„Gewerkschaft") als mit sogenannten „freien Gewerkschaften" zu tun. – Übrigens: Schuhknecht ist eine Kreatur der Hamburger IG-Metall-Führung, von keinem Kollegen gewählt, sondern vom Gewerkschaftsvorstand eingesetzt, nachdem die alte – gewählte – VK-Leitung abgesetzt und auf Betreiben Schuhknechts und einiger rechter Sozialdemokraten im Betriebsrat fristlos gefeuert wurde. ●

Betriebszelle HSW, KB/Gruppe Hamburg

Tarifrunde in der Stahlindustrie:

Der Kampf gegen den großen Lohnraubfeldzug beginnt

Am 15. Oktober läuft in der Stahlindustrie Nordrhein-Westfalens und Bremens der bestehende Lohn- und Gehaltstarifvertrag aus. Die Tarifrunde für ca. 210 000 Arbeiter in der Stahlindustrie hat begonnen: die Vertrauensleute der IG Metall haben die Diskussion in einer Reihe von Betrieben eröffnet, und erste Forderungen bis zu 20 Prozent mehr Lohn und Gehalt sind aufgestellt. Für die Arbeiter heißt es, den Kampf gegen die Lohnraubpolitik der Kapitalistenklasse zu organisieren.

Auf der anderen Seite hat der propagandistische Feldzug der Kapitalistenklasse zur Senkung des Reallohns bereits begonnen und wird sich noch verstärken. Die Regierung Schmidt/Genscher muß den Beweis antreten, ob sie in der Lage ist, diese Politik gegen die Arbeiterklasse durchzusetzen.

Die bürgerliche Presse, kapitalistische Wirtschaftsinstitute, die Bundesregierung, die CDU/CSU-Opposition - alle sind sich darüber einig: in den kommenden Tarifrunden muß der bereits eingeleitete Lohnabbau forciert werden. Die Stahltarifrunde hat dabei eine besondere Bedeutung, da hier getätigte Abschlüsse „Signalwirkung" haben auf die Abschlüsse in der Metallindustrie, wo die Tarife zum 31. Dezember 1974 auslaufen. Steigende Arbeitslosigkeit und Kurzarbeit sowie das Geschrei um die neue „Steuerreform" sind dabei die wesentlichen Instrumente, um die Zielsetzung der Kapitalisten in der Arbeiterklasse durchzusetzen.

In der Sitzung der „Konzertierten Aktion" vom 27. Juni gaben Vertreter der Regierung und der Kapitalisten die Richtung an, mit der die Konjunktur und damit die Gewinne der Kapitalisten gesteigert werden sollen: Stärkung der Investitionen (Friederichs: „*Stabilitätspolitik kann nicht mehr so sehr Investitionsbeschränkungspolitik sein*"). Dem dient zum einen der neue Bundeshaushalt: „*Die Zunahme des Staatsverbrauchs (Personalausgaben) müsse zugunsten der öffentlichen Investitionen gebremst werden*" (Zitate aus „Welt" vom 28.6.). Die Politik der „Konzentration", wie sie Helmut Schmidt mit der Regierungserklärung vom 17. Mai den Kapitalisten versprach, kommt hier zum Zug: Personalabbau und Lohndrückerei im Öffentlichen Dienst, Streichung von Ausgaben in der Bildungspolitik, im sozialen Wohnungsbau etc. zugunsten von Investitionen (Subventionen) für die Kapitalisten.

Voraussetzung hierfür ist ebenfalls die Senkung der Kosten in den Betrieben (Friederichs: „*Die Notwendigkeit verstärkter Investitionen muß aber allgemein bei den künftigen einkommenspolitischen Entscheidungen berücksichtigt werden*", „Welt", 28.6.). Mit einer forcierten Rationalisierungspolitik – besonders auch in der Metallindustrie – ‚mit Kurzarbeit und Entlassungen wird die Kostensenkung betrieben. So liegt mittlerweile die Arbeitslosigkeit wesentlich höher, als in den öffentlichen Statistiken zugegeben. Neben den 450 000 Arbeitslosen (Zahlen für Juni) sind nämlich bereits 125 000 ausländische Arbeiter entlassen, die in den offiziellen Angaben nicht enthalten sind, da sie die BRD verlassen mußten. Darüber hinaus gibt es 200 000 Kurzarbeiter (Zahlen nach „Welt am Sonntag" vom 21.7.74). Die Arbeitslosenquote ist mittlerweile fast bei 3 % angelangt.

Entscheidende, über längere Zeit wirksame Kostensenkungen sollen die kommenden Lohnrunden bringen.

Auch hier haben die Kapitalisten die volle Rückendeckung der Schmidt/Genscher-Regierung, die rechtzeitig in großer Koalition mit der CDU/CSU das Steuergerangel beendete zugunsten der „Jahrhundertreform".

Diese „Reform" der Besteuerung soll der wesentliche Hebel zur Senkung des Reallohns in den Tarifrunden werden. Das Vorgehen ist einfach und wirksam zugleich: Vorübergehende Steuersenkungen zum Jahresanfang 1975 bei vielen Arbeitern, sollen als Ersatz für weniger Lohnprozente herhalten. Das folgende Zitat ist dafür typisch: „*Ebenso müssen bei einer Ausgabensteigerungsrate von 8 % die linearen Tariferhöhungen im Öffentlichen Dienst unter 8 % bleiben (hinzu kommen nämlich noch Strukturverbesserungen und Mehrausgaben aufgrund der Arbeitszeitverkürzung). In Bonn glaubt man, solche Tariferhöhungen mit dem Hinweis auf die vierprozentige Steuerentlastung des Durchschnittshaushalts durch die Steuerreform realisieren zu können.*" („Unternehmerbrief" des BDI vom 4.7.).

Und an anderer Stelle: „*Eine wesentliche Rolle für die Kosten- und Ertragssituation kommt sicherlich der nächsten Lohnrunde zu. Sie bietet die einzigartige Chance, durch Steuererleichterungen die reale Einkommenssituation der Arbeitnehmer zu verbessern und gleichzeitig durch verminderten Lohnkostendruck die Ertragslage in den Unternehmen zu stärken, ohne der Preisentwicklung neue Nahrung zu geben.*" („Unternehmerbrief" vom 18.7.).

Was hier Verbesserung der „realen Einkommenssituation" bedeutet, ist ein simpler Trick. Vorübergehende Steuererleichterungen, die mit jedem Mehr an Lohnprozenten schnell wieder aufgefangen sind (zur „Steuerreform" vgl. AK 46), sollen die Lohnerhöhungen drücken. Dadurch sparen die Kapitalisten nach Schmidt's Angaben ca. dreizehn Milliarden DM an Lohnkosten, denn so hoch veranschlagt Schmidt die Summe, die sich aus den „Erleichterungen" ergibt. Zum Jahresende 1975 spätestens werden diese dreizehn Milliarden DM durch die Steuerprogression wieder aufgeholt. Man schlägt so zwei Fliegen mit einer Klappe: die Kapitalisten sparen Lohnkosten, die Steuereinnahmen werden ebenfalls nicht geringer: zahlen muß nach diesen Plänen die Arbeiterklasse.

„Das Jahrhundertwerk der Steuerreform" erweist sich als offensichtlicher Betrug der Sozialdemokratie an der Arbeiterklasse.

Bewährungsprobe von Kanzler Schmidt

Ein wesentlicher Grund des Scheiterns der Brandt-Regierung war die in den Augen der Kapitalistenklasse unzureichende „Mäßigung" der Forderungen der Arbeiter. Von Helmut Schmidt und seinem „Gewerkschaftskabinett" wird diese „Mäßigung" erwartet. Die Einflußnahme der Bundesregierung auf die Gewerkschaften, die Verquickung von sozialdemokratischer Regierungspartei und sozialdemokratischer Gewerkschaftsführung, darauf liegt ein Teil der Hoffnungen der Kapitalistenklasse in den anstehenden Lohnrunden. Die Erklärung von DGB-Chef Oskar Vetter, es gebe „keine Differenzen" zur Bundesregierung (vgl. AK 45, „Das Gewerkschaftskabinett") war hoffnungsvoller Beginn.

Wenn dann der IGM-Vorsitzende Loderer in der ihm eigenen markigen Weise schreibt, „*Die Grenze des Zumutbaren ist nun erreicht*" und sich gegen „*die Verquickung tarif- und steuerpolitischer Fragen zur Wehr*" setzt („Metall" 12, 11.6.74), so ist es natürlich kein Wunder, daß die reaktionäre Presse Zeter und Mordio schreit und dies als „*Anschlag auf die Regierung*" wertet (Springer-Presse!). Wobei im Gegenzug Loderer sofort
Wobei im Gegenzug Loderer sofort dementiert: „*Diesen Standpunkt aber, wie mehrfach geschehen, als Anschlag auf den neuen Bundeskanzler Schmidt zu werten, sei ‚blanker Hohn' ". („Frankf. Rundschau" 26. 6.74)*

Der massive Versuch, die Reallöhne in dieser Tarifrunde zu kürzen, hat erst begonnen. Der sozialdemokratischen Bundesregierung kommt dabei die Aufgabe zu, dies durchzusetzen. Die Tarifrunden Ende 1974/1975 sind für die Regierung Schmidt/Genscher die große Bewährungsprobe.

Die „umstrittenen" Äußerungen Loderers sind nur Ausdruck des Konflikts, in dem sich die Sozialdemokratie befindet: bei Erfüllung der Ziele der Kapitalistenklasse die Arbeiter an sich zu binden.

Hohe Forderungen in der Stahlindustrie

Dieser Konflikt spiegelt sich auch in den Gewerkschaften wieder. Derselbe markige Loderer (s.O.) hatte auf einer außerordentlichen Vertrauensleutekonferenz bei Mannesmann in Duisburg alle Mühe, das rechte Maß zwischen seinen Kraftmeiereien in der „Metall" und den Forderungen der Arbeiter zu finden und vor allem durchzusetzen. durchzusetzen. „Lohnforderungen von 20 %" und Forderungen nach Austritt aus der „Konzertierten Aktion" lehnte er ab („UZ" 1.8.74).

In einer Reihe anderer Stahlbetriebe sind unterdessen Forderungen der Vertrauensleutevollversammlungen aufgestellt:

● **RHEINSTAHL-Gießerei, Duisburg Meiderich:**
60 Pfennig mehr in der Stunde
(etwa 105,– DM pro Monat)
zusätzlich 10 % mehr Lohn und Gehalt (zusammen entspricht das fast 20 % auf den Ecklohn).

● **SCHALKER VEREIN (RHEINSTAHL), Gelsenkirchen:**
50 Pfennig/Stunde
zusätzlich 10 %
200 DM mehr im Monat für Lehrlinge

● **GEORGSMARIEN-HÜTTE (KLÖCKNER), Hagen-Haspe:**
180 DM im Monat
Altersabsicherung
1 Tag mehr Urlaub

● **HOESCH-HÜTTENWERKE, Dortmund:**
50 Pfennig/Stunde
zusätzlich 10 %
Preisgleitklausel
höchstens 9 Monate Laufzeit
(diese Forderungen stellten die Vertrauensleute der Hoesch-Maschinenbetriebe auf, um sie auf der Vollversammlung abzustimmen).

Die Kollegen der **Rheinstahl-Gießerei** in Meiderich fordern: „60 Pfennig je Stunde = 105 DM je Monat mehr als Sockelbetrag für alle Lohn- und Gehaltsgruppen, plus 10 % mehr Lohn und Gehalt (vgl. Kasten).

An den Forderungen wird deutlich, daß die Lohnraub-Kampagne der Bourgeoisie bei den Arbeitern nicht in der gewünschten Weise verfangen hat.

Die Bourgeoisie wird gemeinsam mit den Gewerkschaftsführern gewaltige Anstrengungen unternehmen müssen, um die Forderungen der Stahlarbeiter auf „das rechte Maß" zu reduzieren, um einen Lohnraub-Abschluß zu verwirklichen.

Es ist nicht auszuschließen, daß in den diesjährigen Lohnrunden der IG-Metall die Stahlindustrie zum Zentrum kämpferischer Auseinandersetzungen gemacht wird, zum erstenmal in der Geschichte der Stahltarifverhandlungen in der BRD. Der Stahl- ➜

Resolution der Vertrauensleute der Rheinstahl-Gießerei in Meiderich

„Die Vertrauensleute begrüßen die Aufforderung der Großen Tarifkommission, die Tarifsituation für die Eisen- und Stahlindustrie in den Betrieben zu beraten. Wir stellen fest, daß seit dem letzten Tarifabschluß bereits eine permanente Diskussion in der Belegschaft stattfindet.

Diese Diskussion hat folgende Kernpunkte: Nach Berechnungen der Planungsgruppe Gesellschaftspolitik des Ministeriums für Soziales – Gesundheit und Sport in Rheinland/Pfalz gingen von der letzten Tariflohnerhöhung 2 1/2 Prozent für zusätzliche Steuern, 2 1/2 Prozent für zusätzliche Sozialabgaben und 7 1/2 Prozent für die erhöhte Inflationsrate verloren, d.h., die letzte Tariflohnerhöhung von elf Prozent hat praktisch zu einer Reallohnsenkung geführt.

Demgegenüber steht eine extrem hohe Gewinnexplosion der Eisen- und Stahlindustrie. Nach Angaben des Statistischen Amtes der Europäischen Gemeinschaft stieg die Produktion in der Eisen- und Stahlindustrie 1973 gegenüber 1972 um 5,8 Millionen Tonnen. Unter Berücksichtigung einer leicht angestiegenen Belegschaftszahl bedeutet das eine Produktivitätssteigerung von 13,3 Prozent. Das Argument der Unternehmer von den gestiegenen Rohstoff- und Personalkosten wird durch folgende Zahlen widerlegt: Laut „Handelsblatt" vom 3. April 1974 sanken die Rohstofflasten bei der Thyssen AG von 62,2 Prozent auf 60,8 Prozent im Jahre 1973. Im gleichen Zeitraum gingen die Personalkosten von 22,1 Prozent im Jahre 1972 auf 21,3 Prozent 1973 zurück.

Die durchgeführten Preiserhöhungen bei Eisen und Stahl 1973 steuern einen nicht unbeträchtlichen Teil zu der guten Gewinnlage bei. Allein im ersten Halbjahr 1974 wurden die Stahlpreise bereits um 3 Prozent erhöht. Auch darf nicht vergessen werden, daß sich die Arbeitsproduktivität weiterhin erhöhen wird.

Die bis über das Ende des Jahres 1974 vorausschaubare Nachfrage nach Eisen und Stahl garantiert eine Auslastung der Kapazität in diesem Industriezweig.

An diesen Tatsachen als auch an der weiter steigenden Inflationsrate muß sich die diesjährige Lohnforderung orientieren. Sie darf nicht einer zweifelhaften Stabilitätspolitik wegen reduziert werden.

Die Lohn- und Gehaltsforderungen für die Tarifrunde 1974 müssen demnach sein: 60 Pfennig je Stunde = 105 DM je Monat mehr als Sockelbetrag für alle Lohn- und Gehaltsgruppen, plus 10 Prozent mehr Lohn und Gehalt.

Einerseits kommen wir mit dieser Forderung den Kollegen der unteren Lohn- und Gehaltsgruppen entgegen, die Lohndifferenzen nicht noch wesentlich größer werden zu lassen. Andererseits wird hiermit dem Verlangen der oberen Lohn- und Gehaltsgruppen Rechnung getragen, eine möglichst hohe Ausweitung der Tariflohnerhöhung zu erzielen.

Wir sind der Meinung, daß diese Forderung als klare Lohn- und Gehaltsforderung herauszustellen ist und nicht mit notwendigen Forderungen zur Verbesserung des Manteltarifvertrages verknüpft werden darf. Es ist selbstverständlich, daß Verbesserungen des Manteltarifvertrages weiterhin anzustreben sind, aber das Durchsetzen solcher Verbesserungen darf nicht auf Kosten unbedingt notwendiger Lohn- und Gehaltserhöhungen gehen.

Wir fordern die IG Metall auf, in diesem Sinne den kommenden Lohnkampf vorzubereiten."

(nach Westberliner „Extra-Dienst", 30. Juli '74)

Klage gegen Gewerkschaftsausschlüsse bei Opel — Bochum

Im Frühjahr 1972 waren bei Opel – Bochum Betriebsratswahlen. Zu diesen Wahlen kandidierte außer der IGM-Einheitsliste unter Liste 2 die „*Gruppe oppositioneller Gewerkschafter in der IGM*". Fünf Kandidaten dieser Liste wurden als Betriebsräte und als Ersatzbetriebsräte gewählt.

Daraufhin wurden drei Kollegen am 15.1.73 vom Vorstand der IGM ausgeschlossen; dies wurde am 14.12. 1973 vom Beirat der IGM bestätigt. Gegen diesen Ausschluß haben die drei Kollegen inzwischen Klage erhoben.

Wie wir der Klageschrift entnehmen, war dem Ausschluß folgendes vorausgegangen: die Kandidatur auf der Liste der „Gruppe oppositioneller Gewerkschafter" war die Antwort auf die undemokratische Aufstellung der offiziellen IGM-Liste.

Diese ging nicht, wie es bei der Wahl von Arbeitervertretern selbstverständlich sein sollte, aus einer Diskussion mit den Kollegen und Gewerkschaftsmitgliedern hervor. Stattdessen hatten die alten Betriebsratsfürsten und der Wahlvorstand in einer „geschlossenen Versammlung" weit außerhalb des Betriebes im IGM-Schulungszentrum Sprockhoevel unter sich die 50 Kandidaten der IGM-Liste ausgemauschelt. Das Ergebnis wurde dann einer Vertrauensleutevollversammlung (ca. 400 Kollegen) zur Genehmigung vorgelegt. Eine Diskussion war selbst für die Vertrauensleute (geschweige denn für die einfachen Gewerkschaftsmitglieder) nicht mehr vorgesehen. Die BR-Fürsten legten die Liste vielmehr insgesamt im Block zur Abstimmung vor. Dieses Vorgehen wurde von einigen Kollegen in der Diskussion im Betrieb sowie in Flugblättern scharf kritisiert.

Es wurde die oppositionelle Liste aufgestellt, da die IGM-Fürsten zu einer Korrektur ihres Vorgehens nicht bereit waren.

Das zeigte sich etwas später sehr deutlich daran, daß die noch ausstehende Betriebsversammlung, auf der die Zusammensetzung und das Zustandekommen der IGM-Liste hätte diskutiert werden können, vom Betriebsrat auf drei Tage (!) nach dem Schlußtermin für das Einreichen von Wahlvorschlägen angesetzt wurde.

Eine Änderung der offiziellen Wahlliste durch die Arbeiter im Betrieb war also nicht mehr möglich.

Dieses undemokratische Vorgehen stieß bei der Belegschaft auf relativ breite Ablehnung, was man aus dem Wahlergebnis ablesen konnte: die Liste „oppositioneller Gewerkschafter" erhielt 1.949 Stimmen (von 14.500) und ging damit als zweitstärkste von elf Listen nach der IGM (8.283 Stimmen, 28 Sitze) aus der Wahl hervor.

Die IGM-Führer begründen den Ausschluß der drei Kollegen mit der Kandidatur auf der oppositionellen Liste. Das ist aber nur ein Vorwand: es gab insgesamt elf Listen, auf denen teilweise auch IGM-Mitglieder kandidierten. Außer den drei Kollegen und einem weiteren spanischen Arbeiter, der auch auf der Liste „oppositioneller Gewerkschafter" kandidiert hatte, ist niemand deswegen aus der IGM rausgeflogen. Die tatäschlichen Ausschlußgründe liegen in der von den Kollegen vorgebrachten Kritik am Betriebsrat. Damit zeigt sich auch dieser Ausschluß als Teil der in letzter Zeit systematisch betriebenen Zerschlagung der sich herausbildenden innergewerkschaftlichen Opposition.●

Genossen des IKAH (‚Arbeiterhilfe') Hamburg



So war's im April 1974: Streikende Metaller versammeln sich vor dem Bremer Rathaus

Mannesmann-Prozeß:

Klassenjustiz erneut gegen die Arbeiter

Die Mannesmann- Konzernleitung kann sich auf die bundesdeutsche Klassenjustiz verlassen, nachdem diese bereits am Jahresanfang die Kündigungen von 17 (von 22) Arbeitern für „rechtmäßig" erklärte (insgesamt sollten 22 Arbeiter entlassen werden). Im Urteil hieß es: „wilde Streiks sind rechtswidrig" und in solchen Fällen haben die Unternehmer das Recht, Arbeiter „nach ihrem Gutdünken zu entlassen". (Vergl. AK 39)

In einem Fall gab es einen Vergleich, vier Arbeiter mußten wieder eingestellt werden. Mannesmann legte dagegen Berufung ein und hatte bisher in zwei Fällen Erfolg. Die beiden Arbeiter, einer von ihnen ist bereits 17 Jahre im Betrieb, werden nicht mehr weiterbeschäftigt.

In einem der Fälle legte das Landesarbeitsgericht Düsseldorf die Nichtablehnung des Streiks und die vorübergehende Teilnahme, die der betroffene Arbeiter als „Kaffeepause" bezeichnete, als ausreichend für eine Kündigung aus. In der Urteilsbegründung heißt es:

„Der Kläger ist auch nicht von irgendeiner Ad-hoc-Koalition gehindert worden, sich sachgerecht zu informieren, oder ist von einer solchen gezwungen worden, sich mit ihr zu solidarisieren. Genau das Gegenteil ist der Fall."

Es sei Mannesmann „unzumutbar gewesen", ihn weiter zu beschäftigen.

„Die Aktivität bei einem Streik und die Förderung des als rechtswidrig erkannten Streiks hat ihr eigenes und ausreichendes negatives Gewicht."

Mit diesem Urteil ist erneut die Rolle der bürgerlichen Klassenjustiz als verlängerter juristischer Arm der Bourgeoisie deutlich geworden. Es bestätigt noch einmal, was wir anläßlich des Urteils im Januar schrieben:



„Das Urteil gegen die Mannesmann-Kollegen bedeutet eine weitere Einschränkung des Streikrechts der Arbeiterklasse. Es macht deutlich, daß der Kampf gegen die Einschränkung auch dieses Rechts geführt werden muß." (AK 39) ●

Metall-Komitee,
KB/Gruppe Hamburg

Hamburg:

Jetzt Entlassungen bei Reynolds Aluminium

Die Auseinandersetzungen um die Produktionsaufnahme der Reynolds-Hütte in Hamburg gehen weiter. Kapitalisten und SPD-Senat hatten vor vier Jahren mit dem Bau der Hütte begonnen, ohne daß die geringste Rücksicht auf die Arbeiter des Werks, Bewohner der umliegenden Gegend und die Umwelt genommen wurde (wir berichteten über die Auseinandersetzungen in „Unsere Stadt", Hamburger Beilage zum ARBEITERKAMPF 47). Der hohe Fluorausstoß der Hütte veranlaßte wiederholt Kläger, vor die Gerichte zu ziehen, um schärfere Umweltauflagen gegen das Werk durchzusetzen. Aber die schönsten Gerichtsurteile änderten nichts daran, daß Reynolds unbeirrt und rücksichtslos weiterproduziert.

Die Belegschaft wird unter Druck gesetzt

Nachdem es in der Vergangenheit nicht gelungen war, die Proteste gegen das Werk und die allgemeine Unruhe der Hamburger Bevölkerung ausreichend abzuwiegeln, demonstrierten die Kapitalisten jetzt handfest ihre Entschlossenheit, mit allen Mitteln die volle Produktion durchzusetzen, damit der Profit stimmt. Die Entlassungen von zehn Angestellten Ende Juni war ein gezielter Schlag gegen die Belegschaft. Bereits im November letzten Jahres hatten die Kapitalisten den damaligen Betriebsratsvorsitzenden Fleischhauer angestiftet, in einem dramatischen Presseappell die „Gefährdung der Arbeitsplätze" durch die Umweltschützer zu beklagen.

Fleischhauer mußte dann wegen der Kritik an seiner Amtsführung
der Kritik an seiner Amtsführung
vom Betriebsratsvorsitz zurücktreten.

Mittlerweile ist im Juni 1974 ein neuer Betriebsrat gewählt worden, dem Fleischhauer nicht mehr angehört. Der neue Betriebsrat hat sich in seinen bisherigen Stellungnahmen zu Reynolds – Umweltschutz geweigert, Stimmung gegen protestierende Anwohner des Werks zu machen und hat entschieden die Panikmache um gefährdete Arbeitsplätze bei Reynolds zurückgewiesen.

Die Kündigungen der zehn Angestellten und die Umbesetzung dreizehn weiterer waren gut vorbereitet. Zunächst wurde der Betriebsrat der Schweigepflicht unterworfen, kurze Zeit später posaunte Reynolds selber dann über die SPD-Hauspostille „Morgenpost" in alle Welt die Meldungen von Entlassungen hinaus mit der Horrorschlagzeile: „Jetzt Entlassungen auf Raten? " (26.7.74). Da wurden dann ausführlich die Umweltschützer und die protestierenden Anlieger als Schuldige für die Entlassungen bezeichnet, während man dem Betriebsrat gegenüber die „schwierige wirtschaftliche Situation" als Begründung angab. Die Pressekampagne des Konzerns wurde fortgesetzt. Am 27.7. erschienen die Springer-Blätter „Abendblatt" und „Welt": „Wie die Umwelt die Industrie belastet" und der „Spiegel" vom 22.7. brachte die Schlagzeile heraus: „Alu-Hütten müssen in die Wüste."

Der Betriebsrat gab dazu eine Stellungnahme ab, die an alle Kollegen im Werk gerichtet war, in der es unter anderm heißt: **„...Die Verspätete Inbetriebnahme der Hütte ist von der Geschäftsleitung selbst verschuldet, weil sie die gestellten Auflagen nach sicherheitsgemäßen Anlagen nicht erfüllt hat. Es zeichnet sich nach unserer Meinung ab, daß die Geschäftsleitung mit den geplanten Kündigungen der Belegschaft und der gegen die Industrieansiedlung protestierenden Bevölkerung einen ‚Schuß vor den Bug' geben will. Seit Monaten wurden gezielt Gerüchte über mögliche Massenentlassungen in die Presse lanciert, die Geschäftsleitung will jetzt offenbar zeigen, daß es ihr mit ihren Drohungen ernst ist.**

Bisher hat die Geschäftsleitung immer die berechtigten Interessen der Bevölkerung als Gefahr für die Arbeitsplätze bezeichnet. Die Drohung wird jetzt Wirklichkeit. Hiervon dürfen wir uns nicht irritieren lassen, denn die Proteste der Bevölkerung sind berechtigt. Sie richten sich nicht gegen die Arbeitsplätze, sondern gegen die Auswirkungen, z.B. Umwelt-
gegen die Arbeitsplätze, sondern ge-
gen die Auswirkungen, z.B. Umwelt-
verschmutzung, Zerstörung von Wohnraum, der Industrieansiedlung. Es ist niemand anders, als die Reynolds-Geschäftsleitung selbst, die die Arbeitsplätze gefährdet, wenn sie nicht bereit ist, die gestellten Auflagen zu erfüllen...

Der Betriebsrat ist nicht bereit, per Zustimmung zu den Kündigungen diese Politik zu unterstützen und die Folgen auf dem Rücken der Kollegen auszutragen..."

Die Geschäftsleitung wertete dieses Schreiben als Unruhestiftung im Betrieb.

Die Betriebszelle des KB unterstützte das Betriebsrats-Schreiben und stellte in einem Flugblatt die Forderung auf:

KEINE ENTLASSUNGEN BEI REYNOLDS!

REYNOLDS MUSS ALLE AUFLAGEN ERFÜLLEN!

DIE SICHERHEIT UND GESUNDHEIT DER ARBEITER IM WERK UND DER WOHNBEVÖLKERUNG SIND UNTRENNBAR VERBUNDEN! ●

Betriebzelle Reynolds
KB/Gruppe Hamburg

Fluor für Kern

Auch die Sozialdemokraten stehen nach wie vor treu an der Seite der Kapitalisten. Hamburg's SPD-Wirtschaftssenator Kern erfrechte sich, in der Fernsehsendung ‚Panorama' am 12.8. Proteste gegen die Ansiedlung von Reynolds mit der Alternative *„Arbeitsplätze sind wichtiger als ein paar Gladiolen"* lächerlich zu machen. Und an anderer Stelle sagte er in einem Interview: *„Von schöner Umwelt allein können mehr als 1,7 Millionen Einwohner unserer Stadt nicht leben."* („Zeit" 9.8.74).

Mit welcher Rücksichtslosigkeit diese Sozialdemokraten auch weiterhin große Industriebetriebe nach Hamburg locken wollen, erklärte Kern einige Sätze später: *„So haben wir – dank richtungsweisender Technologie wie zum Beispiel bei Reynolds (!!!) und anderen großen Betrieben – durchaus noch Spielraum für die Ansiedlung von industriellen Arbeitsplätzen, ohne daß die Lebensqualität in unserer Stadt leidet."!!!*

Man sollte diesem Herrn mal einen Eßlöffel Fluor verabreichen!

Rationalisierungen in der Metallindustrie:

Entlassungen in der Uhrenindustrie

Die Uhrenfabrik Kaiser in Villingen hat Pleite gemacht (vergl. AK 47). 650 Beschäftigte im Villinger Hauptwerk und 120 im Zweigwerk Kenzingen bei Freiburg liegen auf der Straße. Hinzu kommt noch Kurzarbeit in der Badischen Uhrenfabrik in Furtwangen, die bisher eng mit Kaiser zusammengearbeitet hat. Ebenfalls weitere Entlassungen aufgrund von *„Schwierigkeiten in der Automobilindustrie"* plant die große Uhrenfabrik im Nachbarort Villingens, Kienzle in Schwenningen (vergl. hierzu AK 44). Nachdem hier bereits in den letzten Monaten die Belegschaft von 3.000 auf 2.300 reduziert wurde, will die Geschäftsführung noch in diesem Jahr weitere 10 % entlassen und im September und Oktober je eine Woche Kurzarbeit durchführen.

Hintergrund dieser Entlassungen und Rationalisierungen ist ein verstärkter Konzentrationsprozeß in der Uhrenindustrie. So wurde beispielsweise Junghans in den Diehl-Konzern aufgenommen, so steht Kienzle *„in Verhandlungen mit Großunternehmen."* Auf einer Tagung von IG Metall-Funktionären der Uhrenindustrie in Schwenningen stellten diese fest, daß sich in einigen Jahren nur noch einige wenige europäische Uhrenhersteller 90 % des gesamten Uhrenmarktes teilen werden.

Im Gespräch beim Aufkauf der Uhrenbetriebe sind beispielsweise auch solche Firmen wie SABA. Grund hierfür ist ein Strukturwandel dieses Industriezweiges von der ehemals ausschließlich feinmechanischen Fertigung immer stärker in den Bereich der Elektronik.

Diese Veränderungen in der Uhrenindustrie, die Entlassungen, bringen große Schwierigkeiten für die betroffenen Arbeiter und Angestellten mit sich. Die Aussichten, in ihren erlernten Berufen zu arbeiten, sind hoffnungslos durch den Strukturwandel. Das Ausweichen auf andere Betriebe der Uhrenindustrie ist nicht möglich, wie beispielsweise die gleichzeitigen Entlassungen in den benachbarten Städten Villingen und Schwenningen zeigen.

Hinzu kommt folgende Situation in Villingen, die typisch ist für die gesamte Situation im Zentrum der Uhrenindustrie Baden-Württemberg:

Die Uhrenfabrik Kaiser ist ein altes Familienunternehmen. Seit Generationen arbeiten Bewohner Villingens hier, sie haben ein eigenes kleines Häuschen und ihr gesamtes bisheriges Leben war abhängig von einem Arbeitsplatz in der Uhrenfabrik.

Der Protest der Arbeiter und Angestellten gegen die Stillegung von Kaiser bewegte daher auch die Bewohner der ganzen Stadt, und auf einer Protest-Kundgebung waren nicht nur die betroffenen Arbeiter und Angestellten vertreten, sondern insgesamt 3.000 Villinger.

Den letzten zynischen Akt jahrelanger „Sozialpartnerschaft" erlaubte sich Mitgesellschafter Kaiser auf der letzten Betriebsversammlung:

„Ich möchte nicht aus diesem Raum gehen, ohne mich von Ihnen und im besonderen von all den Mitarbeitern zu verabschieden, die 10, 20, 30, 40 oder noch mehr Jahre bei uns tätig waren. Glauben Sie mir, daß es mir genauso schwer fällt wie Ihnen. Ich stehe genauso am Ende und ich kann nur sagen: bitte haben Sie ein klein wenig Verständnis auch für unsere Situation. Ich kann mich in Ihre Situation sehr wohl hineinfühlen, da ich weiß, wie es mir um das Herz ist. Genauso kann ich verstehen, wie es Ihnen geht ..."

Seine Situation: er hat die Millionen im Trockenen, denn es wurde bekannt, daß die „Kapitaleigner in jüngster Zeit großzügige Vermögensumschichtungen vorgenommen" haben, also ihr Geld rechtzeitig aus dem Pleite-Betrieb rausgezogen haben.

Die Entlassenen haben ihre bisherige Existenz verloren.

Carl Zeiss, Oberkochen

Etwa 750 Entlassungen sollen in den Werken Oberkochen und Aalen vorgenommen werden (insgesamt hat Zeiss mit dem Göttinger Werk 7.500 Beschäftigte). Als Gründe werden angegeben: „Gemeinkosten sparen", „Produktionsprogramm straffen". Wegen der „guten Auftragslage" wird Kurzarbeit nicht erwogen. Mit dieser Kostenersparnis wollen die Kapitalisten in diesem Jahr den Umsatz gegenüber dem Vorjahr von 380 auf 410 Millionen DM steigern, bei reduzierter Belegschaft!

Walther Büromaschinen, Heidenheim

Mittlerweile ist das Konkursverfahren eröffnet (vergl. AK 46). Nachdem bereits 450 Beschäftigte entlassen wurden, werden weitere 1.000 der verbliebenen 1.600 Kollegen auf die Straße gesetzt.

SEL (ITT)

Für 3.000 Beschäftigte in den Werken Westberlin, Dortmund, Stuttgart und Gunzhausen ist Kurzarbeit angemeldet; die Entlassungen von bisher 600 Beschäftigten sind bei den Arbeitsämtern angemeldet worden.

Loewe-Pumpenfabrik (ITT)

Als „Sparmaßnahme" der Lüneburger Fabrik werden im Zweigwerk Hitdorf bei Düsseldorf 58 Arbeiter entlassen.

A. Emmelmann, Karosseriewerk, Hannover

In dem von MAN kontrollierten Werk werden die 200 Beschäftigten entlassen. Das Werk schließt. MAN hat den Entlassenen „angeboten", in seinen Werken Salzgitter und Braunschweig zu arbeiten.

Menzenbach KG, Walsum

Die Firma ist pleite. 700 Beschäftigte der Elektroindustrie-Montagefirma haben seit acht Wochen keinen Lohn mehr erhalten.

Fenestra – Crittal, Düsseldorf

Die Firma, die vor allem Stahlfenster produzierte, schließt. 300 Beschäftigte werden entlassen.

Otto Kleyer KG, Minden

Der Hersteller für Stahl- und Alu-Schwimmbecken ist pleite. 130 verbliebene (von ehemals 400) Beschäftigte sind entlassen.

Haas & Sohn, Sinn

Weitere Entlassungen wurden von dem Kühlschrank-Produzenten angekündigt. 400 der 1.500 Beschäftigten sind davon betroffen, nachdem bereits Ende letzten Jahres 450 entlassen wurden. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

Forts.: Stahlindustrie — **Der Kampf gegen den großen Lohnraubfeldzug beginnt**

boom, die ungeheuren Profite der Stahlindustrie, die nach wie vor gut laufende Stahlkonjunktur (im Gegensatz zu anderen Bereichen der Metallindustrie), können in den Überlegungen der „Sozialpartner", welches Kampfzentrum sie wählen, eine wichtige Rolle spielen. Mit solchen Argumenten wählten die IGM-Führer beispielsweise Anfang 1974 das Unterwesergebiet zum Streikzentrum) wegen der guten Auftragslage im Schiffbau).

In der Rheinstahl-Resolution (siehe Kasten) wird aber auch die sozialdemokratische Linie deutlich, die unter den kampfentschlossenen Gewerkschaftern vorherrscht. So wird neben den steigenden Preisen auch die Boom-Situation der Stahlindustrie als ausschlaggebend für die Höhe der Forderungen benannt. Dieselbe Argumentation benutzen bekanntlich die Gewerkschaftsführer, um umgekehrt Krisensituationen, Flauten, schlechte Auftragslage etc. als notwendige Überlegungen zu propagieren, was beispielsweise in den Metall-Verhandlungen ganz sicher in den Mittelpunkt der Diskussion um die Forderungen gerückt wird. Hier haben wir Kommunisten die Pflicht, ausschließlich die Interessen der Arbeiterklasse und ihre Kampfkraft zum Gradmesser von Forderungen und Kampfzielen zu machen und allen Versuchen, die Arbeiterinteressen an das berüchtigte „Gemeinwohl" zu binden, entgegenzutreten.

Die sozialdemokratische Linie findet sich auch in der Art der Forderung wieder: ein Teil linear, ein Teil prozentual. Das zeigt einerseits, daß es den Gewerkschaftsführern nicht gelungen ist, ihre massive Stimmungsmache gegen lineare Forderungen („kommunistisch", „gleichmacherisch" etc.) vollständig durchzusetzen. Doch die Begründung für die Art der Forderung, sowohl den unteren, als auch den oberen Lohngruppen entgegenzukommen, verdeutlicht, daß nicht die Überwindung der Lohnspaltung als Ziel gesetzt wird, sondern daß die linkssozialdemokratische Formel dominiert, die Lohndifferenzen nicht zu groß werden zu lassen. Auch hier müssen wir entschieden lineare Lohnforderungen propagieren, um die Spaltung in den eigenen Reihen zu überwinden und das gemeinsame Handeln herzustellen. ●

Metall-Komitee
KB/Gruppe Hamburg

GEW nach Mainz: Das letzte Wort müssen die Mitglieder haben Teil 2

Wie bereits im letzten AK berichtet, versuchen die Führer der „Gewerkschaft Erziehung und Wissenschaft" zur Zeit, auf kaltem Wege noch bestehende demokratische Rechte innerhalb der GEW zu zerschlagen. Als Instrument dient ihnen dazu eine auf dem Bundeskongreß der GEW Anfang Juni in Mainz verabschiedete Satzungsänderung. Da die Mehrzahl der Delegierten dieses Kongresses nicht gewählt wurde, sondern aus regionalen Gewerkschaftsführern bestand, die sich selbst als Delegierte ernannt hatten, konnten auf dem Kongreß Beschlüsse nach dem Geschmack der Gewerkschaftsfürsten gefaßt werden, die in den einzelnen Landesverbänden nicht ohne weiteres die satzungsgemäß erforderliche 2/3-Mehrheit finden würden: so vor allem die obligatorische Einführung einer Vertreterversammlung als oberstes Organ in allen Landesverbänden (anstelle von zum Teil noch bestehenden „Hauptversammlungen" aller Mitglieder) und die Übertragung von Gewerkschaftsausschlußverfahren auf angeblich „neutrale" Schiedskommissionen, mit denen Ausschlüsse reibungsloser gehandhabt werden können.
Der langfristig bedeutsamste Punkt der neuen Bundessatzung aber ist die Abschaffung der Selbständigkeit der Landesverbände. Im neuen § 7 heißt es jetzt: „Als Gliederungen der GEW sind die Landesverbände verpflichtet, diese Satzung einzuhalten und die Beschlüsse der GEW durchzuführen." Das undemokratische Verfahren, mit dem die neue „Organisationsstruktur" der GEW auf dem Mainzer Kongreß durchgesetzt wurde, wird damit zum Prinzip innergewerkschaftlicher Arbeit überhaupt erklärt; die „Willensbildung" hat in Zukunft von oben nach unten zu erfolgen – die Basis wird nunmehr auch offiziell zum Befehlsempfänger der übergeordneten Gremien erklärt. Mit diesen Satzungsänderungen soll die GEW an das „normale" DGB-Niveau angepaßt werden.

Bislang ist die GEW ein Kartell aus 11 Landesverbänden, d.h.:„*die Landesverbände der GEW sind nicht verwaltungsmäßige Gliederungen einer für das gesamte Bundesgebiet zuständigen Zentrale, sondern selbständige und unabhängige Organisationen mit uneingeschränkter Zuständigkeit in den meisten verbandspolitischen und finanziellen Angelegenheiten, wozu auch der Erwerb der Mitgliedschaft gehört.*" (Kommission für eine Neustrukturierung der GEW, Drucksache 4 des Mainzer Kongresses.) Diese Organisationsstruktur entspricht der Tatsache, daß laut Grundgesetz ausschließlich die Bundesländer für das Schul- und Ausbildungswersen zuständig sind (Artikel 30, 70 und 74), in dem fast alle GEW-Mitglieder beschäftigt sind.

Die Begründung für die mit der neuen Satzung geplante Zentralisierung der GEW ist deshalb auch zu dürftig, um nicht den Verdacht zu wecken, da stecke etwas anderes dahinter:„*Bei dieser Tendenz zum Länderübergreifenden, zum Überregionalen* (gemeint ist eine Tendenz zur bildungspolitischen Zentralisierung in der BRD) *darf sich die Bundesorganisation nicht mehr allein auf Koordinierung . . . beschränken, sondern sie muß in ihrer Struktur und in ihrer Organisationsform diese Aufgaben wahrnehmen können – ohne Satzungsverstoß (!) oder Satzungsbruch (!!!).*" („Erziehung und Wissenschaft", 2/74)

Des Pudels Kern

Des Pudels Kern

Welche Aufgaben die GEW in Zukunft bundesweit „ohne Satzungsbruch" tatsächlich wahrnehmen will, verrät der Hamburger GEW-Vorsitzende nach Verabschiedung der neuen Satzung in Mainz ganz unverblümt: „*Wenn die GEW ihre Handlungsmöglichkeiten voll verwirklichen will, so kann das nur geschehen, wenn sie ein Organisationsgerüst besitzt, mit dem sie gewerkschaftsfeindliche Gruppen oder solche, die die GEW für ihre Zwecke einspannen wollen, in Schranken weisen kann, und wenn sie Mindestbedingungen einheitlichen Handelns gewährleisten kann.*" (D. Wunder in „Die Mainzer Beschlüsse – Grundlage für eine erfolgreiche Weiterarbeit der GEW", „HLZ" 10/74).

Eigentlicher Zweck der Mainzer Beschlüsse – Abschaffung der Autonomie der Landesverbände, Abschaffung der Mitgliederversammlung in Hamburg, Einführung von Schiedskommissionen etc. – ist also, **mit Hilfe von organisatorischen Maßnahmen eine bessere Kontrolle über die Mitglieder zu erhalten,** d.h. ihre noch vorhandenen demokratischen Rechte zu zerschlagen und sie gegebenenfalls aus der GEW zu schmeißen. Und unter „Mindestbedingungen einheitlichen Handelns" ist im Klartext strammer Antikommunismus bei allen GEW-Mitgliedern zu verstehen.

Auch in der Vergangenheit haben die GEW-Fürsten z.B. in Hamburg diesen politischen Kurs gefahren und, wo sie nur konnten, die Mitglieder für ihre gewerkschaftsfeindlichen Ziele eingespannt – nur ging das eben nicht „ohne Satzungsverstoß oder Satzungsbruch", wie die GEW-Führung ja selbst bemerkt. Gerade im letzten halben Jahr häuften sich in Hamburg diese Schweinereien (vgl. AK 39, 40), nicht ohne Empörung und Widerstand bei den Mitgliedern auszulösen.

Mit der neuen Bundessatzung soll nun diese Praxis der Gewerkschaftsführer „legalisiert" werden.

Für diese Entmündigung der Mitglieder und Formierung der Gewerkschaft würde der Vorstand keine Mehrheit unter den Mitgliedern finden. Der Hamburger Vorstand weiß das auch aus eigener Erfahrung: trotz massiver antikommunistischer Hetze hat er es im April 73 nicht geschafft, mit der erforderlichen 2/3-Mehrheit die Hauptversammlung zugunsten einer Vertreterversammlung zu liquidieren. Auch die ersten von ihm betriebenen Gewerkschaftsausschlüsse haben die Mitglieder nicht bestätigt. (vgl. AK 39)

GEW-Führer versuchen, Mitglieder übers Ohr zu hauen

Aus diesen Erfahrungen hat die Gewerkschaftsführung (zu Recht!) geschlossen, daß eine Formierung der GEW nicht mit Zustimmung der Mitglieder möglich ist, sondern daß zu diesem Zweck das Mittel des Betrugs, ja des Bruchs der bestehenden Satzungen notwendig ist. Erster Teil dieses Manövers war der Mainzer Bundeskongreß und die auf ihm durchgedrückten Änderungen der Bundessatzung.

Der zweite Teil des Plans beginnt mit der Behauptung der Gewerkschaftsführer, die Mainzer Beschlüsse seien jetzt schon **unmittelbar geltende** Bestandteile der einzelnen Landessatzungen – die Mitglieder der einzelnen Landesverbände werden also vor angeblich „vollendete Tatsachen" gestellt.

Suggestiv schreibt der Hamburger Landesvorstand:„*Dieser § 7, der vom Moment (!) seiner Annahme in Mainz geltendes Satzungsrecht darstellt, bedeutet für Hamburg: seit Mainz gibt es keine Hauptversammlung mehr, wenn wir uns nicht selbst aus der GEW ausschließen wollen (!)*" („HLZ" *geltendes Satzungsrecht darstellt, bedeutet für Hamburg: seit Mainz gibt es keine Hauptversammlung mehr, wenn wir uns nicht selbst aus der GEW ausschließen wollen (!)*" („HLZ" 10/74).

Hier wird schlichtweg gelogen: die Mainzer Beschlüsse sind nicht Satzungsrecht für die einzelnen Landesverbände, solange diese nicht nach dem in ihrer Satzung vorgeschriebenen Verfahren dem zugestimmt haben! Der Unterschied Landesverbände – Bundesorganisation wird hier einfach unterschlagen und der Akt der Abstimmung auf dem Kongress zum „Schicksalsschlag" für die Hamburger Mitglieder gemacht.

Tatsächlich ist der Versuch der Landesvorstände, über die Mainzer Beschlüsse die einzelnen Landessatzungen mit einem Streich zu ändern, ein klarer Bruch aller bestehenden GEW-Satzungen. Denn nach bestehendem Recht können nur die einzelnen Landesverbände selbst ihre Satzungen ändern und sonst niemand.

In Hamburg z.B. müssen laut Satzung 2/3 der bei einer Hauptversammlung (!) anwesenden Mitglieder einer Satzungsänderung zustimmen (§ 55 der Hamburger Satzung).

Diese Regelung entspricht noch am ehesten dem bürgerlichen Vereinsrecht, nach dem für Satzungsänderungen die Zustimmung von **„dreiviertel (!) der erschienenen Mitglieder erforderlich"** ist (BGB § 33,1). In den übrigen Landesverbänden ist das Recht jedes Mitglieds, unmittelbar über die Satzung mitzuentscheiden, dadurch schon ausgehöhlt, daß nur 2/3 der jeweiligen **Vertreterversammlung** zur Satzungsänderung nötig sind.

Dieser Verpflichtung, die Satzungsänderungen gemäß den in den einzelnen Landesverbänden vorgesehenen Bestimmungen in der Vertreterversammlung bzw. Hauptversammlung zur Abstimmung zu stellen, wollen sich die GEW-Führer mit dem Hinweis auf die ‚vollendeten Tatsachen' des Mainzer Kongreß entziehen. Und so behaupten die GEW-Führer frech: „*Hamburg seit Mainz ohne Hauptversammlung*" („HLZ" 10/74).

Wer dennoch an dieser „Autorität" zu zweifeln wagt, dem wird mit Gewerkschaftsausschluß gedroht:„*Wer jetzt alles daran setzt, die Mainzer Ergebnisse in Frage zu stellen, sie umzuinterpretieren (!!!) und 1977 rückgängig zu machen, der lenkt die GEW in einer bildungspolitisch kritischen Situation von ihren Aufgaben ab.*" („HLZ" 10/74) Wenn dieses „Argument" nicht überzeugend ist!!

Kampf um die innergewerkschaftliche Demokratie

Viele Kollegen, gerade unter den aktiveren, haben sofort nach Mainz begonnen, „das Beste aus der Sache zu machen". Sie argumentieren, die Beschlüsse seien nun mal gefaßt – ohne einen Gedanken über die Rechtmäßigkeit und Bedeutung dieser Beßigkeit und Bedeutung dieser Beschlüsse zu verlieren – und jetzt müsse man „im Rahmen der vorgegebenen Satzung" möglichst viel an Demokratie herausholen. Häufig ist auch zu hören, wenn man nicht vor Mainz die Kraft gehabt habe, die neue Satzung zu verhindern, so müsse man sie jetzt halt akzeptieren. Bestenfalls könne man auf der nächsten Bundesvertreterversammlung 1977 die Satzung wieder ändern.

So ehrlich sich diese Kollegen auch um eine fortschrittliche Ausrichtung der GEW bemühen mögen, mit den angeführten Argumenten unterstützen sie objketiv das Vorgehen des Vorstands und schwächen den demokratischen Widerstand gegen die geplante Entmündigung der GEW-Basis.

Diese Kollegen haben zwar recht, wenn sie sofort versuchen, auf die „neue Satzung" Einfluß zu nehmen. Zweifellos ist es unbedingt erforderlich, mit den GEW-Führern sozusagen um jeden Zentimenter bei der „Interpretation" und Umsetzung der „neuen Satzung" zu kämpfen.

Aber wir bezweifeln, daß dieser Kampf Erfolg hat, wenn man gleichzeitig widerstandslos bereit ist, die „Tatsachen", die die Gewerkschaftsführer geschaffen haben, anzuerkennen. Wenn nicht die Masse der Kollegen das wahre Ziel der Mainzer Beschlüsse und ihr völlig undemokratisches Zustandekommen erkennt, werden die demokratischen Kräfte in der GEW in der Auseinandersetzung um die Verwirklichung der „neuen Satzung" gegenüber dem Vorstand den Kürzeren ziehen.

Die Kollegen, die meinen, jetzt sei es zu spät, „man hätte v o r Mainz . . .", vergessen, daß es gerade die völlig undemokratische Taktik des Vorstandes war, die Mitglieder in Mainz mit der neuen Satzung zu **überfallen,** und daß die Mitglieder sowieso kaum in Mainz vertreten waren, da die des Vorstandes war, die Mitglieder in Mainz mit der neuen Satzung zu **überfallen,** und daß die Mitglieder sowieso kaum in Mainz vertreten waren, da die Zusammensetzung des Kongresses vom Vorstand manipuliert war. Der ganze Coup war doch so angelegt, daß die Mitglieder erst mal keine Chance hatten, ihn zu verhindern. Wer aber daraus folgert, man dürfe jetzt nicht kämpfen, rechtfertigt damit nachträglich das Vorgehen des Vorstands und kriecht seinem „Legalismus" auf den Leim.

Falsch liegen auch die „Realpolitiker" unter den GEW-Kollegen, die meinen, es komme v o r a l l e m darauf an, „möglichst viel an Demokratie aus der Satzungsänderung herauszuholen". Zu diesen „Realpolitikern" gehören – wie zu erwarten – auch die dem KBW nahestehenden Kollegen. Den Kampf um die Demokratie in der Gewerkschaft von vornherein auf die taktische Frage „wie kommen wir am besten mit der neuen Satzung aus? ", zu **beschränken, bedeutet Kapitulation vor den Rechtsbrüchen des Vorstands.**

Zudem ist es eine gefährliche Illusion anzunehmen, die Mitglieder könnten ein demokratisches Wahlverfahren z.B. für die in Mainz dekretierte „Delegiertenversammlung" durchsetzen, wenn sie vorher gegen das undemokratische Zustandekommen der „neuen Satzung" nicht alle ihre Kräfte aufaufgeboten haben. Umgekehrt wird ein Schuh daraus: je stärker die Mitglieder auf eine demokratische und rechtmäßige Entscheidung über die Satzungsänderung bestehen und sie auch durchsetzen - d.h. also für Hamburg: **Abstimmung über alle Satzungsänderungen auf einer Hauptversammlung**-, umso eher werden sie auch, falls sie sich für eine „Vertreterversammlung" entscheiden, eine demokratische Zusammensetzung und ein ihren Interessen dienendes Wahlverfahren für diese Vertreterversammlung durchsetzen können.

Für illusionär halten wir es auch, auf Zugeständnisse des Vorstandes zu spekulieren, sozusagen im Tausch für ein „großzügiges" Übersehen der Unverschämtheiten des Vorstands. Jede Politik, die auf solche „Zugeständnisse" aus ist, wird nicht nur keinen Blumentopf gewinnen, sondern sie schwächt auch die Kampfkraft der demokratischen Kollegen. Jede Art dieser „Realpolitik", die nur „das Beste herausholen" will, führt zu einer Niederlage, zu einer Verschlechterung des Kräfteverhältnisses in der GEW.

Nicht verblüffen lassen !

Obwohl der Hamburger Landesvorstand eine offizielle Diskussion der Mainzer Beschlüsse bisher zu unterbinden versucht hat, besteht offenbar ein starker Widerstand in der Mitgliedschaft gegen den Abbau der innergewerkschaftlichen Demokratie, konkret gegen die einfach befohlene „Durchführung" der Mainzer Beschlüsse, so wie sie sich der Vorstand denkt. Das zeigte sich unerwartet deutlich auf der Vertrauensleuteversammlung vom 27.6. (vorletzter Schultag!). Dort lagen mehrere Anträge von Kreisvertrauensleutekonferenzen auf Einberufung einer Satzungs-HV vor – obwohl der Vorstand bereits erklärt hatte, es gebe keine Hauptversammlung mehr und er sei jetzt das allein beschlußfassende Organ.

Alle Anträge wurden dann zugunsten eines Antrages eines Mitgliedes der Fachgruppe Hochschulen zurückgezogen. Es heißt da:„*Die Vertrauensleuteversammlung der GEW Hamburg fordert den Vorstand auf, seinen Beschluß vom 25.6.74* (mit dem der Vorstand sich selbst zur letztentscheidenden Instanz erklärt hatte – Anm. AK) *unverzüglich zu revidieren und alle Schritte zu unterstützen, die von Organen der GEW Hamburg oder einzelnen Mitgliedern unternommen werden, um eine breite Meinungsbildung zu Satzungsfragen zu initiieren.* **Die Vertrauensleuteversammlung beantragt eine Hauptversammlung im Herbst dieses Jahres mit dem einzigen Tagesordnungspunkt Satzungsreform.**"

Als klar wurde, daß dieser Antrag eine deutliche Mehrheit in der Vertrauensleuteversammlung finden würde, war der Vorstand sichtlich betroffen über diese Einigkeit der demokratischen Kollegen. Es blieb ihm nichts anderes übrig, als wieder einmal die „Notbremse" zu ziehen: mit Unterstützung des DKP-Provokateurs Pit May (der hier gegen die Mehrheit seiner eigenen Parteigenossen agierte) zögerte er die Abstimmung solange hinaus, bis die Versammlung nicht mehr beschlußfähig war, da nach 22 Uhr nicht mehr abgestimmt werden darf. Über 80 Vertrauensleute forderten anschließend durch ihre Unterschrift eine neue Versammlung zum Thema „Mainz". den darf. Über 80 Vertrauensleute forderten anschließend durch ihre Unterschrift eine neue Versammlung zum Thema „Mainz".

Mittlerweile scheint auch sicher zu sein, daß Hamburger GEW-Mitglieder über eine Unterschriftenliste (es reichen laut Satzung 200 Unterschriften aus) eine Hauptversammlung zur Satzungsänderung einberufen und, falls notwendig, auch gerichtlich gegen den Vorstand erzwingen werden.

Wir halten es für richtig und notwendig, daß die GEW-Mitglieder mit allen ihnen rechtmäßig zur Verfügung stehenden Mitteln darauf bestehen, daß ausschließlich sie auf einer Hauptversammlung darüber entscheiden, ob und wie die Mainzer Beschlüsse Teil der Landessatzung werden oder nicht. Wir haben daher auch die bisherigen Schritte im Kampf für innergewerkschaftliche Demokratie unterstützt.

Allerdings scheinen uns im bisherigen Vorgehen einige gefährliche Inkonsequenzen zu stecken. So heißt es in der Begründung des zitierten Antrags auf Einberufung einer Satzungs-Hauptversammlung: „*Nach dem Mainzer Kongreß ist eine Anpassung (!) der Satzung des Landesverbandes Hamburg an die GEW-Bundessatzung erforderlich*" und an anderer Stelle „*die Bereitschaft zu einer Satzungsreform ist von nahezu allen Gruppen (?) ausdrücklich erklärt worden. Sowohl die Fachgruppe Gymnasien als auch die Fachgruppe Hochschulen . . . haben der Einführung einer Vertreterversammlung grundsätzlich zugestimmt . . . Der Vorstand sollte auf dieses deutliche Kooperationsangebot eingehen.*"

Zum einen ist es nicht wahr, daß „nahezu alle Gruppen" einer Vertreterversammlung zugestimmt hätten – die Fachgruppe Gymnasien hat noch nie darüber diskutiert! Die Argumente, die die Linken vor einem Jahr gegen eine Delegiertenversammlung gebracht haben, sind bisher von niemandem widerlegt oder zurückgenommen worden – wozu also das Entgegenkommen?

Wir halten es für falsch, ja undemokratisch, gerade in der Frage einer Vertreterversammlung – die vor einem Jahr von den Mitgliedern abgelehnt wurde! – der Entscheidung der Mitglieder auf einer Hauptversammlung auf diese Weise vorzugreifen. Wenn dann noch – sozusagen im Namen der Linken – dem Vorstand „Kooperation" angeboten wird, was praktisch auf eine Kooperation gegen die Interessen der Mitglieder hinausläuft, so widerspricht dies dem Kampfziel „innergewerkschaftliche Demokratie". Hier hat man wohl zu sehr auf taktische Vorteile spekuliert und dabei die Mitglieder der GEW völlig aus dem Auge verloren.

Zum anderen kann es doch nicht um eine „Anpassung" an die Mainzer Beschlüsse gehen, also um eine „Anpassung" an eine Politik der Unterdrückung der demokratischen Rechte der Mitglieder und der rechten Formierung der Gewerkschaft.

Welchen Sinn soll es haben, mit der Forderung nach einer Satzungs-Hauptversammlung auf demokratischen Rechten zu bestehen und gleichzeitig die Abschaffung dieser Rechte als notwendige „Anpassung" darzustellen ? Mit diesen Argumenten verhindert man doch gerade die Mobilisierung der Mitglieder zur Teilnahme an der gewerkschaftlichen Auseinandersetzung. Auch wenn man glaubt, daß nicht mehr drin ist als „Anpassung", so ist es dennoch notwendig, den undemokratischen Inhalt der neuen Satzungsbestimmungen und die brutale Machtpolitik, mit der sie durchgepeitscht werden sollen, anzugreifen. Andernfalls besteht überhaupt nicht die Chance, den Widerstand in der Mitgliedschaft gegen die gegenwärtig praktizierte Gewerkschaftspolitik soweit zu entwickeln, daß sich das Kräfteverhältnis einmal entscheidend ändert.

Hauptversammlung oder Vertreterversammlung ?

Das opportunistische Einschwenken mancher fortschrittlicher Kollegen auf den Vorstandskurs in der Frage einer Vertreterversammlung macht eine Diskussion dieser Frage keineswegs überflüssig !

Wir sehen nirgends ein Argument, daß überzeugend für die Abschaffung der Hauptversammlung spricht. Wenn GEW-Vorsitzender Frister die Hauptversammlung als „undemokratisch" diffamiert, weil dort ja nur die „aktiven" Kollegen ihre Mitgliederrechte wahrnehmen, so scheint uns das gerade für die Hauptversammlung und die mit ihr gegebene Möglichkeit, die Basis zu mobilisieren, zu sprechen. Eine von der Basis abgehobene Funktionärs„demokratie" wird selbst dann nicht besser, wenn in ihr Linke die Mehrheit haben – worauf einige Kollegen anscheinend spekulieren ! Eine von der Basis abgehobene Funktionärs„demokratie" wird selbst dann nicht besser, wenn in ihr Linke die Mehrheit haben – worauf einige Kollegen anscheinend spekulieren !

Zum stillschweigenden Fallenlassen der Hauptversammlung haben sicherlich die schlechten Erfahrungen auf Hauptversammlungen im letzten Jahr beigetragen. Hier geht offensichtlich die Rechnung des Vorstandes auf, der diese Hauptversammlungen durch systematische Provokationen chaotisiert hat – um zu „beweisen", wie schlecht die Hauptversammlung funktioniert. Es ist aber eine Illusion, mit besseren Erfahrungen auf einer Vertreterversammlung zu rechnen, zumindest bei dem gegenwärtigen Kräfteverhältnis in der Gewerkschaft.

Wenn sowohl die Gewerkschaftsführer als auch einige Linke in der GEW sich von der Vertreterversammlung politische Vorteile versprechen – dann ist offensichtlich eine der beiden Kalkulationen falsch und geht nicht von den Realitäten aus. Wir vermuten stark, daß die GEW-Bosse realistischer sind!

Die Bedingungen für ein Durchkreuzen der Pläne der Gewerkschaftsführer scheinen uns in Hamburg am günstigsten zu sein: die Unrechtmäßigkeit des Vorstandsbeschlusses vom 25.6. – die Hauptversammlung für nicht mehr existent und gleichzeitig den Vorstand für allein handlungsfähig zu erklären – liegt auf der Hand. In seiner Unverfrorenheit hat hier der Hamburger Vorstand allzu sehr auf jeden Anschein der Rechtmäßigkeit verzichtet und pure Machtpolitik demonstriert. Allerdings müssen die Mitglieder auf der Feststellung dieser Unrechtmässigkeit bestehen – von alleine werden sie ihr Recht nicht erhalten.

Wir meinen, daß ausgehend von Hamburg tatsächlich die Chance besteht, in der gesamten GEW die Mainzer Beschlüsse zu Fall zu bringen. Das würde eine reale Demokratisierung des innergewerkschaftlichen Lebens bedeuten. Dieses Ziel scheint uns unbedingt den Versuch wert zu sein. ●

Bündniskommission des KB/ Gruppe Hamburg



Göttingen/Holtenser Berg:

Ein Beispiel für den „sozialen Wohnungsbau" im Kapitalismus

In den letzten Jahren – besonders 1973 – hat sich die Wohnungssituation der Arbeiterklasse und der gesamten Bevölkerung mit niedrigem Einkommen weiter verschlechtert: auf der einen Seite werden billige verkehrsgünstig gelegene Altbauwohnungen „wegsaniert", um Büros, Geschäften oder Eigentumswohnungen Platz zu machen. In Göttingen z. B. haben wir statt Wohnungen jetzt Hertie und die Gothaer Versicherungen in der Innenstadt, damit Göttingen zu einer „Einkaufsmetropole in Südniedersachsen" wird. Auf der anderen Seite werden kaum noch Sozialwohnungen gebaut wegen Kürzung der öffentlichen Mittel bei einem enormen Anstieg der Bau- und Bodenpreise. Die Mieten im sozialen Wohnungsbau aber steigen immer mehr, mittlerweile müssen viele Arbeiter schon die Hälfte des Lohns für Miete ausgeben. Dann liegen diese Neubaugettos meistens verkehrsungünstig am Stadtrand; soziale Einrichtungen (wie Kindergärten, Jugendzentren, Altentreffpunkte, Krankenhäuser usw.) fehlen, und die Bewohner haben oft jahrelang unter Baudreck und Baulärm zu leiden. Unter diesen Bedingungen sind in vielen Städten Mieterinitiativen entstanden, die angefangen haben, einen Abwehrkampf gegen die dauernde Verschlechterung ihrer Lebensbedingungen zu führen. In den meisten Fällen ist es jedoch gelungen, diesen Mieterbewegungen die Spitze zu brechen durch Hinhalten in Verhandlungen mit der Stadtverwaltung, den Wohnungsbaugesellschaften und den Parteien oder durch kleine Zugeständnisse. Dort, wo das nicht mehr gelingt und die Bewegung gegen Wohnungsnot und Wohnraumzerstörung relativ breit ist wie z. B. im Frankfurter Westend (s. AK 42), versuchen Stadt-Bürokratie, bürgerliche Parteien und Polizei, die fortschrittlichen Kräfte durch ideologische Hetze in den bürgerlichen Zeitungen zu isolieren und die Bewegung brutal zu zerschlagen. Durch Demonstrationsverbote und Ausbau der Polizei und des Bundesgrenzschutzes soll von vornherein verhindert werden, daß die Arbeiterklasse daran geht, in allen gesellschaftlichen Bereichen den Kampf gegen die Kapitalistenklasse aufzunehmen.

In Göttingen auf dem Holtenser Berg – einem Neubauviertel im sozialen Wohnungsbau mit ca. 3.500 Bewohnern – versucht seit einem Jahr eine Mieterinitiative, der Mieterkreis Holtenser Berg, ein gemeinsames Vorgehen der Mieter gegenüber Stadt und Städtischer Wohnungsbaugesellschaft zu erreichen. Dabei sind entscheidende Fehler – besonders von den Kommunisten – gemacht worden. Aus ihnen müssen wir lernen.

Die Lage der Mieter auf dem Holtenser Berg

Der Holtenser Berg, eine Siedlung im Sozialen Wohnungsbau, ca. 5 km von der Stadtmitte entfernt, wurde ab 1967 bebaut – großkotzig als „Demonstrativbauvorhaben des Bundesministers für Raumordnung und Städtebau" angekündigt. Die Bauleitung hatte die 'Niedersächsische Heimstätte'; Bauherr war die Städtische Wohnungsbau GmbH Göttingen, eine stadteigene, „gemeinnützige" Wohnungsbaugesellschaft , und die 'Volksheimstätte'.

Von Anfang an war die Unruhe unter den Mietern sehr groß: wegen Baudreck und Baulärm, wegen fehlender Kindergärten (erst seit 1973/74 gibt es zwei) und schlechter Spielplätze, und weil es zunächst kein Einkaufszentrum gab. Außerdem liegt die Siedlung ziemlich dicht an der Autobahn Hannover-Kassel und seit Herbst 1973 ist der neue Autobahnzubringer eröffnet, der direkt (in 5 m Abstand) an den ersten Häuserblocks der Europaallee vorbeigeht. Der Lärm ist unerträglich, die Wohnungen haben nicht einmal Doppelfenster. Im April 1974 ist zwar ein 3 m hoher Erdwall direkt vor den Häusern aufgeschüttet worden, aber der bringt natürlich keinen Lärmschutz.

Jetzt streiten sich die NILEG (ehemals Niedersächsische Heimstätte) und die Stadt darum, wer Schuld an dieser Fehlplanung hat und den notwendigen Lärmschutz bezahlen soll. Vor allem aber die Mieten im „sozialen" Wohnungsbau machen fast allen Mietern stark zu schaffen: seit 1969 haben sie sich schon viermal erhöht. Mittlerweile kostet eine 4-Zimmerwohnung von 86 qm DM 471,– mit Heizung (1968 noch DM 355,–). (In den Großstädten sind die Mieten zwar noch höher aber in Göttingen sind die Löhne auch niedriger.) Die meisten Mieter sagen, das sei doch nicht mehr „sozial". Dagegen argumentieren der Stadtrat und die Städtische Wohnungsbau mit der „Kostenmiete": Es gibt keine festen Richtsätze mehr für die Mieten, sondern sie richten sich nach den Bau- und Instandhaltungskosten. Jede Erhöhung – vor allem die Erhöhung der Hypothekenzinsen durch die Banken – wird auf die Mieter abgewälzt. Der „soziale" Wohnungsbau dient also dazu, die Profite der Baukapitalisten und Banken zu sichern. Und schließlich bedeutet die „Kostenmiete" durchaus nicht, daß die Wohnungsbaugesellschaft keinen Profit macht: Es ist lediglich festgelegt, daß sie nur 4% Gewinn ausschütten darf, während der restliche Gewinn neu investiert werden muß.

Der Profit ist verschleiert in Kosten wie „Mietausfallwagnis", „Instandhaltungskosten" usw. Die Städt. Wohnungsbau hatte 1972 Rücklagen und Rückstellungen von ca. 4 Mio. DM, und sie hat beispielsweise in Göttingen-Geismar 24 Eigentumswohnungen gebaut. Wovon wohl?

Die Neue Heimat ist immerhin mit dem Prinzip der „Kostenmiete" die größte Wohnungsbaugesellschaft Europas geworden. Die Arbeiterklasse aber bezahlt die Wohnungen doppelt und dreifach: zuerst bauen die Arbeiter die Häuser, dann werden aus ihren Steuermitteln die Darlehen und Zuschüsse für den „sozialen" Wohnungsbau finanziert (ebenso das Wohngeld) und dann dürfen sie auch noch ein Drittel bis die Hälfte des Lohns für die Miete draufzahlen. Eine andere Wahl als teure Sozialwohnungen haben die Mieter kaum: die Göttinger Wohnsituation ist katastrophal. 2000 Menschen stehen allein auf der Warteliste für Sozialbauwohnungen. Die Hausbesitzer in der Innenstadt reißen lieber die billigen Wohnungen ab oder machen Studentenzimmer daraus – nach dem Motto: Familien raus, Studenten rein, – weil das mehr einbringt.

Dazu kommt noch die Belegungspraxis bei Sozialbauwohnungen:

- die Stadt hat ein Belegungsrecht für städtische Angestellte;
- einige Betriebe, wie z.B. das Max-Planck-Institut haben Wohnungen gemietet
- Leute mit „Eigenmitteln" bekommen bevorzugt eine Wohnung.

Das sind ganz bewußt eingesetzte Mittel, um eine „gesunde soziale Mischung" der Siedlungen zu erreichen und damit reine Arbeiterviertel zu verhindern. Diese Methode wurde von Anfang an beim Aufbau des „sozialen" Wohnungsbaus nach 45 angewandt, weil die Kapitalisten aus den Erfahrungen der Weimarer Republik gelernt hatten und die reinen Arbeiterviertel als „Unruheherde" kannten.

Was auf sie zukommt, haben die meisten Mieter beim Einzug auf dem Holtenser Berg nicht gewußt: nicht nur ständig steigende Mieten, sondern auch fehlende soziale Kontakte und Isolation. In den alten Wohnvierteln kannten sich die Mieter zum Teil schon über Jahrzehnte und konnten sich gegenseitig helfen. Jetzt haben sie zwar besser ausgestattete Wohnungen, dafür aber kennen sich die Leute in den Hochhäusern kaum. Die Wohnungen sind außerdem teilweise so hellhörig, daß es leicht zu Streit zwischen den Mietern kommt. Besonders zwischen den Rentnern und den kinderreichen Familien besteht eine tiefe Spaltung, die auf jeder Mieterversammlung zum Ausdruck kommt.

Die Ursachen dieser Spaltung liegen darin, daß im Kapitalismus die Häuser nicht nach den Bedürfnissen der Mieter, sondern nach den Profitinteressen gebaut werden.

Den „Luxus" des Wohnens im „sozialen" Wohnungsbau muß sich die Arbeiterfamilie mit dauernden Überstunden, Mütterarbeit, ungenügender Betreuung der Kinder usw. erkaufen. Die Schichtarbeit, Hausarbeit und Familienpflichten und vor allem die totale Überarbeitung machen ein Zusammenkommten der Mieter sehr schwierig und erst recht eine kontinuierliche Arbeit.

Im folgenden soll an einigen Beispielen die Arbeit des Mieterkreises



untersucht werden und dabei besonders die Politik der „Göttinger Betriebszeitung" (eine kommunistische Gruppe, die inzwischen zum KBW gehört) und unser eigenes zaghaftes, unselbständiges Herangehen kritisiert werden.

Von uns aus wurde bis vor kurzem keine selbständige Stadtteilarbeit (Verkauf des ARBEITERKAMPF, eigene Untersuchungsarbeit) am Holtenser Berg gemacht. Auch die GBZ beschränkte sich fast nur auf eine Arbeit im Mieterkreis. Der Mieterkreis selbst versuchte in der Hauptsache, über die Organisierung von Mieterversammlungen und durch Flugblätter ein gemeinsames Vorgehen gegen die dauernden Mieterhöhungen zu erreichen.

Der offene Brief

Ausgangspunkt für die Gründung des Mieterkreises war die erneute Mieterhöhung vom 3.4.1973, die mit der Erhöhung der Hypothekenzinsen durch die Städtische Sparkasse, Erhöhung der Betriebskosten und Erhöhung der Wasserpreise durch die Stadtwerke begründet wurde. Das waren bei einer 4-Zimmerwohnung z.B. DM 25,–. Die „Göttinger Betriebszeitung" (GBZ) rief in einem Extraflugblatt dazu auf, sich diese Mieterhöhung nicht mehr gefallen zu lassen, eine Versammlung einzuberufen und ein Aktionskomitee zu gründen. Einige Mieter (Arbeiter, Angestellte, Studenten) setzten sich daraufhin mit der GBZ zusammen und schrieben ein Flugblatt, auf dem die Mieterhöhung für unberechtigt erklärt wird und die Mieter befragt werden, ob sie mit der Mieterhöhung einverstanden sind. Der größte Teil der Mieter der städtischen Wohnungsbau war nicht einverstanden mit der Erhöhung. Der Mieterkreis rief zu einer Vollversammlung auf, zu der ca. 75 Mieter kamen. Dort wurden folgende Forderungen aufgestellt:

1. sofortiger Mietstopp, keine weiteren Mieterhöhungen mehr;
2. sofortige Aufhebung der 5- und 15-Jahresklausel im Mietvertrag;
3. mehr Sozialwohnungen;
4. nicht eine Kostenmiete, sondern eine Miete, die sich nach dem Einkommen richtet, ist sozial;
5. Wahl eines Mieterrates, der die tatsächliche Interessenvertretung der Mieter ist. Der Mieterrat muß sich eine eigene Satzung geben können.
6. als Nebenforderungen wurden aufgestellt: mehr soziale Einrichtungen, z.B.
   Aufstellen von Ruhebänken für ältere Leute;
   mehr und qualitativ bessere Kinderspielplätze;
   Überdachung der Bushaltestelle.

Es wurde beschlossen, einen offenen Brief an die Städtische Wohnungsbau, das Sozialministerium und und die Parteien zu schreiben, der von möglichst vielen Mietern des Holtenser Berges unterschrieben ist, und einen Infostand am Holtenser Berg zu machen. Gleichzeitig wurde der Mieterkreis um mehrere Mieter erweitert und von der Vollversammlung dazu aufgefordert, den offenen Brief zu formulieren und den Infostand und die Öffentlichkeitsarbeit zu machen. Die Unterschriftensammlung hatte ziemlichen Erfolg: von den 685 Mietparteien des Holtenser Berges unterschrieben ca. 500 den offenen Brief. Aber die Arbeit mit dem offenen Brief fehlte. Es reicht ja nicht, Forderungen an die Wohnungsbau und die Parteien zu stellen, die von 500 Mietern unterstützt werden, sondern es kommt gerade darauf an, an den Interessen der Mieter eine breite politische Diskussion über die Ursachen der dauernden Mietsteigerungen, die Funktion des „sozialen" Wohnungsbaus und die Politik der bürgerlichen Parteien zu entwicklen. In diesen Fragen im Mieterkreis und unter den Mietern politische Klarheit zu schaffen, wäre insbesondere die Aufgabe der Kommunisten gewesen, auch gegenüber der Angst einiger Mieter, der Mieterkreis könnte „zu politisch" werden und sich damit isolieren. Dagegen hätten wir anhand der Erfahrungen mit dem offenen Brief zeigen müssen, daß unser Gegner (die Wohnungsbau, der Rat, die Parteien) Politik machen, und zwar gegen die Mieter, und daß die Isolation so einer Mieterinitiative nur durch Information über jeden kleinen Schritt, durch eine breite Einbeziehung der Mieter in die Arbeit und die Initiierung von Hausversammlungen, Gespräche mit den Nachbarn usw. zu überwinden ist.

Wie die SPD die Interessen der Mieter vertritt

Die Wohnungsbau antwortete auf den Offenen Brief mit dem lapidaren Hinweis, daß die Mieten durch das Wohngeld im wesentlichen „einkommensgerecht" seien. (Ein Hohn bei den niedrigen Wohngeldsätzen, abgesehen davon, daß das Wohngeld eine Profitsicherung für die Hausbesitzer ist).

Die SPD lehnte die Forderung nach einkommensgerechter Miete rundweg ab, bot aber ein Gespräch mit dem Mieterkreis über „Mitbestimmung" an. Der Mieterkreis soll ein „Modell für Mietermitbestimmung" entwickeln und sich daran totlaufen. Diese Taktik der SPD zu enthüllen, wäre Aufgabe der Kommunisten gewesen.

Im Mieterkreis selbst herrschte ziemliche Hilflosigkeit. Es wurde hin und her diskutiert: wie können wir mehr Mieter ansprechen? In jedem Flugblatt stehen Appelle wie: „*Gemeinsam sind wir stark*", „*nur wenn wir weiterhin zusammenhalten, können wir etwas erreichen.*" Die spontane Bewegung unter den Mietern ging aber schon wieder zurück: auf der zweiten Mieterversammlung waren nur noch 50 Mieter.

Nach einer kontroversen Diskussion stimmte der Mieterkreis dem Gespräch mit der SPD zu – allerdings nur offen vor den Mietern und über die Forderungen des Offenen Briefes. Es zeigte sich, daß der Mieterkreis keine einheitliche politische Perspektive entwickelt hatte. Natürlich sind die politischen Vorstellungen in so einem Gremium sehr unterschiedlich, deshalb muß eine offene Auseinandersetzung an den Problemen der Mieter geführt werden und vor allem der Standpunkt der Arbeiterklasse zum Ausdruck gebracht werden, in diesem Fall über die Einschätzung der SPD. Wenn man aber wie die GBZ auf eigenständige Agitation und Propaganda verzichtet, leistet man entweder eine vollkommen abstrakte Kritik oder weicht opportunistisch zurück - aus Angst sich zu isolieren. Die Folgen: keine klare politische Vorbereitung der Diskussion, lediglich Sammlung von Einzelargumenten. Die SPD kam natürlich mit ihren Sachzwangargumenten wie „Kostenmiete" und versuchte, die Mieter durch eine akademische Diskussion über „volkswirtschaftliche Probleme" einzuschüchtern. Ihre besondere Taktik war die, jede Frage aus dem politischen Zusammenhang zu reißen, als Einzelproblem darzustellen und den Frager zu isolieren.

Schließlich entlarvte sich die SPD allerdings selbst, als Ratsherr Kahlweit sagte, eine am Einkommen des Hauptverdieners orientierte Miete sei ungerecht, dann würden die Familien, wo alle Familienmitglieder arbeiten, trotz des hohen Familieneinkommens eine niedrige Miete bezahlen. Dazu brachte er folgende Zahlenbeispiele: daß der Mann 2000 DM verdiente, die Frau 1500 DM. Daraufhin brach natürlich ein Strum der Empörung los: Es sollten sich mal alle melden, die soviel verdienten, woher Herr Kahlweit denn seine Beispiele nahm usw. Ein weiteres Beispiel arbeiterfeindlicher Unverschämtheiten war die Behauptung, die Frauen würden nicht wegen der hohen Miete arbeiten gehen, sondern weil sie sich emanzipieren wollten oder zu Hause nichts zu tun hätten. Diese Selbstentlarvung der SPD haben wir aber nicht aufgegriffen, um die Reformversprechen der SPD zu entlarven und den Zusammenhang zu ihrer Politik gegen die Arbeiterklasse aufzuzeigen. Die GBZ hat die Mieterversammlung nachträglich sogar in einen Sieg umgemünzt, Nr. 44: „*Holtenser Berg-Mieter entlarven SPD-Stadträte*". Der ganze Bericht geht auf die Schwierigkeit der Arbeit überhaupt nicht ein, sondern betreibt Jubelpolitik. Besonders bezeichnend ist die Selbsteinschätzung des Mieterkreises: „*Der Mieterkreis hat den Kampf der Mieter gut organisiert: er hat 3 Mieterversammlungen abgehalten. Er hat den Unmut der Mieter in einem Offenen Brief mit 6 Forderungen zum Ausdruck gebracht, der von fast allen Mietern unterschrieben ist und vor allem: er informierte die Mieter dauernd über seine Arbeit und macht ihnen immer wieder klar, daß nur durch gemeinsamen Kampf etwas zu erreichen ist. Weil er nicht losgelöst von den Mietern arbeitet, wird er auch von ihnen unterstützt. Die Mieter selbst verteilen Flugblätter und helfen bei der technischen Arbeit. Allerdings dürfen sie sich jetzt nicht einschläfern lassen von den schönen Worten von Herbert Rössig und den SPD-Stadträten.*" Hier zeigt sich der Ökonomismus der GBZ lupenrein: Anheizen der spontanen Bewegung, keine Einschätzung der konkreten Bedingungen, Hauptsache, es wird was gemacht, dann klappts schon. Schließlich verschleiert die GBZ völlig, daß der Mieterkreis meistens stellvertretend gehandelt hat und sich eben nicht auf die Mieter gestützt hat.

Die Politik der "Wohnungsbau": Mieter spalten – Mieter isolieren

Die Städtische Wohnungsbau hat von Anfang an versucht, die Arbeit des Mieterkreises zu verhindern. Sie ließ besonders unter den alten Leuten verbreiten, daß Leute, die im Mieterkreis mitarbeiten aus den Wohnungen fliegen. Als der Mieterkreis in der Wohnung der Kirchengemeinde zweimal in der Woche Mietersprechstunde abhielt, drohte sie der Kirche mit Kündigung wegen „Untervermietung". Auch der Bauwagen, den der Mieterkreis sich dann als Kontaktbüro beschafft hatte, wurde mit der Begründung, daß er auf dem Bau gebraucht würde, von der Baufirma weggeschafft. Er stand dann wochenlang unbenutzt herum. Schließlich schickte die Wohnungsbau am 12.7.73 einen Rundbrief an alle Mieter, in dem sie dem Mieterkreis Lügen, Unterstellungen und falsches Zahlenmaterial vorwarf. Durch „Argumente" wie, das Institut für Bauforschung sei zur Überwachnung eingeschaltet gewesen und die Baukosten seien durch öffentliche Ausschreibungen ermittelt worden, versuchte sie die Tatsache zu verschleiern, daß die Städtische Wohnungsbau über die „Kostenmiete" die Profite der Baukapitalisten mitfinanziert hat. Erst auf diesen Brief antwortete der Mieterkreis öffentlich, und kennzeichnete den Rundbrief der Wohnungsbau als Spaltungsversuch. Gegen alle anderen Angriffe der Wohnungsbau aber hatte der Mieterkreis nichts unternommen.

In einer Kritik an der Arbeit des Mieterkreises wurde ansatzweise erkannt, daß zu einer Verbreiterung der Basis notwendig ist, stärker an die Mieter heranzutreten, z.B. über Hausversammlungen und Gespräche mit den Nachbarn. Dieser Ansatz wurde nicht konsequent genug vorangetrieben, sodaß die Resignation über über die Zersplitterung der Mieter sich durchsetzte. Hier zeigt sich wieder, daß es falsch ist, sich als Kommunist auf eine Arbeit im Mieterkreis zu beschränken. Dadurch haben wir viele Mieter nicht erreicht und konnten die Lage der Mieter nur über die Teilnehmer des Mieterkreises einschätzen.

Auch andere richtige Ansätze in der Arbeit des Mieterkreises – wie eine Informationsveranstaltung zum neuen Wohngeldgesetz – wurden nur halbherzig angegangen und standen nicht im Zusammenhang einer kontinuierlichen Arbeit.

Die Erpressung der Ölkonzerne und die Heizkostenerhöhung

Einen neuen Aufschwung nahm die Arbeit des Mieterkreises im November 73, als die Städtische Wohnungsbau die Erpressung der Ölkonzerne zum Anlaß nahm, eine Heizkostenerhöhung um bis zu 50% anzukündigen, auch für die zu 80% mit Gas ➡

[redacted] beheizten Wohnungen auf dem Holtenser Berg. Auf diesen erneuten Angriff auf die Wohnbedingungen hin führte der Mieterkreis drei Mieterversammlungen zum Thema Heizkostenerhöhung durch. Es wurde versucht, über die Hintergründe der sogenannten Ölkrise Klarheit zu schaffen und Gegenmaßnahmen gegen die Heizkostenerhöhung zu beraten. Allerdings gab es in dieser Frage Kontroversen im Mieterkreis – besonders über die Notwendigkeit der politischen Diskussion: ein Teil der Mitarbeiter des Mieterkreises vertrat die Ansicht, daß es nur um die Miete ginge, die politischen Zusammenhänge wären vollkommen unwichtig. Diese Kontroverse wurde aber hauptsächlich zwischen den Intellektuellen im Mieterkreis diskutiert und führte nicht zu stärkerer Klarheit, sondern wurde als Geplänkel zwischen Intelektuellen aufgefaßt.

Zu den Mieterversammlungen kamen zwar weniger Mieter als im Sommer, sie waren sich aber z.T. darüber klar, daß es nichts hilft, Appelle an die anderen Mieter zu richten, mitzumachen, sondern daß die entschlossenen Mieter sich Maßnahmen überlegen müssen und die anderen Mieter dafür zu gewinnen. Als einzige Möglichkeit, überhaupt etwas durchzusetzen, wurde der Mieterstreik bzw. die Überweisung der Miete auf ein Sperrkonto diskutiert. Als erster Schritt hierzu wurde beschlossen, die Einzugsermächtigung zurückzuziehen. Diese beinhaltet nämlich, daß die Wohnungsbau berechtigt ist, jede Mieterhöhung automatisch vom Konto des Mieters abzubuchen, d.h. daß eine Mietverweigerung nicht möglich ist. Die Aktion zur Zurückziehung der Einzugsermächtigung wurde kollektiv durchgeführt. Die Mitarbeiter des Mieterkreises und andere Mieter des Holtenser Berges gingen durch alle Häuser mit zwei Unterschriftenlisten: a) zur Kündigung der Einzugsermächtigung b) zum Widerspruch gegen die Heizkostenerhöhung. Der Erfolg war recht gut: 157 Mieter zogen ihre Einzugsermächtigung zurück. Auch die Mieter der Volksheimstätte (eine andere Wohnungsbaugesellschaft auf dem HB) machten mit. Sie sollten sogar 100% mehr Heizkosten bezahlen.

Diese Aktion der Mieter wurde also etwas klarer und konsequenter durchgeführt als die Arbeit mit dem Offenen Brief.

Zeitweise kamen auch neue Mieter zum Mieterkreis. Diese positiven Ansätze – wie z.B. die Einbeziehung von anderen Mietern in die Arbeit – verführten allerdings zu einer Überschätzung der eigenen Kräfte und einer Unterschätzung der Wohnungsbau. Diese reagierte prompt mit einem Rundschreiben an alle Mieter, die die Einzugsermächtigung zurückgezogen hatten. Darin behauptete sie, daß etliche Mieter die Unterschrift unter flaschen Voraussetzungen gegeben hätten, daß die Unterschrift ohne die Angabe der EDV-Nummer ungültig sei usw. Das Ziel der Wohnungsbau ist klar; die Mieter spalten, jede noch so schwache Bewegung im Keim ersticken. Die Taktik: die Mieter individuell verunsichern, durch Lügen, Verdrehungen, unklare Formulierungen. Der Mieterkreis antwortete nur mit einem kurzen unklaren Flugblatt, in dem gesagt wurde, daß die Wohungsbau spalten will und daß die Unterschriftenliste trotzdem gilt. Die politische Bedeutung dieses Angriffes war also nicht klar, hier haben besonders die Kommunisten ihre Aufgabe nicht wahrgenommen. Es wäre notwendig gewesen aufzuzeigen, daß es sich um eine vorbeugende Maßnahme der Wohnungsbau handelt und nicht um eine Reaktion der Schwäche (wie ein Genosse der GBZ meinte), und den Zusammenhang zu den anderen Spaltungsversuchen der Wohnungsbau herzustellen. Zweitens hätten wir zu allen Mietern noch einmal hingehen müssen, über dieses Spaltungsmanöver diskutieren und klarstellen, daß die Kündigung der Einzugsermächtigung nach wie vor gilt. Die Folgen dieses falschen Vorgehens waren wieder Resignation, die Entschlossenheit war verpufft. Das wurde unterstützt dadurch, daß die Wohnungsbau die Erhöhung der Heizkostenpauschale vorläufig zurückzog, um die Erhöhung der Heizkosten erst am Ende des Jahres abzurechnen. Die Heizkosten erhöhen sich also trotzdem, nur nicht sofort. Das ist kein Erfolg der Mieter, wie die GBZ in der „KVZ"-Ortsbeilage schrieb, sondern eine bewußte Taktik der Wohnungsbau, zur Verhinderung des Kampfes gegen die Heizkostenerhöhung.

Die bisher letzte Aktion des Mieterkreises mit Vertretern der Wohnungsbau, auf der eine Offenlegung der Heizkostenkalkulation verlangt wurde, ging von falschen Voraussetzungen aus; in einer Situation der Schwäche ohne breite Vorbereitung führt eine solche Versammlung nur zur Isolation der fortschrittlichen Kräfte und verstärkt im Endeffekt die Resignation noch. Genau das war der Fall.

Die selbständige Agitation und Propaganda im Stadtteil entwickeln

Was sich in der gesamten Arbeit des Mieterkreises gezeigt hat, ist die mangelnde Klarheit über die Bedingungen im Stadtteil heute, eine falsche Einschätzung des Kräfteverhältnisses. Die Arbeit war dementsprechend spontan und aktionistisch und führte zu Hilflosigkeit gegenüber den tatsächlichen Aufgaben: die Schaffung politischer Klarheit an jedem kleinen Beispiel wurde vernachlässigt und eine geduldige langwierige Überzeugungsarbeit in einzelnen Gesprächen und in Mieterversammlungen zur Überwindung der Zersplitterung wurde gar nicht erst begonnen.

Alle grundsätzlich richtigen Ansätze wie z.B. der Offene Brief oder die Kündigung der Einzugsermächtigung, wurden nicht weitergeführt, sondern endeten in Resignation, weil der Mieterkreis stellvertretend handelte und sich nicht in jeder Frage auf die Mieter stützte. Gerade die Kommunisten haben ihre Aufgaben hier nicht wahrgenommen. Die GBZ hat eine ökonomistische Politik gemacht und die spontane Bewegung hochgejubelt. (Womit sie konsequenterweise beim KBW gelandet ist.) Die Arbeit der KAG im Mieterkreis beschränkte sich auf ein individuelles Anhängen an die GBZ. Wir leisteten zwar ab und zu eine interne Kritik an der GBZ, die hatte aber natürlich keine Auswirkungen. Von einer selbständigen Arbeit der KAG auch nur im Mieterkreis kann also gar nicht die Rede sein. Der öffentlichen Auseinandersetzung mit der GBZ wurde damit völlig ausgewichen und letzten Endes die Fehler der GBZ noch verstärkt. Vor allem aber die direkte Agitation und Propaganda mit dem ARBEITERKAMPF – zur allseitigen Stärkung des politischen Bewußtseins an allen Fragen des Klassenkampfes – wurde von uns vollkommen vernachlässigt. Nur dadurch aber können wir es schaffen, auch nur einige der fortschrittlichsten Mieter zu gewinnen und von daher ein Fundament zu schaffen für kommende Auseinandersetzungen und für eine selbstständige Untersuchungsarbeit.

Redaktionelle Anmerkung:

Wir können uns nicht mit allen Passagen dieses Artikels unserer Göttinger Genossen identifizieren. Die Entwicklung der Mieterkämpfe am „Holtenser Berg" in Göttingen ist u.E. relativ weit entwickelt (verglichen mit der Entwicklung anderer Städte, was sicher nicht ganz unabhängig von der Arbeit der Gruppe „Göttinger Betriebszeitung" (GBZ, jetzt im KBW) zu sehen ist. Hier ist auch mal Anerkennung angebracht, statt einseitiger Nörgelei, auch wenn es sich dabei um eine politische Gruppierung handelt, mit der wir in den meisten Fragen nicht gerade einig gehen. Wir sollten gerade nicht in die Position hineinrutschen, „kein gutes Haar" an anderen linken Gruppen zu lassen. Das ist unglaubwürdig, insbesondere in einer Situation – wie hier – in der wir selbst noch nichts Rechtes zustande gekriegt haben.

Im Einzelnen: Wir meinen, daß es durchaus berechtigt ist, von einem „Erfolg" bezüglich der Mieterbewegung zu sprechen, bzw. geht aus dem Artikel selbst nicht hervor, inwieweit die GBZ „in Euphorismus gemacht", übertrieben hat. Sicher ist richtig, daß die GBZ seit altersher einer links-sozialdemokratischen Linie folgte, mit dem SB-Offenbach „koordinierte" (und von diesem auch gern als ein Musterbeispiel „konkreter Arbeit" dargestellt wurde – vgl. Expreß Nr. 1), daß diese Politik geprägt war vom „Bejubeln" spontaner Bewegungen, rein ökonomischen Streiks, und andererseits durch die Unterdrückung politischer Bewußtheit, durch Herabminderung des Klassenbewußtseins gekennzeichnet war und daß demzufolge auch konsequenterweise die GBZ auch schließlich beim KBW gelandet ist. Doch darf unsere Kritik an dieser spontaneistischen und ökonomistischen Politik nicht darin bestehen, gewisse Aufschwünge zu „leugnen" und n u r die Mängel zu sehen etc.

Falsch ist es u.E. auch, das zeitweise Abebben der Mieterbewegung mit politischen „Fehlern" der GBZ zu begründen. Das Aufflackern und Abebben der Kämpfe und Proteste liegt gewissermaßen in der Natur spontaner Protestbewegungen. Es ist eine Illusion, zu hoffen, daß es uns (der KAG) zukünftig gelingen wird, hierbei kurzfristig Wesentliches zu ändern.

Es ist bekannt, daß der KBW seine „Massen"arbeit durch allgemeine Aufrufe „an die Bevölkerung", durch Beschwörung „a l l e r Menschen", durch „breiteste Aktionseinheiten der Massen" etc. pp. und das alles in scharfer und gewollter Abgrenzung zu jeder klassenmäßigen Politik, kommunistischen Propaganda usw. betreibt. Diesem in der „Maske des Jedermann" vom KBW so verstandenen „demokratischen" Kampf, können wir nicht dadurch begegnen, daß wir den Genossen ihren „kommunistischen Anspruch" um die Ohren schlagen (Devise: hier hätte die GBZ doch dies oder das tun müssen, schließlich sind sie Kommunisten), sondern indem wir selbst solide kommunistische Massen- und Propaganda-Arbeit in der Praxis leisten. ●

AK-Redaktion

„Man kann sich natürlich kleinere Klassen wünschen"!

In Bremerhaven und Bremen müssen Schüler an den Grund- und Hauptschulen „enger zusammenrücken". So umschrieb die „Nordsee-Zeitung" den Plan des Bremer Bildungssenators Moritz Thape (SPD), die Klassenfrequenzen an diesen Schulen auf die von der „Kultusministerkonferenz" festgelegte „Meßzahl" von 33 Schülern je Klasse „auszufahren". Als Ziel dieser Maßnahme wird von den bürgerlichen Bildungspolitikern die Behebung des akuten Lehrermangels in diesem Schulbereich angegeben, indem sie durch Klassenzusammenlegungen u.ä. Lehrer einsparen wollen. Tatsächlich verbirgt sich hinter dieser Maßnahme ein direkter Angriff auf die schulische Situation der Grund- und Hauptschüler.

Die Funktion hoher Klassenfrequenzen

„Die Schule ist kein gesellschaftlicher ‚Freiraum' und kann es niemals sein. Schulfragen sind letztlich Machtfragen. Die bürgerliche Schule ist durch die Klassenherrschaft der Bourgeoisie bestimmt. Dies bedeutet: Bildungsprivileg für die Bourgeoisie und den höheren Mittelstand; reaktionäre Bildungsinhalte, die der Volksverdummung und -aufhetzung, nicht aber der Volksbildung und -aufklärung dienen; Unterdrückung der Arbeiterklasse von frühester Kindheit an." (ARBEITERKAMPF Nr. 24, Dez. 72).

Ein wirksames Mittel zur Unterdrückung der Arbeiterkinder sind überfüllte Klassen und hohe Klassenfrequenzen. Von der bundesdeutschen „Kultusministerkonferenz" (KMK) wurden die dementsprechenden Meßzahlen für die Klassenstärken festgesetzt:

Grund- und Hauptschulen: 33 Schüler je Klasse; Realschulen 30; Gymnasium 5./6. Klasse 33, 7.-10. Klasse 30, 11.-13. Klasse 20. Diese Meßzahlen zeigen gleichzeitig die Erwartungen der Kapitalisten auf, die diese in das Ausleseverfahren in der bürgerlichen Schule stecken.

Daß diese „Aussortierung" bereits in der Grundschule beginnt und vor allem den sozialen Aufstieg von Angehörigen der Arbeiterklasse verhindert, ist nicht ein Produkt des Zufalls oder einer „angeborenen niedrigeren Intelligenz" der Arbeiterkinder, wie uns bürgerliche Politiker vor allem von der CDU immer wieder weiszumachen versuchen, sondern das Ergebnis des bürgerlichen Bildungs- und Ausbildungswesens.

In den unteren Klassen des Gymnasiums besteht zwar noch ein relativ hoher Anteil von Arbeiterkindern (etwa 15 - 20 %), doch bis zur Oberstufe hat sich der Anteil der Arbeiterkinder halbiert (auf 7-10 %).

Zur Funktion hoher Klassenfrequenzen und der bürgerlichen Schule überhaupt gehört die gezielte Unterdrückung der Arbeiterkinder und damit der Arbeiterklasse überhaupt. In einer Schule, die in jeder Beziehung auf die Interessen der Kapitalisten zugeschnitten ist, kann es für die Arbeiterkinder und die Kinder der übrigen Werktätigen keine Chancengleichheit geben, wie sie von den bürgerlichen Bildungspolitikern immer wieder beschworen wird.

Fortschrittliches Schulwesen in Bremerhaven ?

Von den Bremerhavener SPD-Bildungspolitikern wird immer wieder betont,* daß *„Bremerhaven – was die fortschrittliche Schulpolitik betrifft – wieder die Spitze in der Bundesrepublik einnehmen"* wird, daß der weitere *„Ausbau des fortschrittlichen Schulwesens in Bremerhaven"* vorangetrieben werde (so im „Halbzeit-Bericht" der SPD-Stadtverordneten-Fraktion, Herbst 73). Doch wie sieht diese *„ganz günstige Situation"* (Thape) aus?

Die Situation im Bremerhavener und Bremer Schulwesen ist – wie in den anderen Bundesländern auch – durch akuten Lehrermangel, überfüllte Klasse, Raumnot u.a. gekennzeichnet. Um den akuten Raummangel zu Beginn des Schuljahres 73/74 zu beheben, ließ sich der SPD-Magistrat etwas ganz „Neues" einfallen: für zwei total überfüllte Schulen errichtete er sogenannte „Mobilklassen", d.h. im Baukastenverfahren aufgestellte Klassenräume, in die die Schüler ausweichen mußten. ‚Allerdings änderte auch diese mit viel Publicity in Angriff genommene Maßnahme nichts daran, daß in den dichtbewohnten Stadtteilen Bremerhavens – vor allem Arbeiterviertel – mitunter über 40 Kinder in einer Grundschulklasse saßen. Die durchschnittliche Klassenfrequenz betrug hier 36 - 38 Schüler je Klasse, während sie im Stadtrandgebiet bei 25/26 lag, wodurch die als einzig im Bundesgebiet dastehende' – so die SPD-Bildungspolitiker – Klassenfrequenz von 29,3 Schüler je Grund- und Hauptschulklasse zustande kam. (Grundschulen 30,2; Hauptschulen 27,9). An den GHR-Schulen mußten nach Angaben der Bremerhavener GEW im Dezember 1973 1.000 Überstunden pro Woche geleistet werden; gleichzeitig bestand ein Unterrichtsausfall von über 2.000 Stunden; an den Grundschulen fielen pro Klasse und Woche im Schnitt knapp 3 Unterrichtsstunden aus, die Spitze lag bei 5. Kein Wunder, denn nach Angaben des „Zentralelternbeirats" Bremerhaven fehlten im letzten Schuljahr an den Bremerhavener allgemeinbildenden Schulen 136 Lehrkräfte. Gegenüber dem Schuljahr 70/71 verschärfte sich der Lehrermangel sogar noch. Kamen damals auf einen Lehrer noch 21,6 Schüler im Schnitt, so waren es 73/74 schon wieder 22,5.

Wenn diese Zustände und Entwicklungen die „Fortschrittlichkeit" des Bremerhavener Schulwesens ausmachen und es in anderen Bundesländern noch schlechter aussieht, werfen die Worte Thapes von der „ganz günstigen Situation" Bremerhavens ein bezeichnendes Licht auf die Vorstellungen dieser bürgerlichen Politiker von „zumutbaren Bedingungen" an den Schulen: es wird nur gerade soviel getan, daß die bürgerliche Schule ihre Klassenaufgabe erfüllen kann und daß nicht alles zusammenbricht.

„Man kann doch nicht so tun, als würde irgendetwas verschlechtert" (Thape)

Mit diesem und ähnlichen Sätzen versuchte Bildungssenator Thape, Freunde für seine Anordnung zu gewinnen, die Klassenfrequenzen an den Grund- und Hauptschulen auf 33 Schüler zu erhöhen. Im einzelnen sieht dieser Plan vor, außer der 1. Grundschulklasse und der 7. Hauptschulklasse, die mit 32 bzw. 30 Schülern eingerichtet werden sollen, alle anderen Klassen im Durchschnitt mit 33 Schülern ins neue Schuljahr zu schicken. Jede folgende Schulanfängerklasse soll mit jeweils einem Schüler weniger besetzt werden, so daß 1980/81 in jeder ersten Grundschulklasse 25 Kinder sitzen sollen.

Aufgrund dieses Beschlusses der Schulpolitiker wird im neuen Schuljahr die Klassenstärke 33,5 Schüler betragen (73/74: 30,2), wobei in den Schulanfängerklassen im Schnitt 30,2 (73/74: 28,9) und in den übrigen 34,3 Schüler auf eine Klasse kommen. Die Wirklichkeit sieht aber noch viel trauriger aus: Die mit über 35 Schülern ohnehin schon übervollen Klassen werden nicht konsequent auf die Meßzahl reduziert, und wenn dies geschieht, so geht dies aufgrund des Raummangels lediglich durch Nachmittagsunterricht, Umschulungen usw. Die Schulen am Stadtrand mit ihrer niedrigeren Frequenz (25/26) werden zum Teil noch härter getroffen, wenn hier die Meßzahlen durchgesetzt werden: Klassenzusammenlegungen und -neubildungen, Überweisungen „überschüssiger Schülerreste" an andere Schulen werden die Konsequenzen sein.

Im allgemeinen werden Umverteilungen von Schülern, Neubildung von Klassen, damit verbundener Lehrerwechsel an der Tagesordnung sein, was vor allem für die auf feste Bezugspersonen angewiesenen Grundschüler eine erhebliche Verschlechterung darstellt.

Durch die hohen Klassenfrequenzen werden sich die Lernbedingungen, die Möglichkeiten eines Lehrers, benachteiligte Kinder individuell zu fördern, auf den einzelnen Schüler gezielter einzugehen usw., stark verringern.

Doch all dies stellt für den Bremer SPD-Bildungssenator Moritz Thape keine Verschlechterung dar: So äußerte er sich in einem Interview (NZ 15.6.74) folgendermaßen: *„Der . . . Punkt ist, daß wir im Interesse der Arbeit in der Schule es den Schulen ermöglicht haben, ein wenig selber zu entscheiden, ob sie unter Verzicht auf die eine oder andere Stunde mit kleineren Klassen fahren wollen oder nicht".* Und: *„Seit etwa eineinhalb bis zwei Jahren wird nun darüber geklagt – auch von den Schulen –, daß nicht genug Lehrer da sind, und nun haben wir natürlich feststellen müssen: wenn die Klassenfrequenzen nicht voll ausgefahren werden und darüber geklagt wird (!), daß nicht genug Lehrer da sind, müssen selbstverständlich (!) erst einmal die Klassenfrequenzen voll ausgefahren werden. Dann sind auch genug Lehrer da. Man kann nicht beides gleichzeitig haben, weil wir das nicht finanzieren können. Die Schuld an dieser Diskussion tragen diejenigen, die nicht bereit waren, eine etwas niedrigere Klassenfrequenz – auch jetzt auf längere Sicht gesehen – mit weniger Stunden auszugleichen.'*

Hier macht Thape die unverschämte Rechnung auf, daß sich der Lehrermangel durch Erhöhung der Klassenfrequenzen und damit verbundener Verminderung der Klassenzahlen abbauen lasse; denn die Planstellen für Lehrer seien auf der Grundlage von Klassenstärken von 33 Schülern erstellt worden. Wenn man nur diese Meßzahl einhalte, müßten auch genug Lehrer da sein. Punktum! So einfach ist bürgerliche Bildungspolitik!

Entweder kleine Klassen und höherer Stundenausfall – oder größere Klassen und niedrigerer Unterrichtsausfall, daß ist die „Alternative", vor die die Bevölkerung gestellt wird. Eine grundsätzliche Behebung der Schulmisere ist nicht drin (Thape: **„Anders geht das nicht!"**). Angesichts dessen erweist sich das Gerede der SPD von „Priorität für die Bildung", Chancengleichheit und die vielbeschworene „Verbesserung der Lebensqualität" als leeres Gewäsch, hinter dem sich in Wahrheit eine Verschlechterung der materiellen und rechtlichen Situation der Werktätigen verbirgt. So entlarvt sich auch der angebliche Abbau des Lehrermangels durch die Thape'sche Anordnung als Lüge:

In der „NZ" („Nordsee-Zeitung") vom 5.7. heißt es unter der Überschrift **„Lehrermangel noch stärker"**: *„Im Vergleich zum Schuljahr 73/74 zeichnet sich deutlich eine Verschlechterung ab."* So werden im Bremerhavener Grundschulbereich für 342 Klassen 437 Lehrer benötigt. Am Ende des letzten Schuljahres war aber lediglich ein Bestand von 355 Lehrern für das neue Schuljahr abzusehen. Selbst Schulrat Walter Otte mußte eingestehen, daß die benötigten Lehrer nicht vorhanden sein werden, daß nur ein minimaler Anteil neu angestellt wird. Lehrermangel und Unterrichtsausfall werden sich verschärfen, und die Erhöhung der Klassenfrequenzen erweist sich als ein übler Trick, die Bevölkerung über diese Mißstände hinwegzutäuschen.

Eltern werden aktiv

Die sich abzeichnende Verschlechterung im Bremerhavener Schulwesen durch den Beschluß Thapes führte zu einem relativ breiten spontanen Protest der Eltern an den Grundschulen. So wurden an drei Grundschulen über 2.000 Unterschriften gegen den Thape-Erlaß gesammelt.

➡

Wichernstift Delmenhorst: Kirchenbürokratie will Berufsverbote

Mit fristlosen Kündigungen in erster Instanz gescheitert

Eine über Wochen und Monate von der Leitung des Delmenhorster Wichernstifts mit Unterstützung der „Mitarbeitervertretung" (MAV) ständig eskalierte Hetz- und Verleumdungskampagne gegen die Arbeit der ÖTV-Betriebsgruppe, der KBW-Betriebszelle und fortschrittlicher Mitglieder der MAV gipfelte am 11.6.74 in der fristlosen Entlassung von vier Erziehern. Eine weitere Kollegin wurde ebenfalls rausgeschmissen, nachdem sie sich in einer Rundfunk-Sendung kritisch zu diesen politischen Entlassungen geäußert und sich mit den betroffenen Kollegen solidarisiert hatte. Weiteren Kollegen wurde die Probezeit nicht verlängert.

Den fristlos gefeuerten Kollegen, die alle Mitglieder der ÖTV und der gewerkschaftlichen Betriebsgruppe sind, wurde Mitgliedschaft im KBW unterstellt bzw. sie wurden mit der Betriebszelle des KBW gleichgesetzt. Es ging der Leitung des Wichernstifts darum, mittels der fristlosen Kündigungen und im Verlauf der zu erwartenden arbeitsgerichtlichen Verfahren eine Art „Radikalenerlaß" auch für die kirchlichen Einrichtungen durchzusetzen. Diese Rechnung ging vorerst nicht auf: der Prozeß vorm Arbeitsgericht Oldenburg führte zur Niederlage der Kirchenbürokratie; in allen fünf Fällen wurden die Kündigungen für unwirksam erklärt.

Die Stiftsleitung begründete die Entlassungen mit angeblichen Verstößen gegen die Ordnung der Evangelischen Kirche Deutschlands (EKD); die Entlassenen hätten mit ihrer Forderung nach Änderung bzw. Abschaffung der „Mitarbeitervertretungsordnung" die anstelle des Betriebsverfassungsgesetzes im Stift gilt (das Wichernstift ist gemäß § 118 BVG als „Tendenzbetrieb" aus dem Geltungsbereich des BVG ausgeschlossen), die Bestimmungen ihres Arbeitsvertrages verletzt und die Kirche diffamiert. Außerdem sei eine kommunistische Betätigung in einer kirchlichen Einrichtung nicht vereinbar mit dem „Auftrag der Diakonie". Dazu der Leiter des Wichernstifts, Pastor Hans-Heinrich Waack, in einem Rundfunkinterview: für ihn sei eine „Radikalisierung" der psychisch behinderten Kinder (!) des Stifts „besonders schlimm". *„Wir sind verpflichtet, den Kindern eine politische Ausrichtung* (aha!) *zu geben, mit der sie im Leben bestehen können"*. Abgesehen davon, daß damit endlich einmal ein Pfaffe klipp und klar eingestanden hat, daß es beim „Auftrag der Diakonie" nicht um den „Dienst am Menschen", sondern um die (reaktionäre) „politische Ausrichtung" der Kinder geht, feiert hier das

die (reaktionäre) „politische Ausrichtung" der Kinder geht, feiert hier das

alte antikommunistische Schreckgespenst der Ultrarechten Auferstehung: weil sie anders keinen Einfluß gewinnen können, machen sich die Kommunisten an kleine, hilflose Kinder ran, um diese für ihre dunklen Ziele zu mißbrauchen (falls sie sie nicht auffressen!). Derartige übelste Hetze und Demagogie wurde auch mittels allerlei Gerüchte in die Belegschaft lanciert, hat aber mit der wirklichen Arbeit, mit den wirklichen Zielen der linken Gewerkschafter überhaupt nichts zu tun. Vielmehr setzten sie sich für gewisse Änderungen in der Lohn- und Gehaltsstruktur ein, forderten die Abschaffung der MVO zugunsten der Einsetzung des BVG und die Eingliederung des Wichernstifts in den Tarifbereich der ÖTV, Abteilung Öffentlicher Dienst. Außerdem wurde die derzeitige MAV („Mitarbeitervertretung") kritisiert, die sich in schärfsten Widerspruch zu diesen Forderungen stellte, in jeder Beziehung mit der Stiftsleitung gegen die Kollegen zusammenarbeitete und die fortschrittlichen Kollegen diffamierte.

In diesem Zusammenhang traten schließlich zwei fortschrittliche Mitglieder der MAV zurück, weil sie – wie sie öffentlich erklärten – in dieser MAV keine Möglichkeit mehr sahen, für die Interessen ihrer Kollegen zu wirken. Die beiden Nachrückkandidaten schlossen sich dieser Kritik an und lehnten die Mitarbeit in der MAV ab.

So stimmten auf der „Mitarbeiterversammlung" am 25. März 42 Kollegen für die Resolution der ÖTV-Betriebsgruppe, in der die Abschaffung des Tendenzbetriebs-Paragraphen und die sofortige kommissarische Einsetzung des BVG gefordert wurde. Ca. 7o Kollegen unterzeichneten die Forderung nach Neuwahl der MAV. 20 gewerkschaftlich organisierte Kollegen unterzeichneten eine Solidaritätsadresse, in der zum Ausdruck kommt, daß sich das Vorgehen der entlassenen Kollegen auf Beschlüsse der ÖTV-Betriebsgruppe stützt. Eine Unterschriftensammlung für die Aufhebung der Kündigungen erhielt zahlreiche Unterschriften.

Die Stiftsleitung bemühte sich, die Forderung nach Änderung der Rechtsgrundlagen im Interesse der Kollegen gleich als Verstoß dagegen auszulegen, um so jede kritische Meinungsäußerung und Diskussion darüber zu ersticken. Das wird auch an anderen Beispielen zum Vorgehen der Stiftsleitung deutlich:

Die Entlassungen wurden zu einem Zeitpunkt ausgesprochen, als sich zwei der betroffenen Kollegen im Urlaub befanden und man von einer dritten annahm, daß sie im Urlaub sei;

Einem Kollegen wurde das Kündigungsschreiben an die Adresse sei-

Einem Kollegen wurde das Kündigungsschreiben an die Adresse sei-

ner Mutter geschickt, obwohl bekannt war, daß er ein Zimmer im Stift hatte; er wurde aufgefordert, das Zimmer innerhalb von 24 Stunden zu räumen!

Es wurde berichtet, daß Verwaltungschef Riese mit Unterschriftenlisten für die Entlassung der 4 Kollegen durch das Stift zog und sich dabei auch nicht scheute, die Kollegen einzeln unter Druck zu setzen; derselbe Riese hatte sich schon vorher als Kommunistenjäger betätigt: er versuchte, den Verkauf der KVZ am Gelände des Stifts zu behindern und zu verbieten und Fotos von Verkäufern und Käufern zu machen.

Schon vorher, in der sog. Hauskonferenz vom 13.5.74, wurde erwogen:

- schriftliche Befragung aller Beschäftigten;
- Einschaltung des „Verfassungsschutzes", um eine Liste der in der Betriebszelle des KBW organsierten Kollegen zu erhalten;
- Kollegen, die in Delmenhorst die KVZ verkaufen oder im politischen Buchladen angetroffen würden, sollten für die „Rote Hausmitteilung" (Zeitung des KBW) verantwortlich gemacht werden, falls sie nicht das Gegenteil beweisen können;
- den Zivildienstleistenden wurde verboten, die Forderungen der ÖTV-Betriebsgruppe öffentlich zu verbreiten;
- der Dozent am heilpädagogischen Seminar des Stifts, gegen den gezielt Gerüchte verbreitet wurden, er sei Sympathisant des KBW, mußte sich politischen Verhören unterziehen lassen.

Das Oldenburger Arbeitsgericht unterstützte nicht die gegen Meinungsfreiheit und politische Betätigung der Linken gerichtete Auffassung der Stiftsleitung. In der Urteilsbegründung heißt es, daß das Grundrecht auf freie Meinungsäußerung nicht beschnitten werden dürfe und auch im Arbeitsverhältnis gelte. Schon die Preußische Landarbeiterordnung von 1919 habe dieses Recht garantiert. Das Mittel der fristlosen Kündigung dürfe nicht „zum Instrument einer Friedhofsruhe im Betrieb" werden. Ein Begehren nach Änderung der arbeitsvertraglichen Grundlagen müsse in jedem Fall ohne Kündigungsdrohung möglich sein. Eine kommunistische Betätigung sei so lange kein Kündigungsgrund, als sie nicht den Betriebsfrieden erheblich und konkret störe. Durch alleinige Zugehörigkeit zum KBW könne dem Mitglied kein Nachteil erwachsen, denn der Arbeitgeber, so sagt es das Gesetz, müsse sich mit „andersgearteten Auffassungen" auseinandersetzen.

In dieser Begründung liegt trotz aller „Liberalität", die heutzutage ja schon durchaus nicht mehr sehr oft anzutreffen ist, eine wichtige Fußangel: der Leitung des Wichernstifts wird der Hinweis gegeben, in der 2. Instanz eine „erhebliche und konkrete Störung des Betriebsfriedens" nachzuweisen. Sollten dabei die „Richtlinien für Arbeitsverträge" des Diakonischen Werks (die Bestandteil des Arbeitsvertrages sind) als Beurteilungsgrundlage Anwendung finden, braucht die Stiftsleitung um einen Erfolg kaum zu bangen.

In Anlehnung an das hitler-faschistische „Gesetz der Ordnung der nationalen Arbeit" heißt es dort in § 1: *„.... Alle in einer diakonischen Einrichtung tätigen Mitarbeiter bilden eine Dienstgemeinschaft. Von den Mitgliedern dieser Dienstgemeinschaft wird erwartet, daß ihr Verhalten innerhalb und außerhalb des Dienstes der Verantwortung für den Nächsten entspricht."*

Und weiter: *„Dem Dienstgeber erwächst aus dem Wesen der Dienstgemeinschaft die Pflicht zur Fürsorge für jeden einzelnen Mitarbeiter."*

Bericht eines Genossen

In dem folgenden Auszug aus **„Anordnung zur Wahrung des Hausfriedens im ev.-luth. Wichernstift"** wird deutlich, wie die Beschneidung demokratischer Rechte (Meinungsfreiheit, freie politische Betätigung...) mit ekelhafter Demagogie über die „Hilflosigkeit alter Menschen" und Verantwortung gegenüber „unseren Betreuten" kaschiert wird. Dabei geht es natürlich nur gegen die demokratischen Rechte der Linken und fortschrittlichen Kollegen, was auch folgendes Beispiel beweist: kurz vor der niedersächsischen Landtagswahl 1974 fuhr um die Mittagszeit ein Agitprop-Wagen der CDU vor das Gebäude des Alters- und Altenpflegeheims. Der Lautsprecher wurdein Stellung gebracht, und dann ging die reaktionäre Hetze los. Der CDU-Trupp blieb unbehelligt.

„In den Alten- und Pflegeheimen haben wir alte Menschen aufgenommen. Diese können von uns erwarten, daß sie nicht von unkontrollierten Werbern für Zeitschriften, ambulanten Verkäufern und Flugblattverteilern belästigt werden, da diese „Geschäftemacher" häufig nur die Hilflosigkeit alter Menschen ausnutzen.

In den übrigen Häusern sind dem Wichernstift Kinder anvertraut, die wir soweit fördern wollen, daß sie befähigt werden,

dem Wichernstift Kinder anvertraut, die wir soweit fördern wollen, daß sie befähigt werden,

selbstständig soziale und politische Entscheidungen zu treffen. Dies Ziel kann jedoch nur behutsam unter Beachtung der Belastbarkeit dieser Kinder angestrebt werden. Es wäre unverantwortlich, unsere Kinder mit politischen Aktivitäten und Entscheidungen zu überfordern.

Darum haben wir die Pflicht, auf dem Gelände des Wichernstiftes die unkontrollierte Verteilung von Flugblättern, die Aushängung von Plakaten an Gebäuden, in den Fenstern oder in den Fahrzeugen der Mitarbeiter, den Verkauf von Zeitschriften, die Werbung für Versicherungen und den Verkauf von meist unnützen Dingen zu unterbinden. Den Heimleitern wird hiermit ausdrücklich die Verpflichtung übertragen, derartige Störungen zu verhindern, die Geschäftsleitung zu informieren und bei Gefahr des Verzuges das Hausrecht für das Gelände des Wichernstiftes auszuüben.

Diese Maßnahme, die zum Schutze unserer Betreuten notwendig ist, soll die politische Verantwortung und freie Meinungsäußerung der Mitarbeiter nicht behindern. Darum wird hierfür nach Anhörung des Mitarbeiterausschusses folgende Anordnung gegeben:

1. Mitarbeitern ist es gestattet, selbstverfaßte Flugblätter an erwachsene Personen außerhalb der Dienstzeit persönlich zu verteilen, wenn sie mit dem Namen des Empfängers und des Absenders versehen sind.

Namen des Empfängers und des Absenders versehen sind.

Flugblätter, die nicht vom Mitarbeiter verfaßt wurden, von diesem aber verteilt werden, müssen neben dem Verfasser auch den Namen des Verteilers tragen ... "

Redaktionelle Anmerkung

In dem Artikel wird der Kampf der linken Gewerkschafter von den Genossen u.E. in falscher Weise eingeschränkt. Vom Pastor und Leiter des Wichernstiftes wird demagogisch gegen die „besonders schlimme" „Radikalisierung" der Kinder gehetzt, mit der diese im Leben nicht bestehen könnten. Es wird von dem Pfarrer der Buh-Mann aufgebaut, daß Kommunisten Kinder „indoktrinierten." Diesem Angriff auf fortschrittliche Erziehung überhaupt kann man nicht nur dadurch antworten, wie es der Genosse tut, daß das „mit den wirklichen Zielen der linken Gewerkschafter überhaupt nichts zu tun" habe, die linken Gewerkschafter hätten dort nur-gewerkschaftliche Ziele verfolgt. Dies ist ein rechtsopportunistisches Zurückweichen vor den Angriffen des Gegners.

Diese Einschränkung auf nur-gewerkschaftliche Fragen finden wir immer wieder beim KBW vor, dessen Genossen andererseits dann mit allergrößter Offenheit mit der KVZ und Flugblättern sich als Mitglieder ihrer Organisation zu erkennen geben.

Bei den versuchten Entlassungen geht es in Wahrheit um drei Dinge.

1. *Um die gewerkschaftlichen Forderungen, wie sie im Artikel angegeben sind.*
2. *Um fortschrittliche erzieherische Betätigung und*
3. *um die politische Betätigung im Betrieb.*

Gerade der 3. Punkt ist besonders wichtig, wenn es darum geht, den Kampf gegen den 'Tendenzschutzparagraphen' aufzunehmen. Es handelt sich doch dabei um die Möglichkeit etwa

graphen' aufzunehmen. Es handelt sich doch dabei um die Möglichkeit etwa

der Kirche, unter dem Motto der „Nächstenliebe" die gewerkschaftliche und politische Tätigkeit noch erheblich weiter, als es ohnehin durch das BVG möglich ist, einzuschränken. ●

[redacted]

Ihren Ausdruck fand diese Empörung auch auf einer Elternversammlung, auf der die „Elterninitiative Grundschule" gegründet wurde. Auf dieser Versammlung waren Eltern von zehn Bremerhavener Grundschulen anwesend. Nach ihren Aussagen herrschte unter den Eltern dieser Schulen z.T. eine große Kampfbereitschaft, die auch auf der Versammlung druch die vielfachen Forderungen nach Demonstrationen und Schülstreik zum Ausdruck gebracht wurden. Von den Initiatoren dieser Versammlung wurde diese Kampfbereitschaft zunächst aber einmal abgewiegelt und auf die Bahn von „Selbsthilfeaktionen" gelenkt. In Anlehnung an einen Beschluß des „Zentralelternbeirats" (ZEB), der stark CDU-orientiert ist (der Vorsitzende der CDU-Stadtverordneten-Fraktion, Richard Lahmann, ist auch ZEB-Vorsitzender) organisierte die „Elterninitiative" eine Anzeigenkampagne zwecks Lehrerwerbung; denn – so die Argumentation – wenn schon das Schulamt keine Lehrerwerbung betreibt, müssen wir das eben tun. Zweifellos war es ein Erfolg, daß die Eltern zwölf Bewerbungen an das Schulamt weiterleiten konnte. Andererseits verstärkt sich auch die Gefahr, daß die Empörung und Kampfbereitschaft allein auf den Rahmen von derartigen „Selbsthilfeaktionen" orientiert werden.

Gleichzeitig machten diese Eltern auch die SPD allein verantwortlich für die Schulmisere. Im Zusammenhang mit Anbiederungsversuchen der CDU, die angeblich mit „großer Sorge" die *„Bemühungen verzweifelter Eltern, für ihre Kinder wenigstens den jetzigen Stand der ohnehin zu starken Klassenverbände zu erhalten"* („NZ", 27.6.), verfolgt, besteht hier die Gefahr des Steckenbleibens im bürgerlichen Parteiengerangel.

Nicht zuletzt in der Verantwortung der Kommunisten liegt es, zu verhindern, daß es den bürgerlichen Politikern gelingt, die gerechte spontane Empörung und Kampfbereitschaft auf ihre Parteimühlen oder in kleinbürgerlich-beschränkte Aktionen wie die „Aktion Kleine Klasse" zu lenken. ●

Vertriebsorganisation des KB/ Gruppe Bremerhaven

Kapitalisten unter sich:

Ein Leckerbissen für alle Freunde der „Mitbestimmung"

Der von DGB-, SPD- und DKP-Führern gepflegten Legende, „daß die Kapitalisten gegen die Mitbestimmung sind" und folglich „die Mitbestimmung im Interesse der Arbeitnehmer" sei, wurden in letzter Zeit einige Stöße versetzt. So sprach sich inzwischen sogar die CDU/CSU für die ,Mitbestimmung' aus. In der Kapitalistenzeitung „Handelsblatt" vom 21.6.74 und 3.7.74 tragen nun zwei Kapitalisten ihre taktischen Meinungsverschiedenheiten über Vor- und Nachteile der ,Mitbestimmung' aus.

Die Kontrahenten sind Erzreaktionär Schleyer („O tun mir die Augen weh, wenn ich Martin Schleyer seh") für den Kapitalistenverband BDA und Weisweiler für den „Arbeitgeberverband Eisen und Stahl". Im „Handelsblatt" vom 21.6. malt Schleyer die ,Mitbestimmung' als sozialistische Teufelei an die Wand; in der Ausgabe vom 3.7. widerspricht im Weisweiler, indem er seine positiven Erfahrungen mit der ,Mitbestimmung' ins Feld führt.

Schleyer schreibt: *„Die Arbeitgeber sehen in der Sabotage an der Tarifautonomie eine der wesentlichen Folgen des Mitbestimmungskonzeptes der Koalition."*

Als Beispiel führt Schleyer die 'Situation in der Montanindustrie an, die ,paritätisch mitbestimmt' wird. *„Dort könne*, so heißt es, *„von einer Tarifautonomie nur sehr eingeschränkt die Rede sein. Tatsächlich gehören zum Beispiel dem Vorstand des Arbeitgeberverbandes der Eisen- und Stahlindustrie ein Drittel Arbeitsdirektoren an, die von den Gewerkschaften abhängig sind und in den Tarifrunden auch die Interessen der Arbeitgeber vertreten sollen...* Die Arbeitgeberverbände würden, so wird jedenfalls befürchtet, unterwandert."

„Falls jetzt überall das ,Montanmodell' eingeführt werde, so Schleyer, würden nämlich *„die Unternehmensvorstände, wie zu erwarten, in die Abhängigkeit vom Arbeitnehmerflügel der Aufsichtsräte"* kommen, *„dann könnten sie auch in ihrem Arbeitgeberverband nicht mehr als Mitglieder unbefangen die Interessen ihrer Tarifpartei vertreten"* und er malt das Schreckensbild der geschändeten reinen Unternehmerrasse: *„In den Tarifgremien der Arbeitgeber säßen dann auch die ,Vertrauensleute' der Gewerkschaften."*

Weiter kritisiert Scharfmacher Schleyer:

- in der Stahlindustrie wurde noch nicht gestreikt,
- die Stahlindustrie unterhält nicht einmal eine Streikkasse,
- die Abschlüsse würden zu schnell getätigt,
- der Arbeitgeberverband habe freiwillig Inflationsnachschläge bezahlt,
- die Stahlindustrie unterstütze das Montan-Modell.

Weisweiler war beleidigt: *„Diese Vorwürfe sind sämtlich unberechtigt. Es ist zwar richtig, daß in der Stahlindustrie noch nicht gestreikt wurde.* ***Aber Streikbereitschaft kann nur gezeigt, der Arbeitskampf nur dann riskiert werden, wenn der Tarifpartner kompromißlos Forderungen durchsetzen will, die einfach nicht mehr akzeptabel sind.*** *Und vor dieser Situation hat die Stahlindustrie eben noch nicht gestanden. Und deshalb haben die Arbeitgeber hier auch noch keine Streikbereitschaft demonstrieren müssen." ... Wir tragen keine Polemik gegen die IG Metall in die Öffentlichkeit, weil wir lieber sachlich und in einer ruhigen Atmosphäre mit unserem Partner sprechen wollen."*

Und dann noch ein Lob: *„Obwohl mein stellvertretender Aufsichtsratsvorsitzender bei Mannesmann der 1. Vorsitzende der IG Metall, Loderer, ist, hat er noch nie versucht, in tarifpolitischen Fragen Einfluß auf mich als Vorsitzenden des Arbeitgeberverbandes zu nehmen."* Und auch für weitere Exemplare der Arbeiterverräter in der Gewerkschaftsführung bricht Weisweiler eine Lanze: ***„Die Arbeitsdirektoren sind ja zunächst Vorstandsmitglieder der Unternehmen, das sie vertreten, und das Interesse des Unternehmens muß auch in den Tarifverhandlungen für sie den Vorrang haben."***

Das dickste Argument zur Verteidigung seiner Verbandspolitik belegt er so: *„Der Abschluß der letzten Lohnrunde der Stahlindustrie habe einschließlich Dynamisierung und stahltypischer Zuschläge 11,55 % gebracht, während der Öffentliche Dienst nach Angaben der Bundesregierung mit 13 %, die Metallindustrie NRW nach eigener Aussage mit 14,83 % abgeschlossen haben. Schon diese Zahlen beweisen, daß in der Stahlindustrie die Tarifautonomie uneingeschränkt funktioniere, daß die Arbeitgeber frei in ihren Tarifentscheidungen seien."*

Hier wiederholt sich anscheinend ein Vorgang, der sich schon bei der Diskussion um die ,Ostverträge' zeigte (die ja auch von zahlreichen Kapitalisten warmherzig unterstützt wurden!): der Gedanke des Fortschritts ist offenbar so mächtig, daß er sich auch in den Reihen der einstigen Gegner der Arbeitnehmer, der Kapitalisten, stürmisch Bahn bricht. Die breiteste ,Aktionseinheit der Volksmassen' – von der DKP über SPD und DGB zu CDU/CSU und ,Arbeitgeberverbänden' – ist in der ,Mitbestimmungsfrage' Wirklichkeit geworden. ●

Metall-Komitee/KB-Gruppe Hamburg und AK-Redaktion

Hamburg:

Erst fast erschossen, dann vor Gericht

In einer Presseerklärung berichtet der Hamburger Rechtsanwalt Uwe Mäffert vom Fall eines Mandanten, des 17jährigen Arbeiters Manfred M., der im August in Hamburg vor Gericht steht.

Manfred M. und ein 20jähriger Freund waren in der Nacht des 15. Dezember 1973 mit einem, anscheinend illegal ‚entliehenen', Motorrad bei überhöhter Geschwindigkeit durch Hamburg-Wilhelmsburg gefahren; sie hatten dann versucht, einer Polizeistreife zu entkommen und dabei einen Polizisten angefahren, der sich ihnen in den Weg gestellt hatte. Schließlich versuchte Manfred M., zu Fuß über ein Wiesengelände zu flüchten. Dabei wurde er von dem ihn verfolgenden Polizeiobermeister Teschke in die Schulter geschossen und anschließend von einem Polizeihund, den Teschke auf Manfred M. gehetzt hatte, in Gesicht und Beine gebissen.



In seinem Bericht über den Vorfall behauptet Teschke, er habe in vermeintlicher ‚Notwehr' geschossen: Manfred M. habe bei der Flucht einen Gegenstand aus der Tasche gezogen, *„von dem ich nach seiner Form annehmen mußte, daß es sich um eine Schußwaffe handelt. Dabei nahm er die typische Schießhaltung ein."* Teschke ballerte das Magazin seiner Pistole leer, wobei er angeblich versuchte, *„die Beine zu treffen"* – tatsächlich aber den Oberkörper zwischen Schulterblatt und Brust-

versuchte, „die Beine zu treffen" – tatsächlich aber den Oberkörper zwischen Schulterblatt und Brust-

korb traf (obwohl er nach eigenen Angaben aus der Hocke, in völliger Ruhe, schoß).

In seiner Presseerklärung schreibt RA Mäffert dazu u.a. – nachdem er auf ähnliche Vorfälle hingewiesen hat – : *„Es gibt Anzeichen dafür, daß die Polizei zum schnellen und damit auch tödlichen Schußwaffengebrauch ‚höheren Ortes' ermuntert wird, nicht zuletzt durch die Errichtung und Ausbildung ‚Mobiler Einsatzkommandos', die – wie in der Presse berichtet – auch auf ‚normale' Streife gehen. So wird in ‚Der Kriminalist' in Heft 2/1973 geäußert: ‚...erscheint eine gute Portion Abenteuerlust durchaus notwendig und vertretbar...daneben aber dürfen Hemmungen, denen ein verantwortungsbewußter Mensch sicher mehr oder weniger unterworfen ist, wenn es darauf ankommt, auf einen anderen zu schießen, nicht so groß sein...'*

Eine weitere Ermunterung liegt darin, daß ein Teil der Presse allzu schnell amtliche und unhaltbare Versionen von ‚Notwehr', ‚Rocker' und dergleichen übernimmt; ein Teil der Presse aber, die ihre begründeten Zweifel an den ‚Entlastungen' der Polizei ausdrückt, beschlagnahmt wird."

RA Mäffert hat, im Auftrag des Vaters von Manfred M., Strafantrag gegen die Polizisten gestellt. Die Staatsanwaltschaft hat daraufhin nicht einmal ein Verfahren eingeleitet.

Gegen Manfred M. ist dagegen eine erdrückende Anklage aufgebaut worden – Verkehrsgefährdung, Körperverletzung, Fahrerflucht u.a. ...

Hier wird, an einem Fall von – sicher nicht zu rechtfertigendem – jugendlichen Leichtsinn, erneut das ‚Recht' der Polizei durchgesetzt, in verantwortungsloser Weise von der Schußwaffe Gebrauch zu machen und eventuell gleich die ‚Todesstrafe' an Ort und Stelle zu voll-

Schußwaffe Gebrauch zu machen und eventuell gleich die ‚Todesstrafe' an Ort und Stelle zu voll-

strecken: ein Polizist, der angeblich auf die Beine zielt und dabei die Schulter trifft, hätte leicht z.B. auch das Herz treffen können. Die sogenannte **„gute Portion Abenteuerlust"**, die den Jungarbeiter Manfred M. vielleicht für sein ganzes Leben (in Form einer Vorstrafe, sozialer Diskriminierung etc.) anhängen wird, gilt dem Staat durchaus als lobenswerte Eigenschaft, wenn sie bei einem Polizisten angetroffen wird. ●

Natürlich: Faschistische Schläger freigesprochen

Im ARBEITERKAMPF 44 berichteten wir von einem Prozeß gegen mehrere faschistische Schläger. Sie hatten am 31. Oktober 1970 an der berüchtigten Zusammenrottung der „Aktion Widerstand" in Würzburg teilgenommen, faschistische Mordparolen gerufen („Hängt die Verräter", „Brandt an die Wand") und bei Überfällen auf Antifaschisten mitgeprügelt.

Die Urteile waren damals: 3 500 Mark Geldstrafe für den Faschisten Jürgen Rieger (u.a. stellvertretender Bundesvorsitzender der rechtsradikalen ‚AKON' und Mitbegründer des ‚CSU-Freundeskreises'); 3 000 Mark Geldstrafe gegen den Faschisten Heinz Flöter (Oberstleutnant der Reserve bei der Bundeswehr, 1969 Bundestagskandidat der NPD, Mitherausgeber des rechtsradikalen „Deutschen Studentenanzeigers") und 100 Mark Geldstrafe gegen den Faschisten Hans Günther.

Wir schrieben damals: **„Die Faschisten werden gegen das Urteil Berufung einlegen und es ist noch nicht einmal ausgeschlossen, daß die Justiz sie dann heimlich-still-und-leise völlig freisprechen wird."**

Richtig vermutet! Tatsächlich wurden zunächst Flöter und Günther, wie die antifaschistische Zeitung „die tat" vom 20. Juli berichtet, vom Landgericht Würzburg in der Berufung f r e i g e s p r o c h e n .Im Fall Rieger steht das Urteil noch aus.

In der gesamten bürgerlichen Presse wurden sowohl der erste Prozeß als auch das Berufungsverfahren totgeschwiegen, weil faschistische Schläger – und erst recht deren Freispruch! – nicht ins Bild der Hetze gegen l i n k s und der Verharmlosung des Faschismus passen. ●



Auch beim Treffen Brandt-Stoph in Kassel (Mai 1970) trat Rieger in abenteuerlicher Gewandung als Schläger und Provokateur auf

Mannheimer Arbeiter von der Polizei erschossen

In der „Bild"-Zeitung las es sich so: *„40 Rocker fielen nachts über zwei Beamte her", „ . . .sie schlugen: mit Stahlruten und Fahrradketten und Totschlägern. In ihrer Verzweiflung zogen die Polizisten die Pistole . . ."*

Mit dieser Lügengeschichte soll ein erneuter Arbeitermord durch die Polizei als „Notwehr" hingestellt werden.

Was war in Wahrheit passiert? Vor dem „Club 88", einer Arbeiterkneipe in Mannheim-Käfertal, hatten zwei Bullen in Zivil in der Nacht vom 17. auf den 18. Juli einen jungen Arbeiter wegen einer ‚Ausweiskontrolle' angemacht. Da sich die Bullen nicht ausweisen wollten, rief der Arbeiter um Hilfe. Einige Kollegen kamen daraufhin aus der Kneipe, um nachzusehen, was los war. Die Bullen schossen auf die Arbeiter. Ein Arbeiter bekam einen Schuß in den Oberschenkel, ein anderer in die Leber. Der Arbeiter Hans-Jürgen Remiszko wurde durch einen Schuß in den Hals getroffen.

Während im Handumdrehen zahlreiche weitere bewaffnete Bullen zur Stelle waren und die Gäste der Kneipe bedrohten und ‚durchsuchten', dauerte es eine Viertelstunde, bevor ein Unfallwagen da war.

In dieser Zeit lag Hans-Jürgen Remiszko auf der Straße und verblutete, ohne daß sich die Bullen um ihn kümmerten. So starb Hans-Jürgen Remiszko, der 23 Jahre alt war.

Wir haben im ARBEITERKAMPF verschiedentlich darüber berichtet, wie von der Justiz kriminelle Übergriffe der Polizei begünstigt werden, und wie damit bei den Bullen bewußt die Wildwest-Mentalität gezüchtet wird, sich ungestraft alles erlauben zu können. So kam wenige Tage vor diesem neuen Arbeitermord ein anderer Bulle vor einem Gericht in Dortmund mit 6 Monate „auf Bewährung" (? !) davon. Er hatte im August '73 den 17jährigen Erich Dobhardt durch einen Schuß in den Rücken abgeknallt, der davonlaufen wollte, weil er nicht wieder ins ‚Fürsorgeheim' zurück wollte, aus dem er abgehauen war. Diesen Mord nannte das Gericht zynisch einen „Kunstfehler"!

Daß die bürgerliche Presse nachträglich aus jungen Arbeitern, die abends in der Kneipe ruhig ihr Bierchen trinken wollen, prügelnde „Rocker" zu machen versucht, ist ebenfalls bezeichnend. Die Bourgeoisie ist gegenwärtig ohnehin bemüht, das „Rockerproblem" erneut aufzuwärmen, um damit Stimmung für verstärkten Polizeiterror zu machen.

Im Mai dieses Jahres wurde in München der Taxifahrer Günther Jendrian von der Polizei in seiner Wohnung erschossen. Der Versuch der Polizei, ihn als „gefährlichen Anarchisten" hinzustellen und eine „Notwehr"-story zu basteln, wurde als Lüge entlarvt.

Von der Polizei erschossen: Hans-Jürgen Remiszko

Im Juni starb der Essener Arbeiter Günther Routhier, Sympathisant der „KPD/ML": Polizisten hatten ihn eine Treppe hinuntergestoßen, als sie während eines Arbeitsprozesses, an dem der Genosse als Zuhörer teilnahm, den Zuhörerraum gewaltsam „räumten" (vergleiche AK 46, S.27).

So wird ein Klima vorbereitet, in dem die Bullen schließlich auch bedenkenlos zum Beispiel auf streikende Arbeiter schießen sollen, ohne daß sich massenhafter und entschiedener Protest dagegen regt. ●

Bundesverfassungsgericht meint: Verbotsantrag gegen faschistische „Deutsche National-Zeitung" unbegründet

„Das Bundesverfassungsgericht hat den Verbotsantrag der Bundesregierung gegen die National-Zeitung ‚abgeschmettert'. Jetzt tun auch Sie Ihre Pflicht. Kaufen Sie jetzt gleich so viele Exemplare dieser Ausgabe, wie es in Ihren finanziellen Möglichkeiten steht, und verteilen Sie diese Zeitung an Mitbürger. Das deutsche Volk soll die Wahrheit erfahren!"

So konnte man es auf der Titelseite der „National-Zeitung" des Faschisten Dr. Frey nachlesen. Nach mehr als fünf Jahren hatte das Bundesverfassungsgericht (BVG) im Juli einen Verbotsantrag der Regierung gegen die „NZ" als „unbegründet" zurückgewiesen.

einen Verbotsantrag der Regierung gegen die „NZ" als „unbegründet" zurückgewiesen.

Somit fiel die Entscheidung, daß weiterhin eine extrem faschistische Zeitung unbehelligt ihre Hetze verbreiten kann. Hier nur einige Kostproben aus der Giftküche:

„Breslau, Königsberg, Eger, Danzig, Stettin werden wieder deutsch" (Nr. 32/1962), *„Südtirol leidet für Deutschland"* (Nr. 51/52/1963). *„Erpreßt in alle Ewigkeit – Kapitulation vor dem Weltjudentum"* (Nr. 7/1965). Und in der Nr. 30/74 konnte man die *„Hintergründe des Klarsfeld-Terrors gegen Deutschland"* erfahren.

Über die „DNZ" schrieb schon der links-bürgerliche Wissenschaftler Kühnl in dem 1969 erschienenen Buch: „Die NPD, Struktur, Ideologie und Funktion": *„Inhaltlich ist die DNZ ein komprimiertes, im Vergleich zu den DN* („Deutsche Nachrichten, Zeitung der NPD) *wesentlich radikaleres Kompendium aller den Neofaschismus auszeichnenden Themen. Als Vorkämpfer des faschistischen Internationalismus, als Feind der Kriegsschuldlüge und als Vermittler revanchistisch-erzrassistischer und vor allem antisemitischer Ideologien entwickelte sich die DNZ zu einem Organ, das alle Gruppen ansprach, die faschistischem Gedankengut zugänglich waren. Sie avancierte damit zum objektiv bedeutendstem publizistischen Wegbereiter der NPD."* (Seite 62)

Immerhin hatte zum Zeitpunkt, als dies Buch geschrieben wurde, die „Deutsche National-Zeitung" unter allen in der BRD erscheinenden Wochenzeitungen den fünften Platz.

Daß der 2. Senat des BVG es für unnötig hält, über den Verbotsantrag auch nur in mündliche Verhandlungen einzutreten und solchen Antrag gegen eine offen faschistische Zeitung für „unbegründet" erklärt, ist schon durch eine Tatsache einleuchtend: ist doch zumindest einer der acht Richter aufs Engste mit der Tradition des „Nationalsozialismus" verbunden:

- Professor Dr. Willi Geiger sprach immerhin schon als Landgerichtsrat des Sondergerichts Bamberg für den faschistischen deutschen Staat Unrecht!

Aber auch wenn das nicht so wäre – wie käme die Bourgeoisie denn dazu, eine so wichtige Zeitung

HELFER

Der Deutsche Entwicklungsdienst wird die zehn in Chile arbeitenden Entwicklungshelfer zurückbeordern und künftig keine Helfer mehr in das nun nicht mehr kommunistische Land schicken.

Das k a n n natürlich auch ein Kompliment sein und besagen, daß Länder, die nicht von Kommunisten beherrscht werden, sich selbst zu helfen in der Lage sind! Möglich ist allerdings auch, daß die Oberentwickler Angst um den Linksdrall der jungen Menschen haben. Es gibt eben immer zwei Möglichkeiten.

Aus „Deutsche National-Zeitung", Nr. 30/74

Aus „Deutsche National-Zeitung", Nr. 30/74

„ein nun nicht mehr kommunistisches sches Land...", so sieht der Zynismus der der Faschisten aus, wenn sie von der Terrorherrschaft der chilenischen Faschisten sprechen. Ein Land, „was sich selbst zu helfen in der Lage ist", durch Massenvernichtung, KZ's und brutaler Ausbeutung unter dem Decknamen des ‚nationalen Wiederaufbaus'!

für die ideologische Ausrichtung der faschistischen Bewegung zu verbieten.....sind doch die Faschisten Teil ihrer Kriegswaffen beim Angriff gegen die Arbeiterklasse! ●

Ein Genosse der Bezirkszelle St. Georg-Hamm

Schieß-Kinos sollen Bullen für Menschenjagd drillen

Kürzlich wurde der Kieler Polizei das ehemalige Lokal „Eichhof" als Schießkino übergeben. Solche Schießkinos gibt es im Raum Schleswig-Holstein bereits in Eutin, Norderstedt, Flensburg und Schleswig.

In diesen Übungsanlagen wird das Schießen auf Menschen geübt. Dazu wird mittels eines Dia- oder Filmprojektors ein „Krimineller" in Schußposition an die Wand projiziert, und ein sich im Schießen übender „Ordnungs"hüter muß nun versuchen, den „Verbrecher" in „Westmanns-Weise" abzuknallen, noch bevor sein „Projekt-Partner" „abdrücken" kann.

Wozu nun dieser Aufwand, um den Polizisten das treffsichere Schießen beizubringen? Mit dieser Methode wird den Polizisten nicht nur Treffsicherheit antrainiert, sondern sie nimmt ihm auch jeden Skrupel gegenüber anderen Menschen und dressiert ihn für bestimmte Verhaltensweisen

sicherheit antrainiert, sondern sie nimmt ihm auch jeden Skrupel gegenüber anderen Menschen und dressiert ihn für bestimmte Verhaltensweisen

ab, die er dann reflexartig (also gedankenlos) ausführt, in diesem Fall einfach Menschen abknallt.

Diese so gedrillten und ausgerüsteten Polizeibeamten sollen nun in Zukunft, wie in einer Novelle zum Waffengesetz vorgesehen, auch außerhalb ihrer Dienstzeit mit Dienstwaffe behangen durch die Gegend laufen. Bezeichnend für den Charakter der Gewerkschaft der Polizei, daß sie diese Novelle voll unterstützt, mit dem bezeichnenden Argument: „ . . . weil er" (der Polizeibeamte; d.Red.) „unter Umständen verpflichtet sei, auch in der Freizeit bei strafbaren Handlungen tätig zu werden, . . ." ●

KB-Gruppe Kiel

Mannheimer Knast: Die Spitze eines Eisberges

Im September vorigen Jahres wurde der Untersuchungshäftling Hans-Peter Vast tot in einer Zelle des Mannheimer Gefängnisses aufgefunden. Die Leiche wies schwere, angeblich jedoch unerklärliche Verletzungen auf.

Bis zum heutigen Tag ist dieser Fall nicht aufgeklärt worden. Sogar die Staatsanwaltschaft in Mannheim mußte zugeben, daß man *„offenbar nicht genug ermittelt habe"* – auf gut Deutsch also gar nicht.

Aufgerollt worden ist der Fall des Häftlings Hans-Peter Vast vom „Frankfurter Gefangenenrat", einer Vereinigung ehemaliger Häftlinge und zwar im Zusammenhang mit neuen Gefangenenmißhandlungen in demselben Gefängnis. So haben während der Pfingsttage 1974 regelrechte Rollkommandos des Wachpersonals rund 100 der 850 Häftlinge in ihren Zellen mißhandelt. Nach Angaben des Gefangenenrates soll der Häftling Hans-Peter Vast von einem Aufseher erschlagen worden sein.

Außerdem soll ein weiterer Häftling im Mannheimer Knast in der Zelle gestorben sein und offenbar ebenfalls nicht an Altersschwäche.

Schließlich hat das Britische Generalkonsulat in Stuttgart am 7. Juni Angaben gemacht, daß ein britischer Häftling im Mannheimer Gefängnis von Aufsehern mißhandelt worden ist.

Zur Untersuchung dieser Fälle, die sich nun nicht mehr vertuschen ließen, ist eine Sonderkommission eingesetzt worden. Die erste Tat dieser Sonderkommission war, eine Nachrichtensperre zu verhängen. Als Begründung hörte man vom Leiter der Kommission, Oberstaatsanwalt H. Klass, daß man *„eine Sache hat, die so heiß ist, daß sie das ‚Schnaufen' nicht verträgt."* **Offensichtlich soll also mit der Nachrichtensperre erreicht werden, daß sich der Fall so abkühlt, daß bald keiner mehr darüber spricht und die Ermittlungen wie im Fall Vast eingestellt werden können.**

Vorerst jedoch werden Aktivitäten vorgetäuscht. Dabei spielt man auch mit verteilten Rollen. So muß die Staatsanwaltschaft Mannheim einen Rüffel einstecken wegen schlampiger Untersuchung, während die Sonderkommission, die direkt vom baden-württembergischen Justizministerium eingesetzt wurde, so beschrieben wird, als wenn sie die Ermittlungen zügig vorantreiben würde. *„Offenbar ist die Sonderkommission mit ihren erst seit Freitag laufenden Ermittlungen schon weiter, als die Mannheimer Staatsanwaltschaft je gekommen ist."* „FR", 13.8.74.

Dabei weiß das Justizministerium ebenfalls seit September letzten Jahres von dem „ungeklärten" Tod des Häftlings, hat aber bisher nicht in die als „unzureichend" erklärten Ermittlungen eingegriffen; dies geschah überhaupt erst, nachdem und weil die Gefangenenmißhandlungen durch den Gefangenenrat publik gemacht wurden.

Die Vorwürfe des Gefangenenrats werden natürlich als „pauschale Behauptungen" abgetan. Bisher hat die Sonderkommission nur davon gesprochen, in sechs Fällen von Gefangenenmißhandlungen zu ermitteln.

Der Direktor des Mannheimer Gefängnisses und der Leiter der Wachmannschaften sind von ihren Posten versetzt worden. Der Herr Direktor nahm inzwischen (von Steuergeldern) bezahlten Urlaub. Die „FR" vom 17.8. berichtet zudem, daß „mehrere Personen verhaftet" worden seien.

Die Untersuchungskommission deckt natürlich die Verantwortlichen für die Zustände im Mannheimer Knast *(„den beiden Spitzenbeamten werden derzeit keine straf- oder disziplinarrechtlichen Vorwürfe gemacht")*.

„Aus psychologischen Gründen" sollen Gefangene, die Aussagen zu den Brutalitäten im Mannheimer Knast machen wollen, in andere Haftanstalten verlegt werden. Wohl um sie erstens „in anderen Haftanstalten" voneinander zu isolieren und zweitens, um einer Solidarisierung der Gefangenen im Mannheimer Knast gegen ihre Schinder und deren Befehlsgeber zuvorzukommen.

Dieser „Mannheimer Skandal" ist kein Einzelfall. Mißhandlungen, ja sogar Folter sind in Gefängnissen der BRD an der Tagesordnung. So berichteten wir in früheren Ausgaben des ARBEITERKAMPFES schon öfter von Gefangenenmißhandlungen, teilweise mit Todesfolge, in der berüchtigten Hamburger „Glocke".

In den seltensten Fällen allerdings dringen diese Tatsachen „nach draussen", da bei den Gefangenen jeder Kontakt zur Außenwelt gesiebt und kontrolliert wird.

Ebenfalls im ARBEITERKAMPF berichteten wir darüber, daß Foltermethoden im Gefängnis immer ausgefeilter und noch wirksamer mit staatlicher Förderung entwickelt werden. Dabei geht „der Trend" weg von äußeren Mißhandlungen und hin zu psychologischen Schäden, wahrscheinlich, weil diese wirkungsvoller sind und schwerer nachgewiesen werden können. So wird z.B. an der Hamburger Universität die sogenannte „Camera Silens" entwickelt, ein Raum, der jeden Schall schluckt, in dem der Gefangene nichts hört, nicht einmal seine eigene Stimme. Bereits nach einem Aufenthalt von einigen Stunden hat der Gefangene Depressionen und übersteigerte Angstgefühle, wenig später treten bereits Halluzinationen auf. Das von der bürgerlichen Justiz beabsichtigte Ziel mit dieser „modernen Folterkammer" liegt auf der Hand: Schon nach sehr kurzer Zeit ist der Gefangene dermaßen fix und fertig, daß er bereit ist, jede gewünschte Aussage „freiwillig" zu machen. ●

Genossinnen der Betriebszellen Beiersdorf, KB-Gruppe Hamburg



Flucht nach vorn....

Zu einer Flucht nach vorn trat inzwischen Gefängnis-Direktor Karl-Dieter König (Heilbronn) an. In einem „alarmierenden" Offenen Brief macht er die Öffentlichkeit auf die unhaltbaren Zustände in seinem Gefängnis aufmerksam. Darin heißt es u.a.:

„.... täglich kommt es zu Schwierigkeiten zwischen Gefangenen und Bediensteten, weil sich die Gefangenen mit Recht gegen die Zusammenlegung in Ein-Mann-Zellen wehren. Ich kann nicht länger zusehen, wie sich die Lage für beide Seiten verschärft ..."

König beschreibt recht ausführlich die Zustände, die „die Lage für beide verschärft", also einmal Ursache des Protestes und Widerstandes der Gefangenen ist, als auch Ursache für das ständig „schärfer" werdende Vorgehen des Wachpersonals.

Neben Personalmangel und Ausbildungsschwächen weist König auf die katastrophale Überbelegung des Heilbronner Gefängnisses hin: Zugelassen für 349 Häftlinge, müssen sich derzeit bereits 406 Häftlinge in den engen Zellen drängen. Die einzelnen Zellen haben nur 19 Kubikmeter Luftraum bei 7,6 qm Grundfläche. Vorgeschriebene Mindest-Richtgrößen (die tatsächlich ohnehin viel zu knapp bemessen sind): 22 Kubikmeter Luftraum bei elf qm Grundfläche.

Die westdeutsche Bourgeoisie – und mit ihr die sozialliberale Regierung – denkt nicht daran,

– und mit ihr die sozialliberale Regierung – denkt nicht daran,

diese schlechten Verhältnisse, die täglich Kriminalität und Brutalität erzeugen, freiwillig zu ändern, denn sie entsprechen ihrem Interesse. Ab und zu, durch einzelne Enthüllungen aufgescheucht, setzen Justiz- und Polizeibehörden alles daran ... um zu vertuschen, verschleiern, die Öffentlichkeit über die wahren Verhältnisse zu belügen ...

Willkür der Justiz soll verstärkt werden!

– schärfere Strafen bei Protest gegen die westdeutsche Klassen- und Terror-Justiz

Die bayrische CSU-Regierung wird im Bundesrat einen Gesetzentwurf einbringen, wonach künftig alle Personen bestraft werden, die ihrer Empörung über ein „Urteil im Namen des Volkes" Luft machen. Damit wird diese Form von Protest bekämpft, wie er sich vor allem in politischen Prozessen gegen Arbeiter, Hausbesetzer, Studenten, Schüler oder sonstige „Radikale" (so die Begründung der Strauß-Spezies) äußert. Die Höchststrafen wegen „Ungebühr vor Gericht" sollen demnach von 1000 auf 3000 Mark bzw. von drei Tagen auf drei Wochen Haft heraufgesetzt werden.

Weiterhin soll künftig der Vorsitzende allein die Möglichkeit haben, Zuschauer aus dem Sitzungssaal rauszuschmeißen und bis zu 24 Stunden inhaftieren zu lassen. Als dritte Maßnahme soll es fortschrittlichen Verteidigern untersagt werden, politische Erklärungen abzugeben, die über den unmittelbar vorliegenden Fall hinausgehen.

Letztere Maßnahme ist ein Resultat der ständigen Hetzkampagnen gegen fortschrittliche Rechtsanwälte, wie z.B. seinerzeit gegen Schily, Verteidiger von Genossen der RAF.

Insgesamt widerspiegelt sich in dem CSU-Gesetzentwurf die Absicht der Bourgeoisie, Terrorurteile gegen fortschrittliche Menschen und Kommunisten ohne viel Aufsehen über die Bühne zu bekommen. Erinnert sei nur daran, daß in faschistischen Ländern wie Spanien, Chile usw., ständig Prozesse unter Ausschluß der Öffentlichkeit stattfinden, in denen die faschistische Justiz unbehelligt „im Namen des Volkes" „Recht" spricht! ●

KB-Gruppe Frankfurt
Schülergruppe

Zum Kampf der „Zivildienst-Leistenden"

In der Verfassung der BRD ist das Recht zur „Kriegsdienst-Verweigerung" verankert: **„Niemand darf gegen sein Gewissen zum Kriegsdienst mit der Waffe gezwungen werden."** (Art. 4)

Hiermit wurde der nach der Niederlage des Faschismus weitverbreiteten antimilitaristischen Stimmung im Volk Rechnung getragen. Zugleich war in dieser Bestimmung aber auch schon die zukünftige Wiederaufrüstung des deutschen Imperialismus und die Einführung der „Wehrpflicht" angedeutet, denn sonst wäre eine solche Verfassungsbestimmung ja völlig überflüssig und absurd gewesen.

Im Zuge der Wiederaufrüstung wurde der Grundgesetz-Artikel über die „Kriegsdienstverweigerung" dann so ausgelegt, daß in einem Prüfungs-Verfahren das „Gewissen" des Verweigerers abgehorcht wird. Die Kreiswehrersatzämter der Bundeswehr stellen dabei sinnigerweise die Vorsitzenden der „Prüfungs"-Gremien als Chef-„Prüfer" in eigener Sache.

Bei der Prüfung werden im Allgemeinen politische Gründe nicht anerkannt (wenn man z.B. darauf verweist, daß vom deutschen Imperialismus zwei Kriege ausgingen und heute wieder Nazi-Generale in der Bundeswehr-Führung sitzen), sondern man muß „Gewissen" vorzeigen. Wenn man irgendwie „religiös" ist, wird das besonders gern gesehen.

Beliebt ist z.B. die Fangfrage: Nehmen wir mal an, Sie gehen nachts mit Ihrer Freundin spazieren, und plötzlich kommt ein Russe (Chinese o.ä.) aus dem Busch. Sie haben zufällig ein Messer dabei... was tun Sie dann? ... – Jede Antwort kann darauf „falsch" sein.

Trotz dieses Idioten-Krams wuchs die Zahl der Kriegsdienstverweigerer (KDV) von 167 im Jahre 1957 (als in der BRD zum ersten Mal wieder Soldaten eingezogen wurden) auf 2.777 im Jahre 1964 und auf 5.963 im Jahre 1967, unter der „Großen Koalition".

Bis Mitte der 60iger Jahre waren KVDler „astreine" Pazifisten – Gläubige, Weggetretene etc., hauptsächlich Theologiestudenten, zukünftige Medizinmänner und andere Kleinbürger. Im Zuge der „Studentenbewegung" – insbesondere dem Protest gegen den US-Völkermord in Vietnam – stieg die Zahl der KDVler rapide an, und die Organisationen der KDVler schafften teilweise den Schritt aus dem bisherigen kleinkarierten bürgerlichen Pazi-Sumpf zu antiimperialistischen Bewegungen von z.T. beachtlicher Breite.

Hatten sich die KDV-Anträge von 1964 bis 67 verdoppelt, verfünf-

1964 bis 67 verdoppelt, verfünf-
fachten sie sich von 67 bis 71 auf 27.653! Vor allem aber erhöhte sich der Anteil von KDVlern aus der Arbeiterklasse von fünf bis zehn Prozent Anfang der 60er Jahre auf 49,7% 1972, und mit der Zahl der Waffengegner wuchs auch der Widerstand der Bourgeoisie und ihrer Militaristen gegen sie.

Kampf gegen die Militarisierung des Zivildienstes

Je höher und schneller die Zahl der KDVler anstieg und je mehr die politischen Verweigerungen zunahmen, entfachten die reaktionären Presseorgane und vor allem damals noch die CDU die übelste Hetzkampagne.

KDVler galten Ende der 60iger Jahre als die „Drückeberger" der Nation! Doch es blieb nicht allein bei der Verteufelung von Menschen, die ein Grundrecht des Grundgesetzes in Anspruch nahmen. So forderten die CDU-Abgeordneten Rommerskirchen, Ernesti, Klepsch und Draeger in ihrem „wehrpolitischen Schwerpunktprogramm" 1969 eine Art Reichsarbeitsdienst für Zivildienstleistende. Ihr Plan:

- ▶ *Arbeitseinsatz nicht nur in Krankenhäusern, Heil- und Pflegeanstalten, sondern auch bei der „Vorsorge gegen Naturkatastrophen" oder der „Verbesserung der Infra-Struktur" (etwa: Deich- oder Straßenbauarbeiten)*
- ▶ *Zusammenfassung in Gruppen und Unterbringung in Gemeinschaftsunterkünften (Kasernierung)*
- ▶ *gegebenenfalls einheitliche Arbeitskleidung (Uniformierung).*

(„Spiegel" 34/69)

Daß diese Pläne ausgerechnet ein Jahr später in einem internen Papier des Bundesverwaltungsamtes wieder zu finden sind, dürfte von Interesse sein. Denn nun waren ja die Regierungsgeschäfte in die Hände der SPD/FDP übergegangen. Es heißt dort:

„In jeder Region solle ein zentrales Sammellager geschaffen werden. Die besonders Renitenten (Aufsässigen), die woanders unmöglich gewordenen Dienstleistenden, sollen überdies in besonderen Lagern konzentriert werden." („Spiegel" 5/70).

In aller Heimlichkeit setzten die Regierenden diese Pläne bereits Ende 1969 exemplarisch um. Am Rande des Heidedorfes Schwarmstedt, 35 km nördlich von Hannover, wurde seit Oktober 69 ein ehemaliges Bundeswehr-Kasernement für 150 Ersatzdienstleistende hergerichtet – ein gutes Dutzend massiver Baracken, mit Maschen- und Stacheldraht umgeben und nur durch die ehemalige Wache zu betreten. Eingangsschild: „Vorsicht Kettensperre". („Spiegel" 5/70).

Nachdem die ersten 17 Lagerinsassen etliche Petitionen und Beschwerden zum Bundesverwaltungsamt geschickt hatten, aber sich keine Besserungen ergaben, sondern Anfang 1970 sie sogar aufgefordert wurden, einen Wachdienst (!) rund um die Uhr zu organisieren, verweigerten die Ersatzdienstleistenden jederlei neue Befehle. Der „Spiegel" 7/70 schreibt zum Schwarmstedter Streik: *„Zwei Wochen lang hatten erst die Lagerinsassen und dann nahezu 400 Ersatzdienstleistende in der gesamten Bundesrepublik gegen die ‚paramilitärischen Verhältnisse' in Schwarmstedt gestreikt.*

In Schwarmstedt, so stand zu befürchten, sollte ein ‚zentrales Sammellager' eingerichtet werden..

Vergeblich versuchte das BVA,

mellager' eingerichtet werden..
Vergeblich versuchte das BVA,
den Streik der Kasernierungsgegner zu zerschlagen. Die Aufständischen ließen sich weder durch Verpflegungsentzug (!) noch durch Strafandrohungen einschüchtern. Vorletzten Freitag versuchte das BVA, das Lager mit Hilfe von Versetzungs-Verfügungen an die Streikenden – jeder an einen anderen Ort – zu retten.

Aber die Streikfront blieb hart."

Der Streik war erfolgreich.

Das BVA erklärte am 2. Februar 1970:

„Das Lager findet keine Verwendung als Dauerunterkunft mehr. Es wird aufgelöst und es erfolgen keine weiteren Einberufungen mehr nach hier."

Überlegungen der Militärpfaffen

Vor Schwarmstedt und den CDU-Plänen zerbrachen sich Ende 1968 die Militärbischöfe H. Kunst und F. Hengsbach zusammen mit dem damaligen Verteidigungsminister Schröder ihre Köpfe über den Zivildienst.

„Geheim sollte bleiben, wie wehrfreudig sich die Militärgeistlichen in dem Ausschuß gegeben hatten. Unter Vorsitz von Brigadegeneral Jürgens berieten sie mit, wie „Einsatzbereitschaft", „Kampfkraft" und „Erfüllung des Kampfauftrages" der Bundeswehr gesichert werden können. Der Ausschuß tadelte:

- ▶ *die deutschen Schulen: die „Mentalität etlicher Kriegsdienstverweigerer sei das Ergebnis des gegenwärtigen gemeinschaftskundlichen Unterrichts, zumal in den Oberstufen der Oberschulen",*
- ▶ *einschlägige Urteile deutscher Gerichte: Es hätten sich durch „höchstrichterliche Entscheidungen in zunehmendem Maße Unzuträglichkeiten ergeben",*
- ▶ *die Praxis der Prüfungsausschüsse, die über Anträge von Verweigerern entscheiden: Obschon 85% der Anträge genehmigt würden, seien „höchstens 30% der Antragsteller als überzeugte Kriegsdienstverweigerer zu betrachten...In der Differenz liegt die Wurzel des Übels".*

(„Spiegel" 43/69)

Die feinen Herren in Uniform und Talar waren sich darin einig, daß eine *„sinnvolle, moderne, aber straffe Menschenführung in der Truppe"* ebenso notwendig sei wie der Kampf gegen den *„Mißbrauch der Gewissensfreiheit."* Deshalb schlugen die Ausschußmitglieder einen sog. *„waffenlosen Dienst in der Bundeswehr vor."* Der „Spiegel" dazu: *„Der ‚waffenlose Dienst' hätte allerdings militärähnlichen Zuschnitt. In Sondereinheiten unter dem Befehl von Bundeswehr-Ausbildern würde vor allem Spaten-Arbeit verrichtet: Ödland kultiviert, Moore trockengelegt und Strände gesichert – ähnlich wie der Reichsarbeitsdienst."*

(„Spiegel" 43/69)

Um die Verweigerungsquoten noch weiter nach unten zu drücken, schlugen die Militärpfaffen vor, *„daß der waffenlose Dienst fünf Monate länger als die Wehrpflichtigenzeit dauern müsse."*



Kriegsdienstgegner - Funktionär Wellhardt: " Religiöse Motivation zurückgegangen" (Aug. 72)

Wie gehabt, die Kirchenfürsten rufen zu den Waffen, wenn die Bourgeoisie es will!

Das „neue" SPD-Zivildienstgesetz

Am 9. August 1973 trat das *„Gesetz über den Zivildienst der Kriegsdienstverweigerer"* (kurz: ZDG) durch Bekanntmachung im Bundesgesetz-

dienstverweigerer" (kurz: ZDG) durch
Bekanntmachung im Bundesgesetzblatt in Kraft.

Diesem Gesetz gingen etliche Konzeptionen der verschiedenen Parteien, Kirchen etc. voraus (siehe oben).

Grundsätzlich waren sich alle bürgerlichen Institutionen einig darin, vom sog. „humanitären" Ersatzdienst zum regulären Arbeitsdienst zu kommen. Gegenüber dem alten Ersatzdienstgesetz sind die Einsatzbereiche auf die Bundesbahn, die Post, den „Umweltschutz" und die „Berufsfeuerwehr" erweitert worden.

Damit könnten die unter der Kontrolle des Bundesverwaltungsamtes stehenden ZDLs direkt gegen die Arbeiterklasse als Lohndrücker und gegebenenfalls als Streikbrecher eingesetzt werden.

Ebenso wurden die Disziplinarstrafen verschärft. Bis zu fünf Jahren können Zivildienstleistende eingeknackt werden, wenn sie gegen „Recht und Ordnung" der herrschenden Klasse verstoßen.

Das geht sogar soweit, daß selbst das „außerdienstliche Verhalten" der Dienenden bestraft werden kann, z.B. Teilnahme an einer „Chaoten"-Demo, Flugblattverteilung etc. Selbst der „Juristengrundsatz", wegen einer Tat nur einmal bestraft zu werden, ist im ZDG aufgehoben.

So ist es beispielsweise möglich, wegen Fernbleiben vom Dienst zum „Nachdienen" bestraft zu werden, zudem ein Disziplinarverfahren des BVA zu bekommen (z.B. Geldstrafe) und möglicherweise eine dritte Strafe, wenn Strafanzeige (!) gegen den ZDL gestellt wird (bis zu fünf Jahren).

Disziplinarmaßnahmen gegen ZDLs häufen sich. So sind in Göttingen sechs ZDLs zu 30 Monaten Gefängnis (auf drei Jahre Bewährung) verurteilt worden. In Delmenhorst wurden 17 ZDLs zu je sechs Wochen

Forts. „Zivildienst-Leistende"

Gefängnis verurteilt (auf zwei Jahre Bewährung), dazu je 90,- DM Geldstrafe (bei einem Sold von 165,- DM) und 32,- DM Verfahrenskosten!

In Hamburg wurde letztes Jahr ein ZDL wegen angeblicher „politischer Betätigung" nach Salzgitter versetzt.

Personalakten eines ZDL wurden dem MAD („Militärischer Abschirmdienst") zur Einsicht übergeben. Gerull, einer der führenden Bürokraten des BVA, fand bei Nachfrage diesen Fall „normal" und „legal".

Völlig verboten bleibt die politische Betätigung. Das ZDG ließ sich dabei zu einer besonders makabren Formulierung hinreißen. Es heißt im § 29:

„Der Dienstleistende darf sich im Dienst nicht zugunsten oder zuungunsten einer politischen Richtung betätigen. Das Recht, im Gespräch seine Meinung zu äußern, bleibt unberührt".

Es ist erlaubt, seine Meinung zu äußern, wenn sie weder zugunsten noch zuungunsten einer politischen Richtung ist. Toll! Also Maulhalten, sonst wirst du verknackt! (Siehe auch Kasten – Abdruck aus „Kommentar zum ZDG").

Im Sinne der Militarisierung der Gesellschaft wirbt die Bundeswehr gegenüber dem Zivildienst mit etlichen „Vergünstigungen": So müssen ZDLs einen Monat länger dienen, haben keinerlei Ausbildungsmöglichkeiten gegenüber den Bundeswehrhochschulen etc.

Ferner greifen die Militaristen auch direkt das „Recht auf Kriegsdienstverweigerung" an, indem sie systematisch in den letzten Jahren die Durchfallquoten bei den „Gewissensprüfungen" hochschraubten, so daß es heute bereits mehr als 10.000 nicht Anerkannte gibt.

„Durchschnittlich werden nur noch 40% der Antragsteller anerkannt." („ami" 3/74)

Die „Wehrkunde"-Zeitschrift gibt dafür folgende logische Erklärung: *„Dies ist darauf zurückzuführen, daß die Prüfungsausschüsse seit etwa einem halben Jahr andere Maßstäbe anlegen."* („Wehrkunde" 5/73).

Die neuesten Überlegungen...

Im Mai/Juni dieses Jahres sind verschiedentlich Äußerungen laut geworden, die die Abschaffung des Prüfungsverfahrens für KDV fordern. Dabei wird in einigen Fällen richtig argumentiert, daß diese Verfahren der Willkür der Militaristen Tür und Tor öffnen und das verbriefte Grundrecht auf Kriegsdienst-Verweigerung noch mehr zu einem Ausnahmerecht machen. U.a. will eine Reihe SPD-Abgeordneter im Bundestag einen
der Willkür der Militaristen Tür und Tor öffnen und das verbriefte Grundrecht auf Kriegsdienst-Verweigerung noch mehr zu einem Ausnahmerecht machen. U.a. will eine Reihe SPD-Abgeordneter im Bundestag einen
entsprechenden Antrag stellen. Dasselbe hört man aus FDP-Kreisen. Die CDU dagegen lehnt eine Abschaffung der KDV-Prüfungen generell ab, drängt sogar auf eine *„genauere Durchleuchtung Wehrunwilliger"*.

Nun ist es bekanntermaßen nicht so, daß die CDU allein die „bösen Militaristen" sind, und die SPD/FDP „friedliebend", und deshalb für die Abschaffung der KDV-Prüfungen eintreten. Unserer Meinung nach kommen hier vielmehr unterschiedliche Konzepte zur „Einsatzfrage Dienender" zum Tragen. Die „antimilitaristische" Argumentation aus



Schmidt: Gute Kameraden gefunden

SPD/FDP-Kreisen entpuppt sich bei genauerer Betrachtung als bloße Demagogie. Die SPD/FDP-Regierung legt z.Z. noch gewissen Wert darauf, daß die himmelschreienden Mißstände im Gesundheitswesen der BRD „etwas beschönigt" werden. Entsprechend kann sie durchaus einige tausend Verweigerer mehr als Lückenbüßer in der kapitalistischen Kranken- Alten- und Behindertenpolitik gebrauchen. Vor allem, wenn man bedenkt, daß selbst die reaktionäre Ärztekammer vor einigen Monaten der Presse mitteilte, *„daß der Gesundheitsbereich in einigen Jahren in der BRD zusammenbrechen würde."*

Die CDU/CSU indes denkt bei ihrer Konzeption vielmehr an die ideologische Seite der „jungen Männer". Entsprechend dem ehemaligen Kapitalistenboß Berg, der erkannte, daß für die Kapitalisten „ein gedienter Arbeiter ein besserer Arbeiter ist", orientierte sie darauf, möglichst alle „Nachwuchsarbeiter" durch die „Schule der Nation", wie Kiesinger



Ersatzdienststreik (Jan. 72)

sagte, also die Bundeswehr, zu schikken.

Wie allerdings die Verschlechterungen im Zivildienst zeigen (wie Kasernierung, schärfere Disziplinierung, etc.) existieren zwischen SPD/FDP und CDU keine wirklich alternativen Konzeptionen, statt dessen nur unterschiedliche Akzentuierung bei der Bewältigung kurz- und langfristiger Aufgaben der Kapitalistenklasse.

Die SPD unternimmt halt derzeit besonders die Aufgabe, die Riesenlücken im Gesundheitswesen oberflächlich zu kitten, wobei sie den ZDLs gleichzeitig ein neues Gesetz verschafft hat, nach dem selbst die minimalsten demokratischen Rechte entfallen – und Pläne wie Schwarmstedt zwar vorläufig aufgeschoben, damit aber keineswegs aufgehoben sind.

ÖTV-Führung gegen Zivildienstleistende – und wie der Kampf organisiert werden muß!

ÖTV-Führung gegen Zivildienstleistende – und wie der Kampf organisiert werden muß!

Parallel zum 73er Zivildienstgesetz drehte die Gewerkschaftsführung den Hahn für Zivildienstleistende zu.

War es früher möglich, auch als ZDL in die Gewerkschaft einzutreten, verschickte der Hauptvorstand der ÖTV am 31.7.73 an alle Bezirks- und Kreisverwaltungen ein Rundschreiben, in dem ausdrücklich darauf hingewiesen wird, daß ZDLs und Wehrpflichtige nicht mehr in die ÖTV aufgenommen werden. Sie erfüllen angeblich nach § 4 der Satzung nicht die Voraussetzungen für eine Mitgliedschaft. Gemeint ist damit, daß ZDLs keinen Arbeitsvertrag, sondern einen Stellungsbefehl haben. Die „antimilitarismus informationen" Nr. 8/9 73 schreiben dazu:

„Bisher war es die Auffassung kompetenter Juristen, daß es zwar durchaus zweifelhaft sei, ob die Gewerkschaften berechtigt sind, ZDL zu organisieren, daß man aber, solange sich niemand findet, der dagegen auftritt, die Aufnahmepraxis ruhig fortsetzen könne. Notfalls könne man es auf eine gerichtliche Entscheidung ankommen lassen.

Es stellt sich also die Frage, wer den ÖTV-Hauptvorstand veranlaßt hat, eine stillschweigend geübte Praxis nun zu unterbinden und allen reaktionären Kreisvorsitzenden ein Papier in die Hand zu drücken, hinter dem sie sich bequem verstecken können. Das Interesse der in der ÖTV organisierten Bediensteten hat diesen Brief ganz bestimmt nicht diktiert, denn die Spaltung von ZDL und den in den Einrichtungen Beschäftigten wäre die Abrundung der Arbeitsdienstkonzeption, der sich der Zivildienst immer mehr nähert. Die dubiose Doppelstellung der ZDL mit ihrer Verschleierungs-, Lohndrücker- und Streikbrecherfunktion läßt sich nur durch die Solidarität aller Betroffenen aufheben; und betroffen sind neben den ZDL hier alle Beschäftigten in den Einrichtungen, in erster Linie die aktiven Gewerkschafter, die für Verbesserungen im sozialen Bereich eintreten."

Diese spalterische, arbeiterfeindliche Tätigkeit der ÖTV-Führer, die offen den Militaristen in die Hände arbeitet, kann ganz sicher nicht von den ZDL allein gebrochen werden.

Wie der jüngste Versuch von 13 aktiven ZDL in Hamburg zeigt (siehe AK 46, Seite 28), ignorieren die Gewerkschaftsführer die Aufnahmeanträge oder verweisen auf das „Aufnahmeverbot".

Anfang der 70er Jahre bildeten sich an verschiedenen Orten „Selbstorganisationen der Zivildienstleistenden" – kurz SO. Insbesondere beim Streik gegen die Kasernierung in Schwarmstedt spielte die SO eine Rolle, ebenso bei bundesweiten Aktionen gegen das SPD-Zivildienstgesetz.

Für die ZDL-Probleme hat die SO insbesondere Bedeutung, wenn man bedenkt, daß 600 ZDL in Hamburg auf über 100 Dienststellen verstreut arbeiten. Darüber hinaus sind sicherlich auch Zusammenhänge zur Gewerkschaftsfrage und Antimilitarismusfragen mit Soldaten von Bedeutung (in einigen Städten gibt es sog. Antimilitarismuskomitees von ZDL und Soldaten).

Im Wesentlichen sollten die Zivildienstleistenden allerdings dort politisch und gewerkschaftlich arbeiten, wo sie tagtäglich mindestens acht Stunden ihren Dienst verrichten – zusammen mit den Kollegen der Krankenhäuser, Altenheime und Anstalten.
dienstleistenden allerdings dort politisch und gewerkschaftlich arbeiten, wo sie tagtäglich mindestens acht Stunden ihren Dienst verrichten – zusammen mit den Kollegen der Krankenhäuser, Altenheime und Anstalten.
In Hamburg gibt es solche Arbeitszusammenhänge schon an verschiedenen Krankenhäusern.

Nur über solche Betriebsgruppenarbeit wird es auch langfristig möglich werden, von der Gewerkschaftsbasis aus, von den organisierten ÖTV-Kollegen Dampf hinter die Aufnahme von ZDL in die Gewerkschaft zu machen.

Neben dieser Perspektive des politischen und gewerkschaftlichen Kampfes der ZDL an ihrer derzeitigen sozialen Basis (den Krankenhäusern und Anstalten) gilt es, den Kampf gegen die zunehmende Militarisierung und Faschisierung des Ersatzdienstes zu führen, den Kampf gegen alle staatlichen Versuche, auf „kaltem Weg" einen Arbeitsdienst einzuführen, einen Kampf für die Abschaffung der KDV-Prüfungen.

Eigentlich lägen hier selbstverständliche Aufgaben der Gewerkschaften. Da aber die ÖTV-Führer – im Interesse der Bourgeoisie und ihrer Militaristen – den ZDL jede Unterstützung und Solidarität verweigern, steht die Aufgabe des Aufbaus einer selbständigen Schutz- und Kampforganisation.

Die Vergangenheit hat gezeigt, daß die SO dieser Aufgabe nur ungenügend gerecht werden konnte. In Zeiten schärferer Auseinandersetzungen (z.B. Schwarmstedt-Streik), gelang es den Ersatzdienstleistenden, z.T. beachtlich starke Organisationen aufzubauen, die auch die örtliche und regionale Isolierung überwinden konnten – jedoch zerfielen die Gruppen immer wieder; sporadisch erscheinende Zeitungen einzelner ZDL-Gruppen verschwanden wieder. Die politische Arbeit unter den ZDL konnte keine Kontinuität gewinnen.

Die alten Organisationen der Kriegsdienstverweigerer, besonders der VK (Verband der Kriegsdienstgegner) kümmerten sich in den Jahren 1969 bis 1971 aktiv um eine politische Arbeit unter den ZDL. Dies konnte nur gelingen, indem revolutionäre Genossen die bürgerlichen Pazifisten aus den Vorständen dieser Verbände verdrängen konnten. Inzwischen hat sich auch – mit dem Abebben der Studenten- und Schülerrevolten – die Situation geändert:

Die Revolutionäre zogen sich auf andere Gebiete zurück; Pazifisten, Revisionisten (DKP/SDAJ) und „linke" Sozialdemokraten „eroberten" die Verbände zurück . . . seitdem sind sie politisch tot, spielen im antimilitaristischen Kampf keine Rolle mehr, haben nahezu gänzlich auf jede Öffentlichkeitsarbeit verzichtet etc.

Das Scheitern beim Aufbau einer schlagkräftigen SO hat vor allem politisch-ideologische Ursachen, d.h. liegt im z.T. recht geringen Entwicklungsstand des politischen Bewußtseins der ZDL selbst begründet. Hinzu kommen äußerliche Schwierigkeiten, wie z.B. die Zersplitterung und Isolierung der ZDL in Kleinstgruppen in vielen Krankenhäusern sowie die Tatsache, daß die ZDL nach anderthalb Jahren wieder ins Berufsleben zurückkehren. – Es ist eine allgemeine Aufgabe demokratischer, sozialistischer und kommunistischer Jugendarbeit, sich stärker und kontinuierlicher als bisher um den Bereich der Ersatzdienstleistenden zu kümmern. ●

Chemiekomitee, KB/Gruppe Hamburg in Zusammenarbeit mit Hamburger Zivildienstleistenden.



Ersatzdienstbeauftragter Iven vor der Zivildienstschule, Hamburg

Redaktionelle Anmerkung:

Mit Veröffentlichung dieses Artikels unterstützen wir den demokratischen und gewerkschaftlichen Kampf der Zivildienstleistenden und werden dies auch in Zukunft tun. Nicht verbunden mit dieser Unterstützung ist eine allgemeine Befürwortung zur Verweigerung des Kriegsdienstes durch unsere Organisation. Prinzipiell befürworten wir auch weiterhin, daß unsere Genossen und Sympathisanten im allgemeinen zur Bundeswehr gehen, da dorthin der größte Teil der Arbeiterjugend gezogen wird und es den Kommunisten und ihren Sympathisanten noch nie geschadet hat, die Waffentechniken der Bourgeoisie zu beherrschen. Revolutionäre und demokratische Arbeit und Propaganda innerhalb der Armee – insbesondere einer imperialistischen Armee, wie der „Bundeswehr" – ist nach wie vor ein entscheidender Abschnitt kommunistischer Arbeit überhaupt.

AK-Redaktion

Wohnraumzerstörung in Göttingen

Vor kurzem wurde in der Göttinger Innenstadt ein „Hertie"-Kaufhaus eröffnet. Diese Kaufhauseröffnung und die weiteren kurzfristigen Pläne einer Aufteilung des sogenannten Reitstallviertels unter die Konzerne „Hertie", „Iduna" und „Oetker" stellt den bisher vollzogenen Auftakt der sogenannten „Stadtsanierung" durch die Göttinger Stadtverwaltung dar. Für die werktätige Bevölkerung bedeutet der bürgerliche Schnack von der Sanierung jedoch nichts anderes als die Zerstörung des dortigen Wohnraums, nämlich billiger Altbauwohnungen.

Die Zusammenarbeit der „Hertie"-Kapitalisten und der Göttinger Stadt sah so aus, daß einigen Mietern in der Nachbarschaft des „Hertie"-Baugeländes gekündigt wurde, um die größten-
nämlich billiger Altbauwohnungen.
Die Zusammenarbeit der „Hertie"-Kapitalisten und der Göttinger Stadt sah so aus, daß einigen Mietern in der Nachbarschaft des „Hertie"-Baugeländes gekündigt wurde, um die größten-
teils ausländischen Bauarbeiter dort unterzubringen. Diese wiederum mußten für einen Platz in einem 4-Bett-Zimmer 120,- DM pro Monat bezahlen. Andere Mieter wurden vertrieben, um Einstellungs- und Bauleitungsbüros zu errichten. Was scherten die „Hertie"-Kapitalisten sich dabei um das Gesetz gegen die Zweckentfremdung von Wohnraum! Aus den ausländischen Arbeitern wurden Leistungen zu unmenschlichsten Bedingungen herausgepreßt, um das Kaufhaus möglichst bald fertigzustellen. So wurden 70-75 Stunden in der Woche gearbeitet, zeitweise sogar 16 Std. pro Tag. Mit Werbekampagnen und Parolen wie „jung-dynamisch-weltoffen" und dem bestochenen Bürgerblatt „Göttinger Blick", der von den „unaufhaltsamen Fortschritten" der Bauarbeiten zu berichten wußte, versuchten die „Hertie"-Kapitalisten in Eintracht mit den Behörden, der Bevölkerung Sand in die Augen zu streuen und den Kaufhausrummel schmackhaft zu machen.

Daß die Stadtverwaltung Hand in Hand mit „Hertie" gegen die Göttinger Bevölkerung vorging, zeigt auch das Taktieren der Stadtverwaltung bei den Plänen zur Verwendung des alten Reitstallgeländes, wo ja heute das „Hertie"-Kaufhaus steht. Die Stadtverwaltung gab zunächst 750.000 DM für den Kauf des Reitstallgeländes und dann bei weiteren Fehlplanungen noch einmal 300.000 DM – erst sollte ein Rathaus mit Volkshochschule, dann mit einem Kaufhaus gebaut werden. Als der Stadtverwaltung endlich einfiel, daß das Rathaus zu teuer sein würde, kamen als „Retter" die „Hertie"-Kapitalisten. Die Verplanung des Reitstallviertels begann mit dem Bau einer Fußgängerbrücke über die Berliner Straße, was ein „Geschenk" von „Iduna" an die Stadt war, wie die „Göttinger Allgemeine" berichtete. Diese soll durch das Reitstallviertel hindurch bis in den 1. Stock von „Hertie" führen, wo aus diesem Grunde schon ein Loch im Treppenaufgang gelassen wurde. So konnte nur geplant werden, weil feststeht, daß das ganze Viertel abgerissen werden soll, entgegen der verlogenen Behauptung der Stadtverwaltung, daß es noch keinen festen Plan gäbe.

Banken, Versicherungen und Kaufhäuser für Kapitalisten sind einträglicher als Altbauwohnungen für die Arbeiterklasse, das ist das alte Motto der Sanierungspolitik der Kapitalisten und ihres Staates. Die Bevölkerung wird dabei vor vollendete Tatsachen gestellt.

Die „Sanierung" des Reitstallviertels ist jedoch nur die Spitze des Eisberges. Die Pläne der Göttinger Stadtverwaltung gehen soweit, langfristig den größten Teil der Göttinger Innenstadt abzureißen, um damit die billigen Altbauwohnungen einer profitträchtigeren Nutzung freizugeben. Neuer Wohnraum für die aus ihren
verwaltung gehen soweit, langfristig den größten Teil der Göttinger Innenstadt abzureißen, um damit die billigen Altbauwohnungen einer profitträchtigeren Nutzung freizugeben. Neuer Wohnraum für die aus ihren
Wohnungen vertriebene Bevölkerung wird kaum bereitgestellt, und wenn, dann sogenannte „Sozial"wohnungen wie z.B. in der weit vor Göttingen gelegenen Großsiedlung „Holtenser Berg", wo eine 4-Zimmer-Wohnung 475,- DM kostet. Die Mieten für diese Wohnungen werden laufend erhöht, soziale Einrichtungen wie Kindergärten, Altenheime, Häuser der Jugend usw. gibt es kaum – und wenn, dann sind sie von den eng begrenzten Räumlichkeiten und der Betreuung durch Fachkräfte her völlig unzureichend, ein Hohn auf die sozialen Reformversprechen der bürgerlichen Parteien. Unlängst hat man direkt am „Holtenser Berg" einen Autobahnzubringer fertiggestellt, so daß die Bewohner obendrein noch dem unerträglichen Lärm der vorbeirasenden Autos ausgesetzt sind. Um zur Arbeit und zum Einkaufen zu kommen, muß man erst nach Göttingen hineinfahren, was teure Fahrgelder oder Benzin kostet.

Die Umsiedlung der werktätigen Bevölkerung aus den Altbauwohnungen in die weit vor den Städten gelegenen Siedlungen des „sozialen Wohnungsbaus" stellt also eindeutig einen Angriff auf ihr Lebensniveau dar, dem man nicht begegnen kann, wenn man sich durch die Hinhaltetaktiken und Versprechungen der bürgerlichen Parteien täuschen läßt, sondern nur, wenn die Fragen von Vertreibung und Wohnungsspekulation und die Maßnahmen dagegen in solidarischer Form besprochen werden und die Sache in die eigene Hand genommen wird. Über den Kampf gegen die kapitalistische Wohnungsbaupolitik darf man sich jedoch keine Illusionen machen. Das brutale Vorgehen des bürgerlichen Polizeiapparates hat sich bei den Häuserkämpfen z.B. in Frankfurt Westend und Innenstadt und in der Eckhoffstraße in Hamburg gezeigt (s. betreffende AK-Artikel), wo versucht wurde, den Kampf mit Mitteln der rücksichtslosen Gewalt, durch Isolierung der fortschrittlichsten Kräfte und Hetzkampagnen in den bürgerlichen Zeitungen zu zerschlagen. ●

Bezirksorganisation der KAG/ Göttingen

STAATLICHE ANGRIFFE KRANKENHAUSPERSONAL

Zum Krankenhausfinanzierungsgesetz

Der ARBEITERKAMPF hat schon in Analysen zu verschiedensten gesellschaftlichen Bereichen der BRD die Haupttendenz der politischen Stoßrichtung der BRD-Bourgeoisie hin zu ständig verschärfter politischer Reaktion und materieller Ausbeutung der arbeitenden Bevölkerung aufgezeigt. In diese politische Haupttendenz in der BRD reiht sich auch die Entwicklung ein, die das Gesundheitswesen in den letzten Jahren hier genommen hat: Die neue Mediziner-Ausbildungsordnung (Mediziner-AO), die neue Ausbildungsordnung für das Krankenhauspflegepersonal, das Krankenhausfinanzierungsgesetz (KHG) sind die äußeren Meilensteine der stattfindenden Veränderungen auf diesem Gebiet. In all diesen Fällen geht es darum, mit möglichst geringem finanziellen Aufwand des Staates und möglichst ohne Beschneidung der Gruppeninteressen vor allem der Ärzte und der Pharma-Industrie der rasant steigenden Kostenlawine des Gesundheitssektors Herr zu werden.

Das KHG nun zeigt besonders deutlich, wie der Staat die anfallenden Kostensteigerungen überwälzt auf die auf seine Unterstützung am meisten Angewiesenen: die Versicherten und die Krankenhausangestellten, und dabei eine Verschlechterung der Leistungsfähigkeit der westdeutschen Krankenhäuser in Kauf nimmt. Gleichzeitig wird an diesem Gesetz die „Reform"-Strategie des kapitalistischen Staates deutlich: in einer Art „Feuerwehrpolitik" wird ein den gesellschaftlichen Unmut erregender Teilbereich neu geregelt ohne Vorhandensein eines zusammenhängenden Konzepts für das Gesundheitswesen, wodurch eventueller Protest und politische Unzufriedenheit über diese Neuregelung sehr gut verschoben werden kann auf andere noch zu regelnde Bereiche. So hinkt dann die Kritik der Betroffenen immer hinter der Sozialpolitik des Staates hinterher!

Was ist passiert?

Am 23.6.72 wurde das KHG vom Bundestag verabschiedet. Damit wurde hauptsächlich die finanzielle Versorgung der Krankenhäuser neu festgelegt. Bis zu diesem Zeitpunkt hatten jährlich die Krankenkassen und die Krankenhausgesellschaft (Vereinigung aller Träger der Krankenanstalten) gemeinsam die Höhe des Pflegesatzes festgelegt, den die Krankenkassen pro Patient und Tag zu entrichten haben. Grundlage der Berechnungen waren die „Selbstkosten eines sparsam wirtschaftenden Krankenhauses". Diese Berechnungen lagen regelmäßig weit unter dem realen durchschnittlichen Verbrauch der Krankenhäuser. Bei diesen Berechnungen ging man still aus von der Zielvorstellung der Pflegesatzordnung, *„die Krankenhausbenutzer oder deren Kostenträger aus gesundheits-, wirtschafts- und sozialpolitischen Gründen nicht mit den vollen Krankenhauskosten zu belasten."* Die bestehenden Defizite wurden regelmäßig von Bund und Ländern übernommen.

Nach dem neuen KHG nun sind die Krankenkassen verpflichtet, die gesamten laufenden Kosten der Krankenhäuser zu tragen (§ 17). Nach ersten Überschlagsrechnungen werden die Krankenkassen ihre Beiträge jährlich um ca. 20 % erhöhen müssen, um diesen Kostensteigerungen der Pflegekosten und den auf sie übergewälzten finanziellen Verpflichtungen nachkommen zu können. Die Pflegekosten steigen nach diesem Plan um 220 % zwischen 1965 und 1977!

In diesem Zusammenhang sei nur kurz darauf hingewiesen, daß von den Krankenkassenbeiträgen sowieso nur 1/3 aufgewandt wird für Krankenhausleistungen, 2/3 fließen in die Taschen der ambulanten Ärzte und der Pharma-Industrie. Aber unabhängig von anstehenden Reformen auch in diesen beiden Bereichen bleibt festzuhalten: das KHG hat letztlich die Konsequenz, die Kostensteigerungen in den Krankenhäusern voll auf die Versicherten abzuwälzen und damit gesamtgesellschaftlich aufgebrachte Steuern einzusparen.

Die Reparatur- und Investitionskosten der Krankenhäuser sollen nach dem KHG zwischen Bund und Ländern aufgeteilt werden im Verhältnis 1 : 2 (§ 22). Die maximale vom Bund dafür aufzubringende Summe wurde im Gesetz bereits gleich mit festgelegt: das Bundesdrittel soll 1973 nur 465 Millionen, 1974 550 Millionen Mark betragen.

1972 hatte die Krankenhausgesellschaft einen jährlichen Bettenzuwachsbedarf von mindestens 35.000 jährlich berechnet. Die nach dieser Planung zur Verfügung stehenden Gelder reichen gerade für 10.000 Betten jährlich!

Gegen die Kostenverteilung von 1 : 2 protestierten natürlich erst einmal die Länder im Bundesrat. Sie verfügten eine weitere Belastung der Krankenkassen durch Ausweitung des Begriffs der Pflegekosten und bürdeten ihnen damit jährlich weitere 210 Millionen Mark auf (vgl. FAZ v. 25.3.72). Den letzten beißen eben die Hunde....

Nach § 6 und 8 sollen die derart begrenzten staatlichen Zuschüsse nun nur nach einem von den Ländern bis Ende 1973 zu erstellenden Bettenbedarfsplan zu verteilen sein. Das Beispiel Westberlin mit seinem Entwurf des Landeskrankenhausgesetzes (LKG, letzter Entwurf März 1974) zeigt die konsequente Weiterführung der im KHG angelegten nationalen Stoßrichtung auf Länderebene deutlich.

Die Bettenbedarfsplanung des Westberliner Senats

Seit dem Ende der 60er Jahre schon lief in Westberlin die Diskussion um eine Reform der Bettenbedarfsplanung in den Westberliner Krankenhäusern Fester Ausgangspunkt aller „Reform"-Überlegungen war und ist die Notwendigkeit der Bettenverknappung aus Ersparnisgründen, und von hier aus wird nach Erklärungen gesucht für das offensichtliche Fehlen von Krankenhausbetten schon ohne weitere Verknappungspläne. So sprach 1969 Westberlins damaliger Senator für Gesundheit, Bodin, vom sog. „Schwammeffekt": In Westberlin seien zu viele Betten, deshalb seien sie immer voll und würden von den Ärzten und Krankenanstalten aus eigenem Interesse immer vollbelegt gehalten! Die Frage ist nur, was passiert, wenn Westberlins Ärzte und Krankenanstalten – vorausgesetzt, ihr Egoismus sei wirklich die Ursache des starken Bettenmangels, wie es uns die zynische Argumentation Bodins weismachen will – weiter an ihrer Taktik festhalten unter den Voraussetzungen von noch weniger Betten nach einer Reform, die nicht auf die Verunmöglichung solcher Praktiken zielt, sondern die Bettenlage für die Bevölkerung objektiv verschlechtert!

Daß es in anderen Bundesländern nicht anders zugeht, beweist schon die Schlagzeile in der „Zeit" vom 5.10.73, unter der der Hamburger Gesundheitssenator eine ganz ähnliche Politik der Bettenverknappung, in Hamburg propagiert: *„Zu wenig Geld, zu viele Betten"*. Kürzer kann man die hinter der „Reform" stehenden Interessen wirklich nicht mehr benennen!

Im April 1972 veröffentlichte der Bodin-Nachfolger Wolters (inzwischen ist er avanciert zum Staatssekretär im Gesundheitsministerium) den „Diskussionsentwurf: Gesetz über die Krankenhäuser im Land Berlin". Hier schlug er eine Streichung von 2.000 Betten in Westberlin vor bei einer Gesamtbettenzahl von 36.750. Im letzten Entwurf von Wolters-Nachfolger Paetzold ist diese Zahl gestiegen auf 3.219!! Von diesen Streichungen sind hauptsächlich betroffen: Kinder (345 Betten), Frauen (517) und chronisch Kranke (ca. 1.900!) Diese am meisten betroffenen Bevölkerungsgruppen haben etwas gemeinsam: sie sind noch nicht, nicht mehr oder nur teilweise in den Produktionsprozeß einzugliedern, und sie gehören zu den am schwächsten politisch organisierten Bevölkerungsteilen; sie sind nicht profitabel, und sie können sich allein kaum wehren!

Die Hauptargumente für die Bettenstreichungen sind der angebliche Mißbrauch der Krankenanstalten als Pflegeinstitutionen und die erreichte Liegezeitverkürzung. In den letzten zehn Jahren ist die Liegezeit der Patienten von durchschnittlich 25 auf 19,6 Tage gesunken. Es ist auch sicher richtig, daß die Liegezeitverkürzung objektiv einen Fortschritt in der Medizin ausdrückt. Allerdings bedeutet die Liegezeitverkürzung im Kapitalismus nicht eine Verbesserung der Gesundung des Patienten, denn unter kapitalistischen Produktionsbedingungen bedeutet jeder Tag, den der Arbeiter wieder früher in die Produktion eingegliedert werden kann, seine erneute Mehrwertproduktion für den Kapitalisten und Auslieferung an unmenschliche, seine gerade wiederhergestellte Gesundheit wieder neu ruinierende Arbeitsbedingungen! In seinem Buch „Gesundheitswesen im Klassenkampf" zeigt der KSV Westberlin in Auswertung vor allem der Quellen des statistischen Bundesamtes der BRD die verheerenden gesundheitlichen Wirkungen der steigenden Arbeitshetze in vier Haupttendenzen auf:

1. Die Krankenstände steigen laufend, wobei aus den Quellen hervorgeht, daß die Arbeiter wesentlich häufiger erkranken als der Durchschnitt der Versicherten! Selbst Bodin mußte 1970 im Westberliner „Tagesspiegel" erklären: *„Es sei wohl gelungen, die durchschnittliche Liegedauer zu verkürzen, dafür kämen nun die Patienten jedoch häufiger ins Krankenhaus."*
2. Die Art der Erkrankung verschiebt sich hin zu Herz- und Kreislaufkrankheiten großenteils psychosomatischen Ursprungs, Erkrankungen der Verdauungsorgane und der Atemwege: Alles Krankheiten, die verursacht werden durch den Streß, die Monotonie und Hetze des Arbeitstages, die sog. „Verschleißkrankheiten" mit langer Rekonvaleszenzzeit.
3. Die Zahl der Betriebsunfälle steigt ständig. Obwohl die Arbeiter nur 45,3 % der Bevölkerung ausmachen, entfallen auf sie 79,3 % aller Betriebsunfälle.
4. Seit 20 Jahren sinkt die Lebenserwartung vor allem der bundesdeutschen Männer wieder, und das durchschnittliche Rentenalter liegt heute bereits bei 57 Jahren. Die Liegezeitverkürzung, die der Fortschritt der Medizin ermöglicht, wird also wieder wettgemacht durch die zunehmende Zahl der Erkrankungen überhaupt. Unter diesen Bedingungen muß eine Verknappung der Krankenhausbetten zwangsläufig zu einer weiteren Verschlechterung der gesundheitlichen Versorgung führen: ein Krankenbett ergattern kann nur noch derjenige, der entweder die richtigen Beziehungen hat, oder der in Lebensgefahr schwebt und/oder operiert werden muß.

Aber auch das andere Argument, der Mißbrauch des Krankenhauses als Pflegeinstitution (v.a. zur Bettenstreichung für chronisch Kranke benutzt) ist verschleiernd: sicher ist richtig, daß Gesundende nicht dieselben ärztlichen Einrichtungen benötigen wie Schwerkranke. Aber welche Ersatzeinrichtungen plant der Westberliner Senat für die gestrichenen Betten? Es sollen 1.300 „Krankenheimbetten" eingeführt werden, in den Häusern ausgerechnet, die der Senat wegen ihrer Unwirtschaftlichkeit nicht in den Bettenbedarfsplan mitaufgenommen hat! Zudem müssen die „Siechenheimbetten", wie sie die ÖTV in ihrer Kritik zutreffend bezeichnet, auch noch von den Patienten selbst getragen werden, und da sie nicht vom LKG unterstützt werden, betrügen die monatlichen Kosten z. Z. ca. 1.600 DM. Außerdem bleibt das Problem der Nachsorgeeinrichtungen für Gesundende, also nicht chronisch Kranke, in diesem Gesetz völlig unberücksichtigt: Für die vorhin erwähnten steigenden „Verschleiß"-Kranken ist keine organisatorische Regelung gefunden worden, wo sie ihre Genesungszeit unter ausreichender ärztlicher Kontrolle und in der gebotenen Ruhe verbringen können. Die bisher dafür zur Verfügung stehenden Krankenhausbetten werden nun gestrichen.

Die Personalplanung im LKG

Aber das LKG gibt sich nicht mit einer Einsparung allein von Kranken-

Kapitalistische Rationalisierung

Ende Mai warnte die bürgerliche Presse vor den Kosten der 40-Stunden-Woche im Öffentlichen Dienst. *„Zwei Stunden weniger kosten Milliarden Mark"* („Welt"). Ministerpräsident Filbinger versuchte, die 1972 tarifvertraglich vereinbarte Arbeitszeitverkürzung wieder rückgängig zu machen. Die übrigen Ministerpräsidenten zogen nicht mit, wohl mit Rücksicht auf die Stimmung der Kollegen im Öffentlichen Dienst, denen man nach dem 11%-Beschiß bei der Tarifrunde nun nicht auch noch die Nichteinführung der 40-Stunden-Woche zumuten konnte.

Einig waren sich alle öffentlichen ‚Arbeitgeber', daß die Arbeitszeitverkürzung nur zum kleinsten Teil durch neue Stellen ausgeglichen wird, sondern man will sie in der Hauptsache durch Rationalisierungsmaßnahmen und verschärftes Arbeitstempo „auffangen". Zwei Stunden weniger Arbeitszeit kosten in der 100.000-Mann-Verwaltung der Hansestadt nach den Worten von Vermögenssenator Eckström 100 Mio. Mark, „wenn wir die Arbeitszeit voll ausgleichen."

Mit zusätzlichen Stellen will der Senat jedoch die Lücken nur dort ausfüllen, wo Schicht- und Betriebsdienst geleistet werden: bei der Polizei, im ‚Strafvollzug', in den Krankenhäusern und bei der Müllabfuhr. Nachdem schon für die Arbeitszeitverkürzung von 43 auf 42 Stunden die Gesundheitsbehörde viel zu wenig Stellen zu spät bewilligt hat, ist abzusehen, daß auch jetzt nicht entsprechend neue Stellen geschaffen werden (sicherlich im Gegensatz zur Polizei!).

Das heißt, die Warnung vor den Milliarden, die die 40-Stunden-Woche kosten würde, dient nur zur Propagierung verschärfter Rationalisierungen im Öffentlichen Dienst.

Den gleichen Propaganda-Effekt, speziell für das Öffentliche Gesundheitswesen, soll die gleichzeitig lancierte Warnung haben: **„Kranksein wird teuer, Klinikkosten in zehn Jahren 500 Mark pro Tag"** („Abendblatt", 30.5.74). Die Warnung hatte natürlich den Zweck, die „Kostenexplosion" muß endlich gestoppt werden.

Die Ankündigung von Sparmaßnahmen im Öffentlichen Dienst und im Gesundheitswesen folgte der Regierungserklärung des neuen Kanzlers Schmidt auf dem Fuße, in der Schmidt zur **„Sparsamkeit und Konzentration auf das Wesentliche"** mahnte. Ebenso Hamburgs Wirtschaftssenator Kern: Der Bau des Erzhafens Hansaport müsse Priorität vor anderen öffentlichen Bedürfnissen haben.

Die künstliche „Ölkrise" war der erste große Knalleffekt, mit dem die Bourgeoisie die Propaganda-Kampagne zur psychologischen Abdeckung ihrer verschärften Angriffe auf die Lebensbedingungen der Werktätigen startete. Mit dem Regierungswechsel Brandt-Schmidt wird diese Kampagne fortgesetzt durch ein Trommelfeuer von Sparsamkeitsappellen.

Bevorzugtes Objekt der bürgerlichen Spar-Politik ist im Moment das Krankenhaus.

Tatsächlich sind die Krankenhauskosten in den letzten Jahren ‚explodiert': Die Ausgaben der Gesetzlichen Krankenversicherung für die Krankenhäuser sind von 1965 bis 1972 von 2,4 auf 9,4 Milliarden DM, also auf das Vierfache, gestiegen, während sich die Ausgaben für ärztliche Behandlung (4,1 – 7,6 Mrd.) und für Arzneimittel (2,9 – 5.7 Mrd.) im gleichen Zeitraum jeweils „nur" knapp verdoppelten.

In den letzten zwei Jahren sind die Krankenhauskosten weiter sprunghaft gestiegen: 1972 betrugen die ‚Pflegesätze' an den Hamburger Krankenhäusern noch 80 Mark, heute belaufen sie sich auf 150 Mark!

Allerdings ist der sprunghafte Anstieg in den letzten zwei Jahren nicht gleichzusetzen mit der wirklichen Kostenentwicklung. Denn vor 1973 wurden die Pflegesätze durch staatliche Subventionen künstlich niedrig gehalten, ab 1976 müssen sie nach dem Krankenhausfinanzierungsgesetz „kostendeckend" sein.

Die jetzigen starken Erhöhungen werden vorgenommen, um dieses Ziel zu erreichen.

Wenn die Pflegesätze 1985 tatsächlich auf 500 DM steigen, würden sich die Beiträge zur Krankenversicherung von jetzt 10% auf 20% erhöhen, also verdoppeln!

Wie kommt die ‚Kostenexplosion' im Gesundheitswesen und speziell im Bereich der Krankenhäuser zustande?

1. Durch den Fortschritt der medizinischen Wissenschaft können heute Krankheiten behandelt werden, die früher nicht zu beeinflussen waren. So führt z.B. die Entwicklung neuer Operationsverfahren oder der Intensivbehandlung zu einem außerordentlich hohen personellen und apparativen Aufwand. Dieser Kostenfaktor wird von der bürgerlichen Presse als der Entscheidende hingestellt, denn diese Entwicklung sieht wie ein ‚Naturgesetz' aus, das unabhängig erscheint vom Gesellschaftssystem. Dabei wird verschwiegen, daß die Fortschritte der Medizin andererseits die Möglichkeiten zur Früherkennung und Vorbeugung vervielfacht haben, die bei einer konsequenten Anwendung viele Krankheiten vor ihrem Ausbruch verhindern könnten.
2. Trotz der ‚Fortschritte' der Medizin nimmt die Zahl der Krankheiten laufend zu. Der Krankenhauszugang nahm z.B. von 1962 bis 1972 von 125 auf 152 pro 1.000 Einwohner zu. Die am stärksten angewachsene Gruppe der Herz- und Kreislaufkrankheiten und der psychosomatischen („nervösen") Leiden wird gern klassenneutral als „Zivilisationskrankheiten" bezeichnet. **In Wirklichkeit sind sie auf die kapitalistischen Arbeits- und Lebensbedingungen zurückzuführen.** Immer größere Arbeitshetze und Anspannung am Arbeitsplatz, zwei Stunden täglich im Berufsverkehr, das erzeugt den Streß, der diese Krankheiten verursacht.

Die rücksichtslose Vergiftung der Umwelt hat immer katastrophalere Auswirkungen. So steigt z.B. die Zahl der an Rachitis erkrankten Kinder in den Großstädten wieder an, wegen der Dunstglocken über den industriellen Ballungsgebieten.

3. Die größten Preistreiber im Gesundheitswesen sind die Pharmakonzerne und die Elektrokonzerne, die die medizinischen Geräte herstellen. Monopolgewinne von 1.000% sind keine Seltenheit bei manchen Arzneimitteln. Ein neues Krankenhausbett mit allem Drum und Dran kostet heute 150.000 Mark, was zum großen Teil durch die Profite der Gerätehersteller bedingt ist.
4. Die straff organisierten „Pressure-groups" der niedergelassenen Ärzte und das gesetzlich festgelegte Monopol der ambulanten Behandlung sichern den Ärzten Einkommen, deren Abstand zu denen des Normalverbrauchers immer größer wird. 1959 betrug das durchschnittliche Einkommen der Ärzte das 5,5fache des ‚Arbeitnehmer'-Bruttoeinkommens; 1971 bereits das 6,5fache! Die Ausgaben der Krankenkassen für ärztliche Behandlung stiegen zwischen 1959 und 1971 von 1,67 auf 6,8 Mrd. Mark.
5. Der wesentlichste Faktor, der das Gesundheitswesen so teuer macht, ist dessen planlose, anarchische Organisation:

Trotz Einführung einiger – sehr bescheidener – Vorsorgeuntersuchungen liegt das Schwergewicht der Medizin völlig auf der Behandlung; der Arzt tritt in Aktion, „wenn das Kind in den Brunnen gefallen ist".

Die ambulante ärztliche Versorgung ist völlig unzureichend. Bei einer durchschnittlichen Untersuchungs- und Behandlungsdauer von drei Minuten werden viele Krankheiten übersehen, die später nicht oder nur mit hohen Kosten zu heilen sind. So hat man z.B. festgestellt, daß 80% aller an Bluthochdruck Erkrankten nicht oder nicht ausreichend behandelt werden, obwohl diese Krankheit unbehandelt in einem hohen Prozentsatz zu Herzinfarkt oder Hirnschlag führt, und obwohl die Diagnose sehr einfach ist und es eine wirksame Therapie gibt.

Das Monopol der niedergelassenen Ärzte zur ambulanten Behandlung verhindert, daß die teuren Einrichtungen der Krankenhäuser auch den ambulanten Patienten zugutekommen, und daß staatliche Polikliniken eingerichtet werden, die die Voraussetzung für eine rationelle und bessere ambulante Behandlung wären.

Als Alternative zu den staatlichen Ambulatorien werden in letzter Zeit von den ärztlichen Standesorganisationen sog. „Praxisgemeinschaften" propagiert. Darin werden zwar das Personal und die Geräte von mehreren Ärzten gemeinsam und damit rationeller genutzt. Das kommt aber nicht den Patienten zugute, sondern die beteiligten Ärzte können sich so Extraprofite sichern.

Wie könnten die Kosten für das Gesundheitswesen gesenkt werden? Theoretisch ganz einfach: Man müßte ein planvolles Gesundheitssystem einführen und die Ursachen für die gesellschaftlich bedingten Krankheiten beseitigen. Das würde bedeuten: allgemeine, umfassende medizinische Aufklärung betreiben; das Schwergewicht auf die Vorbeugung legen; Akkord, Nachtschicht und Arbeitshetze abschaffen, die Umwelt reinhalten, Pharma-, Geräteindustrie und Apotheken verstaatlichen; die Ausbeuterfreiheiten der Ärzte abschaffen usw. **Im Kapitalismus ist eine solche Rationalisierung, die gleichzeitig zur Verbesserung der medizinischen Versorgung führt, natürlich nicht durchführbar.**

Wie sieht stattdessen die kapitalistische Rationalisierung im Gesundheitswesen aus?

‚Reformiert' und ‚rationalisiert' wird allein der öffentliche Sektor des Gesundheitswesens. Die Monopolstellung der Ärzte, die Superprofite der Pharma- und Geräteindustrie werden nicht angetastet.

Immer wieder beteuern die SPD-Führer, daß sie die Privilegien der Ärzte erhalten wollen. *„Ich habe nie einen Zweifel gelassen, daß ich zur freien Berufsausübung der Ärzte stehe. ... Planung bedeutet aber keinesfalls Verstaatlichung, auch nicht des ärztlichen Leistungsangebots."* (H. Schmidt, Grußadresse an den 77. Dt. Ärztetag)

Das neue Arzneimittelgesetz wird zwar den Nachweis der Wirksamkeit eines Medikaments von den Herstellern verlangen; an deren Monopolprofiten wird sich dadurch nichts ändern.

Als den entscheidenden Hebel zur Rationalisierung der Krankenhäuser hat die SPD/FDP-Regierung das ‚Krankenhausfinanzierungsgesetz' geschaffen. Das *„Gesetz zur wirtschaftli-*

AUF DIE RECHTE VON UND PATIENTEN

hausbetten zur Kostensenkung zufrieden: Für 1974 allein ist eine Nichtbesetzung von 300 frei werdenden Stellen vorgesehen. Die Gelder für Teilzeitverträge sind schon seit dem 1.1.74 gestrichen. Diese Stellenverkürzung geschieht in aller Stille: keine spektakulären Massenentlassungen, sondern keine Besetzung frei gewordener Stellen mehr – wie überhaupt das gesamte LKG, auch die Bettenstreichungen, langsam und schrittweise eingeführt werden soll! Begründet werden die Stellenstreichungen mit steigender Rationalisierung und Automation auch in den Krankenhäusern, mit der sinkenden Bettenzahl und – als wichtigstem Grund – der notwendigen Kosten - sparungen zugunsten (? !) der Krankenkassen. Allerdings werden die Betten verringert (wenn nach dem LKG auch erst nach den Personaleinsparungen!), das Personal pro Bett steigt, aber bei dieser Rechnerei bleibt unberücksichtigt, daß ja auch die Verweildauer der Patienten pro Bett ständig sinkt, und das heißt, daß das Personal in derselben Zeit pro Bett wesentlich intensivere Arbeit leisten muß als bisher: Gesundende können dem Pflegepersonal schon viele Arbeiten abnehmen; sie müssen nicht mehr gefüttert werden, können allein aufs Klo, können ihre Betten selbst machen usw.

Daß der Planstellenverkürzung und der Mehrbelastung auf der anderen Seite entsprechende Ausbildungspläne gegenüberstehen, die ebenfalls auf dem Prinzip der Kostensparung fußen, kann hier nur am Rande erwähnt werden: 1970 verabschiedete der Westberliner Senat einen Stufenausbildungsplan für das Krankenhauspflegepersonal, der das Verhältnis von Gelernten zu Ungelernten sprunghaft zu Ungunsten der Gelernten ansteigen ließ. Seit Jahren besteht beim Medizinstudium der Numerus Clausus in der ganzen BRD, und 1972 wurde schließlich die neue Ärzte-AO verabschiedet mit der Stoßrichtung, die Ausbildungszeit zu verkürzen und damit den Ärzte-Ausstoß ohne Kostensteigerungen haben zu können. – Beide „Reformen" gehen natürlich auf Kosten der Qualifikation der Auszubildenden und der Qualität der Versorgung der Bevölkerung!

Neben diesen Rationalisierungsmaßnahmen für das Krankenhauspersonal enthielt der erste LKG-Entwurf von 1972 noch einige Ansätze zur „Mitbestimmung" im Krankenhaus. Aber Wolters selbst benannte schon die „Grenzen" seiner Mitbestimmungsvorstellungen: *„Eine ausbalancierte Mitwirkung der verschiedenen Beschäftigtengruppen im Krankenhaus an sie betreffenden Entscheidungsprozessen steht in einem unauflösbaren Spannungsverhältnis zur Effektivität des Krankenhausbetriebes"*. („Berliner Stimme", 29.4.72). Die „Diskussionsbeiträge" vor allem des „Hartmannbundes" in den Westberliner Tageszeitungen taten schnell ein übriges, dies „Spannungsverhältnis" einseitig zu lösen durch die Beschwörung eines diskutierenden Klüngels um den sterbenden Patienten. In der endgültigen Vorlage vom März 1974 ist von paritätischer Mitbestimmung schon lange nicht mehr die Rede. Der Lärm um die „Demokratisierung" des Krankenhauses ist verklungen, was geblieben ist, sind steigende Arbeitshetze und Rationalisierungen auf Kosten der Kollegen und Patienten.

Das wichtigste Ergebnis des KHG: Kostenersparnis für den Staat auf dem Rücken der Werktätigen

Das wichtigste Ergebnis des KHG und des LKG ist die riesige Steuerersparnis des Staates durch die Rationalisierungen und Umwälzung der Kosten auf die Krankenkassen bzw. deren Mitglieder.

Die politische Unruhe unter der Bevölkerung über die gesundheitliche Versorgung in der BRD, wie sie auch in der Herausgabe eines „Gesundheitspolitischen Programms" des DGB im Mai 1972 zum Ausdruck kommt; aber auch die Unruhe der Kapitalisten über die zunehmenden Krankmeldungen in ihren Betrieben waren ein zusätzlicher politischer Druck für die Bundesregierung, das Chaos auf dem Krankenhaussektor anzugehen.

Die Form, in der dies angegangen wurde, konnte auch in keiner Weise den ständischen Interessen der Ärzteschaft widersprechen: Da das KHG die Stellung der niedergelassenen Ärzte in keiner Weise angreift, die Mitbestimmungsforderungen auf Bundesebene nicht geregelt und auf Länderebene nicht berücksichtigt wurden, und da auch die Möglichkeit der privaten ärztlichen Behandlung weiter bestehen bleibt, kann selbst der „Hartmannbund" mit diesem Gesetz sehr zufrieden sein. Seine ständischen Interessen konnte er auch eindeutig gegen rationalisierende Zentralisierungsversuche vor allem des „linken" SPD-Flügels durchsetzen. In diesem Gebiet läßt sich auch ein gradueller Unterschied zwischen SPD und CDU feststellen. Einig sind sich beide Parteien in der generellen gesundheitspolitischen Stoßrichtung. Die „Welt" vom 9.9.72 berichtet zum CDU-Gesundheitsprogramm: *„Die CDU kann der Aufgabe, klarzustellen, wie sie sich von der SPD unterscheidet, auf dem Gebiete der Gesundheitspolitik nur in Grenzen nachkommen."* Allerdings profiliert sich die CDU wesentlich stärker und gegen die SPD-„Linken" eindeutig als Vertreter der reaktionärsten ständischen Ärzteinteressen, vor allem der Niedergelassenen.

Dies Gesetz ist eindeutig eine Verschlechterung der Lage der Pflichtversicherten und der in den Krankenhäusern Arbeitenden: Zum einen bedeutet die rapide Erhöhung der Krankenkassengelder bei gleichbleibenden Steuerbelastungen eine Reallohnsenkung: Was früher aus den Steuergeldern finanziert wurde, muß nun zusätzlich durch Zahlungen aus dem Nettolohn aufgebracht werden.

Zum anderen verschlechtern sich die Arbeitsbedingungen der Krankenhausangestellten: in derselben Zeit müssen sie zwar weniger Betten, aber mehr Patienten versorgen bei zusätzlichen Stellenkürzungen. – Dies trifft natürlich nicht nur Schwestern und Pfleger, sondern auch das sonstige Personal der Krankenhäuser, einschließlich der Assistenzärzte, die unter der absoluten Hierarchie des Krankenhauses oft nicht weniger zu leiden haben als das übrige Personal.

Und zum dritten wird auch die Versorgungsqualität durch das KHG verschlechtert; zwar ist die Liegezeitverkürzung objektiv ein Fortschritt in der Medizin, im Kapitalismus aber ein Mittel zur Steigerung der Ausbeutung. Zudem werden die weitere Bettenverknappung, die steigende Personalbelastung und die fehlenden Nachsorgeinstitutionen sich negativ bemerkbar machen müssen.

Wie reagieren nun die Arbeiter- und Angestellten-Organisationen auf diese Angriffe?

Seit seinem im Mai 1972 herausgegebenen Gesundheitspolitischen Programm glänzt der DGB durch hartnäckiges Schweigen zu allen weiteren Konkretisierungen der „Reform"vorstellungen des Staatsapparates auf dem Krankenhaussektor.

Dies Programm enthält – wenn auch sehr vorsichtig und allgemein formuliert – wichtige politische Forderungen:

- die Forderung nach einem ‚integrierten Gesamtkonzept' für den Gesundheitssektor, mit Berücksichtigung der Vorsorge, Früherkennung und Rehabilitation.
- Die Forderung nach medizinisch-technischen Zentren, in denen ambulant versorgende Ärzte gemeinsam die von Wissenschaft und Technik entwickelten Möglichkeiten im Interesse der Patienten voll ausschöpfen können, und die ihnen auch eine Verbindung zu den Krankenhäusern sein könnten.
- Die Forderung nach Durchsetzung der paritätischen Mitbestimmung auch im Krankenhaus, usw.

Also Vorstellungen, deren Realisierung sich mit der Verabschiedung des KHG immer mehr als Illusion herausstellen mußte. Aber für diesen Fall hatte sich der DGB in dem Programm selbst vorsorglich die Hände gebunden: Auf S. 20 heißt es: *„Der DGB begrüßt die mit dem Krankenhausfinanzierungsgesetz beabsichtigte Aufteilung der Kosten, wodurch die öffentliche Hand zur Zahlung der Vorhalte- und die Benutzer zur Zahlung der Benutzerkosten verpflichtet. werden. Nur durch diese Aufteilung kann mit Hilfe des ‚goldenen Zügels' über die Investitionsfinanzierung die Krankenhausplanung realisiert werden... Um die Krankenhausverweildauer zu senken, sollten die Benutzerkosten eine spezifische, jeweils diagnostisch-therapeutisch begründete Gruppennormdauer abdecken. Wird diese Dauer überschritten, setzt ein Degressionssprung ein ..."* Wer nun eigentlich die Kosten für die Krankenhäuser zu übernehmen hat; ob es im Interesse der von ihm zu vertretenden Arbeiter ist, als wichtigste politische Zielgröße die Senkung der Verweildauer zu bestimmen; was eigentlich von den sonstigen DGB-Forderungen in diesem begrüßten KHG verwirklicht worden ist: Das alles sind Fragen, die der DGB weder in der Broschüre noch in der Zeit danach je wieder aufgenommen hat.

Dagegen hat die Gewerkschaft ÖTV versucht, Einfluß zu nehmen in der Diskussion um die Entwürfe des LKG in Westberlin, und nach der Erstellung der endgültigen Beschlußvorlage vom März 1974 hat sie eine Ablehnung dieser Vorlage veröffentlicht. Hauptargumente dagegen sind: das fehlende integrierte Gesundheitssystem (die fehlende zentralisierte Planung und Verwaltung der Krankenhäuser und die fehlende Verbindung mit den ebenfalls reformbedürftigen Säulen des Gesundheitswesens – Gesundheitsämter und ambulante Versorgung), die fehlende Mitbestimmung der Krankenhausangehörigen einschließlich der Patienten.

Die Aktivität der ÖTV gegenüber den Stillhaltemanövern des DGB ist nicht zufällig: Die ÖTV ist viel stärker den Einflüssen ihrer an den einzelnen Krankenhäusern bestehenden Betriebsgruppen ausgesetzt; und der Protest dieser von dem LKG direkt betroffenen Kollegen führte zu den Aktivitäten der ÖTV. Gerade im letzten Jahr sind nicht nur verstärkt Schwestern, Pfleger und Dienstkräfte der ÖTV beigetreten, sondern auch Assistenzärzte, die erkannt haben, daß ihre Interessen unter der reaktionären Gesundheitspolitik des Westberliner Senats sie immer mehr in eine Reihe stellen mit den anderen Angestellten des Krankenhauses.

Statistik: Eintritte in die ÖTV im Westberliner Rudolf-Virchow-Krankenhaus seit Oktober 73:

Krankenschwestern	22
Krankenpflegehelfer	3
Lernschwestern und Schüler	19
Techn. Betrieb	10
Wäscherei	9
Stationshilfen	7
Küche	5
Ärzte/MA	5
Badehaus	4
Sektionsgeh.	3
Gärtner	3
MTA	3
Hausverwaltung	3
Verwaltung	3
Unbekannt	10

Aber neben diesen gewerkschaftlichen Protesten gegen die Berliner Senatspolitik hat sich hier noch eine andere Kampfform als erfolgversprechend erwiesen: Über die Forderung, eine Kinderklinik in dem geschlossenen Westberliner Krankenhaus Bethanien einzurichten, kam es zur Gründung eines Kampfkomitees „Für eine Kinderpoliklinik ins Behtanien", an dem sich Ärzte, Schwestern, Pflegepersonal, Kreuzberger Bevölkerungsteile und politische Organisationen beteiligen. Mit Demonstrationen, Kundgebungen, Flugblättern und einer Hausbesetzung leistete dies Kampfkomitee sehr wichtige Öffentlichkeitsarbeit. Dies Kampfkomitee zeigt durch seine Arbeit, daß es nicht ausreicht, nur gewerkschaftliche Aktivitäten zu entfalten, sondern daß es entscheidend wichtig ist, den Kampf gegen die reaktionäre Gesundheitspolitik auch zusammen mit der davon betroffenen Bevölkerung zu führen.

KB/Westberlin •

im Gesundheitswesen

chen Sicherung der Krankenhäuser und zur Regelung der Krankenhauspflegesätze" (Krankenhausfinanzierungsgesetz – KHG) wurde 1972 verabschiedet.

Nach diesem Gesetz kommen nur noch die rentabel arbeitenden Krankenhäuser in den Genuß einer staatlichen Unterstützung, und diese soll nur die Kosten des Neubaus und der Erhaltung der Krankenhäuser tragen, während die Benutzungskosten allein durch die Pflegesätze gedeckt werden müssen. Das hat zweierlei Folgen:

1. Die Sozialversicherten müssen das bisher vom Staat gedeckte Defizit in Höhe von zwei Mrd. DM direkt bezahlen, wodurch die Beitragssätze der Krankenversicherung erheblich ansteigen.
2. Die Krankenhäuser werden zur Rentabilität und damit zur Rationalisierung gezwungen. Nach dem KHG werden nur noch diejenigen Krankenhäuser staatlich gefördert, die in einem von den Bundesländern zu erstellenden Krankenhausbedarfplan aufgenommen sind. Ziel des Krankenhausbedarfsplanes ist die organisierte Bettenreduzierung. Dies Ziel wird durch die Schließung all jener Krankenhäuser erreicht, die für die Bourgeoisie unrentabel sind. Es wird kein Krankenhaus mehr gefördert, das weniger als 100 Betten hat. Davon sind 44% aller Krankenhäuser mit 10,5% aller Betten betroffen.

Die „unrentablen" Krankenhäuser werden meist ersatzlos gestrichen. Die systematische Bettenverknappung ist d a s Mittel zur Verkürzung der Liegezeiten. Die Zahl der Patienten nimmt ja nicht ab, im Gegenteil. Also müssen die reduzierten Betten „intensiver" benutzt werden: Es werden immer mehr Patienten vorzeitig entlassen, da ihr Bett ja für noch dringendere Fälle gebraucht wird.

Schlaue Planer haben ausgerechnet: Würde der Krankenhausaufenthalt in der BRD je Patient nur um einen einzigen Tag gesenkt, würden jährlich 23.000 Klinikbetten frei, könnte der Fehlbestand an Klinikpersonal um 10.000 Krankenschwestern und Pfleger verringert werden, und insgesamt könnten pro Jahr 400 Mio. DM Pflegekosten eingespart werden.

Dieses Rationalisierungsmodell ist identisch mit dem kapitalistischer Konzerne: Kleine, unrentable Betriebe werden stillgelegt, die Produktion in den Großbetrieben wird durch Intensivierung der Arbeit stattdessen erhöht.

Der Unterschied ist hier, daß nicht nur das Krankenhauspersonal durch die Verkürzung der Liegezeit zu leiden hat, sondern auch die Patienten. Nur ein Beispiel: Die angestrebte „Entlastung der Krankenhäuser von den Pflegefällen", wie es zynisch im Gesundheitsbericht der Bundesregierung heißt, wird unmittelbare Folge der Bettenverknappung sein. Die Einrichtung entsprechender Nachsorgekliniken und Altenpflegeheime, durch die allein eine solche Entlastung der Akut-Krankenhäuser zu verantworten wäre, wird zumindest noch Jahre auf sich warten lassen, wahrscheinlich wird sie für die armen alten Menschen nie Wirklichkeit, während die Betten bereits eifrig wegrationalisiert werden.

Da die staatliche Förderung von der Auflage der ‚sparsamen Wirtschaftsführung' abhängig ist, wird so gleichzeitig ein Zwang zur inneren Rationalisierung ausgeübt.

Fabrikmäßige Organisierung der Arbeit wird eingeführt, z.B. die Produktion von Mahlzeiten am Fließband und Akkordarbeit in der Wäscherei. In Westberlin wurden bereits Zeitstudien auf Station gemacht, um die maximale Leistungsfähigkeit des Pflegepersonals zu ermitteln.

Neben der allgemeinen Straffung, Zentralisierung und Rationalisierung mit Hilfe des KHG hat die SPD eine Reform der inneren Struktur der Krankenhäuser eingeleitet. Diese Reform wird als „Klassenloses Krankenhaus" verkauft. Das Drei-Klassen-System wurde abgeschafft. Die Privatstationen werden aufgelöst, alle Patienten zahlen einen einheitlichen Pflegesatz.

„Das Krankenhaus muß jedem Bürger gleichwertige und optimale Behandlung, Pflege und Unterbringung sichern, unabhängig davon, ob er Kassenpatient oder Selbstzahler (Privatpatient) ist. Maßstab für eine sachgemäße Versorgung darf nur die Art und Schwere seiner Krankheit, nicht aber seine wirtschaftliche und soziale Stellung sein. Diese Chancengleichheit zu sichern, ist ein vorrangiges Ziel sozialdemokratischer Gesundheitspolitik." (Leitsätze der SPD zur Gesundheitspolitik)

In Wirklichkeit bleibt die Klassenmedizin im Krankenhaus erhalten: Über die sogenannten „Regelleistungen" hinaus kann sich jeder Zahlungskräftige gegen Aufpreis in ein Einzelzimmer legen lassen, kann Telefon, Fernseher und Sonderessen fordern. und – nicht zuletzt – auch die Behandlung beim Chefarzt kaufen.

Die Eingliederung der Privatpatienten auf den „Kassenstationen" ist rationeller, ebenso die Berechnung der Krankenhauskosten nach einheitlichen Pflegesätzen.

Ebenso verhält es sich mit dem „Abbau hierarchischer Strukturen" und der „Demokratisierung der Krankenhausleitung": Die Kompetenzüberladung der bisher allein regierenden Chefärzte ist vom technokratischen Standpunkt aus nicht länger tragbar. Die Erweiterung des Liquidationsrechtes auf die nachgeordneten Ärzte baut nicht Klassenschranken unter dem Personal ab, sondern erweitert nur den Kreis der Privilegierten und verstärkt den Anreiz, möglichst viele Privatpatienten zu behandeln.

Das „Klassenlose Krankenhaus" ist also eine typisch sozialdemokratische „Reform". Kostensenkende Maßnahmen werden als systemverändernde Reform verkauft, die den ‚Unterprivilegierten' Chancengleichheit bringt.

Zusammenfassend ist festzustellen: Die Sparmaßnahmen im Gesundheitswesen treffen nur den öffentlichen Bereich. Der private Sektor („freie Praxis", Pharma-Industrie usw.) bleibt unangetastet, obwohl gerade dieser nichtstaatliche Sektor wesentlich für die ‚Kostenlawine' in den Krankenhäusern verantwortlich ist.

Die hauptsächlichen Hebel zur Kostensenkung sind Bettenabbau, Liegezeitverkürzung und innere Durchrationalisierung der Krankenhäuser. Diese Maßnahmen muß der Versicherte durch höhere Beiträge und eine schlechtere stationäre Versorgung bezahlen. Auch die Arbeitsbedingungen des Personals werden verschlechtert.

Obwohl von der SPD nach allen Erfahrungen mit ihren sonstigen „Reformen" nichts anderes zu erwarten war, drängt sich doch die Frage auf, warum auch auf diesem Gebiet nur Schein-‘Reformen’ durchgeführt werden, die zu keiner nennenswerten Senkung der Reproduktionskosten der Arbeitskraft führen und obendrein die Qualität des Gesundheitswesens noch verschlechtern.

Tatsache ist: Langfristig wäre Vorbeugen billiger als Heilen, und eine Verstaatlichung der ambulanten Versorgung und der Pharma-Industrie würde ebenfalls entscheidend die Kosten senken und die Qualität verbessern. Die Bourgeoisie müßte also im Prinzip ein großes Interesse an einer grundlegenden Reform des Gesundheitswesens haben, denn die Ausgaben dafür erhöhen indirekt die Löhne und senken den Profit. Außerdem ist ein kranker Arbeiter für das Kapital ein schlechter Arbeiter. Das unmittelbare Profitinteresse der Kapitalisten verhindert bzw. verzögert jedoch in der Regel solche langfristigen ‘Reformen’.

Wenn die ehrlichen Reformer in der SPD dem Kapital gründliche Reformen schmackhaft machen wollen, indem sie vorrechnen, daß sie sich langfristig auszahlen würden, so zeigen sie, wie blind sie sind für die Etappe des Imperialismus, in der wir uns befinden.

Denn solche Reformen wie eine umfassende Vorsorgemedizin oder die Errichtung von staatlichen Ambulatorien würde immense Investitionen erfordern, die sich erst Jahrzehnte später bezahlt machen würden. Für solchen „Luxus" hat die imperialistische Bourgeoisie kein Geld übrig. Der BRD-Imperialismus will nicht aus dem Rennen um Platz 1 in der EG und einen „Platz an der Sonne" in der Welt mal ein paar Jahre ausscheren und das Gesundheitswesen in Ordnung bringen, um dann wieder in den Konkurrenzkampf einzusteigen – er wäre hoffnungslos abgeschlagen.

Außerdem ist das Gesundheitswesen in der BRD noch relativ gut, (verglichen mit anderen kapitalistischen Staaten), so daß die Kapitalisten es sich leisten können, es verschlampen zu lassen, bis es zum Gegenstand von Arbeiterkämpfen wird, wie jetzt schon in Italien.

Hinzu kommt, daß durch den beliebigen Import ausländischer Arbeiter die Qualität, mit der die Arbeitskraft wiederhergestellt wird, für die Bourgeoisie an Bedeutung verloren hat.

Trotzdem werden die Werktätigen noch relativ „gut" versorgt; Bettenreduzierung und Liegezeitverkürzung wirken sich in erster Linie auf die nicht arbeitsfähige Bevölkerung aus (Kinder und vor allem alte Menschen).

Obwohl eine weitergehende Verstaatlichung des Gesundheitswesens für die Kapitalisten durchaus kein Tabu ist, wie England und Schweden zeigen, ist sie in der BRD noch aus anderen Gründen unwahrscheinlich: Die ärztlichen Standesorganisationen sind so mächtig, daß es für jede Regierung eine harte Nuß wäre, ihren Widerstand zu brechen (was im Grunde von der Bourgeoisie auch gar nicht gewünscht wird, da sie an solchen kleinbürgerlichen Formationen als „Puffer" zwischen Bourgeoisie und Proletariat interessiert ist.)

Die Pharma-Industrie ist in der BRD zum größten Teil identisch mit den Chemie-Großkonzernen, die eine der mächtigsten Monopolgruppen der BRD bilden.

Die Pharma-Industrie profitiert besonders durch die Struktur des Arzeneimittelmarktes, die durch die „Freie Ärzteschaft" geprägt ist. Deshalb besteht eine besonders enge Interessenkoalition zwischen chemischer Industrie und Ärzteschaft. •

Gruppe Gesundheitswesen der Bezirksorganisation KB/Hamburg

Das Agrarsystem der EG – auf Kosten der Verbraucher und der Masse der Bauern

Bauerndemonstrationen in vielen EG-Ländern der sogenannte „Rinderberg" – bei steigenden Verbraucherpreisen! – erregten in letzter Zeit breites Interesse. In diesem Artikel soll über einige Hintergründe der Landwirtschaftspolitik im Rahmen der „Europäischen Gemeinschaft" und über die Aktionen der Bauern dagegen berichtet werden.

Neue EG-Agrarpreise – Verschlechterung für die Masse der kleinen Bauern

Im März wurden – wie in jedem Frühjahr – die EG-Agrar-Richt- und Interventionspreise neu festgelegt, und zwar wurden sie diesmal um durchschnittlich 8,45% erhöht.

Für etwa 93% aller Agrarerzeugnisse der BRD werden von der EG die Erzeugerpreise festgelegt. Nicht festgelegt werden die Preise für die Weiterverarbeiter, die Groß- und Einzelhändler. Für einige landwirtschaftliche Produkte werden nur Richtpreise festgelegt, um die der vom Bauer tatsächlich erzielte Erzeugerpreis schwanken soll. Für andere Produkte werden auch Interventionspreise festgelegt – unterschreitet der vom Bauer tatsächlich erzielte Preis diese Grenze, muß die EG dies durch Aufkäufe verhindern.

Aufgrund der Höhe ihrer bisherigen tatsächlichen Erzeugerpreise bringt die 8,45%ige Erhöhung vom März den Bauern faktisch nur 4,7% höhere Preise für ihre Produkte. Gegenüber den höheren Preisen des letzten Jahres ergibt sich für die Bauern sogar eine Verschlechterung: Im Mai lagen ihre Erzeugerpreise um 9,6% unter dem Vorjahr. Die Preise der Betriebsmittel der Bauern (Düngemittel, Dieselöl, Maschinen, usw.) hingegen lagen im Mai um 12% über dem Vorjahr.

Durchschnittlich liegt heute der Anteil der Erzeugerpreise an den Ladenpreisen bei unter 50% (und davon müssen die Bauern einen immer größeren Teil an ihre eigenen Lieferanten zahlen – siehe nebenstehende Graphik). Bei allen Produkten ist der Anteil der Bauern schon in den vergangenen Jahren immer mehr gesun- Anteil der Bauern schon in den vergangenen Jahren immer mehr gesunken. Z.B. bei Kartoffeln von 69,7% in 1960/61 auf 58,1 % in 1968/69, bei Schlachtvieh und Fleischwaren von 58,9 % in 1960/61 auf 54,6 % in 1968/69 (beides Produkte, bei denen in dieser Zeit kaum eine weitere Veredelungsstufe eingeschaltet worden ist). Beim Rindfleisch liegt der Anteil der Bauern inzwischen bei rund 25%. Konzerne wie z.B. Unilever, Nestlé, Oetker, Coop und Edeka drücken die Preise der Bauern immer weiter und treiben gleichzeitig die Verbraucherpreise immer mehr hoch. Auf diese Weise dehnen diese Konzerne ihre Herrschaft über die Landwirtschaft immer weiter aus. Die kleinen Bauern arbeiten faktisch für diese Konzerne, auch wenn sie nicht unmittelbar Arbeiter der Konzerne sind.

1973 lagen die Einkommen pro Arbeitskraft in der Landwirtschaft durchschnittlich bei 20.000 DM im Jahr. Davon mußten die Bauern jedoch noch rund 25% investieren, um überhaupt noch eine Chance zu haben, einige Zeit weiter zu existieren. Sehr bedeutsam, und von der bürgerlichen Presse (wie auch vom „Deutschen Bauernverband" – DBV) in der Regel unterschlagen, sind die Einkommensunterschiede zwischen den kleinen und den großen Bauern. Laut „WamS" (2.6.74) betrug 1973 das Einkommen pro Arbeitskraft bei Betrieben unter 20 ha durchschnittlich 14.000 DM, bei Betrieben zwischen 20 und 50 ha 21.000 DM und bei Betrieben über 50 ha 37.000 DM. Diese Angabe ist noch dadurch verwässert, daß bei den flächenmäßig kleinen Betrieben auch eine Anzahl sehr intensiver, hoch spezialisierter Betriebe (z.B. Gartenbaubetriebe) enthalten ist, die ähnlich hoch verdienen wie die flächenmäßig großen Betriebe. Als Resultat kann man festhalten, daß die Masse der kleinen Bauern durchschnittlich nur etwa 2/3 eines durchschnittlichen Arbeiterlohnes bekommt. Dazu kommt noch, daß nach verschiedenen Untersuchungen die Wochenarbeitszeit eines Bauern bei 60 Stunden liegt, was also 12 Stunden pro Tag bei einer 5-Tage-Woche wären.

Zudem sind die kleinen Bauern meist hoch verschuldet. Seit 1964/65 liegen die jährlichen Neuschulden höher als die jährlichen Neuinvestitionen – die Bauern leben also teilweise von dem in vergangenen Zeiten erarbeiteten Vermögen.

Die großen Bauern dagegen verdienen relativ gut, da sie viel rationeller arbeiten können, da sich z.B. der Einsatz von teuren Maschinen für ihre großen Flächen erst richtig lohnt, da sie z.B. Mengenrabatte beim Einkauf von Betriebsmitteln und ebenso beim Verkauf ihrer Produkte bekommen. Zusätzlich werden sie von der EG- und BRD-Agrarpolitik besonders gefördert. So sind die verschiedenen Vergünstigungen oft an die Betriebsgröße gebunden, wie z.B. das „einzelbetriebliche Förderungsprogramm", das die Förderung von Betrieben erst ab einer bestimmten „Förderschwelle" und nach Genehmigung ihres „Betriebsentwicklungsplans" vorsieht.



Mehr als 20.000 Bauern beteiligten sich an einer Protestdemonstration in München.

Mehr als 20.000 Bauern beteiligten sich an einer Protestdemonstration in München.

Die Entwicklung der Konzentration der Landwirtschaft und des Ruins Hunderttausender von Kleinbauern wird von der EG planmäßig vorangetrieben.

Schon seit den Anfängen der kapitalistischen Gesellschaftsordnung kann die kleinbürgerliche Landwirtschaft nicht gegenüber dem großen Kapital bestehen. Der Anteil der Bauern an der Gesamtzahl der Werktätigen nahm entsprechend immer mehr ab. 1850 betrug er z.B. in Deutschland noch 55%, 1950 25%. Nach der Restauration des Kapitalismus in Westdeutschland verringerte er sich dann schnell weiter auf 10% (2,6 Mio.).

Durch die EG-Politik nahm die Ruinierung der Bauern rasch zu. Während zwischen 1960 und 1967 die Anzahl der landwirtschaftlichen Betriebe in der EG jährlich um durchschnittlich 1,7% zurückging, waren es zwischen 1967 und 1970: 3,9%. Heute sind von den noch knapp 1 Million landwirtschaftlichen Betrieben 39% (= 381.000) Nebenerwerbsbetriebe (die Bauern machen die Landwirtschaft nur noch neben ihrer Haupttätigkeit – meistens in der Fabrik) und 18% (= 171.500) Zuerwerbsbetriebe (die Bauern arbeiten in erster Linie in der Landwirtschaft, müssen aber zusätzlich noch woanders arbeiten). Insgesamt gibt also über die Hälfte der Betriebe den Bauern nicht einmal mehr die Existenz. (Übrigens werden, wie eine Untersuchung in Bayern ergab, 95% der Bauern, die ihren Hof verlassen müssen, Hilfsarbeiter).

Die Bourgeoisie plant eine weitere Ruinierung der Bauern. Die „Grüne Bericht" der Bundesregierung von 1970 konkretisierte den EG-Mansholt-Plan auf die Bundesrepublik: Danach soll bis 1980 die Zahl der Erwerbstätigen in der Landwirtschaft von damals 2,35 Mio. (heute etwa 1,8 Mio.) auf 1 Mio. gesenkt werden und die Zahl der Betriebe auf etwa 600.000 schrumpfen. Als entfernteres Ziel sieht die Bourgeoisie die Reduzierung der Betriebe auf etwa 1/4 des heutigen Standes (das wären rund 250.000) vor.

Der Bundeslandwirtschaftsminister sagte dazu im Dezember 1973 vor dem Düsseldorfer Industrieklub ganz offen:

„Die Landwirtschaft leistet für das wirtschaftliche Wachstum unserer Volkswirtschaft alljährlich einen wichtigen Beitrag, indem sie Arbeitskräfte für andere Bereiche freisetzt. Dieser Strukturwandel ... ist auch in Zukunft eine wesentliche Voraussetzung für das weitere wirtschaftliche Wachstum."

„Rinderberg" – Für die Verbraucher Preissteigerungen

Trotz der Rationalisierung auf Kosten der Kleinbauern in der Landwirtschaft nehmen die Verbraucherpreise für die landwirtschaftlichen Erzeugnisse weiter zu! Der Grund liegt darin, daß in unserem Wirtschaftssystem nicht zum Vorteil der werktätigen Massen rationalisiert wird, sondern zum Vorteil der Kapitalisten. Die Rationalisierung der Landwirtschaft dient nur dazu, die Profite der großen Nahrungsmittelkonzerne zu erhöhen. Zu welchem – für den Kapitalismus gar nicht so seltsamen „Widersinn" es dabei kommen kann, zeigen Erscheinungsformen wie der frühere „Butterberg" und der jetzige „Rinderberg" der EG.

Solche „Berge" (also große Lagerbestände) sind Ergebnis des anarchistischen (ungeplanten, nur am Profit orientierten) Charakters der kapitalistischen Produktion.

Solche „Berge" würden nach der vulgär-ökonomischen Schulweisheit von „Angebot und Nachfrage" eigentlich in kurzer Zeit abgebaut werden müssen, da ein „Überangebot" theoretisch Preissenkungen zur Folge haben müßte. Hier greift indessen der kapitalistische Staat „regulierend" im Interesse der Bourgeoisie ein, indem er durch verschiedene Maßnahmen die Preise künstlich hoch hält. Zu diesem Zweck wird das scheinbare „Überangebot" abgebaut.

Der simpelste Weg ist die V e r n i c h t u n g von Lagerbeständen, hier also Lebensmittel. Das ist tatsächlich oft gemacht worden. Für diese Vernichtung muß dem Lagerhalter oder auch dem Bauern natürlich eine Entschädigung bezahlt werden, die die Werktätigen über die Steuer bezahlen.

Ein anderer Weg ist der E x p o r t von „Überschüssen". Da dies oft auf dem Weltmarkt nicht mehr konkurrenzfähig möglich ist (weil die Weltmarktpreise niedriger sind als in der BRD), werden die Waren künstlich verbilligt – d.h. der Exporteur erhält eine Subvention, die natürlich ebenfalls aus den Steuergeldern der Werktätigen bezahlt wird.

Schließlich kann der Produzent selbst – in diesem Fall also der Bauer – durch „Prämien" dazu gebracht werden, sich „marktgerechter" (im Interesse der Hochhaltung der Preise!) zu verhalten: z.B. indem das Abholzen von Obstbäumen oder das Schlachten von Milchkühen belohnt wird, falls es „Überschuß" an Obst bzw. Milchprodukten gibt. Auch diese „Prämien" muß der Steuerzahler tragen.

Die Werktätigen werden also mit vielfältigsten Tricks zur Kasse gebeten, um das künstliche Hochhalten der Preise auch noch selbst zu finanzieren. Das nennt sich dann „freie Marktwirtschaft".

Natürlich handelt es sich bei den „Bergen" nur um s c h e i n b a r e „Überschüsse", denn in einem Land, wo der Bedarf der Volksmassen noch keineswegs gesättigt ist (und wo außerdem in der Welt Millionen Menschen verhungern) gibt es in Wahrheit keine „Überproduktion" von Lebensmitteln, sondern nur Lagerbestände, die zu den geforderten hohen Preisen unverkäuflich sind.

Der „Rinderberg" entstand als unmittelbare Folge des „Butterbergs": Um den „Butterberg" (der vor etwa zwei Jahren den Höhepunkt erreichte) abzubauen, ohne aber den Butterpreis senken zu müssen, wurden den Bauern „Prämien" für das Umsteigen von der Milch- auf die Schlachtviehproduktion bezahlt. Nun bekam man, ohne den „Butterberg" ganz loszuwerden, einen „Rinderberg".

Zum Entstehen des „Rinderbergs" hat außerdem die von den Kapitalisten betriebene Senkung der Massenkaufkraft (Lohnraub, Steuererhöhungen usw.) beigetragen. D.h. die „Nachfrage" nach Rindfleisch sinkt, weil die Arbeiterfamilien sich nicht mehr soviel teures Fleisch leisten können. Vor allem die „konjunkturellen" Maßnahmen in Italien (wodurch die italienischen Werktätigen um mindestens 12 Mrd. Mark beraubt werden sollen) haben u.a. auch den Verbrauch von Rindfleisch beschränkt und damit vor allem den Export von Rindfleisch aus Frankreich und der BRD nach Italien spürbar getroffen.

Die Folgen: Zunächst einmal fällt es den Aufkäufern angesichts der „Rindfleischschwemme" leicht, den an die Bauern gezahlten „Erzeugerpreis" zu drücken. So lag im Juni/Juli 74 der Erzeugerpreis von Rindfleisch um 10% unter dem vom Juni/Juli 72/73. Außerdem wurden zum Abbau der wachsenden Lagerbestände (150.000 t geschätzt Ende Juli!), bei gleichzeitiger Hochhaltung der Preise, von der EG eine Reihe von Maßnahmen ergriffen.

Dazu gehört ein dreimonatiger „Einfuhrstop" für Rindfleisch aus Drittländern (Nicht-EG-Länder), der vor allem die lateinamerikanischen Exporteure (Uruguay, Argentinien) empfindlich trifft. D.h. das billigere ausländische Rindfleisch wird durch Sperren vom EG-Markt ferngehalten, um die hohen Preise in den EG-Ländern zu verteidigen.

Zweitens wird den Bauern, zunächst vom 1. August bis 28. Februar (und die Maßnahme kann dann verlängert werden), eine „Prämie" bezahlt, wenn sie ihre Bullen, Ochsen und Jungtiere länger auf der Weide bzw. im Stall stehen lassen, statt sie zur Schlachtung zu bringen (die Prämie gilt nicht für Kühe, offenbar wegen des immer noch nicht ganz abgebauten „Butterbergs"). Die „Prämie" beginnt bei etwa 72 Mark pro Stück im August und soll bis etwa 250 Mark im Februar (wenn die Tiere im Stall gefüttert werden müssen) gesteigert werden. Die Kosten zahlen die Werktätigen! Die Bauern ihrerseits haben auch kaum Vorteil, da sie ja für Futter etc. entsprechend länger bezahlen müssen.

Als weitere Maßnahme kommt u. a. eine Erhöhung der Export-Subvention für Rindfleisch um rund 25% hinzu. Diese Subvention soll es den Exporteuren ermöglichen, ihre Waren konkurrenzfähiger auf dem Weltmarkt zu plazieren. Im Gespräch war auch, 50.000 t Rindfleisch (ein Drittel der Lager-Bestände) „zu Sonderbedingungen" an die Sowjetunion zu verramschen. Vorbild wäre die Verschleuderung von 200.000 t EG-Butter an die Sowjetunion vor zwei Jahren gewesen: damals wurde die Butter an die Sowjetunion zu Preisen verscherbelt, die um 3,40 Mark je Pfund(!) unter den Butterpreisen in der BRD lagen. Die Differenz mußte aus Steuergeldern bezahlt werden.

Anläßlich der Gerüchte um ein neues derartiges schmutziges Geschäft, diesmal mit Rindfleisch, versuchte die Bourgeoisie nationalistische und antikommunistische Stimmungen zu schüren: *„Die Russen essen unser teures Rindfleisch – fast geschenkt"* („Bild", 25.7.74). Von der Tatsache, daß es hier um das Profitinteresse der BRD-Lebensmittelkonzerne geht, die durch solche Schleuder-Verkäufe das „Angebot" in der BRD knapp und damit den Preis hochhalten wollen, soll so abgelenkt werden.

Tatsächlich kam, offenbar im Zuge der gesamten Abkühlung der „Entspannung", das Geschäft „zu Sonderbedingungen" diesmal nicht zustande.

Unter weiteren kleineren Maßnahmen ist als besondere Schweinerei ein Posten von 1,3 Mio. Mark aus dem „Agrarfond" der EG zu erwähnen. Damit soll, man höre und staune, eine „Aufklärungskampage" finenziert werden, **„die den Rindfleischverbrauch anregen soll"** !!!

Für eine andere vorgeschlagene Maßnahme, das sogenannte „Sozialfleisch", (Verkauf von verbilligtem Fleisch an Altersheime, Krankenhäuser u.a.) fehlen dagegen, laut Landwirtschaftsminister Ertl, in der BRD die Haushaltsmittel!!

Zunehmende Auseinandersetzungen zwischen den EG-Imperialisten

Anfang Mai beschloß Italien Importrestriktionen, um sein hohes Handelsdefizit zu verringern. Bis auf Rohstoffe und Investitionsgüter (Maschinen, etc.) mußten nun für alle Importe Gelder in Höhe des halben Warenwertes bei der Staatsbank zinslos für 1/2 Jahr hinterlegt werden (sogenanntes „Bardepot"). Hiervon waren auch Agrargüter stark betroffen. Beim „Bardepot" ging es vor allem darum, Importwaren zu verteuern und dadurch den Import insgesamt darum, Importwaren zu verteuern und dadurch den Import insgesamt einzuschränken, um so das Defizit in Italiens Handeslbilanz zu verringern. Diese Maßnahme, unter Verletzung der EG-Verträge, zeigte besonders kraß die Vertiefung der Widersprüche zwischen den einzelnen EG-Ländern.

Für Agrarimporte wurde die italienische Maßnahme inzwischen großenteils wieder rückgängig gemacht. Die mächtigeren Imperialisten (in vorderster Linie natürlich die BRD) zwangen Italien dazu und versprachen dafür „Hilfe" (z.B. Kredite), wenn Italien „sich selbst helfe" (z.B. Steuererhöhungen für die Werktätigen und höhere politische „Stabilität"). Auch ist ein wichtiger Effekt der Importrestriktionen (höhere Preise für die italienischen Werktätigen aufgrund des durch das „Bardepot" teureren Imports) jetzt weiterhin gegeben: Der „Grüne Lira" (von der EG festgesetzter Wert der italienischen Lira auf dem EG-Agrarmarkt) wurde abgewertet, was die Agrarimporte weiterhin verteuert. (Siehe hierzu auch den ausführlichen Artikel über Italien im ARBEITERKAMPF Nr. 46).

Die Maßnahmen der italienischen Bourgeoisie stehen nicht vereinzelt da.

Frankreich hat vor wenigen Wochen besondere Subventionen für seine Landwirtschaft beschlossen, deren Übereinstimmung mit den EG-Verträgen „noch geprüft" wird.

England hat seine Agrarerzeugerpreise bei der diesjährigen Agrarpreiserhöhung nur in geringerem Maße als die anderen erhöhen müssen (die Labour-Regierung, die im Grunde keine andere Haltung zur EG hat als vorherige Heath-Regierung, muß wenigstens „Kampf" vortäuschen und den englischen Arbeitern kleine „Erfolge" vorweisen).

Italien bekommt weiterhin Unterstützung für seine Oliven- und Hartweizenproduktion (Nudeln, Spaghetti etc.), obwohl hierbei inzwischen die Weltmarktpreise höher liegen als in der EG.

Faktisch ist die Zeit des zollfreien Agrarhandels zwischen den EG-Ländern vorbei: Bis auf Dänemark haben alle Länder inzwischen wieder Zölle, die sich aber „Grenzausgleichszahlungen" nennen, und die die Fol-

➡

[redacted]

gen der verschiedenen Auf- und Abwertungen der Währungen von der Landwirtschaft fernhalten sollen. So hat z.B. im Falle der BRD die „grüne Mark" die DM-Aufwertungen nicht mitgemacht, da sonst z.B. durch eine 10%ige Aufwertung der Einkommen der Bauern um 10% gesunken wären, was die Lage der Bauern nach Ansicht der Bourgeoisie wohl etwas zu plötzlich verschlechtert hätte.

So spiegelt gerade der gar nicht mehr so „gemeinsame" Agrarmarkt die wachsenden Widersprüche zwischen den Imperialisten der EG wider. Sich verschärfende Auseinandersetzungen z.B. auf dem Agrarmarkt bedeuten jedoch nicht notwendig eine gradlinige weitere Verschärfung der Widersprüche bis zum Auseinanderfallen der EG, sondern sie zeigen neben dem Auseinandergehen genauso das Voranschreiten der EG, nämlich den Kampf um das WER und WIE in dieser Imperialistengemeinschaft.

Vor allem aufgrund der Interessen Frankreichs wurde der Agrarmarkt ursprünglich vorrangig vereinheitlicht. Denn der Anteil der Landwirtschaft an der französischen Wirtschaft ist besonders hoch, und Frankreich ist ein großer Agrarexporteur. Die BRD hingegen war der größte Agrarimporteur und hatte vor allem Interesse an einem möglichst ungehindertem Export seiner Industrieprodukte. De Gaulle erklärte:

„Gewiß haben wir größte Schwierigkeiten, unsere Partner dazu zu bewegen, daß sie in der Praxis die Einbeziehung der Landwirtschaft in den Gemeinsamen Markt akzeptieren. Es ist bekannt, daß das für uns eine conditio sine qua non war. Denn wenn man diese Bedingung nicht erfüllte, müßten wir weiterhin mehr als unsere Nachbarn die schwere Last der landwirtschaftlichen Subventionen tragen und wären daher im industriellen Wettbewerb sehr gehandicapt."

Die BRD hat in den letzten 10 Jahren insgesamt 3,2 Mrd. DM mehr in den EG-Agrarmarkt gezahlt als erhalten, während Frankreich 3,7 Mrd. DM mehr erhalten als eingezahlt hat (vor allem wurde der Export des französischen Agrarüberschusses subventioniert). Die BRD-Imperialisten hingegen hatten ausgezeichnete Exportmöglichkeiten für ihre Industriegüter.

Heute liegen die Widersprüche in der Agrarfrage vor allem zwischen Frankreich und England, da England in noch größerem Maße als die BRD Agrarprodukte importiert und von daher ein Interesse an möglichst niedrigen Agrarpreisen hat, während Frankreich natürlich an hohen Agrarpreisen interessiert ist. Die Position der BRD liegt in dieser Frage nahe der Englands.

Daß sich die Position der BRD-Imperialisten gegenüber den französischen Imperialisten gestärkt hat, ist z.B. daran zu erkennen, daß Frankreich jüngst isoliert Subventionen für seine Landwirtschaft beschlossen hat. Es kann seine Vorstellungen nicht mehr in dem Maße wie früher in der EG durchsetzen und seine Landwirtschaft von den anderen Mitgliedern unterstützen lassen, und muß, da es eine zu abrupte Verschlechterung für seine Bauern verhindern will, isoliert eigene Maßnahmen ergreifen.

Vor allem seitens Englands und der BRD mehren sich die Stimmen, die nach einer grundsätzlichen „Reform" des EG-Agrarmarktes rufen. So z.B. Schmidt, als er noch Finanzminister war und in dieser Funktion eher gegen die hohen Gelder für Frankreich vorstoßen konnte: so z.B. der Staatssekretär im Ernährungsministerium, Logemann: *„Es ist sehr schwierig, an den Grundpfeilern der EG etwas zu ändern, weil einstimmige Beschlüsse nötig sind. Und hier sehen die Franzosen die Dinge ja teilweise völlig anders als wir. Noch in diesem Jahr müssen wir aber eine agrarpolitische Bilanz ziehen."* •

Spontaner Kampf der Kleinbauern in den EG-Staaten

Die zunehmende Verelendung der Kleinbauern ruft ihre berechtigten Proteste hervor. Nachdem bereits vor drei Jahren die Bauern vor allem in Holland, Belgien, Frankreich und der BRD gegen die EG-Agrarpolitik protestierten (Höhepunkt war die Blockade Brüssels durch Bauern dieser Länder und Straßenschlachten mit der belgischen Polizei), hat die Protestbewegung und haben Kampfaktionen der Bauern in den EG-Staaten Mitte dieses Jahres wieder zugenommen. Bereits am Jahresanfang demonstrierten italienische Bauern durch die totale Blockade des Brenner-Passes gegen die EG-Politik.

Die Schwerpunkte der Kampfaktionen liegen zur Zeit in der BRD, Frankreich, Belgien und den Niederlanden.



„Wor die Ertl, de Bur de kummt" (Hüte dich Ertl, der Bauer kommt), Bauern-Protest in Heide

„Wor die Ertl, de Bur de kummt" (Hüte dich Ertl, der Bauer kommt), Bauern-Protest in Heide

Frankreich:

Die Lage der Kleinbauern unterscheidet sich hier nicht grundsätzlich von der der Bauern in der BRD. Die Bauern besitzen allerdings in Frankreich ein wesentlich größeres Gewicht. So sind 13 % der erwerbstätigen Bevölkerung Frankreichs in der Landwirtschaft tätig, obwohl sich die Zahl zwischen 1954 und 1974 um die Hälfte, von sechs auf drei Millionen, verringert hat. Die bürgerlichen Parteien haben daher auch immer ein besonderes Augenmerk auf die französischen Bauern als Wähler geworfen und Giscard d'Estaing hat im kürzlich abgelaufenen Wahlkampf große Versprechungen an die Adresse der Bauern gerichtet. Dafür „ernteten" die rechten Parteien etwa 75 % der Wählerstimmen der Bauern. Doch von den Versprechungen blieb nichts, so daß die enttäuschten Bauern zu Kampfaktionen übergingen, die zum Teil mit großer Militanz durchgeführt werden. Das Deutsche Fernsehen wußte am 5. August zu berichten, daß sich viele französische Bauern von den bürgerlichen Parteien abzuwenden beginnen und der „kommunistischen" (gemeint ist der revisionistische) Bauernverband großen Zulauf hat.

Die Verschlechterung der Lage der Bauern hat in den letzten Monaten rapide zugenommen:

die Erzeugerpreise für Schweinefleisch sind seit Januar 1974 um 25 % gesunken, für Rindfleisch um 15 %, ähnlich sieht es bei Obst und Gemüse aus. Weine sind um 25 - 50% im Preis gesunken.

Auf der anderen Seite sind die Preise für die von den Bauern benötigten Industrieprodukte (Maschinen, Düngemittel etc.) in zehn Monaten um 24 % gestiegen.

Während die Erzeugerpreise der Bauern sinken und die Kosten steigen, machen der Handel und die Industrie den dicken Reibach. So sind die Preise für Fleisch, Obst und Gemüse weiter gestiegen; insgesamt werden die Preissteigerungen in Frankreich in diesem Jahr etwa 17 % betragen (Zahlen nach „FAZ" vom 31.7. und 5.8. und „FR" vom 24.7.).

Zielgerichteter als die westdeutschen Bauern richten die französischen Bauern ihre Aktionen gegen diese Profittreiberei der Kapitalisten und die Unterstützung durch den Staat. So protestieren sie vor allem gegen den „Skandal der Händler-Profite" („FAZ", 5.8.74).

Die „Frankfurter Rundschau" zitiert die Sorgen der bürgerlichen Parteien in Frankreich: *„Paris fürchtet nun, daß sich die Kundgebungen bis in den Herbst hineinziehen, wenn nach Beendigung des Sommerurlaubs die sicher zu erwartenden Gewerkschafts- und Industrieaktionen einsetzen. Ein Zusammengehen der Arbeiter mit den Bauern ergäbe für die Regierung eine mehr als heikle Situation"* (24.7.74).

Am 10.6.74 gab es, vor allem wegen der sinkenden Erzeugerpreise für Schweine- und Rindfleisch, in mehreren Städten Westfrankreichs Protestaktionen der Bauern. Sie wurden von Sonderkommandos der regionalen Bauernverbände unternommen.

Die Bauern richteten ihre Aktionen in erster Linie gegen die staatlichen Präfekturen und Unterpräfekturen; so schütteten sie in den Städten Rennes, Fougéres, Saint Malo und Redon Jauche aus und ließen Schweine und Ferkel vor diesen Präfekturen zurück. Bei einer Unterpräfektur wurden die Fensterscheiben von den Bauern eingeworfen.

Aus einem Kühlhaus in Roche-Sur-You holten Demonstranten acht Tonnen Fleisch, übergossen es mit Benzin und zündeten es an.

An Wohlfahrts- und gemeinnützige Einrichtungen verteilten Bauern in Saint-Lo ganze Fleischviertel.

Gegen die Einfuhr argentinischen Rindfleisches versuchten sich am 15.7. Bauern in Le Havre zu wehren. Ca. 300 von ihnen stürmten die Docks von Le Havre, enterten dort einen argentinischen Frachter und warfen mehrere Tonnen Gefrierfleisch ins Hafenbecken.

In Saint Omer wurde ein britischer Kühllaster von Bauern gestoppt. Sie entluden den mit Fleisch gefüllten Laster, übergossen dieses mit Benzin und steckten es an.

In der Nähe von Rennes belagerten am 15. Juli 150 Bauern stundenlang das Haus des französischen Ministers für Handel und Handwerk, Vincent Ansquer, um ihn zu einer Unterredung zu zwingen.

Straßensperren wurden am 17. Juli im südwestfranzösischen Departement Landes errichtet; dort blokkierten Bauern den Verkehr mit ihren Traktoren.

Im nordwestlichen Departement Pasde-Calais besetzten rund 300 Bauern das Stadtzentrum von Bethume und schütteten Jauche und Mist vor der Unterpräfektur aus.

Eine besondere Gaudi veranstalteten Bauern in Besançon. Sie ließen in den Straßen der Stadt Kühe und einen Stier los und feuerten diese zu Wettläufen an.

Am 18. Juli unterbrachen Bauern durch Straßensperren bei Mont-de-Marson in Südfrankreich das Radrennen „Tour de France". Die Bauern ließen die noch etwa 100 im Rennen liegenden Fahrer sich einige Minuten verpusten, dann durften sie weiterfahren. Mehrere Begleitfahrzeuge mußten ihre Fahrt allerdings beenden; sie hatten „Reifendefekte", denn die Bauern verstreuten Nägel auf der Rennstrecke.

Bei Colayrac wurde die Eisenbahnstrecke Bordeaux-Toulouse zwei Stunden lang von demonstrierenden Bauern blockiert.

Auch in Tulle, 450 km südlich von Paris, bekamen die Beamten der Präfektur den „Duft" frischer Jauche zu spüren: Durch das Tor der Präfektur rollte ein Lieferwagen, öffnete die rückwärtige Ladeklappe, und die Füllung eines Jauchefasses lief auf den Hof. Vor dem Tor stand eine dichte Menschenmenge, es wurden Transparente getragen mit der Aufschrift: „Rauf mit den Rindfleischpreisen, sonst regnet's Scheisse".

Am 30. Juli sollte der neue Autobahnabschnitt Orléans-Tours dem Verkehr übergeben werden. Es war eine feierliche Zeremonie geplant, zu der auch ein Minister eingeladen war. Uneingeladen erschienen Gruppen von Bauern und ließen sich einen Teil des kalten Buffets, das für die „hohen" Gäste bestimmt war, schmecken; den Rest übergossen sie mit Jauche. Die mitgebrachten Schweine sollten auch nicht zu kurz kommen – sie machten sich über die Blumenarrangements her.

Der Schnellzug Paris-Brest wurde in Guingamp in der Bretagne eine dreiviertel Stunde aufgehalten. Die Bauern hatten zu diesem Zweck alte Autoreifen auf den Schienen angezündet. Als Feuerwehrleute versuchten, das Feuer zu löschen, mußten sie feststellen, daß sie nur noch aufgeschlitzte Schläuche hatten.

Am 30. Juli fuhren nachmittags in Thionville ca. 100 Ackerschlepper auf. Sie zogen Wagen mit Mist und Jauchefässern hinter sich her; der Mist wurde in den Straßen verstreut, mit der Jauche wurde die Apotheke besprüht, die dem Bürgermeister gehört.

Am 3. August stürmten junge Landwirte das Rundfunkgebäude von Toulouse.

Niederlande:

Rund 2000 Bauern aus den Niederlanden und Niedersachsen blokkierten am 2.8. die Grenzübergänge.

Holländische Bauern blockierten am 2.8. sämtliche Zufahrtswege der 400.000-Einwohnerstadt Groningen und die Häfen Delfziiil und Terneuzen.

Obwohl die niederländischen Bauernverbände die Bauern zur „Zurückhaltung" aufgerufen hatten, setzten diese ihre Protestaktionen verstärkt fort. Am 5.8. versperrten in allen Teilen des Landes lange Schlangen von Traktoren, Lastwagen und Mähmaschinen die Straßer..

Die niederländische Regierung will weitere Bauerndemonstrationen verbieten und hat die Polizei beauftragt, Straßensperren künftig „notfalls" auch mit Gewalt zu brechen.

Belgien:

Am 15.7. versperrten Traktoren die Autobahn zwischen Brüssel und Luxemburg, so daß „hohe Funktionäre" ihre in Luxemburg getroffenen Verabredungen nicht einhalten konnten.

Zu Solidaritätsaktionen mit den Bauern anderer Länder (BRD, Frankreich) traten am 29.7. belgische Bauern in zahlreichen Städten des Landes an. Traktoren blockierten in einem Dutzend von Kleinstädten den Verkehr.

Am 6.8. blockierten belgische Bauern fünf Grenzübergänge, die im Nordosten des Landes an den Strassen zur niederländischen Stadt Eindhoven liegen. Durch die Sperrung mit Traktoren bildeten sich rasch kilometerlange Autoschlangen.

BRD

Bereits im Juni begannen Kampfaktionen der Bauern in der BRD. Es begann noch sehr freundlich. Rheinische Bauern demonstrierten mit einer Schlepperkolonne in Bonn und verkauften vor dem Gebäude des Bauernverbandes Kartoffeln und Gemüse. In das Ministerium für „Innerdeutsche Beziehungen" ließen sie einige Steigen hiervon abgeben und baten Minister Egon Franke, dem Kollegen Ertl aufzutragen, mehr für die Landwirtschaft zu tun.

Als Nächstes veranstalteten die schleswig-holsteinischen Kreisbauernverbände vier Schwerpunktaktionen mit Schlepperdemonstrationen, Kundgebungen und teilweise von den Bauern selbst initiierte Straßenblockaden.

Daran beteiligten sich am 4. Juni in Flensburg 2500 Bauern. Mitte Juni beteiligten sich 2000 Bauern mit über 450 Traktoren in Lensahn.

Am 8. Juli legten 2000 Bauern mit etwa 300 Traktoren und Schlep-
mit etwa 300 Traktoren und Schleppern für mehrere Stunden den Verkehr in Schwarzenbek lahm.

Höhepunkt der Aktionen war die Demonstration und Blockade in Heide. Etwa 6000 Bauern aus den Kreisen Dithmarschen, Steinburg und Rendsburg waren mit etwa 1500 Traktoren, Schleppern, Landmaschinen und Hängern erschienen. Der Verkehr in und um Heide war vollständig lahmgelegt. Erschienen war auch die CDU-Prominenz; Bundestagsabgeordneter seit 1949 und Dithmarscher Bauer Glüsing, Landtagsabgeordnete, Kreis- und Stadtpolitiker. Die Redner waren ausschließlich CDU-Politiker vom Bauernverband, darunter ein Landtagsabgeordneter. Sie vertraten die politische Linie des Bauernverbandes und erklärten die sozialdemokratische Bundesregierung und deren „Bauern-Feindlichkeit" zum Hauptfeind (kein Wort wurde beispielsweise über die CDU-Landesregierung verloren). Damit war offiziell die Aktion beendet. Für diese Reden war ein großer Teil der Bauern bereits seit fünf Uhr früh mit dem Traktor unterwegs gewesen. ➡



Mehrere Stunden blockierten Traktoren-Kolonnen protestierender Bauern die schleswig-holsteinische Kleinstadt Heide

[redacted]

Anfang Juli demonstrierten Weinbauern aus Nußdorf und Frankweiler (Südpfalz). Sie hatten erfahren, daß in Landau 320.000 Liter italienischer Wein für eine Sektkellerei in Böblingen eintreffen sollten. Sie stoppten den Tanklastzug mit dem Wein an der Ortseinfahrt Nußdorf und umstellten ihn mit ihren Traktoren. Erst nach drei Stunden kam der Tanklastzug durch das Eingreifen von Polizei frei.

Auch in Niedersachsen gab es verschiedene Aktionen. In der zweiten Julihälfte wurden in mehreren Städten (u.a. Hannover) „Billigpreis-Aktionen" durchgeführt. Obst, Kartoffeln und Gemüse wurden billig verkauft oder verschenkt und Diskussionen mit den Käufern geführt. Ende Juli demonstrierten mehrere hundert Bauern in Osterholz-Scharmbek mit über 200 Treckern.

Über 20.000 Bauern beteiligten sich an der bisher größten Bauerndemonstration in München, zu der der bayerische Bauernverband aufgerufen hatte (dazu später noch näher).

Zur ersten gemeinsamen Aktion kam es am 2. August, als etwa 2.000 Bauern aus Niedersachsen und den Niederlanden am Grenzübergang nach Hengelo dichtmachten. Mit Treckern, Landmaschinen und Hängern wurden die Bundesstraßen 75 und 213 blokkiert, so daß der Verkehr völlig zusammenbrach. Nur schubweise wurde die Blockade für die Autofahrer gelockert, mit denen die Bauern diskutierten.

Mehr als 1.000 Bauern aus dem Moselgebiet blockierten am 7.8. vom Vormittag bis in den Nachmittag hinein mit etwa 500 Traktoren die Grenzübergänge Apach (Frankreich), Perl und Remich (Luxemburg) und demonstrierten gegen die EG-Agrarpolitik.

Bauernverbände: Gutsbesitzer und CDU/CSU-Politiker geben den Ton an

Die spontanen Aktionen der Bauern werden zur Zeit initiiert von den Kreis- und Landesorganisationen der Bauernverbände. Auf ihrer Sitzung am 29. Juli beschlossen 400 Delegierte für den Herbst, nach der Ernte, weitere große Protestaktionen. Die Verbandsfürsten sehen ihre Hauptaufgabe darin, durch derartige Aktionen dem Unmut der Bauern ein Ventil zu geben (Bayern's Bauern-Baron von Feury warnte: „Unsere Legionen sind nicht mehr ruhig zu halten"), um unkontrollierte Aktionen zu verhindern. Vor allem aber tragen die Verbandsfürsten bewußt in die Aktionen eine falsche Stoßrichtung hinein und hintertreiben damit die berechtigten Proteste der überwiegenden Mehrheit ihrer Verbandsmitglieder, der Kleinbauern.

So erklären sie in erster Linie die angeblich „sozialistische" Bundesregierung zum Feind der Bauern. Bewußt verheimlichen sie die Rolle der kapitalistischen Nahrungsmittelkonzerne, und sie verschweigen ihr eigenes Interesse als Großbauern am Ruin der vielen kleinen Bauern und der Rationalisierung auf deren Kosten. Verbandspräsident Heeremann betonte sogar auf der Bonner Sitzung: **„Unser Protest richtet sich nicht gegen andere Wirtschaftsbereiche"** („Dithmarscher Rundschau", 30.7.).

Stattdessen folgende Parolen, wie sie auf der großen Münchner Demonstration am 24. Juli mitgeführt wurden: *„Ertl hat versagt, Franz-Josef Strauß muß kommen"* und *„Ertl, deine Agrarpolitik ist ein roter Saustall"*. (nach „Süddeutsche Zeitung", 25.7.) An der Spitze dieser Demonstration marschierten ausschließlich ausgezeichnet verdienende Großbauern und CSU-Leute:

- **Otto Freiherr von Feury, Verbandspräsident und CSU-MDL, Gutsbesitzer,**
- **Senator Gustav Sühler, sein Stellvertreter (CSU),**
- **Senator Toni Beck, Bezirksverbandspräsident (CSU),**
- **Martin Haushofer, Vorsitzender des Arbeitgeberverbandes für Land- und Forstwirtschaft,**
- **Maria Wiederer, CSU-Landtagsabgeordnete,**
- **Simon Nüssel, CSU-Staatssekretär im bayerischen Landwirtschaftsministerium...**

Diese Liste ließe sich sicher noch fortsetzen.

Ähnlich sah es bei den Aktionen in Schleswig-Holstein aus, bei denen CDU-Landtagsabgeordnete als Redner auftraten und CDU-Prominenz der Kreise und Städte zugegen war, um sich den Bauern als ihre Vertreter anzubiedern.

Es ist kein Wunder, daß diese von den Großbauern beherrschten Verbände, an deren Spitze der Gutsbesitzer Baron Constantin Freiherr Heeremann von Zuydtwyck steht, kein Interesse daran haben, die Situation der bedrohten Bauern wirklich zu verbessern. Sie selber arbeiten mit der Industrie zusammen, sie selber ruinieren durch ihre Politik die vielen Kleinbauern, sie unterstützen im Prinzip die EG-Politik, die gerade die kleinen Bauern ruiniert. Sie scheuen bei der Unterstützung der EG-Agrarpolitik auch keine Lügen, wenn sie diese verteidigen und „Auswüchse" der sozialdemokratischen Bundesregierung in die Schuhe schieben. So will beispielsweise der bayerische Bauernverband in Flugblättern und Zeitungsanzeigen („Leute hört auf Euere Bauern") weismachen: *„Frankreich schützt seine Bauern besser"* und tut gerade so, als gehe es der Mehrheit der Bauern dort besser. Ein Hohn! Wer ist dann schuld: *„Die Bundesregierung tut zu wenig"*.

Es ist eindeutig, daß diese Art der Verbandspolitik die berechtigten Bauern-Proteste nur auf die Mühlen einer anderen bürgerlichen Partei, der CDU/CSU leiten will.

Die großbürgerliche „Frankfurter Allgemeine" spricht sicherlich all diesen Demagogen aus dem Herzen, wenn sie schreibt:

„...Es gibt arme und reiche Bauern, tüchtige und weniger tüchtige. Die Einkommensunterschiede innerhalb der Landwirtschaft selbst sind gewaltig und werden immer größer. Die ‚guten' und ‚richtig' strukturierten Betriebe werden auch ein Jahr wie dieses überstehen. Das haben sie immer wieder gezeigt. Bei den ‚schlechten' Betrieben macht ein solches Jahr die ohnehin dürftige Arbeitsgrundlage schlaglichtartig sichtbar. Bauern, die davon betroffen werden, verdienen unser Mitgefühl und Hilfe. Je früher sie die Aussichtslosigkeit ihrer rein landwirtschaftlichen Tätigkeit einsehen, um so besser."

Nicht Bauern-Romantik, sondern kommunistische Bündnispolitik!

Wie nicht anders zu erwarten, sind einige „Linke" über die Bauerndemonstrationen in der BRD ganz aus dem Häuschen geraten, weil sie sich wieder in ihren bekannten Auffassungen bestätigt sehen, daß die „Haupttendenz Revolution" sei und „die Massen nach links" wollen.

So schreibt der „Rote (?) Morgen" der „KPD/ML" (27.7.74) über die Demonstration in Heide (Schleswig-Holstein) vom 18. Juli, *„die Stimmung der Bauern"* sei *„revolutionär"* gewesen! Da würde man gern mal erfahren, was der Artikelschreiber sich eigentlich unter „revolutionär" vorstellt? Im selben Sinn wird von der *„Angst des reaktionären Bauernverbandes"* geschwärmt, *„die wachsende Militanz und revolutionäre Stoßrichtung (!) der Bauernkämpfe nicht mehr aufhalten zu können."* –

Der Artikel der „KVZ" des KBW (24. Juli) zu Heide ist zwar nicht so überschwenglich, aber auch hier heißt es doch: *„die Einsicht unter den Bauern wächst..", „Ihr berechtigter Zorn gegen den kapitalistischen Staat wird sie an die Seite der Arbeiterklasse führen". „Sie wollen sich vom Bauernverband nicht mehr herumschubsen lassen"...*

Vor allem beim „Roten Morgen" handelt es sich um ein romantisches und idealistisches Herangehen an die ‚Bauernkämpfe', statt eines materialistischen, klassenmäßigen Herangehens. Diese „Linken" drücken sich um die Aufgabe, die kleinen und mittleren vom reaktionären und z.T. faschistischen Einfluß zu lösen, indem sie schlankweg phantasieren, die „Stimmung" der Bauern sei ja schon „revolutionär", oder indem sie die vorherrschende bürgerliche, reaktionäre Ideologie unter den Bauern „übersehen" und so tun, als würde der „Zorn" die Bauern sozusagen im Selbstlauf an die Seite der Arbeiterklasse führen.

Um die angebliche „revolutionäre Stimmung" der Bauern richtig zu verstehen, ist ein kleiner historischer Rückblick notwendig: Gerade in Schleswig-Holstein gab es in den 20er Jahren einen Bauernverband, der sich „revolutionäres Landvolk" nannte. Seine Stoßrichtung ging gegen *„das jüdische parlamentarische System"*, gegen das *„internationale Großkapital"*, und er näherte sich damit immer mehr der NSDAP an.

Dabei waren verschiedene Aktionen dieser Bauernbewegung durchaus gerechtfertigt, z.B. wenn in Selbsthilfeaktionen der Bauern die Gerichtsvollzieher von den Höfen gejagt wurden, die zum Pfänden verschuldeter Bauern gekommen waren.

Den „revolutionären" Bauern erging es im Grunde ebenso wie vielen „revolutionären" Kleinbürgern, die nicht zum Bündnis mit der Arbeiterklasse fanden, sondern den Faschisten in die Arme liefen.

Einen Bauern, der gegen Ertl und den „roten Saustall in Bonn" vom Leder zieht – während er gleichzeitig einem reaktionären CDU-Politiker zujubelt – den kann man eigentlich nur dann als „revolutionär" bezeichnen, wenn man es auf eine Verballhornung der Begriffe förmlich anlegt.

Die Masse der kleinen und mittleren Bauern muß als Bündnispartner der Arbeiterklasse gewonnen werden. Dazu ist es aber nötig, klar zu sagen, „was ist", offensiv gegen die reaktionäre und faschistoide Ideologie der rechten Bauernfänger zu kämpfen, statt sich in Illusionen zu sonnen. ●

EG-Kommission, zwei Hamburger Metaller-Genossen und AK-Redaktion



Kundgebung auf dem Marktplatz in Heide. Bauernverbands-Funktionär Fölster, CDU-Abgeordneter im Landtag, spricht vor etwa 6.000 Bauern

DIE ENERGIEPOLITIK DER WESTDEUTSCHEN BOURGEOSIE 2.TEIL

Im ersten Teil dieses Artikels wurde im ARBEITERKAMPF 47 die schlechte energiepolitische Ausgangslage des BRD-Imperialismus gegenüber seinen imperialistischen Konkurrenten aufgezeigt. In Bezug auf Erdöl und Erdgas hat er keine bedeutenden eigenen Energievorräte wie die USA und die Sowjetunion und verfügt auch über keine so festen Einflußgebiete in der Dritten Welt wie die USA. Er steht in dieser Hinsicht auch gegenüber dem englischen und französischen Imperialismus zurück. Außerdem verfügt er bisher über keinen Erdölkonzern, der erfolgreich in Konkurrenz zu den großen Konzernen aus den USA, England und Frankreich treten könnte.

Die westdeutsche Bourgeoisie hat daraus die Konsequenzen gezogen und ein Energieprogramm entwickelt, das diese schlechte Ausgangslage grundlegend verbessern soll. Die Hauptinhalte dieses Programms sind:

1.) der Aufbau eines nationalen Energiekonzerns (DEMINEX)

2) die Expansion des BRD-Imperialismus vor allem in erdölträchtige Gebiete (und hier vor allem im Iran, aber nicht nur hier) unter dem Aushängeschild: Partnerschaft mit den Rohstoffländern) ! Die wichtigsten bisherigen Ergebnisse dieser Expansionspolitik waren: der Aufbau einer großen Raffinerie in Persien, das Dreiecksabkommen zwischen der BRD, Persien und der Sowjetunion zur Lieferung von Erdgas aus dem Iran und die Erdgasverträge mit Algerien.

3) Die Kooperation mit der Sowjetunion (Austausch von Erdöl und Erdgas gegen Fertigprodukte).

4) Die Sicherung eigener Uranquellen (vor allem In Togo, Niger, Angola, Mosambik und Brasilien), um langfristig auch eine selbständige atomare Politik entwickeln zu können.

5) Förderung der Kernenergie

6) Stabilisierung des Kohleverbrauchs, da die Kohle die sicherste „eigene" Energiequelle ist.

Auf die ersten vier Punkte der Energiepolitik der westdeutschen Imperialisten wurde im letzten ARBEITERKAMPF bereits eingegangen. In diesem Artikel werden die folgenden zwei behandelt. Außerdem wird darauf eingegangen werden, welchen Preis die Arbeiterklasse für diese Politik der Bourgeoisie bezahlen muß und in welchem Ausmaß die Bourgeoisie den Abbau von Umweltschutzbestimmungen usw. betreibt.

Das hauptsächliche ideologische Instrument, um diese an ihren langfristigen imperialistischen Zielen ausgerichtete Energiepolitik in der Arbeiterklasse durchzusetzen, sich sozusagen obendrein noch die Zustimmung des werktätigen Volkes dafür einzuholen, ist das Aufbauschen sogenannter Ölkrisen, „drohender Stromkrisen" usw.

Aufbau eines nationalen Ölkonzerns

Parallel zu den Bemühungen des BRD-Imperialismus, sich feste Einflußgebiete zu erobern, laufen die Bestrebungen, einen großen nationalen Ölkonzern aufzubauen. *„Als Instrument einer Politik zur Sicherung der langfristigen Versorgung strebt die Bundesregierung eine Neugruppierung der deutschen Mineralölinteressen an, wobei sie die VEBA AG für den geeigneten Kern einer solchen Unternehmenseinheit hält."* (Energieprogramm). „Regierungssprecher Grünewald erklärte, Sinn der Aktion sei, ein deutsches Mineralölunternehmen zu schaffen, das am Mineralölmarkt als potenter Käufer auftreten könne." (Handelsblatt" 19.6.73.) Folgende sind die wichtigsten westdeutschen Ölkonzerne:

VEBA: Hat eine Raffineriekapazität von 14 Mio to (Jahresdurchsatz), hinzu kommen jetzt 2,5 Mio to der Frisia-Raffinerie (1973 von Gulf aufgekauft). Ist zu 28 % an der ARAL beteiligt, die das größte Tankstellennetz der BRD besitzt (9.200 Tankstellen). Hat außerdem 750 Frisia-Tankstellen und 630 Fanal-Tankstellen. Die Tochtergesellschaft Stinnes ist zu über 10 % am Handel mit flüssigen Brennstoffen beteiligt. Ist auch außerhalb des Mineralöls der größte westdeutsche Energiekonzern (Elektrizität und Steinkohle).

Gelsenberg: War bis vor kurzem zu 48 % bei RWE. 9,5 Mio to Raffineriekapazität. An ARAL ebenfalls mit 28 % beteiligt. Hat 1972 in Lybien 2,8 Mio to Öl gefördert. Ist ebenfalls auch an der Ruhrkohle AG beteiligt. Die Tochtergesellschaft Raab Karcher ist am Handel mit flüssigen Brennstoffen mit rund 10 % beteiligt.

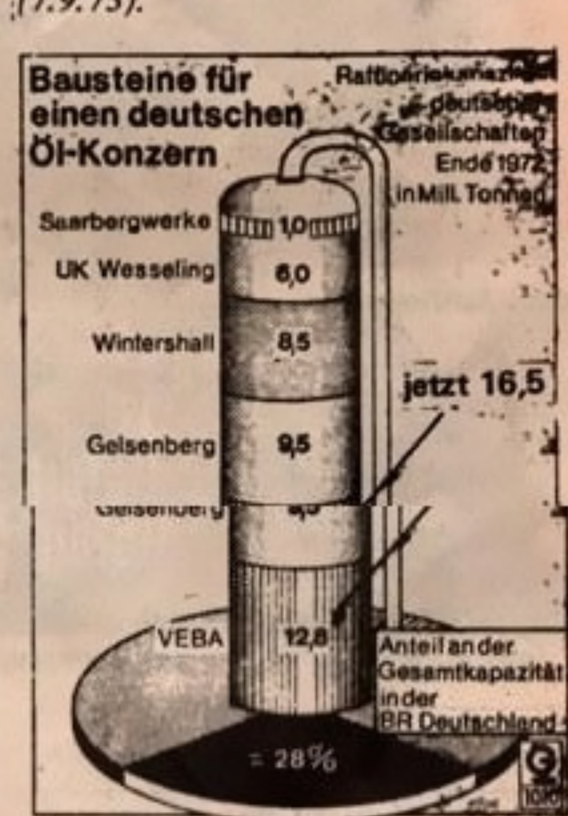
Wintershall: Ist zu 96 % bei BASF. Hat 8,5 Mio to Raffineriekapazität und ist an ARAL mit 15 % beteiligt.

UK Wesseling: Gehört zu RWE. 6 Mio to Raffineriekapazität.

Deutsche Schachtbau: Ist über den Salzgitter-Konzern staatseigen. Keine Raffinerien. Ölprobebohrungen in einigen Ländern.

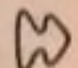
Saarbergwerke: 1 Mio to Raffineriekapazität. Ist vor allem im Kohlebereich tätig. Staatseigen.

Die „Petroleum Press Service" vom Dezember 1973 meldete: *„Die Bundesregierung beschloß, die 48,3 %ige Beteiligung der RWE an der Gelsenberg zum Preis von 642 Mio DM zu kaufen, was viel mehr als der Börsenkurswert des Aktienpakets ist."* Und das „Handelsblatt" vom 31.12.73 meldete dann den Abschluß des Kaufs der Gelsenberg, und daß der Bund außerdem weitere 3 % gekauft habe, sodaß er insgesamt 51,3 % besitze. Die „Welt" betont übrigens besonders, daß die Bundesregierung nicht wie andere Länder einen völlig staatseigenen Konzern aufbauen möchte: *„Mitten in einem Meer von Staatsgesellschaften ... – in Belgien, Italien, Holland, England und im Osten – versucht Hans Friderichs, die Effizienz des freien Unternehmertums in der BRD zu stärken. ... Das ist des Pudels lobenswerter Kern."* (7.9.73).



Durch den Kauf der Gelsenberg durch den Staat soll die Voraussetzung für eine Fusion mit VEBA gelegt werden. Diese hat bisher noch nicht stattgefunden, ist aber bald zu erwarten. Zusammen haben VEBA und Gelsenberg etwa einen Marktanteil von 20 % bei Raffineriekapazität, Tankstellennetz und dem Handel mit flüssigen Brennstoffen. Das „Handelsblatt" vom 20.6.73 gibt an, daß beide zusammen mit einem Umsatz von rd. 16 Mrd DM keine Giganten gegenüber Exxon (60 Mrd Umsatz), Shell (50 Mrd Umsatz), Texaco (23 Mrd), usw. wären. Auch ist nur die Hälfte des Umsatzes bei VEBA-Gelsenberg im Mineralölbereich. Ein Beitritt der Deutschen Schachtbau sowie der Saarbergwerke (zumindest des Mineralölteils) zu dem entstehenden Konzern ist zu erwarten (beide sind staatseigen). BASF lehnt für die Wintershall eine Fusion ab – evtl. dient das nur dem Hochtreiben des Preises. Ein Zutritt der UK Wesseling ist fraglich, da die RWE dort Spezialprodukte fertigen will. Bei Zutritt der genannten kleineren Gesellschaften würde der entstehende Konzern etwa 25 % des Marktanteils in Händen halten. *„Die Achillesferse des neuen Riesen wird ein Mangel an eigenen Erdölvorkommen sein."* (Petr. Press Service, Juli 73).

Das Abkommen mit dem Iran ist ein Schritt zur Änderung dieses Zustandes. Und ein großer einheitlicher westdeutscher Ölkonzern wird die imperia-



listischen Aktivitäten weiter beschleunigen.

Bemühungen zur Verringerung der Abhängigkeit vom Erdöl

Ihre nicht abgesicherte Energieversorgungslage versuchen die BRD-Imperialisten abzumildern durch Verwendung anderer Primärenergien. Hier ist aufgrund der größten relativen Zunahme und der zukünftigen Bedeutung als erstes die Kernenergie zu nennen. In den Kernreaktoren wird aus dem Rohstoff Uranerz durch Kernspaltung Elektrizität erzeugt. Heute wird erst rund 4 % des Stroms in Kernkraftwerken erzeugt. Nach dem


Kernkraftwerk Stade

Stand der Baumaßnahmen und der Planungen werden es 1980 etwa 30 % sein und 1990 50 %. (Quellen: 4. Atomprogramm der Bundesregierung sowie Prognosen verschiedener wirtschaftswissenschaftlicher Institute). Allerdings beträgt der Anteil des Stroms an der Sekundärenergie heute erst rund 25 % – die Zuwachsrate des Elektrizitätsverbrauchs ist jedoch höher als die des gesamten Energieverbrauchs (Verdoppelung in etwa 10 Jahren, bei Gesamtenergie-Verdoppelung in 15-20 Jahren), so daß z.B. das „Handelsblatt" (17.10.73) den Stromanteil für das Jahr 2.000 mit 50 % angibt.

Nachdem die BRD noch vor kurzem in der Entwicklung der Kernenergie gegenüber anderen Industriestaaten (England, Frankreich, USA und Sowjetunion – alles auch Atommächte) zurücklag, ist sie heute schon in der Entwicklung von Kernreaktoren konkurrenzfähig, und die beiden Konzerne Kraftwerk Union (AEG/Siemens) und BBC (Hauptaktionär allerdings in der Schweiz) gehören zu den führenden Konzernen auf diesem Gebiet. Das „Handelsblatt" vom 8.8.73 gibt an: *„Die derzeitigen Planungen zum Bau neuer Kernkraftwerke sind aber gerade im Bundesgebiet so umfassend, daß bei Verwirklichung all dieser Projekte bis 1980 damit zu rechnen ist, daß die BRD dann in der EG den ersten Rang innehat."* Die Bundesre-
Projekte bis 1980 damit zu rechnen ist, daß die BRD dann in der EG den ersten Rang innehat." Die Bundesre-
gierung investiert auch erhebliche Mittel in die Entwicklung der Kernenergie. So hat allein das 4. Atomprogramm, welches von 1973-76 läuft, eine Höhe von 6,5 Mrd DM (Steuergeldern). Die drei vorhergehenden Programme hatten eine Höhe von zusammen 9,3 Mrd DM.

Die Kernenergie ist relativ kostengünstig. Laut Wirtschaftswoche vom 23.11.73 kostete Ende 72 eine Kilowattstunde Atomstrom 3,38 Pf gegenüber 3,68 Pf. bei Ölstrom. Die Rohstoff-Frage ist bei der Kernenergie nicht von so großer Bedeutung. Die Uranvorkommen sind *„geographisch stark gestreut ... und befinden sich vielfach in Ländern mit stabilen wirtschaftlichen und politischen Verhältnissen."* (Gemeint sind vor allem USA, Kanada, Südafrika und Australien). (Mandel, Vorstandsvorsitzender der RWE, des größten westdeutschen Elektrizitätskonzerns, der rd. 1/3 des Stroms der BRD erzeugt.)

Wie weiter vorne schon dargelegt, haben die BRD-Imperialisten ihre Uranversorgung schon relativ gut abgesichert. Bei der „2. Generation" der Kernkraftwerke („schnelle Brüter") wird die Rohstoffversorgung eine noch geringere Rolle spielen (Petroleum Press Service vom Aug. 73). So soll bei diesen Reaktoren 1 Tonne natürliches Uran 2 Mio to Steinkohle oder 1,2 Mio to Erdöl ersetzen.

Der erste schnelle Brüter der BRD wird übrigens bei westdeutscher/niederländischer/belgischer/englischer Beteiligung unter Führung der RWE in Kalkar am Niederrhein gebaut. *„Mit dem Brüter von Kalkar hat die BRD binnen 15 Jahren den Vorsprung der führenden Nationen auf diesem Gebiet der Kerntechnik eingeholt."* („Welt" vom 5.12.72). Ebenfalls zur 2. Generation der Kernkraftwerke gehört der Hochtemperaturreaktor. Dieser Reaktortyp erzeugt Elektrizität und wandelt zum zweiten mittels großer Hitze (der geplante Versuchstyp in Schmehausen bei Hamm bei 950 Grad C.) Steinkohle oder Braunkohle in synthetisches Erdgas oder Elektrizität um. Diese letzte Version des Kernreaktors scheint eine relativ kostengünstige Verwendung der Kohle zu ermöglichen und könnte dazu dienen, den Kohleabsatz ab Mitte der 80er Jahre zu stabilisieren. Die „Welt" vom 26.3.74 meldete, daß die RWE ein 8 Mrd DM – Projekt plane, mittels eines Hochtemperaturreaktors jährlich 25 Mio to Kohle wahlweise in Gas oder Strom zu verwandeln. (25 Mio to = rund 1/4 des Jahresverbrauchs der BRD zur Zeit). Allerdings ist dieses Projekt noch nicht spruchreif und eine wesentliche Rolle wird dabei wohl die Höhe der staatlichen Subventionen spielen. Aus Gründen der Absicherung sieht das Energieprogramm der Bundesregierung vor, die Kohleförderung zu stabilisieren. Für 1978 ist die Förderung von 83 Mio to Kohle vorgesehen (heute 93 Mio to). Davon sollen 30 Mio to verstromt werden (wobei sich die Kwh um 1/2 Pf. für die Verbraucher verteuern soll). 25 Mio to soll die Stahl- und Eisenindustrie der BRD verbrauchen (bei Subvention durch den Staatshaus halt), 15 Mio to diejenige der übrigen EG. Eine höhere Steinkohleförderung im Jahre 1978 über die 83 Mio to hinaus aufgrund der sogenannten „Ölkrise" ist nicht zu erwarten, denn ein steigender Erdölpreis war in dem Energieprogramm vom September 73 schon berücksichtigt.

Trotz des nur noch geringen Absinkens der Steinkohleförderung benötigt der Kohlebergbau 1977 40 - 50.000 Arbeitskräfte weniger als heute, wie die „Welt" vom 6.9.73 meldete. Das würde also für einen großen Teil der heute 160.000 im Ruhrbergbau beschäftigten Arbeiter und Angestellten den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten.

Braunkohle ist sehr kostengünstig
stellten den Verlust des Arbeitsplatzes bedeuten.

Braunkohle ist sehr kostengünstig
im Tagebau zu fördern. Es ist jedoch nur eine leichte Steigerung des Abbaus zu erwarten, da die Vorkommen in der BRD relativ begrenzt sind.

Die Nutzung der Erdwärme, die direkte Umwandlung der Sonnenenergie und sonstige Energiequellen werden auf absehbare Zeit keine Bedeutung gewinnen können. So nutzen z.B. die heute technisch herstellbaren Solarzellen nur 1/10 der auf sie treffenden Sonnenenergie und sind vor allem heute nur unter sehr großen Kosten herzustellen.

Erdöl und Erdgas bleiben noch für Jahrzehnte wichtigste Energiequelle

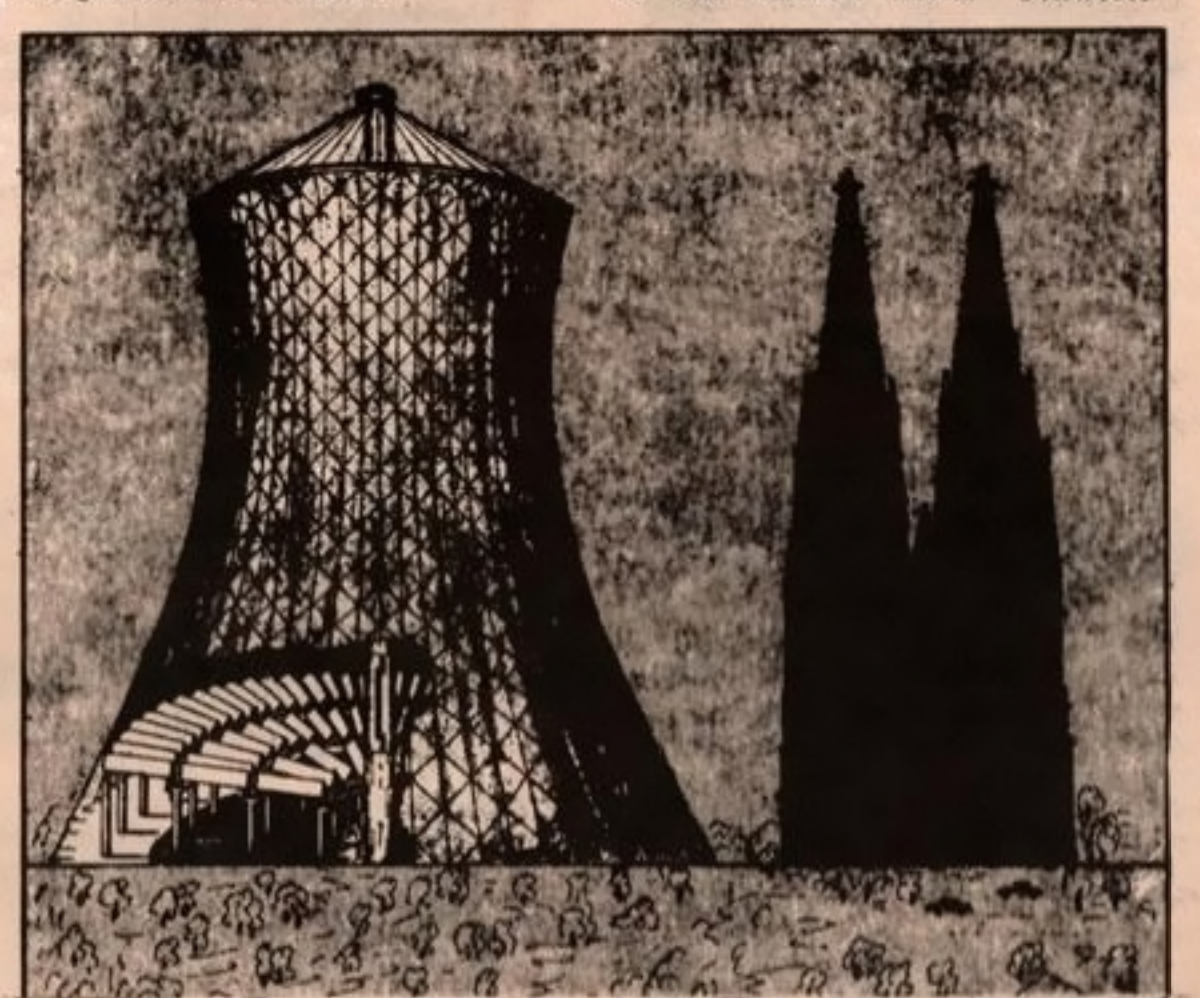
Wenn auch die „Welt" vom 19.1.74 schreibt: *„Für diesen Stromgiganten (RWE) ist die Ölzeit bereits vorbei. Er schreitet gelassen und doch konsequent über die Brücke aus Stein- und Braunkohle ins Zeitalter der Atomkraft"*, so gilt dies doch (bei großen staatlichen Subventionen, Kohlepfennig usw.) vor allem für RWE sowie in nicht ganz so großem Maße für die übrige Elektrizitätswirtschaft (1972 wurde 15% des Stroms aus Öl gewonnen) – jedoch nicht für den Gesamtenergieverbrauch. Bei absolut nur leicht fallendem Steinkohleverbrauch, bei leicht ansteigendem Braunkohleverbrauch, bei rasch wachsendem Kernenergieverbrauch von jedoch niedrigem Ausgangspunkt wird auf absehbare Zeit Erdöl sowie auch Erdgas die wichtigste Primärenergie der BRD bleiben. Das Energieprogramm gibt folgende Prognose (unter der Voraussetzung daß zusätzlich zu den bisherigen energiepolitischen Maßnahmen keine weiteren durchgeführt werden):
Primärenenergieverbrauch 1985, zum Vergleich das Jahr 1972

1985 Mio to	1985 SKE %		1972 Mio to	1972 SKE %
330	54	Erdöl	196,4	55,4
50	8	Steinkohle	83,7	23,6
38	6	Braunkohle	31,0	8,7
92	15	Erdgas	30,6	8,6
90	15	Kernenergie	3,1	0,9
10	2	Sonstiges	9,6	2,8
610	100	Gesamtverbrauch	354,4	100

Mindestens also bis Ende der 80er Jahre wird über die Hälfte der Energie aus Mineralöl gewonnen, einschließlich Erdgas über 2/3. Will also die BRD-Industrie konkurrenzfähig bleiben, ist sie noch für Jahrzehnte auf im Vergleich zu den anderen Imperialisten relativ preiswertes Mineralöl sowie Erdgas angewiesen. Denn eine noch höhere Steigerung der Anwendung von Kernenergie, eine Steigerung der Verwendung von Steinkohle würde riesige Kosten verursachen. Die Energiefrage ist im übrigen ja überhaupt nicht eine Frage der Knappheit von Energie, sondern eine Frage nach der Sicherheit in „Krisen"-Zeiten (Kriegsfall) und daneben auch eine Kostenfrage. So lautete z.B. im letzten Jahr die Zahl der gesamten Erdölreserven der Welt auf 90 Mrd to – damit waren aber nur die profitabel abbaubaren Vorräte gemeint. Entsprechend berichtet das „Handelsblatt" vom 8.2.74, daß bei weiter steigenden Erdölpreisen die Reserven 500 Mrd to betragen würden.

Energieabsicherung des BRD-Imperialismus auf Kosten der Arbeiterklasse

Der BRD-Imperialismus drängt nicht nur zur Unterdrückung anderer Völker und zur Ausbeutung ihrer Rohstoffe – seine Energiepolitik beinhaltet auch für die Werktätigen in Westdetuschland politische Reaktion und Steigerung der Lebenskosten, faktisch also Lohnabbau. Er inszeniert „Energiekrisen" wie im Dezember vergangenen Jahres (siehe dazu auch ARBEITERKAMPF 37: die Erpressung der Ölkonzerne), droht „Stromkrisen" an, um die Faschisierung von Staat und Gesellschaft voranzutreiben, hier insbesondere die Schürung von Chauvinismus gegen die Völker der unterentwickelt gehaltenen „Rohstoffländer". Die Existenzlage der Arbeiter wird weiter beeinträchtigt nicht nur durch die hohen Preise für Heizöl, Benzin und Strom, sondern noch durch erhebliche zusätzliche Belastungen: 6,5 Mrd DM Steuergelder werden für das vierte Atomprogramm verwandt, das von 1973 bis 76 läuft. Z.B. gibt die „Frankfurter Allgemeine Zeitung" vom 7.2.73 an, daß der schnelle Brüter in Kalkar einschließlich der verschiedenen Vorarbeiten zwei Mrd DM koste, wovon die beteiligten Konzerne ganze 130 Mio DM selbst aufbringen. *„Effektiv sind es sogar noch weniger, denn die Aufwendungen sind weitgehend abschreibbar."*
weniger, denn die Aufwendungen sind weitgehend abschreibbar."


Der Kühlturm des geplanten Hochtemperaturreaktors in Schmehausen verglichen mit dem Kölner Dom.

Von den 616 Mio DM, die zur Erforschung von Kohlevergasung und -verflüssigung eingesetzt werden sollen („FR" 10.1.74) werden der Bund und das Land Nordrhein Westfalen natürlich den größten Teil tragen. Der Rheinbraun-Konzern fordert Steuerprivilegien, wie die „Welt" vom 26.3.74 berichtet, da er sonst nicht das neue Braunkohlenfeld erschliessen könne.

Nicht nur die (angeblichen) Verluste kapitalistischer Unternehmen werden also sozialisiert, sondern auch die Forschungs- und Entwicklungskosten des Kapitals tragen die Arbeiter über den Umweg der Steuern.

Den Reedern soll mit 150 Mio DM unter die Arme gegriffen werden. Der Kauf der Gelsenberg-Aktien durch den Staat von RWE erfolgte „erheblich über Kurswert", wie die „Petr. Press Service" im Dezember 73 meldete. Die DEMINEX bohrt mit Hilfe von 380 Mio DM Steuergeldern nach Erdöl und bekommt 30% des Preises fündiger Erdöllagerstätten vom Staat geschenkt.

Investitionen in Erdölländern werden weitgehend subventioniert. Bürgschaften und zinsgünstige Kredite werden zur Verfügung gestellt.

Ab diesem Jahr soll ein sogenannter Kohlepfennig auf den Strompreis in der BRD aufgeschlagen werden, den dann die Elektrizitätswerke erhalten, die Ruhrkohle verstromen. Die Verbraucher werden damit um rund 1 Mrd DM im Jahr mehr belastet. Pro KWh soll es 1/2 Pfg. mehr sein.

Und natürlich haben Aluminiumwerke und Elektrostahlbranche (Stromgroßverbraucher) schon Ausnahmegenehmigungen gefordert, wie das „Handelsblatt" vom 3.9.73 meldete. Bisher wurde die Kohleverstromung aus dem Staatshaushalt subventioniert, dort soll jedoch Geld frei werden für andere Maßnahmen der Energiepolitik.. Hier handelt es sich also um eine indirekte Steuererhöhung.

Darüber hinaus beträgt die Summe, die jährlich den Ruhrkohle-Kapitalisten geschenkt wird, rund 2 Mrd DM – das sind umgerechnet pro Ruhrkohle-Beschäftigten über 1.000 DM im Monat. Rund die Hälfte der 2 Mrd DM werden der Stahlindustrie als „Kokskohlenbeihilfe" gegeben – hier wird selbstverständlich die Unterstützung des Kohlebergbaus nicht auf den Preis und damit den Verbraucher umgeschlagen.

Insgesamt ergibt sich eine Riesensumme, die kaum exakt auszurechnen ist, da sie unter verschiedenen Titeln des Haushaltes versteckt ist.

Kampagne der Bourgeoisie gegen Umweltschutz für die Werktätigen

Konventionelle Kraftwerke vergiften die Umwelt durch Schwefel-
Konventionelle Kraftwerke vergiften die Umwelt durch Schwefel-
dioxyd und andere Giftstoffe. Außerdem zerstören sie (ebenso wie Kernkraftwerke) das biologische Leben und die Selbstreinigungskraft des Wassers durch die Aufheizung infolge Kühlwasserabgabe. Ein besonders bekannt gewordener Fall von Umweltvergiftung war in der BRD die Ansiedlung eines Kohlekraftwerkes der Steag (Tochter der Ruhrkohle AG) am Niederrhein: Nach Fertigstellung des Kraftwerks maß ein Ingenieur und Mitglied der Bürgerinitiative mit seinen eigenen Meßinstrumenten mehrmals einen Schwefeldioxydgehalt der Luft von 2 mg und mehr. Wie die Bürgerinitiative nach den entsprechenden wissenschaftlichen Ergebnissen angibt, erfolgt eine erhöhte Krankenhauseinlieferung schon ab 0,4 mg Schwefeldioxyd, ein erheblicher Anstieg der Sterblichkeit ab 0,7 mg. Zur Durchsetzung der Kraftwerkansiedlung wurden damals eingestandenermaßen einzelne Bergleute bestochen, damit sie öffentlich gegen die Bürgerinitiative auftraten. Ehemalige KZ-Häftlinge wurden gesucht und dazu gebracht, gegen den Gebrauch des Wortes „Vergasung" in einem Flugblatt der Bürgerinitiative zu protestieren. Journalisten der örtlichen Zeitungen wurden erpreßt, um entsprechend zu berichten.

In Bezug auf Gefährdung durch Kernkraftwerke meinen die einen, daß „Kernkraftwerke so gebaut sind, daß sie nur durch eine Atombombe zerstört werden könnten – aber im Kriegsfalle würden alle Kernkraftwerke der BRD stillgelegt" (nach „WamS" 9.12.73) und daß die angebliche Gefährlichkeit durch zahlreiche Wissenschaftler widerlegt worden sei. Die „FR" vom 18.4.73 hingegen berichtet: *„ . . . unterstrichen die Wissenschaftler* (der Atomforschungszentren Jülich und Karlsruhe), *einige Problembereiche der Kernenergie seien noch ungelöst. So gelte es, geeignete Techniken zu entwickeln, damit die vollständige Abgabe des radioaktiven Kryptons . . . vermieden wird. Außerdem sei es wichtig, Methoden zu suchen, mit denen Tritium in der Erde gelagert werden kann, ohne daß es mit dem Grundwasser in Berührung kommt. Als weitere wichtige Forschungsziele nannten die Wissenschaftler die Auswirkungen von Kernkraftwerks-Kühltürmen auf das Klima, Untersuchungen zum Transport radioaktiver Stoffe ... ."* Die Neue Züricher Zeitung vom 15.5.73 schrieb: *„Das technische Risiko (bei Kernkraftwerken) läßt sich nämlich nicht mit absoluter Gewißheit ausschalten. ... Das nukleare Risiko läßt sich ohne Zweifel auf ein Minimum reduzieren. Die Industrie kann die Kernkraftwerke grundsätzlich so sicher bauen, daß eine ernsthafte Gefährdung der Bevölkerung weitgehend (!) ausgeschlossen werden kann. Allerdings ... ist ein Kompromiß ... zwischen finanziellen Aufwendungen und technischem Risiko ... notwendig (!)*
dings ... ist ein Kompromiß ... zwischen finanziellen Aufwendungen und technischem Risiko ... notwendig (!)
... mußte die Industrie auf Veranlassung der Genehmigungsbehörden und unter dem Druck der öffentlichen Meinung selbst für völlig unwahrscheinliche Störfälle geeignete Schutzmaßnahmen einbauen. Diesen allerdings (!) nicht aus der praktischen Unfallerfahrung entwickelten Sicherheitsmaßnahmen ist es zu verdanken, daß bei den in Kernkraftwerken bis jetzt aufgetretenen Störungen die Bevölkerung nicht gefährdet wurde."

Es läßt sich also schon bei einem Durchsehen verschiedener bürgerlicher Zeitungen feststellen, daß die Frage der Gefährdung der Bevölkerung durch Kernkraftwerke unter Fachleuten zumindest umstritten ist sowie, daß ohne gewissen öffentlichen Druck bestimmte Sicherheitsmaßnahmen nicht eingebaut worden wären, was erhebliche Gefährdung von Menschen zur Folge gehabt hätte.

Seit die Zerstörung der Umwelt durch die Konzerne für viele Werktätige immer offensichtlicher geworden ist, begann die bürgerliche Presse eine Kampagne gegen die *„Umweltschützer, die unsere Energieversorgung bedrohen". „.... Gefahr einer Energiekrise nicht auszuschließen."* („FAZ", 30.6.72) So von Bennigsen (VEBA-Vorstandsvorsitzender) laut „Bergbau-Informationen" vom 2.1.73: „Im Winter 75/76 geht das Licht in Teilen der BRD aus. Das steht schon so gut wie fest." Die „FAZ" vom 12.4.73 „befürchtet" für 1977 einen Engpaß in der Stromversorgung. Tatsache ist hingegen, daß im letzten Jahr ein Re-

↷

Forts. ENERGIEPOLITIK

kordzuwachs an Kraftwerksleistung zu verzeichnen war. Von Bennigsen sieht nicht nur das Licht ausgehen, sondern hat in den Umweltschützern auch den Schuldigen für die Strompreiserhöhungen gefunden (laut „FAZ" vom 30.5.74)

Entsprechend sieht auch das Energieprogramm der Bundesregierung ein neues Genehmigungsverfahren für Kraftwerksbauten vor, „das nicht willkürlich (!) zeitlich verzögert werden kann" („Vorwärts"), das also die geringen Anhör- und Einspruchsrechte der betroffenen Bevölkerung noch verringert. Denn die maßlos gewordenen Umweltschützer müssen zur Vernunft gebracht werden – so Staatssekretär Rohwedder.

Besonders geschickt versucht das „Handelsblatt" vom 28.6.73 die gegen die Umweltverschmutzung eintretenden Menschen zu erpressen: Es warnt vor einer „Überstrapazierung des Umweltschutzes". Das müsse zu Engpässen in der Stromversorgung führen. Wenn ein Engpaß erst da sei, sei der Umweltschutzgedanke kaputt. Auch gegen die „Überstrapazierung des Umweltschutzgedankens" war die „Ölkrise" gut zu verwenden. So stellt die „FAZ" vom 19.11.73 fest: „Seit Energie knapp zu werden droht, wird offensichtlich auch das Gewicht des Umweltschutzes bei der Planung von Kraftwerken neu überdacht." Allerdings geht die Bourgeoisie geschickterweise nicht zu viele Schritte auf einmal, sondern geht nach drei Schritten vorwärts dann wieder einen zurück: „... *sind aber in den letzten Wochen die Befürchtungen gewachsen, daß die Umweltschutzfront nach einer Beruhigungspause während der Ölkrise wieder stärker geworden ist und Genehmigungen für ... (konventionelle und Kernkraftwerke) schwieriger zu erlangen sind.*" („Welt" vom 10.4.74).

Zynisch berichtet die „Welt" vom selben Tag über den Plan, einen Hochtemperaturreaktor in Schmehausen bei Hamm zu bauen. Erst sei dort der Bau eines anderen Reaktortyps geplant gewesen. Dann sollte dort ein Großflughafen entstehen. Und so seien „die Leute schon allerhand gewöhnt". Und man habe bei den Anwohnern eine „gewisse Resignation" festgestellt. ●

„KVZ": Lenin und Mao diffamiert!

Die erzreaktionäre Mobilmachung der Pfaffen anläßlich des § 218 führte jedem, der sehen wollte, einmal mehr den wirklichen Charakter der Kirche vor Augen.

Um so mehr wird man es begrüßen, daß zu diesem Sachverhalt in der „Kommunistischen Volkszeitung" (Nr. 7/74) ein Artikel: „*Die schmutzige Moral der Kirchenfürsten*" erschien. Konkreter Anlaß dazu war ein viehischer Propagandafilm über eine Abtreibung im 5. Monat, mit dem die Pfaffen sämtliche Waldteufel und Klopfgeister gegen die klägliche Reform des Paragraphen 218, die SPD-Regierung, den Bolschewismus etc. heraufbeschworen.

Der „KVZ"-Artikel geht auf die brutale Gemeinheit des Films ein und merkt es dann den Pfaffen als besonders übel an, daß sie „*die Sendung eines anderen Films verhinderten, in dem eine Abtreibung gezeigt wird, die mit der schonenden und annähernd schmerzlosen Methode der Absaugung vorgenommen wurde.*" Fazit: „*Die kirchlichen Moralhüter sind Schweine und Menschenverächter.*"

Ein beherztes Wort, das man voll unterstreichen kann, wenn auch in dem Artikel wenig über die politische Bedeutung dieser reaktionären Mobilmachung seitens der Kirche zu finden ist.

Der „KVZ"-Redaktion war ihr eigener Artikel jedenfalls nicht geheuer. Denn bereits in der folgenden „KVZ" Nr. 8 gab sie unter der Überschrift „*Kritik an der Redaktion*" einem Leser Gelegenheit, Klarheit zu schaffen. Sichtbar erleichtert schloß sie sich dem aufmerksamen Leser an: „*Die Redaktion stimmt der Kritik zu.*" A.M. aus Heidelberg schreibt dann: „*...In diesem Untertitel (des Artikels in der Nr. 7) nennt ihr die kirchlichen Moralhüter 'Schweine' ... diese Schimpfworte und Beleidigungen wirken abstoßend und verletzend. Daß es im Kampf gegen die*

gungen wirken abstoßend und verletzend. Daß es im Kampf gegen die

Religion...aber immer um das Verbreiten von Kenntnissen geht, hob Lenin schon...1918 hervor: 'Im Kampf gegen religiöse Vorurteile muß man außerordentlich vorsichtig vorgehen;... Der Kampf muß auf dem Wege der Propaganda, der Aufklärung geführt werden, Wenn wir den Kampf mit scharfen Methoden führen, können wir die Massen gegen uns aufbringen' (Lenin)".

Mit einer halben Wahrheit und der ganzen Autorität eines Klassikers werden die Dinge ins „rechte" Licht gerückt. Denn geht man dem Zitat nach, so stellt sich heraus, daß Lenin in der konkreten Situation des Jahres 1918 vor der Illusion warnt, die proletarische Diktatur könne mit den „scharfen Methoden" ihrer G e s e t z e die Religion aus der Welt schaffen! Gerade deshalb ist für Lenin der antiklerikale Kampf ein nicht unbedeutendes Feld der Propagandaarbeit.

Es bedarf schon der Unverfrorenheit der „KVZ", um dieses Lenin-Wort als Zeuge gegen eine scharfe, antiklerikale Propaganda aufzurufen. Was dann am Ende herauskommt, ist das weinerliche Gejammer: niemand kränken, niemand verletzen, niemand abstoßen. Stattdessen empfiehlt die „KVZ" „immer" die neunmalkluge Lebensweisheit: Leben und leben lassen.

Bereits 1909 hat sich Lenin dazu, eigentlich auch unmißverständlich, geäußert: **„Der Marxist ... darf weder in das abstrakte, phrasenhafte, in Wirklichkeit hohle „Revoluzzertum" des Anarchisten verfallen noch in das Spießertum und den Opportunismus des Kleinbürgers oder des liberalen Intellektuellen, der sich nicht traut, gegen die Religion zu kämpfen, der diese seine Aufgabe vergißt, der sich mit dem Glauben an Gott abfindet..."**

Nichtsdestoweniger bescheidet sich die „KVZ" in den selbstgebastelten „Lenin-Verschnitt" – und schreitet zur Tat.

So weiß die „KVZ" Nr. 13 von den Angriffen der Kirchenführung auf die Hamburger Pastorin Edda Groth zu berichten, deren Ursache angeblich eine Predigt war, die die Pastorin mit dem Satz beendete, „*daß ,Mao mit allem, was er für und mit dem chinesischen Volk getan hat, Gott näher als alle Päbste und Bischöfe der letzten 1000 Jahre zusammen' stehe*".

Aus klerikalen Kreisen mag selbst ein derart skurriler Antikommunismus nicht verwunder. Den Leser beschleicht aber unweigerlich ein gewisses Gruseln, wenn er feststellt, daß dieses Zitat der einzige Beleg ist, den die „KVZ" (kommentarlos!) dafür angibt, „*daß die Pastorin für die Interessen des Volkes eintritt*"!

angibt, „*daß die Pastorin für die Interessen des Volkes eintritt*"!

Dahinter steckt offenbar der ungemein listige Versuch, die religiöse Einfalt auf dem Boden der Religion zu bekämpfen, die Menschen von der Religion zu lösen und gleichzeitig die sicher schmerzliche Trennung vom lieben Gott zu vermeiden.

Ein zweifellos durchtriebenes Maver, dessen Ausgang allerdings ebenso zweifellos ist, zumal in der Arbeiterbewegung das Friedensangebot an die Religion immer ein Akt der Besiegelung revisionistischer Verkommenheit war.

Bündniskommission des KB/Gruppe Hamburg

Anmerkung der Redaktion

Die Redaktion hält die Kennzeichnung „skurriler Antikommunismus' für die Äußerung der Pastorin Groth für eine ironische Überspitzung.

Tatsächlich hat Frau Groth mit ihren Worten bei aller Skurrilität – was hat Mao mit dem „lieben Gott" zu schaffen? ! – doch auch Mut und fortschrittliches politisches Engagement bewiesen, und hat Solidarität gegenüber den Angriffen der Kirchenführer verdient.

Etwas anderes ist es, daß Kommunisten sich mit solchen 'fortschrittlichen' Äußerungen nicht zufrieden geben. Mit dem Marxismus als Wissenschaft ist jede Form von Aberglauben und religiöser Volksverdummung unvereinbar und muß bekämpft werden. Lenin, der (wie Marx) die Religion als „Opium des Volkes" und die Kirchen als „Organe der bürgerlichen Reaktion" bezeichnete (Bd. 15, S. 404/405) lehnte a d m i n i s t r a t i v e Maßnahmen gegen die Religion ab, nicht aber den Kampf. Über die Funktion der Religion sagte Lenin u.a.: **„Die Religion ist eine von verschiedenen Arten geistigen Joches, das überall und allenthalben auf den durch ewige Arbeit für andere, durch Not und Vereinsamung niedergedrückten Volksmassen lastet. Die Ohnmacht der ausgebeuteten Klassen im Kampf gegen die Ausbeuter erzeugt ebenso unvermeidlich den Glauben an ein besseres Leben im Jenseits, wie die Ohnmacht des Wilden im Kampf mit der Natur den Glauben an Götter, Teufel, Wunder usw. erzeugt. Denjenigen, der sein Leben lang arbeitet und Not leidet, lehrt die Religion Demut und Langmut hienieden und vertröstet ihn mit der Hoffnung auf himmlischen Lohn ... Die Religion ist das Opium des Volks. Die Religion ist eine Art geistigen Fusels, in dem die Sklaven des Kapitals ihr Menschenantlitz und ihre Ansprüche auf ein halbwegs menschenwürdiges Leben zu ersäufen."** *(Bd. 10, S. 70/71).*

Dies gilt auch heute, wo die Kirchen einem gestrandeten Schiff gleichen, das allerlei Plunder und Ballast über Bord wirft, um wieder flott zu kommen. Auch in 'modernen' Formen, wo z.B. schon Himmelfahrt und Dreieinigkeit über Bord gegangen sind und stattdessen Mao, Che Guevara u.a. einen Platz „zur Rechten Gottes" angewiesen bekommen, muß dieser „geistige Fusel" bekämpft werden.

Lenin zu Fragen der Religion u.a.: Sozialismus und Religion, Band 10; Über das Verhältnis der Arbeiterpartei zur Religion, Bd. 15; Klassen und Parteien in ihrem Verhältnis zu Religion und Kirche, Bd. 15. ●

„KPD/ML"-Veranstaltung zum „Berliner Mauerbau":

Die Geister, die sie gerufen ...

Aus Anlaß des 13. Jahrestages des „Berliner Mauerbaus" hatte die KPD/ML in Hamburg zu einer Veranstaltung unter dem Thema „Nieder mit der Mauer – für ein vereinigtes, unabhängiges, sozialistisches Deutschland" aufgerufen (Das Aufrufflugblatt trug die Überschrift „Die Mauer muß weg". In diesem Flugblatt wurde u. a. die ungeheuerliche Behauptung aufgestellt: „Die Spaltung Deutschlands ist das Werk der Supermächte"!!)

Das Spektakel fand in einem „KPD/ML"-gemäßen Rahmen statt: bei einer Beleuchtung wie für eine germanische Götterdämmerung, hingen inmitten von Festschmuck für verschiedene Anlässe wie Weihnachten, Sylvester und Karneval Transparente mit den üblichen „KPD/ML"-Parolen: „Vorwärts zur deutschen Räterepublik", „Gegen US-Imperialismus und sowjetischen Sozialimperialismus" und „Nieder mit der D'K'P und 'S'EW-Führung, den schlimmsten Feinden der Arbeiterbewegung".

Ca. 100 KPD/ML-Mitglieder sowie einige andere „patriotische" Kräfte waren dem Aufruf gefolgt. Leider hatten wir kein Tonband dabei. Der von der „KPD/ML" aufgezogene Zirkus schockte uns zunächst so, daß wir viele wichtige Punkte nicht mitschreiben konnten.

Als erstes wurden den Anwesenden vom „KPD/ ML"-Singclub „Rotes Sprachrohr", der uniformiert war, einige Lieder dargeboten, wie z. B. „Die Partei, die Partei, die hat immer recht ... " Klar ist, wer mit „die Partei" gemeint war – die „große KPD/ML". Einige alte Arbeiterlieder wurden „KPD/ML"-gemäß umgemodelt – aus „Roter Wedding" wurde plötzlich „Rotes Deutschland". Später gab der Gesang-Verein noch einen Sketch zum Besten. Die Darsteller: ein Kapitalist, ein Revisionist, ein Arbeiter, ein Bauer und ein „KPD/ML"er. Der Letztere zeigte dem anfänglich noch schwankenden Arbeiter auf, daß die „KPD/ML" die einzig wahre, revolutionäre Vorhut der Arbeiter und Bauern ist. Der Kapitalist und der Revisionist traten nur am Rande auf, was wohl verdeutlichen sollte, wie sehr beide schon abgewirtschaftet haben.

Das ca. einstündige Hauptreferat (Thema: „Zur nationalen Frage") begann etwa so: „*Heute vor genau 13 Jahren standen die Berliner Arbeiter fassungslos auf den Straßen. Es war ein Sonntag. Durch ihre Stadt wurde eine hohe Backsteinmauer gezogen. 1148 km lang entstanden Stacheldrahtzäune und teilten unser Land, teilten Städte, Stadtteile, ja sogar Häuser. Die amerikanischen Panzer standen passiv*. (so eine Schande! die Red.) *im West-Sektor, ohne einzugreifen*".

Auch der dann folgende Inhalt des Referats hätte der „Deutschen National- und Soldaten-Zeitung" alle Ehre gemacht. Äußerungen wie z. B. „*In der DDR regiert der sowjetische Militärstiefel*" oder „*Beide deutschen Regierungen in Ost und West treten das Selbstbestimmungsrecht des deutschen Volkes mit Füßen*" wurden mit Zustimmung, zum Teil mit Beifall aufgenommen. Die „KPD/ML" pries sich als einzige Vertreterin des nationalen Interesses des deutschen Volkes: „*Das deutsche Volk will die nationale Einheit und ein sozialistisches Deutschland*"!

Zum Schluß ließ der Referent dann die Katze aus dem Sack, indem er behauptete, der „Sozialimperialismus" sei „*genauso schlimm, wenn nicht sogar noch gefährlicher*" als der US-Imperialismus, da er seine Aggressionen in fremden Ländern tarne mit dem Mantel des Sozialismus. Es folgte dann der obligatorische Hinweis auf die CSSR. Abgeschlossen wurde dieser Vortrag mit einer Reihe von Tiraden gegen den „Sozialimperialismus". Lang anhaltender Beifall folgte. Dann stimmte der Gesangverein seinen Sprechchor an: „*Vorwärts im Geiste Ernst Thälmanns*", „*Vorwärts für den Aufbau eines vereinten, unabhängigen, sozialistischen Deutschland*", „*Vorwärts mit der KPD/ML*", was alle Anwesenden buchstäblich von den Stühlen riß. Sie schrien begeistert mit.

In der sich nun anschließenden Diskussion zeigte sich, daß die „KPD/ML" mit ihrer Kampagne „Zur nationalen Frage" Geister gerufen hat, die sie nun schon nicht mehr los wird. Es wurde allen Ernstes angefragt, ob denn die Gebiete jenseits der Oder-Neiße-Grenze (Pommern, Schlesien, Ostpreußen usw.) bei der nationalen Frage nicht mit einbezogen würden. Es war erfreulich zu hören, daß die „KPD/ML" für diese Gebiete (noch?) keine Ansprüche erhebt.

Ein Anwesender wagte zu bemerken, daß es ja doch nun mal 2 deutsche Staaten gäbe, die aufgrund ihres unterschiedlichen gesellschaftlichen Systems keine einheitliche Nation mehr darstellen. Die Antwort der „KPD/ML": „*Mach mal eine Fahrt entlang der ,Zonengrenze' (!), dann kannst Du doch sehen, daß diese Nation nicht natürlich, nämlich durch historische Entwicklung geteilt ist, sondern künstlich*".

Über den Kommunistischen Bund wurde geäußert, dieser wäre eine trotzkistische Organisation, da er sich bisher um eine klare Einschätzung des Sozialimperialismus gedrückt hätte.

Faschistische Provokationen wie diese Veranstaltung sind nur dazu angetan, fortschrittliche Menschen, die sich mit der kommunistischen Bewegung auseinandersetzen wollen, abzuschrecken und von der kommunistischen Bewegung fernzuhalten. ●

2 Chemie-Genossinnen, KB / Gruppe Hamburg

Inhalt

Inhalt